Freitag, 12. Dezember 1986 - D ✱✱✱

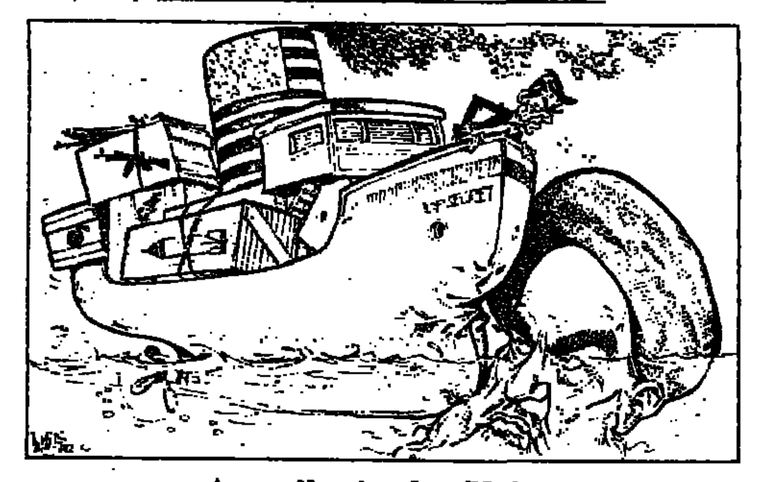
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 289 - 50.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Heute in der WELT



Amerika in der Krise

Washington steht wieder im Bann einer großen Krise. Die amerikanischen Waffenlieferungen an Iran und der Transfer von Geldern an die Contras in Nicaragua beschäftigen Medien, Kongreß und das Weiße Haus. Die Konzentration der politischen Energien auf ein Thema engt den Handlungsspielraum des Präsidenten ein. WELT-Korrespondent Fritz Wirth zeigt Anatomie und Perspektiven der Krise auf. Seite 6

Wie Moskau die Theater füllen will

Was tut man gegen halbleere Theater? In Moskau haben 800 Bühnenschaffende diese Frage auf ihrer Jahrestagung diskutiert. Ergebnis: Im Januar startet an ausgewählten Sowjetbühnen eine Reform. Danach soll den Theaterleuten vor Ort mehr Eigenverantwortung, so in Etatfragen, zugebilligt werden. Um die „produktive Atmosphäre" weiter zu verbessern, müssen sich Schauspieler alle fünf Jahre einer Leistungsprüfung unterziehen. Selbstverständlich wacht über diesen „Erneuerungsprozeß" die Partei. Seite 17

POLITIK

Akademiker: Arbeitsämter und Hochschulen haben die begründete Erwartung, daß das Stellenangebot für Hochschulabsolventen in den 90er Jahren wieder zunimmt. Der rasche Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt mache allerdings Zusatzqualifikationen, Umschulungen und Anpassung an wechselnden Bedarf nötig.

„Hörzu": Die größte Programmzeitschrift in der Bundesrepublik, die im Axel Springer Verlag erscheinende „Hörzu", hat gestern ihren 40. Geburtstag gefeiert. Die erste zwölf Seiten starke Ausgabe kam am 11. Dezember 1946 in einer Auflage von 252 000 Exemplaren auf den Markt. (S. 3)

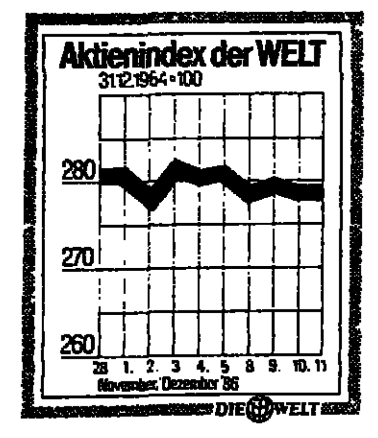
Gorbatschow: Mit dem Hinweis auf Lenins Wort von den verschiedenen Wegen zum Sozialismus hat der sowjetische Parteichef bei einem Essen für seinen jugoslawischen Amtskollegen Renovica betont, keine Partei habe Anspruch auf „die absolute Wahrheit"; die Erfahrungen der anderen müßten respektiert werden.

Flucht: Trotz des nach wie vor gültigen Schießbefehls für die „DDR"-Grenztruppen ist in der Nacht zum Donnerstag einem 22jährigen Mann aus der „DDR" in der Stadtmitte Berlins die Flucht gelungen. Er sprang im Bezirk Kreuzberg über die Mauer auf die westliche Seite.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Innerhalb des Bankensektors wird die Konjunktur in der Bundesrepublik mit unterschiedlichen Akzenten betrachtet. Während der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zum Jahresende „verstärkte Unsicherheiten" in der wirtschaftlichen Lage registriert, sind die Privat- und Genossenschaftsbanken positiver eingestellt. Der Aufschwung habe solides Fundament. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte tendierten gestern wieder freundlich. Der Rentenmarkt präsentierte sich lustlos. WELT-Aktienindex: 280,34 (279,59). BHF-Rentenindex: 106,559 (106,563). BHF-Performance-Index: 108,221 (108,195). Dow-Jones-Index (10.12.): 1932,93 (1916,90). Dollar-Mittelkurs: 2,0099 (2,0202) Mark. Goldpreis je Feinunze: 388,40 (391,50) Dollar.



KULTUR

Kinderbücher: Von der braven Aufklärung des 16. Jahrhunderts über die Revolution des „Struwwelpeter" bis hin zu Horst Janssens Hexe Wunderkraut geht eine Ausstellung in München. (S. 17)

„La Traviata": Verdis Oper in Bologna – Riccardo Chailly ist unüberhörbar der Star des Abends. Sein Vortrag hat Nerv und Kraft, aber auch Lautheit und Brutalität. Er peitscht hoch. (S. 17)

SPORT

Tennis: Michael Westphal, beim Young Masters in Stuttgart im ersten Spiel besiegt, hat einen Privat-Trainer verpflichtet. Es ist der ehemalige Hamburger Bundesligaspieler This Röpke. (S. 9)

Fußball: Das Erreichen des Viertelfinales im UEFA-Cup hat Mönchengladbach von finanziellen Sorgen befreit. Wahrscheinlich braucht zur neuen Saison kein Spieler verkauft zu werden. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Lufthansa: 150 000 Meter Stoff wurden verarbeitet und eine Million Knöpfe angenäht. Der Lufthansa neue Kleider (Foto) präsentieren sich in „klassisch-sportlicher Linie und zurückhaltender Eleganz, klar und sachlich". (S. 18)

Sprache: Die in der Bundesrepublik stationierten britischen Soldaten lernen gezielt Deutsch – warum geht das nicht auch in den französischen Kasernen? Ein Vorschlag von Opernchef Liebermann, dem Germanisten in Frankreich applaudieren. (S. 18)

Grüne verschaffen Dohnanyi die Mehrheit für seinen Etat

Bereitete der linke Flügel die Zusammenarbeit nach dem 9. November vor?

UWE BAHNSEN/DW. Hamburg

In Hamburg zeichnet sich unterhalb der Ebene einer formellen Koalition eine systematische Zusammenarbeit zwischen der SPD und der Grün-Alternativen Liste (GAL) ab. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten billigte die GAL-Fraktion in der ersten Arbeitssitzung des neugewählten Parlaments eine neue und erweiterte Haushaltsführung für 1987. Der sozialdemokratische Minderheitssenat unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat mit Hilfe der Grünen zeitlichen Spielraum gewonnen, um im kommenden Jahr parlamentarisch „überleben" zu können. Das Zusammenwirken von SPD und Grünen in der Hansestadt wird nach Ansicht politischer Beobachter die Glaubwürdigkeit von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau unterminieren. Nach der Hamburg-Wahl hatte Dohnanyi angekündigt, nicht mit den Grünen zusammenzuarbeiten. Gegen eine solche Zusammenarbeit auf Bundesebene nach dem 25. Januar hat sich auch Rau ausgesprochen.

Noch mit der damaligen absoluten SPD-Mehrheit hatte das Landesparlament vor der Bürgerschaftswahl des 9. November einen Beschluß gefaßt, mit dem der Landesregierung das Recht zu der in der Verfassung vorgesehenen vorläufigen Haushaltsführung zuzüglich einer „Bepackung" zugestanden worden war, die unter anderem in Investitionsprojekten bestand. CDU und GAL hatten damals massiv gegen einen solchen Beschluß opponiert. Die Christdemokraten

SEITE 2:
Die ersten Meter

stützten sich auf Beanstandungen des Landesrechnungshofes und warfen dem Senat vor, die Haushaltsrechte des Parlaments beschnitten zu haben. Diesen Beschluß kassierte das Parlament am späten Mittwochabend. Zugleich jedoch beschlossen SPD und GAL nach intensiven Verhandlungen, die erst unmittelbar vor Beginn der Parlamentssitzung abgeschlossen wurden, eine erneute Haushaltsermächtigung für den Senat. Auf der Grundlage dieses Beschlusses kann der Senat im kommenden Jahr vorläufig im Rahmen der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Haushaltes weiter wirtschaften und darüber hinaus zusätzliche Beträge ausgeben, zum Beispiel für Anschlußinvestitionen im Baubereich, für die Nachsubventionierung von Sozialwohnungen und für Umweltschutzmaßnahmen.

Die Frage, welchen politischen Preis die Sozialdemokraten der GAL für deren Abstimmungsverhalten gezahlt haben, beherrschte nach der Parlamentssitzung die Diskussionen im Rathaus. Sicher ist, daß der linke Flügel der SPD in Gesprächen mit GAL-Funktionären die Kooperation eingeleitet hat. Dabei ging es um zwei Themen, die für die GAL wie für den linken SPD-Flügel gleichermaßen essentiellen Charakter haben: Die Situation in der St. Pauli-Hafenstraße, wo ehemals besetzte städtische Häuser bis in die jüngsten Tage hinein Ziele von Polizeieinsätzen waren, sowie um Einsparungen bei den städtischen Kindertagesheimen. Darauf haben die Sozialdemokraten inzwischen ebenso verzichtet wie auf polizeiliche Räumungsmaßnahmen in der Hafenstraße.

DER KOMMENTAR

Jeder Tag

PETER GILLIES

Der Homo sapiens hat erstaunliche technische Fähigkeiten entwickelt, seine menschlichen sind weit dahinter zurückgeblieben. In vielen Ländern wird gefoltert, gemordet, unterdrückt – jeder Tag ist ein Tag der verletzten Menschenrechte. Diese Klage kann nur dort geführt werden, wo die Menschen frei sind. Das läßt die Sowjetunion nicht ruhen. Sie hat nicht nur mit einer scheinheiligen Demonstration auf dem Moskauer Puschkin-Platz die Dissidenten zu neutralisieren versucht, sie erneuert auch ihren Vorschlag, eine Menschenrechts-Konferenz in Moskau zu veranstalten.

Das Land des Archipel GULag ist in der Tat glänzend geeignet, Anschauungsunterricht für die Einhaltung der Menschenrechte zu geben. „Es schmerzen die Leiden jener, die bis zum heutigen Tag ihrer unveräußerlichen Rechte und Freiheiten beraubt sind, die Opfer der in verschiedenen Regionen der Welt fortdauernd groben und massenhaften Menschenrechtsverletzungen sind," teilt die UdSSR mit. Man ist verblüfft: Sollten damit vielleicht Andrej Sacharow und Afghanistan gemeint sein?

Der Bundestag bekräftigte gestern die Selbstverständlichkeit, daß die Menschenrechte unteilbar seien. Der Grünen-Sprecher kritisierte, diese Frage stehe zu oft unter antikommunistischen Gesichtspunkten. Wo soll sie sonst stehen? Sind doch kommunistische Systeme ein Synonym für Unterdrückung (was Unmenschlichkeit anderswo leider nicht ausschließt). Der Vorschlag aus dem Koalitionslager, die UNO mit der Einhaltung von Menschenrechten zu betrauen, ist nicht durchdacht. In mehr als hundert von 159 UNO-Mitgliedstaaten werden Menschenrechte permanent verletzt. Und der UNO-Hochkommissar klagt statt des Archipel GULag die liberale deutsche Asylpraxis an.

Der Kampf um die Menschlichkeit wird nicht mit fadenscheinigen Konferenzen und merkwürdigen Hochkommissaren gewonnen, sondern durch zähen und nimmermüden Protest. Die Deutschen brauchen nicht weit zu blicken: Die Wunde zieht sich mitten durch ihr Land.

Ostspion war dicht an der Quelle

Verhafteter Bundeswehr-Beamter hatte Einblick in Zukunftspläne / Frühzeitige Enttarnung

WERNER KAHL, Bonn/Karlsruhe

Nach umfangreichen Vorermittlungen des Verfassungsschutzes hat der Militärische Abschirm-Dienst (MAD) im Bonner Verteidigungsministerium einen Agenten des „DDR"-Geheimdienstes enttarnt. Wenn sich die Vorwürfe gegen den unter Spionageverdacht verhafteten 48jährigen Oberregierungsrat Jürgen Westphal vom Führungsstab der Streitkräfte bestätigen sollten, dann sieht sich das Bundesverteidigungsministerium dem schwersten Spionagefall seit zehn Jahren ausgesetzt. Der Diplom-Physiker war mit geheimen Rüstungsprojekten beschäftigt und mitverantwortlich für den computergestützten Netzplan der Bundeswehrplanung.

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann erklärte, daß nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen der Ministerialbeamte „dringend verdächtig" sei, sich am 15. August dieses Jahres zur Agententätigkeit für das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) bereitzuerklären zu haben. Das Treffen fand nach Informationen der WELT in einem Wiener Heurigen-Lokal statt. Dort verpflichtete sich Westphal während eines zweitägigen Aufenthaltes in der österreichischen Hauptstadt zur Spionage und kassierte nach Feststellungen der Behörden etwa 1500 Mark.

Mit der Anwerbung hatte der „DDR"-Geheimdienst einen Mitarbeiter unter dem Namen „Dr. Sternberg" nach Bonn und Wien geschickt. Dieser „Dr. Sternberg" hatte den verheirateten Beamten im Frühsommer unangemeldet in dessen Bonner Wohnung aufgesucht und sich als Vertreter eines Rüstungsunternehmens in Großbritannien vorgestellt. Der „DDR"-Geheimdienst hatte – wie sich nun herausstellte – den Oberregierungsrat offenkundig als potentiellen Agenten zielstrebig ausgewählt und ihn auf eine Nebentätigkeit für die angebliche britische Rüstungsfirma angesprochen. „Dr. Sternberg" zeigte sich über persönliche Probleme des Beamten und dessen private Lebensgewohnheiten informiert.

Mit der Festnahme wurde ein langfristiger Plan des kommunistischen Geheimdienstes vereitelt, in den Führungsstab der Streitkräfte der Bonner Hardthöhe einzudringen. Bei der Bundesanwaltschaft zeigte man sich befriedigt, daß ein Agent bereits nach der Verpflichtung – also im Vorfeld – zur geheimdienstlichen Tätigkeit enttarnt werden konnte, ehe durch ihn nicht wiedergutzumachender Schaden für die Sicherheit der Bundesrepublik entstanden wäre. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen hatte der Beamte noch kein Verratsmaterial an „Dr. Sternberg" übergeben. Abwehrexperten sprachen gegenüber der WELT davon, daß im Falle seiner unbemerkt gebliebenen Agententätigkeit der Sowjetblock im Verteidigungsministerium einen „hochkapitalen Spion" besessen hätte.

Generalbundesanwalt Rebmann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Spionageabwehr in diesem Jahr mit 32 gefaßten Ostagenten einen Rekord aufgestellt habe.

SPD warnt vor „Mißbrauch" der Menschenrechts-Debatte

Rühe rät, auf Vorschlag Moskaus offensiv zu antworten

DIETHART GOOS, Bonn

Einmütig hat der Bundestag gestern die weltweite Mißachtung der Menschenrechte angeprangert. In seiner letzten Aktuellen Stunde dieser Legislaturperiode, die von der CDU/CSU beantragt worden war, verurteilten alle Fraktionen die menschenverachtenden Diktaturen in Ost und West. Die Sowjetunion wurde aufgefordert, endlich den Regimekritiker Andrej Sacharow nicht länger zu verfolgen.

Die CDU-Abgeordnete Agnes Hürland sagte: „Dort, wo Menschenrechte verletzt werden, müssen wir das an den Pranger stellen, gleich, ob das in Ost oder West, in Nord oder Süd geschieht. Menschenrechte sind unteilbar." Wer die Rechte anderer Menschen unterdrücke, handele verbrecherisch. Das gelte für das Regime des Generals Pinochet in Chile, für die Links- und Rechtsdiktaturen in Nord- und Südkorea, für das Regime in Äthiopien und für Südafrika. Das gelte aber auch für das Regime im anderen Teil Deutschlands, wo immer noch Menschen, die Mauer und Stacheldraht überwinden und in Freiheit leben wollten, mit Maschinenpistolen und scharfen Hunden daran gehindert würden.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), forderte im Namen der Bundesregierung die Einsetzung eines Hochkommissars der Vereinten Nationen zur Wahrung der Menschenrechte, einen Internationalen Menschenrechtsgerichtshof und die Abschaffung der Todesstrafe. Die SPD-Sprecher Hans-Jürgen Wischnewski, Freimut Duve und Volker Neumann warnten davor, die Diskussion über die Wahrung der Menschenrechte unter parteipolitischen Gesichtspunkten zu führen und sie zu Propaganda zu „mißbrauchen". Staatssekretär Ottfried Hennig vom innerdeutschen Ministerium nannte die Berliner Mauer ein Beispiel permanenter Verletzung von Menschenrechten.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe forderte in einem Zeitungsinterview dazu auf, offensiv auf den Vorschlag der Sowjetunion zu reagieren, in Moskau eine KSZE-Menschenrechtskonferenz abzuhalten. Dies sei eine Herausforderung.

Seite 5: Unter Bedingungen

NATO will konventionelle Abrüstung

Außenminister unterbreiten dem Osten Gesprächsangebot / Frankreich beteiligt

BERNT CONRAD, Brüssel

Die NATO-Außenminister haben sich gestern zu Ost-West-Verhandlungen über die Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts in Europa vom Atlantik bis zum Ural bereit erklärt. Ziel dieser Verhandlungen soll es sein, bestehende Ungleichgewichte zu überwinden und insgesamt die „Fähigkeit zu Überraschungsangriffen oder zur Einleitung von großangelegten Offensiven" zu beseitigen.

Konkret haben die Minister in einer gleich zu Beginn ihrer Herbsttagung beschlossenen „Brüsseler Erklärung über konventionelle Rüstungskontrolle" zwei gesonderte Verhandlungen vorgeschlagen:

1. Verhandlungen, die auf den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) aufbauen und diese erweitern;

2. Verhandlungen zur Beseitigung bestehender Ungleichgewichte vom Atlantik bis zum Ural und zur Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau „zwischen den Ländern, deren Streitkräfte den unmittelbarsten Einfluß auf das grundlegende Sicherheitsverhältnis in Europa haben, nämlich den Staaten des Nordatlantischen Bündnisses und der Warschauer Paktes".

Beide Verhandlungen sollten parallel zueinander geführt werden: Die Beratungen zur Erweiterung der KVAE-Beschlüsse von den 35 KSZE-Teilnehmerstaaten, die konventionellen Abrüstungsverhandlungen von den 16 NATO-Partnern und den sieben Warschauer Paktstaaten „im politischen Rahmen der KSZE".

Diese komplizierte Konstruktion, die der Osteuropäer noch zustimmen müssen, wurde entworfen, um den Franzosen die Teilnahme zu ermöglichen, denn Frankreich hatte es als militärisch nicht integriertes NATO-Mitglied abgelehnt, an reinen Block-zu-Block-Verhandlungen teilzunehmen. Die USA hingegen hatten sich gegen eine Beteiligung aller 35 KSZE-Teilnehmer an den konventionellen Abrüstungsverhandlungen gewandt.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher begrüßte den gestern verabschiedeten Kompromiß als einen „bedeutenden Beitrag zur Abrüstung" und als „eine der wichtigsten Erklärungen" des westlichen Bündnisses. Sie trage „ganz deutlich die Handschrift der Bundesregierung", deren Vorstellungen sich in dem gemeinsamen Text wiederfänden. Der Vorschlag der NATO trage der Tatsache Rechnung, daß das konventionelle Kräfteverhältnis angesichts möglicher Fortschritte bei der atomaren Abrüstung noch an Bedeutung gewinne.

Die westliche Allianz hat mit ihrem Beschluß, der von einer hochrangigen Arbeitsgruppe vorbereitet worden war, auf den Budapester Appell des Warschauer Paktes vom Juni dieses Jahres reagiert. Offiziell sollen die Vorschläge am Rande der Wiener KSZE-Folgekonferenz mit der Sowjetunion und deren osteuropäischen Partnern erörtert werden.

Neuer Präsident der Arbeitgeber

tl. Bonn

Klaus Murmann ist von der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gestern in Bonn einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt worden. In seiner Antrittsrede bezeichnete Murmann Forderungen als „unsozial", Einkommensgruppen nach oben anzugleichen, die sich nicht durch Qualifikation auszeichneten. Bundeskanzler Kohl hat zu neuen Anstrengungen bei der Aus- und Weiterbildung aufgefordert.

Seite 11: Arbeitszeitverkürzung

„Strafe bei Boykott der Volkszählung"

D.G. Bonn

Vor einem Boykott der Volkszählung hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, gewarnt. Die Aufforderung der Grünen an ehrenamtliche Zähler, die Bürger gegen die Volkszählung zu mobilisieren, nannte Hölder in einem Gespräch mit der WELT rechtswidrig. Wer keine oder falsche Angaben mache, könne mit Buß- oder Zwangsgeld bis zu 10 000 Mark belegt werden. Hölder betonte, der Datenschutz sei gewährleistet.

Seite 4: Auch bei Fehlern Erfolg

BGAG akzeptiert Sippels Forderung

cd. Frankfurt

Die Weichen für eine Abwicklung der Neuen Heimat unter der Treuhänderschaft von Heinz Sippel, bis Ende 1985 Chef der Hessischen Landesbank, sind gestellt. Voraussetzung dafür war die jetzt vom Aufsichtsrat der Gewerkschaftsholding BGAG gebilligte Verpflichtung, zusätzlich zu der an vorübergehenden Eigentümer Horst Schiesser gegebenen Zusage von 900 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung der Liquidität, für einen Verlustausgleich der Bilanzen von 1986 bis 1988 zu sorgen. Nach Sippels Aussage bedeutet das für BGAG und Gewerkschaften eine höhere Belastung, als bei früheren Sanierungsversuchen anvisiert worden war. Zweite Bedingung Sippels war neben einer Verlängerung des Stillhalteabkommens mit den Banken bis Ende 1988 eine Tilgungsstreckung und ein bar an die NH zu zahlender „Solidaritätsbeitrag" aller Banken.

Seite 10: Banken ebnen den Weg

Apel rät der SPD zur Vorsicht

dpa, Hamburg

Hans Apel (SPD) hat seine Partei davor gewarnt, zu versprechen, sie könne im Falle eines Wahlsieges binnen kurzem die Arbeitslosigkeit um eine Million verringern. „Keiner hat hier Patentrezepte", erklärte der frühere Bundesfinanzminister in einem Interview der „Frankfurter Neuen Presse". Zugleich kritisierte Apel die Berufung von SPD-Schatzmeister Hans Matthöfer zum neuen Chef der Gewerkschaftsholding BGAG und damit zum Nachfolger von Alfons Lappas. Der Zeitpunkt kurz vor der Bundestagswahl mache nicht nur ihm, Apel, „Probleme". Die Niederlage der SPD bei der Bürgerschaftswahl am 9. November in Hamburg habe gezeigt, daß sich die Affäre um den Wohnungsbaukonzern Neue Heimat wie Mehltau um die SPD gelegt habe. Außerdem sei er betroffen darüber, daß sogar SPD-Präsidiumsmitglieder diese Entscheidung erst aus der Zeitung erfahren hätten.

Papst appelliert an Terroristen

DW. Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. wird seine traditionelle Friedensbotschaft am Neujahrstag 1987 auch „an diejenigen, die Gewalt und Terrorismus praktizieren", richten. Das geht aus dem Text hervor, der gestern vom Vatikan veröffentlicht wurde. In dem Appell heißt es: „Und ich darf zu hoffen wagen, daß ich auch von denen gehört werde, die Gewalt und Terror ausüben. Diejenigen unter euch, die mir zuhören wollen, möchte ich nochmals bitten … vom gewaltsamen Verfolgen eurer Ziele, auch wenn diese in sich gerecht sein mögen, abzulassen." Der Frieden könne erst „dann sicher sein, wenn die Sicherheit, die auf Waffen beruht, stufenweise ersetzt wird durch eine Sicherheit, die auf der Solidarität mit der Menschheitsfamilie beruht". Der Papst ruft „zu weiteren Anstrengungen auf, die Waffen auf das notwendige Minimum für eine berechtigte Verteidigung zu reduzieren".

„Das sozialistische Schiff ächzt unter der Konterrevolution"

Hoher jugoslawischer Parteifunktionär kritisiert KP

CARL GUSTAF STRÖHM, Zagreb

Die KP Jugoslawiens werde „wie niemals zuvor" von einem „opportunistischen Liberalismus" beherrscht. Der Parteiapparat sei unfähig, unbeweglich und unkreativ, um als Träger des ideologischen Kampfes hervorzutreten. Diese ungewöhnlich scharfe Kritik übte der Kroate Stipe Suvar, einer der höchsten jugoslawischen Parteifunktionäre, Mitglied des KP-Präsidiums und kroatischer Chefideologe, vor einer Versammlung alter Partisanen in Zagreb.

Suvar, der als Verfechter eines harten Kurses gilt – er trat vor zwei Jahren als Initiator eines ominösen „Weißbuches" auf, in dem alle oppositionellen Intellektuellen namentlich erfaßt wurden – warf der jugoslawischen KP fehlende ideologische Stoßkraft vor. Daher sei die Partei nicht imstande, den ungünstigen Lauf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens zu verändern. Suvar sprach in diesem Zusammenhang von einer ernsthaften Bedrohung des jugoslawischen kommunistischen Systems.

In Jugoslawien gebe es einerseits eine Stagnation, andererseits aber eine „Restauration der alten gesellschaftlichen Verhältnisse", diagnostizierte der KP-Ideologe. Die Partei sei gegenüber diesen Tendenzen zu nachgiebig. Sie lasse sich Diskussionen über „Veränderungen und Alternativen" aufzwingen. Diese hätten aber nur ein Ziel: „Die Vernichtung unseres sozialistischen Weges im Namen der Restauration des Kapitalismus oder des Staatssozialismus".

Während die Konterrevolution angreife, ächze und neige sich das „jugoslawische sozialistische Schiff". Die Partei habe sich seit dem Tode Titos nicht entschlossen genug den kleinbürgerlichen Illusionen und dem liberalen Verhalten gegenüber den immer aggressiver handelnden antisozialistischen und antikommunistischen Kräften widersetzt. Die KP weiche vor den antikommunistischen Kräften immer weiter zurück. Mit der Opposition, so formulierte Suvar, dürfe es keinen Dialog geben. Die Partei dürfe ihr nicht den Hof machen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die ersten Meter

Von Uwe Bahnsen

Mit dieser GAL nicht einen Millimeter, jedenfalls nicht mit mir" – im vergangenen Bürgerschaftswahlkampf verkündete der SPD-Spitzenkandidat Klaus von Dohnanyi diese Botschaft. Verbunden mit dem Bekenntnis, es gehe um Verläßlichkeit und Berechenbarkeit in der Politik – mit einem Wort, um „klare Verhältnisse". Wenn Klaus von Dohnanyi seinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit nicht verlieren will, müßte er nach der ersten Arbeitssitzung des neugewählten Landesparlaments eigentlich den Hut nehmen.

Und nicht nur er, sondern auch sein Stellvertreter Alfons Pawelczyk, der im Wahlkampf noch viel schärfer mit der GAL ins Gericht gegangen ist und der grün-alternativen Partei bei jeder Gelegenheit attestiert hat, wo es in der Stadt zu Gewaltakten komme, sei die GAL nicht weit. Nun aber ließen sich beide von eben dieser GAL aus der ersten großen Kalamität retten, die der Verlust der absoluten Mehrheit für die Sozialdemokraten mit sich gebracht hat: Gemeinsam erteilten SPD und GAL der Senatsriege um Dohnanyi und Pawelczyk erneut jene Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung, die schon die vorige Bürgerschaft mit der damaligen absoluten Mehrheit der SPD, aber gegen die Stimmen der CDU und der GAL, beschlossen hatte.

Die CDU ist bei ihrer Auffassung geblieben, und sie konnte sich damals wie heute auf massive Einwände des Landesrechnungshofes stützen. Die GAL hingegen hat, nach intensiven Verhandlungen mit den Sozialdemokraten hinter verschlossenen Türen, dem SPD-Senat das Rettungsseil zugeworfen. Dafür hat sie einen handfesten Preis verlangt und erhalten. An der St. Pauli-Hafenstraße wird Dohnanyis Senat nicht etwa Ordnung schaffen, sondern sich von der GAL diktieren lassen, was zu geschehen hat: Nichts. Erstes Signal: Pawelczyk ist entschlossen, das Innenressort ab- oder, richtiger, aufzugeben. Exemplarisch zeigt sich hier, wohin die SPD mit ihrer Weigerung, die Regierungsmacht mit der CDU zu teilen, die Hansestadt führt. Und: Hat man nicht ähnliche Erfahrungen seinerzeit mit Börners Dachlatte gemacht? So stellt sich die Frage erneut, ob dies Modell nicht über die Region hinaus weist.

Rote Karte fürs Monopol

Von Reginald Rudorf

Am Mittwoch lag ein dicker Brief in der Post von ARD und ZDF. Absender: Das Bundeskartellamt. Inhalt: Eine Abmahnung. Beim Lesen der neunzehn Seiten wurden die Gesichter der Telekraten immer länger. Das Bundeskartellamt erklärte den Globalvertrag von ARD und ZDF mit dem Deutschen Sportbund für rechtswidrig.

Dieser Vertrag las sich in der Tat wie ein Nachruf auf den freien Wettbewerb: ARD und ZDF, die beiden Elektronik-Elefanten, erhalten vom DSB exklusiv alle Übertragungsrechte an sämtlichen Sportveranstaltungen auf fünf Jahre – mit Ausnahme von Fußball, Eishockey und Motorsport.

Das Bundeskartellamt befand, daß dieser „Globalvertrag" gegen das Wettbewerbsrecht verstößt. Kartellamtspräsident Professor Kartte machte den Fernsehfürsten klar, daß mit dem Hinzutreten freier Fernsehveranstalter auf den Medienmarkt – gemeint sind SAT 1 und RTLplus – ein Wettbewerbsverhältnis zwischen öffentlich-rechtlichem Fernsehen und Privat-TV entstanden ist. ARD und ZDF steht kein Prioritätsanspruch auf Sport zu, der den Freien den Eintritt in diesen Wettbewerb „unbillig verstellt". Fortan gilt, so das Amt, daß das bisherige TV-Monopol beim Erwerb von Programmrechten uneingeschränkt dem Wettbewerbsrecht unterstellt ist.

Der Abmahnung wird, wenn ARD, ZDF und DSB bis Ende Januar nichts Triftiges dazu einfällt, im März das Verbot des Vertrages folgen.

Zum Hintergrund des Vertrages muß man wissen: ARD und ZDF bekommen sechseinhalb Milliarden DM jährlich, und in ihren Kreisen wird jetzt schon über eine neue Gebührenerhöhung spekuliert. Mit einem solchen Etat könnte man den Freien, die vorerst nur einen Teil des Publikums erreichen und keine vergleichbaren Summen zur Verfügung haben, ganze Sendebereiche vor der Nase wegkaufen. Der Vertrag mit dem DSB hatte zudem die besondere Pointe, daß den Öffentlich-rechtlichen eine Option bis fünf Tage vor dem jeweiligen Ereignis gegeben wurde; sie konnten also bei Desinteresse die Absage bis zu einem Zeitpunkt hinauszögern, wo den Freien der Zugriff rein technisch kaum noch möglich war.

Einer sieht durch

Von Eberhard Nitschke

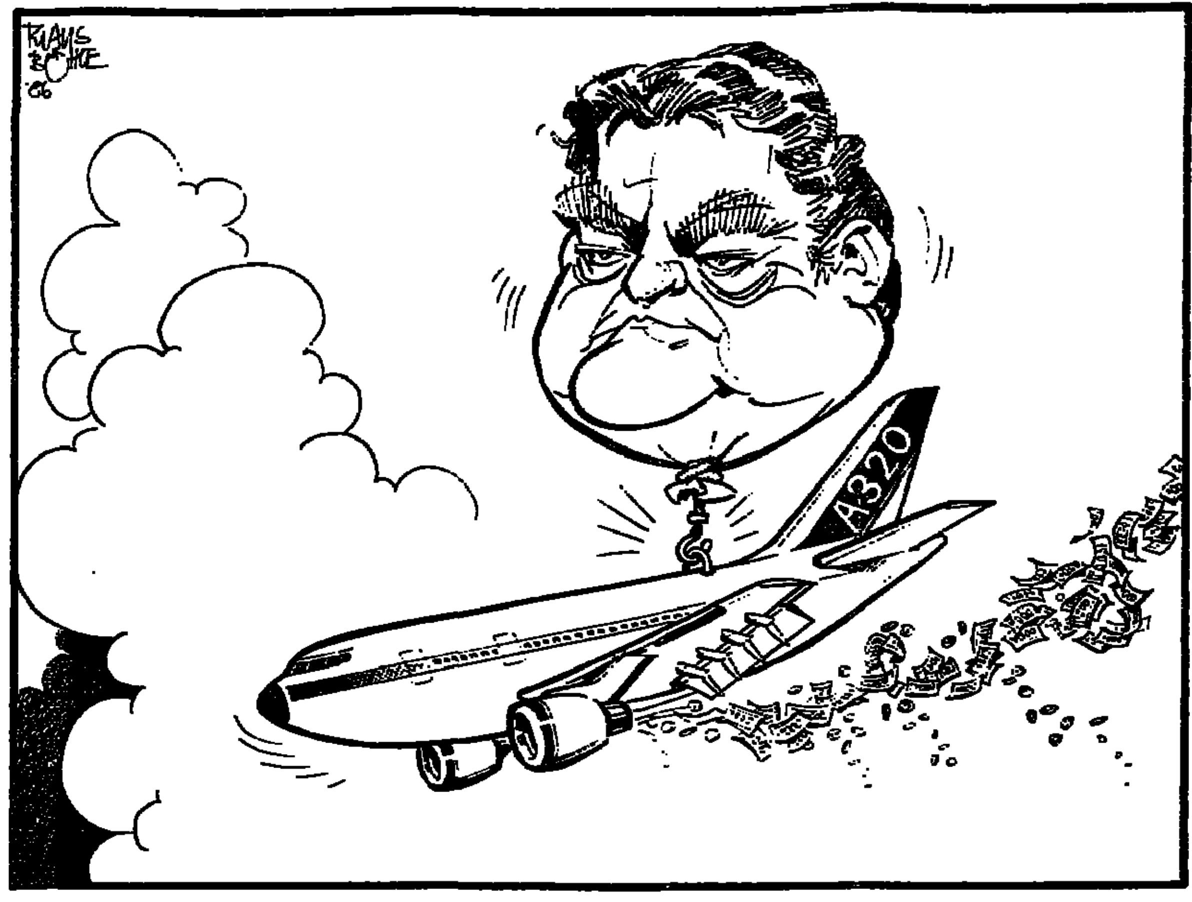
Mit Dingen, die ihn selbst angehen, tut sich der Deutsche Bundestag traditionell schwer. Das betrifft nicht nur die Diäten, über deren gelegentliche Neufestsetzung man sich ja keineswegs immer im Handumdrehen einigt. Das betrifft auch das eigene Haus, denn jahrelang kamen die Neubaupläne für das Parlament und ihm angeschlossene Geschäftsbereiche überall vor, nur nicht in einer Debatte im Plenarsaal.

Es ist also auch nicht außergewöhnlich, daß man nach der Flick-Affäre einige Jahre brauchte, um sich neue und zeitgemäße Verhaltensregeln zu geben. Neu ist danach unter anderem – ein Kompromiß machte es möglich –, daß Nebentätigkeiten ab Mandatsantritt anzumelden sind, daß zum Beispiel Parteispenden über 10 000 Mark, die ein Abgeordneter empfängt, dem Bundestagspräsidenten gemeldet werden müssen.

Wehleidigkeiten, daß der „gläserne Abgeordnete" nun doch nicht aus dem Schmelzofen der Debatte geboren wurde, sind kaum angebracht. Die Massenhaftigkeit der Rechtsanwälte und anderer Juristen im Deutschen Bundestag hat quer durch alle Fraktionen – bis auf die der Grünen – auf die Grenzen bei der Herstellung eines solchen Homunculus aufmerksam gemacht. Der Kompromiß ist von der weit überwiegenden Mehrheit angenommen und also tragfähig.

Und dann: „Durchsichtig" bedeutet nach der Definition des großen sechsbändigen Duden: „So beschaffen, daß man hindurch sehen kann". Die Formulierung deutet eine gewisse Mühe an, zum Ziel zu kommen. Es findet künftig, wie es auch in der Debatte um das Gesetz jetzt festgestellt wurde, Offenlegung statt, die nicht mit Öffentlichkeit verwechselt werden muß. Der Bundestagspräsident, dem nun auf diesem Felde eine besonders große Verantwortung auferlegt wurde, hat auf jeden Fall den großen Durchblick – und kann den großen Hund auf schwarze Schafe der Herde loslassen.

Im übrigen bleibt jedem Bundestagsabgeordneten, der sich davon etwas verspricht, die Auslegung seiner Steuerbescheide im örtlichen Parteibüro seines Wahlkreises. Peter Conradi (SPD) aus Stuttgart macht das seit Jahren; der Zulauf soll sich in Grenzen halten.



Auftriebshilfe KLAUS BÖHLE

Wird der Krieg führbar?

Von Cay Graf Brockdorff

Eine Epoche geht zu Ende. In ihr war für Moskau die Führbarkeit eines Krieges in Europa unmöglich geworden. Noch ist das so. Noch stehen auf dem Boden fünf europäischer Staaten US-Mittelstreckenwaffen, die Ziele in der Sowjetunion unter unannehmbares Risiko stellen. Sie sind Symbol für die Untrennbarkeit der Verteidigung Europas und Amerikas. Ihrer Stationierung in europäischen Bündnisstaaten – in bewußt geringerer Anzahl als Moskaus SS 20 – lag ein Signal zugrunde: Ein mit Wucht geführter Angriff auf die Lebenszentren Westeuropas würde sie in Aktion treten lassen, noch ehe ihnen die Vernichtung drohen würde.

Da es sich um amerikanische Waffen handelte – nicht um britische oder französische –, war der von Moskau gefürchtete Nuklearkrieg mit der anderen Supermacht vorprogrammiert, wenn sie angegriffen werden würden. Ihre Ankunft in Europa gab der Abschreckung neuen Inhalt: Die territoriale Unversehrtheit Westeuropas wurde auf dramatische Weise unversehens zum nationalen Interesse der Sowjetunion. Niemals zuvor war die Ankoppelung der Alten Welt an Amerika so sichtbar, niemals war die Unführbarkeit eines Krieges so augenfällig geworden. In einem epochalen Schritt war Amerikanern und Europäern eine Perfektionierung der Abschreckung gelungen.

Seit Reykjavik besteht die Bereitschaft, nun alles rückgängig zu machen: Die Sowjetunion müßte nur ihre SS 20 in Europa abbauen. Außerdem soll sie zusagen, über ihre Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite, bei denen sie eine Überlegenheit von neun zu eins besitzt, und über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Verhandlungen treten zu wollen. Noch besteht die Sowjetunion auf dem Junktim zwischen ihrer Forderung nach Verzicht der USA auf SDI und ihrer Bereitschaft, über die Mittelstreckenwaffen ((SS 20, Pershing 2 etc.) zu sprechen. Doch die „Null-Lösung für Europa" ist aktuell geworden. Moskau wird das Junktim fallenlassen. Es liegt in seinem Interesse, eine Politik zu revidieren, die Westeuropas Bindungen an die USA zementierte.

Gorbatschow hat auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im März 1986 (politischer Bericht des Zentralkomitees) gesagt: „Die Sowjetunion ist bereit, die Frage der Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone gesondert – ohne unmittelbaren Zusammenhang mit den Problemen der strategischen Rüstung und des Weltraums – zu lösen." Der Bundeskanzler erkannte die Gefahren der Null-Lösung. Er stellte zwei Grundsätze auf, die beachtet werden müßten:

● Die deutsche und europäische Sicherheit kann und darf von den Vereinigten Staaten nicht abgekoppelt werden.

● Kriege dürfen nicht wieder führbar gemacht werden.

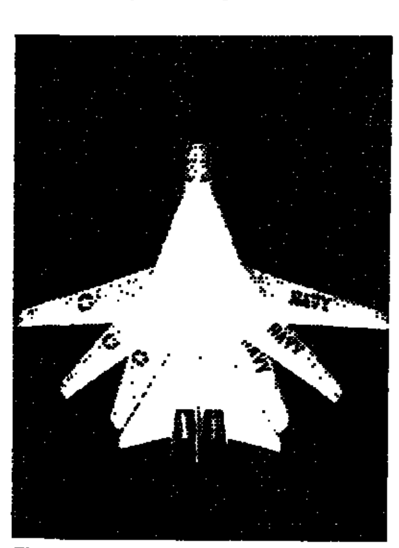
Der Blick auf die sowjetische Militärdoktrin macht deutlich, welche Probleme aufgeworfen worden sind. Sie ist ein integraler Bestandteil der Parteiphilosophie. Die Trennung politischer und militärischer Gesichtspunkte, Merkmal westlicher Gewohnheit, ist dialektischer Sicht unbekannt: „Unaufhaltsam schrumpft der Herrschaftsbereich des Kapitalismus, immer deutlicher wird, daß er historisch dem Untergang geweiht ist", heißt es im Parteiprogramm der KPdSU (XXVII. Parteitag 1986).

Zur Aufgabe des Militärs sagt die sowjetische Literatur: „Der Krieg ist die Politik selbst, welche die Feder mit dem Degen vertauscht, aber darum nicht aufgehört hat, nach ihren eigenen Gesetzen zu denken." (Lenin, „Auszüge und Randglossen" zu Clausewitz). Abschreckung als Begriff ist der sowjetischen Doktrin fremd. Sie kennt nur den Sieg (Sokolowski, Marschall der Sowjetunion, „Wojennaja Strategija", Moskau 1969). Es ist augenfällig, wie sehr die von Sokolowski nach dem XXIII. Parteitag 1969 zitierte Begründung der Rolle der Sowjetstreitkräfte im Parteiprogramm der KPdSU fast wortgleich der des XXVII. Parteitages 1986 entspricht.

Westliche Abschreckung, die den Sieg nicht zulassen will, ist für die KPdSU eine fundamentale Herausforderung. Ihre Beseitigung – wenigstens in Europa – erfüllt doktrinäre sowjetische Forderungen. Mitte der siebziger Jahre wurde klar, daß angesichts der gewachsenen sowjetischen Luftverteidigung die Penetrations- und somit die Durchsetzungsfähigkeit atomar bewaffneter westlicher Flugzeuge unglaubwürdig geworden ist. Ähnlich galt für seegestützte Raketen, daß ihnen jene Überzeugungskraft fehlte, die von der territorialen Rolle landgestützter Raketensysteme ausgeht.

Die nach Reykjavik gewachsene Aussicht auf die Null-Lösung hat Politiker Zuflucht nehmen lassen zu Mitteln der Vergangenheit: Man denkt – wie vor fünfzehn Jahren – an die F-111-Bomber der USA in England, bewaffnet mit Cruise Missiles. Inzwischen ist die sowjetische Luftverteidigung nicht stehengeblieben. Das Erscheinen der vierten sowjetischen Flugzeuggeneration mit den Jägern „Fulcrum" und „Flanker", deren Radar, in Verbindung mit Frühwarnmaschinen wie der sowjetischen vierstrahligen „Mainstay", Marschflugkörper aufspüren kann, stellt die F-111-Option in Frage.

Wie im System kommunizierender Röhren muß mit verringerter Fähigkeit, sowjetisches Territorium unter Risiko halten zu können, die Bedeutung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen wachsen. Das zu vermeiden, ist legitimes Interesse deutscher Sicherheitspolitik, die danach trachten muß, vor der Auflösung einer kohärenten Strategie zu warnen. Des Kanzlers Maximen sind bekannt. Die Instrumente zu ihrer Durchsetzung aber drohen sich zu vermischen mit unsicheren Signalen. Einem diffusen westlichen politischen Zeitgeist wäre vielleicht Rechnung getragen. Historischer und dialektischer Materialismus folgt eigenen Gesetzen.



Eine unzulängliche Aushilfe für Europa: F-111 FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Pierre Aubert

Ungeliebt und doch gewählt

Von Alfred Zänker

Mit über Erwarten gutem Ergebnis – 169 von 203 Stimmen – ist Pierre Aubert, der amtierende Schweizer Außenminister, vom Parlament zum zweiten Mal nach 1983 für das kommende Jahr zum Bundespräsidenten der Eidgenossenschaft gewählt worden. Mit diesem Amt, das nach dem Rotationsprinzip jedes Jahr von einem anderen Mitglied der siebenköpfigen Bundesregierung ausgeübt wird, sind keine zusätzlichen politischen Befugnisse verbunden, denn die Aufgabe des Schweizer Bundespräsidenten liegt vor allem in der Leitung der Kabinettsitzungen und in repräsentativen Aufgaben. Er ist weder Ministerpräsident noch Staatsoberhaupt.



Seine Reisediplomatie ärgert viele: Aubert FOTO: AP

Aubert wurde 1927 in dem kleinen Winzerstädtchen Auvernier am Neuenburger See als Sohn eines bekannten Anwaltes geboren. Nach dem Rechtsstudium in Neuenburg und Heidelberg trat er in die Fußstapfen seines Vaters und eröffnete 1953 ein Anwaltbüro in La-Chaux-de-Fonds im Schweizer Jura. Aus jener Zeit erinnern sich die Einheimischen, die Aubert liebevoll „Toto" nennen, vor allem an seine erfolgreiche Verteidigung eines Priesters, der Kirchengelder zugunsten der Sozialhilfe „veruntreut" hatte. Radfahren war immer sein liebstes Hobby. Man sieht ihn oft zusammen mit seiner Gattin auf Schweizer Straßen mitten im Autoverkehr radeln.

Der Sozialdemokratischen Partei, der es damals – wie heute – an profilierten Politikern fehlte, trat Aubert 1958 bei. 1971 wählten ihn seine Landsleute als Kantonsvertreter in den Ständerat, die kleine Kammer der Schweizer Bundesversammlung. In Bern galt er in den siebziger Jahren als „Linksliberaler", der sich auf seiner eigenen sozialdemokratischen Parteiführung gegenüber eher auf Distanz hielt und dadurch nicht gerade populär machte.

Im Dezember 1977 wurde er zum Nachfolger des angesehenen Außenministers Pierre Graber, ebenfalls Sozialdemokrat, gewählt. Schwache Führung und mangelnde Konzeption ist ihm oft auch im eigenen Lager vorgeworfen worden. In bürgerlichen Kreisen wird vor allem seine – für Schweizer Verhältnisse ungewohnte – Reisediplomatie beanstandet, seine eifrigen Bemühungen, die „guten Dienste" der Schweiz in der internationalen Politik zu verkaufen.

Eine Offerte an die Sowjetunion, ein Schweizer Flugzeug samt Besatzung für Inspektionsflüge im Zusammenhang mit der CVAE-Konferenz zur Verfügung zu stellen, wurde von Moskau kühl als „unzweckmäßig" abgelehnt. Einen schweren Rückschlag erlitten auch seine Bemühungen um den Beitritt der Schweiz zur UNO, die im März des Jahres in einer Volksabstimmung von 77 Prozent der Eidgenossen verworfen wurden. Das sei noch lange kein Grund zum Rücktritt, meinte Aubert.

Die Züricher „Weltwoche" meinte, kaum je habe ein Chef der Schweizer Diplomatie so vernichtende Zensuren erhalten. „Die Ära Aubert darf getrost als Episode betrachtet werden, in der letztlich ohne großen Schaden ein Dilettant Außenminister mimt." In Bern heißt es, man müsse Auberts Wahl zum Bundespräsidenten wohl vor allem als eine Geste betrachten, um ihm den Weg zum Rückzug aus dem Bundesrat Ende 1987 zu ebnen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Mannheimer MORGEN

Er kommentiert die Abgeordnetenregeln:

Die Schwierigkeit dieser ganzen Angelegenheit besteht in der Unabdingbarkeit der bürgerlichen Freiheit und dem Sonderstatus des Abgeordneten, den man ja nicht zum Paria der Nation machen will, der über alles und jedes öffentlich Rechenschaft abzulegen hat. Andererseits ist es auch nicht im Sinne einer Volksvertretung, daß sie sich aufgrund ihrer Sonderstellung zu bereichern trachtet.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie meinen zur Volksfürsorge:

Die Sparkassen wollen bei der Versicherung einsteigen und legen dafür wohl bis zu vier Milliarden Mark auf den Tisch. Das könnte für die Neue Heimat die Rettung bedeuten. Denn nach dem Verkauf der Bank für Gemeinwirtschaft hat die Gewerkschaftsholding BGAG jetzt sechs Milliarden Mark für die Sanierung des Wohnungsbaukonzerns zur Verfügung. Experten rechnen damit, daß dieser Betrag ausreicht. Aber auch die Sparkassen legen ihr Geld gut an.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung bemerkt zu Diepgens Besuchs-Absichten:

Die Westalliierten äußern sich intern sehr kritisch über die Neigung Diepgens, der Einladung des DDR-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Honecker zu folgen. Vor allem weisen sie darauf hin, daß nach westlichem Verständnis Ost-Berlin nicht Teil der DDR und deshalb auch nicht deren Hauptstadt ist, wie Honecker in seiner Einladung betont, sondern daß es de jure dem Viermächtestatus unterliegt. Die Westalliierten lehnen es jedoch ab, sich öffentlich zu dieser Frage zu äußern, um nicht in den Geruch von Besatzungsmächten zu kommen, nachdem sie in den letzten Jahrzehnten zu Schutzmächten geworden sind, die mit den Berlinern partnerschaftlich verkehren. Auch von deutscher Seite wird an Diepgens Verhalten zunehmend Kritik geübt.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf den Airbus ein:

Ein US-Monopol am Fliegerhimmel ist aus vielen Gründen nicht wünschenswert. Doch irgendwo muß mal Schluß sein mit den öffentlichen Zuschüssen in Milliardenhöhe. Wenn die Hilfe des Staates für Entwicklung und Markteintritt eines solchen Riesenprojektes wie die Airbus-Familie noch zu rechtfertigen ist, so kann es nicht angehen, daß der deutsche Steuerzahler auch noch beim Verkauf jeder einzelnen Maschine zuzahlen soll ... Wenn Airbus die augenblicklichen Verluste aus dem Dollar-Verfall auf die Allgemeinheit abwälzen dürfte, dann müßte das fairerweise für alle anderen Dollar-geschädigten deutschen Unternehmen auch gelten.

Vom Staatsfunk unten und anderen Wunderdingen

Der Kampf gegen das freie Fernsehen im Vorfeld des 18. Dezember / Von Gernot Facius

Daß Experten-Hearings für die Politik oft nur Alibi-Charakter haben, hat man längst geahnt. Nirgendwo hat sich diese Einschätzung so schnell bestätigt wie im Land des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Obwohl Verfassungsrechtler von Rang die Beteiligung von Städten und Gemeinden am privaten Rundfunk in NRW für verfassungswidrig halten, gibt die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion nicht nach: In den Betriebsgesellschaften, die das Programm durch Werbung zu finanzieren haben, sollen die Kommunen bis zu 25 Prozent vertreten sein.

„Maximal" zwei Sitze sollen ihnen in den für das Programm verantwortlichen „Veranstalter-Gesellschaften" zustehen. Es müsse erreicht werden, so der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow, daß die Städte ihr „kulturelles Potential" ins Lokalradio einbrächten. Der „Bürgermeisterfunk" anstelle des Bürgerfunks läßt grüßen.

Wird der NRW-Entwurf noch vor der Bundestagswahl Gesetz, und dafür spricht die Eile, mit der die regierende SPD auf Verabschiedung drängt, ist eine neue juristische Runde in der Medienpolitik eröffnet. Denn die Opposition in Düsseldorf ist der Meinung, daß mit der Beteiligung der Kommunen die „Staatsferne" des Rundfunks nicht gewährleistet ist. Der Weg zum Gericht wäre logisch.

Der Westdeutsche Rundfunk wird in den Lokalfunk-Bestimmungen nicht erwähnt. Was auf den ersten Blick nach Fortschritt aussieht, ist in Wirklichkeit ein Fallstrick für die Privaten.

Der Kölner Sender darf kraft eigenen Rechts, weil ihm das umstrittene WDR-Gesetz die Möglichkeit gibt, auch Lokalprogramme veranstalten, allerdings ohne Werbung. Aber jede Ausweitung des WDR-Terrains kann zu Lasten der Privaten gehen. Diese Kröte wiederum können CDU und FDP, die die Förderung der Konkurrenz zum Monopolfunk WDR auf ihre Fahnen geschrieben haben, nicht schlucken. Um so weniger, als die Klage gegen das WDR-Gesetz noch nicht entschieden ist.

Aus Nordrhein-Westfalen wird jedenfalls ein neuer Stolperstein vor die Tür der Ministerpräsidenten gerollt, die am 18. Dezember über den Dauerbrenner „Einheitlicher Medienstaatsvertrag" beraten wollen. An einen Erfolg dieser Runde wagt freilich niemand mehr zu glauben. Denn schon im Vorfeld werden die Rechtfertigungsgründe für das Scheitern wie Stein auf Stein aufeinandergefügt. Vom Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier und dem hessischen Staatskanzleichef Paul Leo Giani ist zu hören: Wir machen einen Staatsvertrag, sollte ein Unionsland den Gebührenstaatsvertrag kündigen. Über diese Konsequenz von Unionsseite wird seit mehr als einem Jahr geredet. Als Argument für einen Alleingang der A-Länder (Hamburg bleibt ohnehin außen vor) ist sie nicht geeignet.

Das Ministerpräsidententreffen ist vor allem zum Scheitern verurteilt, weil kein Konsens darüber zu erzielen ist, was „Grundversorgung" im Sinne der Karlsruher Verfassungsrichter ist. Ist das Ja zur „Grundversorgung" an den Auftrag an die Politik gekoppelt, die „Überversorgung" mit öffentlich-rechtlichen Programmen abzubauen? Es muß doch auffallen, daß die Vierten Hörfunkkanäle zu einem Zeitpunkt entstanden sind, an dem die Privaten vor der Tür stehen. Und auch die bundesweite Verbreitung der Dritten Fernsehprogramme (Motor dieser Entwicklung war sinnigerweise das CSU-regierte Bayern) ist mit dieser „Verstopfungsstrategie" zu erklären.

Was „Überversorgung" ist, das hat der Bundesverband Kabel und Satellit (BKS) in einer Studie über den Hörfunk im Raum Karlsruhe vorgerechnet. Schon heute sind dort auf 48 UKW-Frequenzen 16 ARD-Hörfunkprogramme, fünf fremdsprachige Sender neben dem privaten Programm Radio 4 aus Rheinland-Pfalz zu empfangen. Allein die Programme des Süddeutschen Rundfunks seien auf zwölf UKW-Frequenzen zu hören. Beachtlich ist die hohe Sendeleistung der ARD-Stationen, „oft über 100 000 Watt". Die privaten Sender sollen in Baden-Württemberg zum Teil nur mit 100 Watt senden. Die Frage, die der Verband stellt, ist berechtigt: Ist für die „Grundversorgung" der Bevölkerung angesichts dieser Empfangssituation ein weiterer Ausbau und eine zusätzliche Regionalisierung der öffentlich-rechtlichen Programme erforderlich?

Daß das rot-grüne Hessen jetzt mit einem neuen Entwurf für ein „Satelliten-Weiterverbreitungsgesetz" aufwartet, das Werbung sonn- und feiertags untersagt, ohnehin nur „Blockwerbung" zuläßt und die privaten Programme bei der „Einspeisung" auf einen hinteren Platz verbannt, rundet das ganze nur noch ab.

Der „Konsens" darf nicht zum politischen Fetisch werden. Deshalb ist der Rundfunkfreiheit auch dann gedient, wenn die Länderchefs am 18. Dezember ohne Einigung auseinandergehen. Denn die Blockade-Länder dürfen nicht länger das Tempo bei der „freiheitlichen Veränderung der Medienlandschaft" bestimmen.

HÖRZU – „diese Zeitschrift ist ein Teil von uns“

Es begann am 11. Dezember 1946 mit einem zwölfseitigen Heftchen. Geworden ist daraus Deutschlands größte Funk- und Fernsehzeitschrift. Gestern feierte „Hörzu“, jung und vorwärts drängend wie eh und je, ihren 40. Geburtstag.

Von HERBERT SCHÜTTE

Kann ich an die Stelle eines verstorbenen Abonnenten treten?“ – Briefe mit Anfragen dieser Art liegen heute in Glasvitrinen von Dokumentations-Ausstellungen über die ersten Zeitungs- und Zeitschriftengründungen der Nachkriegszeit. „Hörzu“ – an deren Redaktion dieser Bittbrief gerichtet war – ist das geblieben, was sie von Anfang an prägte: eine Zeitschrift mit Wärme und einem Gesicht, das Optimismus ausstrahlt, eine Funk- und Fernsehzeitschrift im Gespräch mit dem Leser, ein Blatt, das „keine Feinde hat“, wie Günter Prinz, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Axel Springer Verlages, es gestern in Hamburg ausdrückte. Mehr als 300 Gäste aus der ganzen Bundesrepublik waren gekommen, um den 40jährigen Geburtstag von „Hörzu“ zu feiern.

Es begann am 11. Dezember 1946 mit einem zwölfseitigen Heftchen auf grauem Papier, davon vier Seiten Rundfunkprogramm, Preis 30 Pfennig, Auflage: 252 000 Stück. Wegen Papiermangels war nicht mehr drin.

Doch in den Hirnen und Herzen der Zeitungsmacher steckte weit mehr: Was Verleger Axel Springer und Chefredakteur Eduard Rhein auf den Weg brachten, war eine Zeitschrift voller Kreativität und Phantasie, ganz dem Leser zugewandt, doch nie im Banne modischer Wellen. „Ein Wesen mit ganz eigenem Herzschlag“, diagnostizierte Prinz bei der Geburtstagsfeier im „Atlantic“-Hotel.

Dieser Herzschlag wurde vom Chefredakteur immer wieder mit neuen Impulsen belebt: Eduard Rhein – gestern herzlich, ja stürmisch gefeiert – schuf den Redaktionsigel „Mecki“, der die Kinderstube bereicherte und den Haarschnitt der Jugend beeinflußte; er erfand das Bilder-Ratespiel „Original und Fälschung“, das es noch heute gibt; er schrieb unter wechselnden Pseudonymen wie Horster und Hellmer Erfolgsserien wie „Ein Herz spielt falsch“, „Suchkind 312“ und „Der Engel mit dem Flammenschwert“. Rhein führte auch die Lebenshilfe-Rubrik „Fragen Sie Frau Irene“ ein, in deren Rolle Walther von Hollander geschlüpft war. Die Anekdoten um den erfinderischen Journalisten sind Legion, Eduard Rhein, der 18 Jahre an der Spitze von „Hörzu“ stand und heute an der Riviera lebt, ist längst eine Legende geworden.

Am ersten Weihnachtstag 1952 begann das Fernsehen in der Bundesrepublik seine Sendungen, in der folgenden Nummer widmete die Zeitschrift dem neuen Medium eine halbe Programmseite. Heute sind es 45 Seiten, sämtlich in Farbe. Der Heftumfang von Deutschlands größter Programmzeitschrift erreicht bis zu 200 Seiten, die Auflage marschierte bereits 1950 auf eine Million, vier Jahre später war sie doppelt so hoch, 1957 waren es bereits drei Millionen.

Der „selektive Zuschauer“ – so die Formel, die ZDF-Intendant Dieter Stolte gestern über den orientierungsbedüftigen Menschen zwischen dem elektronischen Medium und der Programmpresse prägte – „möchte sich unter fachkundiger Beratung sein audiovisuelles Menü selbst zusammenstellen“. Für „Hörzu“ und die anderen Funk- und Fernsehzeitschriften folgerte er: „Die Bedeutung der Programmzeitschriften wird in Zukunft ... größer und nicht kleiner werden.“ Den Zuschauern sei es egal, ob sie privates oder öffentliches Fernsehen sähen. Stolte: „Hauptsache, es ist ein gutes Programm.“

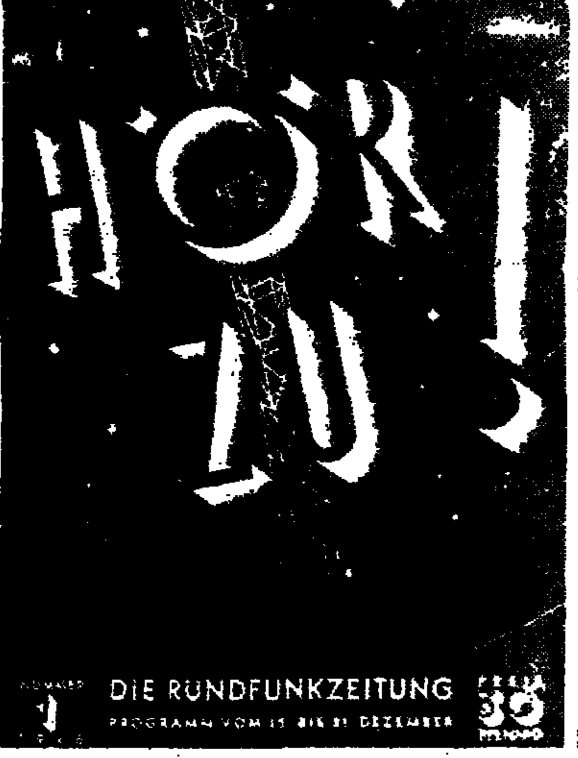
An der Geburtstagstorte erfreuten sich unter anderen Kammerspiel-Intendantin Ida Ehre und der Wissenschaftler Heinz Haber, Hamburgs Kultursenatorin Helga Schuchardt und der Journalist Werner Baecker, die Sängerin Anneliese Rothenberger und Bernhard Servatius, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Axel Springer Verlag AG.

Natürlich waren auch viele Preisträger der „Goldenen Kamera“ dabei, die 1965 von „Hörzu“ gestiftet wurde.

Und noch eine Aktion bewegte bundesweit Millionen Menschen: die Krebshilfe. Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel dankte gestern für die Unterstützung des Lebenswerks seiner verstorbenen Frau, durch die „eine Bewegung gegen die Trägheit der Herzen“ in Gang gekommen sei. Auch am Jubiläumstag bewies „Hörzu“ ihr humanitäres Engagement: Die Zeitschrift überreichte dem Weltkinderhilfswerk Unicef einen Scheck über 40 000 Mark.

Bevor zwei *Mecki-Figuren* die riesige Geburtstagstorte mit 40 Kerzen in den Saal rollten, machte der Schriftsteller Ephraim Kishon eine andere Alters-Kalkulation auf: Er bescheinigte dem Blatt, daß es eigentlich schon 60 Jahre zähle. Denn – so rechnete er vor – „wir schlafen immer weniger und leben daher immer mehr“. Aufgrund dieser Zeitbetrachtung sei er bereits 80 oder 85 Jahre alt. Schuld an allem trage das Fernsehen. „Die Welt“ – so fuhr er fort – „ist vom Fernsehen beherrscht, und das Fernsehen ist von ‚Hörzu‘ beherrscht.“

Humoristen dürfen übertreiben, zumal Satiriker. „Hörzu“ sollte nicht – so empfahl Günter Prinz – allein Spiegelbild des Fernsehens sein, sondern „muß selbst die Nase im Wind haben“. Die Zeitschrift müsse immer den Lesern und nie einem Kanal verpflichtet sein. Daß die gestern Gefeierte seit jeher der Familie verbunden ist, belegte Prinz mit einem Erlebnis, das Axel Springer als „das schönste Kompliment“ für sich bewertete. Eine alte Dame sagte ihm einmal über „Hörzu“: „Wissen Sie, diese Zeitschrift ist ein Teil von uns. Wir hatten sie übrigens schon vor dem Kriege abonniert.“







Mit einer Auflage von 252 000 startete vor 40 Jahren „Hörzu“. Erster Chefredakteur war das „Multitalent“ Eduard Rhein (o.). Auch gestern bei der Geburtstagsfeier bewies das Blatt wie in all den Jahren sein humanitäres Engagement: Die kleine Jasmina (Titelbild dieser Woche) übergab Katharina Schippers (l.) für Unicef einen Scheck über 40. 000 Mark
FOTOS: KUJATH



Das Rätsel um „Ludwig“: Nur zum Auftakt ihres Prozesses kamen bisher die Angeklagten Marco Furlan (l.) und Wolfgang Abel in den Gerichtssaal
FOTO: AP

„Unsere Gerechtigkeit ist der Tod“

Die Last der Indizien wiegt schwer, doch die Angeklagten scheint das nicht zu interessieren. Sie bestreiten alles und meiden den Gerichtssaal in Verona. Zwei junge Männer, die fünfzehn Menschen ermordet haben sollen – im Namen der Moral.

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Sie sehen beide aus wie Oberprimaner, wie etwas verklemmte Heranwachsende aus guter Familie, bei denen man versucht ist, sie noch mit Du anzureden. Daß sie schon auf die dreißig zugehen, daß der eine von ihnen bereits sein Mathematik-Studium mit der Promotion abgeschlossen hat und der andere kurz vor dem letzten Examen steht, würde auf den ersten Blick niemand vermuten. Im Gitterkäfig des Gerichtssaales wirken sie fast mitleiderregend deplaciert. Und doch sind der Deutsche Wolfgang Abel (27) und sein italienischer Freund Marco Furlan (26) nach dem Urteil des Ermittlungsrichters fanatische Mörder, die unter dem Decknamen „Ludwig“ 15 Menschen umgebracht haben sollen.

Seit zwei Wochen wird den beiden Freunden im mittelalterlichen Schwurgerichtssaal an der Piazza delle Erbe von Verona der Prozeß gemacht. Aber nur an einem Tag, dem ersten, waren sie bereit, die Verhandlung vom Gitterkäfig aus zu verfolgen. Seitdem ziehen sie es vor, in ihrer Gefängniszelle zu bleiben. Sie wollen mit dem Prozeß, den sie als „montatura“, als eine künstlich aufgebauschte Sache, bezeichnen, offensichtlich nichts zu tun haben. Sie bestreiten jede Verantwortung für die Verbrechen, die ihnen zur Last gelegt werden, für die 15 bestialischen Morde, deren Opfer zwischen 1977 und 1984 durchweg Menschen waren, die nach den selbstgefälligen Moralvorstellungen gewisser Leute lebensunwürdig oder sozial gefährlich sind.

Auf grausame Weise fanden in dieser Zeit ein Zigeuner, ein Homosexueller, ein Drogensüchtiger, eine Prostituierte, sechs Besucher eines Sex-Kinos, ein Vagabund, die Angestellte einer Diskothek und drei Mönche den Tod. Für alle diese Verbrechen übernahm in handgeschriebenen Mitteilungen an Zeitungen und Presseagenturen eine „Organisation Ludwig“ die Verantwortung. Jede dieser in italienischer Sprache abgefaßten Mitteilungen war mit einem handgezeichneten Hoheitsadler mit Hakenkreuz und dem Namen Ludwig auf den Flügeln versehen und auf Deutsch mit „Gott mit uns“ unterschrieben. Die Buchstaben waren der Runenschrift nachgeahmt.

In der Mitteilung über die Brandstiftung im Mailänder „Eros Sexi Center“ am 14. Mai 1983 hieß es: „Wir tragen die Verantwortung für den Scheiterhaufen der Schwänze. Ein Todeskommando hat ehrlose Männer hingerichtet, die das Gesetz Ludwigs nicht respektierten.“ Die Mitteilung über die Verbrennung eines Vagabunden in einem alten Veroneser Gemäuer am 24. März 1981 begann mit den Worten: „Unser Glaube ist der Nazismus. Unsere Gerechtigkeit ist der Tod. Unsere Demokratie ist die Ausrottung.“ Und nach der Brandstiftung in der Münchner Diskothek „Liverpool“ schrieb „Ludwig“: „Wir bekennen uns zum Feuerwerk von München. Im Liverpool wird nicht mehr gebumst. Eisen und Feuer sind die nazistische Strafe.“

In allen Mitteilungen wurden Einzelheiten über Tat und Tatwerkzeuge angeführt, die der Öffentlichkeit nicht bekannt waren. Damit sollte offensichtlich die Authentizität der Mitteilungen bewiesen werden.

Wer sich hinter dem Namen „Ludwig“ verbarg, war der Polizei jahrelang ein Rätsel. Man vermutete zunächst, daß es sich um eine neonazistische Terrororganisation handeln könnte. Immer wieder wurden Verdächtige verhaftet, die aber nach kurzer Zeit mangels Beweisen oder wegen erwiesener Unschuld wieder freigelassen werden mußten.

Im „Melamara“ wurden sie von der Polizei gefaßt

Am 4. März 1984 wurden dann Wolfgang Abel und Marco Furlan in Castiglione delle Stiviere zwischen Verona und Brescia bei dem Versuch ertappt, die zu diesem Zeitpunkt von fast 400 Menschen besuchte Diskothek „Melamara“ in Brand zu stekken. Da sie dabei ähnlich vorgingen wie die Brandstifter im Mailänder Sex-Kino und in der Münchner Diskothek „Liverpool“, gerieten sie schnell in Verdacht, auch für diese Verbrechen verantwortlich zu sein.

In enger Zusammenarbeit mit deutschen Stellen leiteten die italienischen Untersuchungsbehörden entsprechende Ermittlungen ein, die schließlich beim Veroneser Untersuchungsrichter Mario Sannite die im Urteil zum Abschluß des Ermittlungsverfahrens ausgesprochene Überzeugung begründeten, daß Abel und Furlan „Ludwig“ seien. Dies, obwohl die beiden jede Verantwortung für die „Ludwig“-Verbrechen weit von sich wiesen und die versuchte Brandstiftung in der Diskothek „Melamara“ nur als Faschingsscherz hinstellten.

Die Eltern der beiden fielen aus allen Wolken. Weder Abels Vater, der jahrzehntelang die italienische Tochter einer deutschen Versicherungsgesellschaft leitete, noch Furlans Vater, der als Chefarzt ebenfalls zum Veroneser Großbürgertum gehört, hatten je bei ihren Söhnen nazistisches Gedankengut entdeckt. Wolfgang und Marco, so erklärten sie, hätten auch nie Neigungen zu moralischem Fanatismus zu erkennen gegeben. Sie hätten nicht anders gelebt als ihre Altersgenossen. Lehrer und Professoren bezeichneten sie als überdurchschnittlich intelligent. Ist es möglich, daß sie ein zweites Leben geführt haben, von dem ihre Eltern nichts wußten?

Die Kette der Indizien, die im Urteil des Ermittlungsrichters aufgeführt werden und die in dieser Woche im Hauptverfahren schon durch zahlreiche Zeugenaussagen erhärtet wurden, wiegt zweifellos schwer. Am stärksten belastet die beiden das Ergebnis der im BKA Wiesbaden vorgenommenen elektrostatischen Untersuchung von über 1000 unbeschriebenen Notizseiten, die zum Teil in Abels Münchner Wohnung, zum Teil in Abels und Furlans Zimmern in Italien beschlagnahmt wurden. Diese Untersuchung machte Texte sichtbar, die auf Blättern über den leeren Seiten geschrieben worden waren. Bei den auf diese Weise sichtbar gemachten Texten handelte es sich um die Durchdrucke der originalen „Ludwig“-Mitteilungen über die Brandstiftungen im Mailänder Sex-Kino und in der Münchner Diskothek „Liverpool“ sowie über die Ermordung von zwei Mönchen.

Völlig schleierhaft ist bisher noch für die Anklagebehörde, was der Name „Ludwig“ bedeuten soll. Es wurden darüber die verschiedensten Vermutungen angestellt. Sie reichen von den drei Heiligen dieses Namens bis zum literarischen „Bruder Ludwig“, der in Silones Roman „Das Abenteuer eines armen Christen“ gegen die Korruption in der Kirche und in der Welt ankämpft. Eine Ausgabe dieses Romans in deutscher Sprache wurde in Abels Münchner Wohnung gefunden. Auf jeden Fall ist der Ermittlungsrichter zur Überzeugung gelangt, daß die nazistische Terminologie und Symbolik der „Ludwig“-Mitteilungen nur Beiwerk, nicht Ausdruck einer nazistischen Ideologie ist.

Im Urteil zum Abschluß des Ermittlungsverfahrens heißt es zu diesem Punkt: „Die Ideologie Ludwigs hat trotz der benutzten Symbole und der Selbstidentifizierung nichts mit den ideellen Grundlagen und den Leitlinien des Nazismus gemein.“ Dann entwickelt der Ermittlungsrichter in seinem Urteil eine sicherlich reichlich gewagte These: „Man kann sich kaum der Versuchung entziehen festzustellen, daß dieser Fall nicht wenige Komponenten hat, die einer der lateinischen Welt fremden Kultur zugehören: Mystizismus, Moralismus, Puritanismus, die Überzeugung, eine historische Aufgabe zu erfüllen, Mythos der Reinheit und die daraus folgende Mission der Reinigung ... All das sind Motive, die in verschiedener Weise in der deutschen Kultur präsent sind ... vom 18. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus ... All das sind mitteleuropäische, insbesondere deutsche Häresien, denen gewisse Degenerationen der protestantischen Ethik nicht fremd sind.“

Der historische Streit um eine Etsch-Brücke

Diese These des Ermittlungsrichters wird von den Prozeß-Beobachtern freilich keineswegs allgemein geteilt. Nicht wenige sehen eher im selbstgefälligen, durch eine stark klerikal bestimmte Lokaltradition abgestützten Moralismus gewisser Kreise des traditionellen Veroneser Großbürgertums den Nährboden der „Ludwig“-Ideologie. Manche erinnern sich hier noch lebhaft an eine bezeichnende Episode der ersten Nachkriegszeit: den Streit um die Etsch-Brücke Ponte della Vittoria.

Die Brückenköpfe waren mit allegorischen Gestalten des Sieges geschmückt, mit nackten Helden und Pferden. Nach dem Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Brücke untersagte der christdemokratische Stadtrat zunächst „aus städtebaulichen Erwägungen“ die Wiederaufstellung der geretteten Statuen. Das unterderhand zugegebene wahre Motiv war freilich moralischer Natur. Ein Pfarrer argumentierte, es müsse vermieden werden, daß Schulmädchen sich, wie früher, wieder an der Brücke versammelten, um anatomische Studien zu treiben. Erst nach einer langen Polemik, an der sich katholische Eiferer, Liberale, Städtebauer, Familienväter und Kriegsteilnehmer lebhaft beteiligten, kamen die Standbilder wieder an ihren alten Ort.

Abtreibung: Streit um Arztstellen in Nürnberg

gey./DW. Nürnberg/München

Die bayerische Landesregierung will bei keinem staatlichen oder kommunalen Krankenhaus Stellenausschreibungen dulden, in denen die Bereitschaft von Ärzten vorausgesetzt wird, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Eine entsprechende Anzeige für zwei Chefarztstellen an den Nürnberger Frauenkliniken hatte das Innenministerium als Rechtsaufsicht beanstandet. Diese Bedingung bei einer Stellenausschreibung verstößt nach Auffassung des Ministeriums gegen die bundesrechtliche Vorschrift, nach der niemand verpflichtet sei, an einer Abtreibung mitzuwirken. Vor dem Plenum des Bayerischen Landtags sagte Innenminister August Lang (CSU) jetzt, er werde in dieser Frage notfalls eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herbeiführen. Das habe bereits entschieden, kein Arzt dürfe zu einem Abbruch gezwungen werden.

In namentlicher Abstimmung wurde mit 56 zu 96 Stimmen ein SPD-Dringlichkeitsantrag zurückgewiesen, der die Position der Stadt Nürnberg stützte. Der Rat der Stadt entschied inzwischen, gegen die Entscheidung der Regierung Widerspruch einzulegen. Eine neue Ausschreibung sei allerdings nicht notwendig, da sich bereits zahlreiche Bewerber gemeldet hätten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Süssmuth: Die Vorstellung von der ‚Null-Bock-Jugend' ist ein Klischee

Bundesministerin verweist auf breites soziales Engagement / Antwort auf Große Anfrage

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Breite und Umfang des Engagements und der Mitwirkung der Jugend widerlegen das verbreitete Klischee von einer gesellschaftlich ausgegrenzten, politisch abstinenten und Null-Bock-Jugend."

Mit dieser Feststellung ist die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Rita Süssmuth (CDU), vor der Presse in Bonn der Vorstellung entgegengetreten, daß sich junge Leute von den Forderungen, die das Leben an sie stelle, abwenden. In Wirklichkeit wollten sie sich, so die Ministerin, „in sinnvoller Weise in diese Gesellschaft einbringen und tun dies auch".

Als Beispiele führte Frau Süssmuth in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Thema „Jugend in Staat und Gesellschaft", die vom Kabinett verabschiedet wurde, unter anderem das breite soziale Engagement von jungen Leuten an: Mehr als 13 000 Jugendliche, meist Mädchen, hätten sich für ein „Freiwilliges Soziales Jahr" gemeldet; einschließlich des Sports beteiligten sich Millionen von Jungen und Mädchen an bundesweiten Jugendwettbewerben; ihr Einsatz für Länder der Dritten Welt, für die Umwelt und in parteipolitisch orientierten Jugendverbänden sei beispielhaft. Frau Süssmuth bezog in der rund 200 Schreibmaschinenseiten umfassenden Antwort auf die parlamentarische Anfrage auch eine Emnid-Umfrage von 1986 ein, nach der der Anteil der Organisierten unter den Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 13 und 24 Jahre auf 65 Prozent gewachsen ist. Einen erheblichen Zulauf verzeichneten dabei Sport, Hobby- und Musikvereine. Auffallend sei, daß die großen Organisationen zugunsten überschaubarer kleinerer einen Mitgliederschwund aufwiesen (Ausnahme: Pfadfinder).

An die Spitze der Darlegungen in der Antwort wurde auf die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche verwiesen. Wörtlich heißt es: „Jugendarbeitslosigkeit wird dadurch abgebaut, daß sich unsere Wirtschaft erholt und die Zahl der Beschäftigten insgesamt zunimmt."

Im „7. Jugendbericht", den das Familienministerium gleichzeitig in Bonn vorlegte, unterstreicht die Bundesregierung die familienunterstützende Orientierung der Jugendhilfe, zu der unter anderem auch Adoptionsvermittlung, Kindergarten, Amtsvormundschaft, Familienbildung und Heimerziehung gehören. Verfasser der sehr umfangreichen Schrift ist eine Kommission, die zuletzt unter Vorsitz des Marburger Professors Keil arbeitete. Seine Vorgängerin war bis zur Berufung ins Ministeramt Frau Süssmuth. Als neu bei der Wandlung der Familien-Leitbilder hob sie jetzt hervor, daß Eltern noch niemals so lange wie heute „Verantwortung auch in finanzieller Hinsicht" für die nachwachsende Generation tragen.

„Erfolg selbst bei fünf Prozent Fehlern"

Präsident des Statistischen Bundesamtes warnt Grüne vor Kampagne gegen Volkszählung

DIETHART GOOS, Bonn

Der für die Volkszählung zuständige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, hat dringend davor gewarnt, die bundesweite Erhebung am 25. Mai nächsten Jahres zu boykottieren. In einem Gespräch mit der WELT verwahrte sich Hölder gegen einen entsprechenden Aufruf der Grünen und erklärte: „Wir leben in einem Rechtsstaat und nicht in einer Bananenrepublik."

Auf GEW-Lehrer gesetzt

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Christoph Ströbele, hatte gestern die ehrenamtlichen Zähler aufgefordert, im kommenden Jahr bei der Ausgabe der Erhebungsbögen die Bürger von der Notwendigkeit eines „harten oder weichen Boykotts" zu überzeugen, und setzt dabei besonders auf die GEW-Lehrer. Entweder solle die Bevölkerung die statistische Erhebung ganz verweigern oder falsche Angaben machen.

Hölder sagte dazu im Gespräch mit der WELT: „Es ist schon mehr als ungewöhnlich, Beamte und staatliche Vertreter aufzufordern, eine Rechtsetzung, die auf völlig legalem Weg zustande gekommen ist, zu boykottieren. Dies ist ein Rechtsbruch von dem Ausmaß, als wenn ein Finanzbeamter dazu auffordern würde, keine Steuern mehr zu bezahlen." Der Präsident des Statistischen Bundesamtes bezeichnete die Volkszählung als rechtsstaatlich einwandfreies Instrument, um Handlungsgrundlagen für die Zukunft zu erhalten. Dies sei besonders wichtig für die künftige Entwicklung der Renten oder auch die Wohnungsversorgung. Die Volkszählung komme letztlich jedem einzelnen zugute.

Energisch widersprach Hölder der Darstellung Ströbeles, bei der Volkszählung sei der Datenschutz durch den verbundenen Einsatz von Großrechnern nicht gewährleistet. „Das Volkszählungsgesetz erfüllt peinlich genau die Auflagen im Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das gilt auch für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, deren Tätigkeit selbstverständlich von den unabhängigen Datenschutzbeauftragten kontrolliert wird." Auch die Behauptung der Grünen, die Volkszählung werde statt der vom Bundestag bereitgestellten 715 Millionen mehr als zwei Milliarden Mark kosten, wies Hölder zurück. „Der Kostenrahmen kann gehalten werden, wenn sich die Bevölkerung sachgerecht an der Volkszählung beteiligt." Staatliche Fehlinvestitionen, die durch falsche oder unvollständige Daten verursacht würden, hätten ein viel größeres finanzielles Volumen als die Kosten der Erhebung.

Mit Nachdruck wies der Präsident des Statistischen Bundesamtes auch auf die Auskunftspflicht der Bürger hin. „Wer sie mißachtet, kann mit Buß- oder Zwangsgeld belegt werden, das bis zu 10 000 Mark reicht." Hölder fügte hinzu: „Wir setzen aber auf die Einsicht der Bürger, sich im Interesse der Solidargemeinschaft an der Volkszählung zu beteiligen."

Planziele der Initiatoren

Das Argument der Grünen, die Erhebung sei bereits bei einer Fehlerquote von fünf Prozent völlig nutzlos, wies Hölder zurück. Dies sei offensichtlich das Planziel der Initiatoren des Boykotts. Er rechne damit, daß höchstens die Hälfte dieser Quote erreicht werde. „Doch selbst bei fünf Prozent Fehlern würde uns die Volkszählung erheblich weiterbringen."



Walter Stoessel
FOTO: SVEN SIMON

Ein guter Freund Deutschlands ist gestorben

Ein guter Freund Deutschlands ist gestorben. Walter Stoessel, in den Jahren 1976 bis 1980 Botschafter der USA in Bonn, erlag im 67. Lebensjahr einem Leukämie-Leiden. Stoessel wirkte in Bonn während der Amtszeit Präsident Carters, der zum damaligen Bundeskanzler Helmut Schmnidt nicht das beste Verhältnis hatte. Entsprechend schwer war es für den Botschafter, die deutsch-amerikanischen Beziehungen vor zu großen Belastungen zu schützen.

Verbunden ist sein Name mit einer US-Demarche, mit der die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte bessere Kasernierungs- und Wohnbedingungen erhalten sollten. Aus vielerlei Gründen aber geriet das „Stoessel-Papier" in eine Schublade.

Seine diplomatische Karriere hatte Stoessel in den vierziger Jahren begonnen. Anfang der fünfziger Jahre war er für die US-Hochkommission in Deutschland tätig gewesen. Der Mann aus Manhattan in Kansas wandte sich nach Studien am Rußland-Institut der Columbia-Universität den Beziehungen zur Sowjetunion zu und war zwischen 1974 und 1976 US-Botschafter in Moskau. In diese Zeit fiel Präsident Nixons bedeutsame Reise in die Sowjetunion. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte Stoessel nach seinem Weggang aus Bonn. In Washington wurde er Staatssekretär für politische Angelegenheiten und damit die „Nummer drei" im Außenministerium. rmc.

Ein Staatssekretär, der selbst die CSU verblüfft

Von PETER SCHMALZ

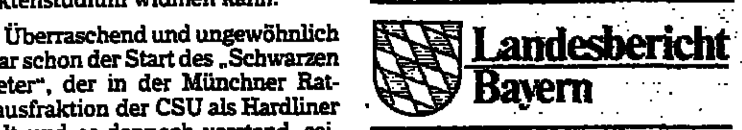
Auf der Regierungsbank im Bayerischen Landtag beidseits des Rednerpults ist seit geraumer Zeit ein halbes Dutzend neuer Gesichter zu betrachten. Daß darunter eines von besonderem Interesse ist, macht schon das bayerische Fernsehen deutlich, das in seinem dritten Programm Regierungserklärung und Aussprache seit zwei Tagen live überträgt und keinen der Neulinge ähnlich häufig auf den Bildschirm bringt wie den zweiten Staatssekretär im Innenministerium, den früheren Münchner Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler. Auch Beamte und CSU-Abgeordnete suchen auffallend häufig den Kontakt mit dem erst 37jährigen Juristen, während sich sein Ressortchef Innenminister August Lang weitgehend ungestört dem Aktenstudium widmen kann.

Überraschend und ungewöhnlich war schon der Start des „Schwarzen Peter", der in der Münchner Rathausfraktion der CSU als Hardliner galt und es dennoch verstand, seinen Charme selbst bei Stadträten der Grünen erfolgreich einzusetzen: Kaum im Amt, suchte er den WAA-Gegner und SPD-Landrat Hans Schuierer in dessen Schwandorfer Dienstzimmer auf, regte die Gründung einer „Strommasten-Soko" im Landeskriminalamt an, verblüffte die Landtagsfraktion der CSU mit der Forderung nach erheblich mehr Polizeibeamten, spricht 300 Oberpfälzer Polizeibeamten, die unter den Einsätzen am Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage erheblich zu leiden haben, Mut zu und stellt sich tags darauf in einer überfüllten Regensburger Turnhalle 1300 in Bürgerinitiativen organisierten WAA-Gegnern. Nach vierstündiger hitziger Diskussion konnte er feststellen, er sei das erste Mitglied der Staatsregierung gewesen, das sich auf ein solches Gespräch eingelassen hat.

Strauß verfolgt die zupackenden Aktivitäten des neuen Staatssekretärs mit Wohlgefallen und begründete in seiner Regierungserklärung die Berufung Gauweilers mit dem „besonderen Gewicht der öffentlichen Sicherheit", die er als Voraussetzung sieht für „ein Leben in Freiheit und Würde". Mit großer Sorge, so Strauß weiter, beobachte er, wie das Bewußtsein vom Wert der staatlichen Ordnung schwindet. Man müsse einer Aufweichung der Begriffe entgegentreten, denn „Gewalt muß Gewalt genannt werden. Zerstörungen und Verwüstungen dürfen nicht als fast selbstverständliche Begleiterscheinungen angeblich friedlicher Demonstrationen hingenommen werden".

Am Tag zuvor hatte Innenminister Lang die Polizeibilanz über ein Jahr Wackersdorf vorgelegt: 380 verletzte Polizeibeamte, 3360 Festnahmen und Sachschäden von mehr als fünf Millionen Mark. Allein die WAA-Bauherrin DWK beziffert die durch zusätzliche Sicherungsmaßnahmen entstandenen Kosten auf 30 Millionen Mark.

Die Erfahrungen dieses WAA-Jahres veranlaßten die CSU-Fraktion auch, einen umfassenden



Rechtsschutz für die Polizeibeamten zu fordern. Ein entsprechender Dringlichkeitsantrag wurde in dieser Woche mit den Stimmen der CSU und bei Enthaltung der SPD angenommen. Strauß sagte Realisierung zu und kündigte zudem zehn Maßnahmen an, durch die Recht und Ordnung gestärkt werden sollen, darunter neue Stellen im nächsten Doppelhaushalt und eine weitere Abteilung der Bereitschaftspolizei für die Oberpfalz, aber auch eine stärkere Polizeipräsenz auf der Straße, eine bessere Sachausstattung, bessere Beförderungmaßnahmen und eine Novelle zum Polizeiaufgabengesetz, um einen längeren Polizeigewahrsam aufgrund richterlicher Anordnung zu ermöglichen. „Damit Gewalttäter ihre Aktionen nicht gleich wieder fortsetzen", meint der Ministerpräsident.

Und zum Schutz der eigenen Polizisten werde Bayern bei ihrem Einsatz in anderen Ländern „streng darauf achten, daß dort alle sicherheitsrechtlichen Vorkehrungen zur Vermeidung von Gewalttaten ergriffen werden." Abweichend von seinem Manuskript fügte Strauß hinzu: „Das üble Beispiel von Hanau darf sich nicht wiederholen."



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesbes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

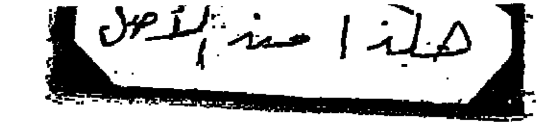
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



„Menschenrechts-Konferenz in Moskau nur unter bestimmten Bedingungen“

Deutsche Frage und KSZE / WELT-Gespräch / Friedmanns Bemühungen „verdienstvoll“

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der deutschland- und außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hans Graf Huyn, hat die Bemühungen des Abgeordneten Bernhard Friedmann, „die deutsche Frage wieder in die aktuelle Ost-West-Politik einzuführen“, begrüßt. Sie stehe „in engem Zusammenhang mit der Menschenrechtsfrage“. In einem Gespräch mit der WELT sagte Huyn: „Diese Bemühungen sind verdienstvoll, schon weil die deutsche Frage Bestandteil des häufig herangezogenen Harmel-Berichts ist, in dem eine endgültige und stabile Regelung in Europa ohne eine Lösung der Deutschland-Frage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet, als ‚nicht möglich' beschrieben wird.“ Jede derartige Regelung müsse, zitiert Huyn den Bericht weiter, „die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren.“

Der italienische Außenminister Andreotti habe, so Huyn, „in völliger Verkennung der Sachlage von Pangermanismus gesprochen“. Selbstbestimmung in Freiheit und nicht nationaler Zusammenschluß um jeden Preis sei das vom Westen anerkannte und gutgeheißene Ziel der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage des Selbstbestimmungsrechts dürfe nicht nur bei einer jährlichen Rede vor der UNO in der Brief-Formel zur deutschen Einheit wiederholt werden. Vielmehr „müssen wir insbesondere die Wiener KSZE nutzen, um politisch offensiv die Verwirklichung des KSZE-Prinzips VIII (Selbstbestimmungsrecht) immer wieder beharrlich zu fordern.“

Das gelte freilich nicht nur für Deutschland, sondern für alle Staaten Mittel- und Osteuropas. Mit der Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts für alle Europäer „ist der richtige Rahmen gefunden, um auch die deutsche Frage im Sinne einer europäischen freiheitlichen Friedensordnung einer Lösung näherzubringen“. Bundeskanzler Kohl habe zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß „auch gerade wir Deutsche das Recht auf Selbstbestimmung einfordern müssen“.

Huyn bezeichnet es als „ungeheuerlich“, daß ein „Mann wie Martschenko im GULag gestorben ist, daß ein Mann wie Sacharow in der Verbannung lebt, daß entgegen den KSZE-Bestimmungen die freie Gewerkschaft Solidarität verboten ist, daß die katholische Kirche in der CSSR brutal verfolgt wird und daß Tausende unserer deutschen Landsleute als politische Häftlinge in Brandenburg, Cottbus und Hoheneck unmenschlich behandelt und gefoltert werden. Daß Menschen an der Mauer in Berlin erschossen werden und die Sowjetunion sich erdreistet, gleichzeitig eine Konferenz über Menschenrechte in Moskau vorzuschlagen.“

Dieser Konferenz dürfe der Westen nur zustimmen, „wenn freier Zugang für Journalisten gewährt wird und wenn östliche und westliche freigebildete Menschenrechtsgruppen ungehindert Zugang und Informationsmöglichkeiten bekommen.“ Auch müsse „Friedensnobelpreisträger Sacharow teilnehmen dürfen“. In Bonn habe er jüngst Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Bürgerrechtler Professor Orlow gehabt. Orlow habe diese Forderungen voll unterstützt und hinzugefügt, es sei sehr wichtig, „daß diese westlichen Forderungen Bestandteil einer genauen schriftlichen Vereinbarung mit der Sowjetunion“ bildeten.

EG über Pläne der Türken nicht begeistert

WILHELM HADLER, Brüssel

Zurückhaltend haben EG-Kreise auf die Ankündigung des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal reagiert, sein Land wolle 1987 die Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft beantragen. Offiziell hieß es, es sei allein Sache Ankaras, sich für oder gegen einen solchen Schritt zu entscheiden. In Wirklichkeit würde es die EG jedoch fraglos lieber sehen, wenn die Türkei zumindest bis auf weiteres auf einen Beitrittsantrag verzichtete.

Der für die Beziehungen zu den Mittelmeerländern zuständige EG-Kommissar (und frühere französische Außenminister) Claude Cheysson hatte die türkische Entscheidung bereits vorausgesehen, als er die Außenminister der EG kürzlich vor einem Angebot in Sachen Freizügigkeit für türkische Gastarbeiter warnte, das den Zugang neuer Arbeitskräfte praktisch auf unbestimmte Zeit ausschließt.

Allein der griechisch-türkische Konflikt über Zypern macht die Einstimmigkeit auf absehbare Zeit zu einer unüberwindlichen Bedingung. Athen widersetzt sich bisher sogar der Normalisierung der Beziehungen im Rahmen des 1963 vereinbarten Assoziierungsvertrages.

Die EG hat im übrigen bereits von höchster Stelle zum Ausdruck gebracht, daß sie einen Antrag gegenwärtig politisch für verfehlt hält. Auf Fragen scheute sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher auf dem EG-Gipfel nicht, den Türken eine klare Absage zu erteilen. Fürs erste habe die EG genug damit zu tun, den spanischen und portugiesischen Beitritt zu verdauen. Der Weg in die EG dürfte für die Türken also auf jeden Fall lang und steinig werden.

Wright: Frau Thatcher täuschte das Parlament

Erste Aussage des früheren Agentenjägers im MI-5-Verfahren

REINER GATERMANN, London

Die britischen Regierungen hätten sträflicherweise immer ihre Augen vor der Infiltration ihrer Geheimdienste durch sowjetische Agenten verschlossen. Eine umfassende Säuberungsaktion habe es nie gegeben, und es sei nicht auszuschließen, daß das KGB immer noch Leute im MI-5, der etwa dem deutschen Verfassungsschutz entspricht, plaziert habe.

Vor einem Gericht in Sydney erhob der Ex-Agentenjäger Peter Wright, dessen Buchveröffentlichung die britische Regierung dort zu verhindern sucht, auch schwere Vorwürfe gegen Premierministerin Thatcher.

Ihre 1979 dem Parlament vorgelegte Erklärung, in der sie bestätigte, daß Anthony Blunt, damals Chef der königlichen Gemäldesammlung, sowjetischer Spion gewesen sei, sowie ihre 1981 abgegebene Versicherung, der frühere MI-5-Generaldirektor Sir Roger Hollis habe nicht, wie Wright behauptet, in sowjetischen Diensten gestanden, waren nach dessen Auffassung falsch und irreführend.

Der 71jährige Wright konnte in dem bereits seit vier Wochen andauernden Verfahren erstmals selbst das Wort ergreifen. Allerdings durfte er nach Einspruch der britischen Regierungsanwälte lediglich zwei Drittel seiner 32seitigen Erklärung in öffentlicher Sitzung abgeben.

Er habe nie die Absicht gehabt, sein Geheimdienstwissen anderen Autoren zur Verfügung zu stellen oder selbst ein Buch zu schreiben. Die offenbare Blindheit der Regierungen vor der sowjetischen Unterwanderung und die Worte Lord Victor Rothschilds (er war selbst einmal MI-5-Agent und zeitweilig im Verdacht, der Gegenseite gedient zu haben), Frau Thatcher „versteht nichts von Nachrichtendiensten“, hätten ihn zum Umdenken veranlaßt.

Geändert hat der heutige Pferdezüchter auch seine Auffassung über die öffentliche Kontrolle der Geheimdienste. Früher sei er dagegen gewesen, heute meint er: „Die Arbeit, unsere Gesellschaft vor der Subversion zu schützen, ist zu wichtig, um sie alleine den Spionen zu überlassen.“

In seinem Buch, so beteuert Peter Wright, enthülle er auch keine Geheimnisse, entlarve keine Spione und gebe keine Quellen preis. „Es wird die Regierung in Verlegenheit bringen und wahrscheinlich auch den Geheimdienst.“ Das 900 Seiten starke Manuskript liegt bisher in lediglich 16 Exemplaren vor.

Um das Verfahren zu beschleunigen, haben sich die beiden Parteien in einem außergerichtlichen Vergleich auf einen Kompromiß geeinigt, der erneut die Rechtsauffassung der Regierung ins Zwielicht rückt. Wright verzichtet auf die Überlassung zahlreicher Geheimpapiere, womit das von London angestrengte Einspruchsverfahren gegen einen entsprechenden Richterbeschluß hinfällig wird.

Die Klägerseite, die britische Krone, räumt ein, bereits im Dezember 1980 eine Synopsis des Chapman Pincher-Buches „Their Trade is Treachery“ in ihrem Besitz gehabt zu haben. Londons höchster Rechtsvertreter bei diesem Verfahren in Sydney, Sir Robert Armstrong, hatte jedoch zuvor unter Eid erklärt, erst im Februar 1981 von der für März geplanten Veröffentlichung erfahren zu haben. Vermutlich hat sich der MI-5 das Manuskript auf „illegalem“ Weg beschafft.

Ungarn baut drei Deponien für Giftmüll

dpa, Budapest

Eine österreichische Firma soll in den nächsten vier Jahren in Ungarn drei Deponien zur Endlagerung von Giftmüll errichten. Nach Meldungen der ungarischen Nachrichtenagentur MTI werden sie bei Aszod, rund 30 Kilometer östlich von Budapest, gebaut. Ob das Ausland gegen Bezahlung dorthin auch Giftmüll senden kann, ist bislang unklar. Die erste Deponie mit einem Speicherbecken für 50 000 Kubikmeter Müll soll 1988 fertiggestellt werden. Die Kosten hierfür werden auf umgerechnet rund 21 Millionen Mark geschätzt. Die Lagerplätze reichen, so MTI, für die Endlagerung des Giftmülls der Industrien von Budapest und Umgebung in den nächsten 30 Jahren aus.

Südafrika verhängt eine umfassende Pressezensur

Keine freie Information über Unruhen / Präventivmaßnahme?

DW. Pretoria

Die südafrikanische Regierung hat die Beschränkungen für die Pressearbeit um einige Auflagen erweitert, und somit eine fast totale Pressezensur über die gesamte Inlandspresse und das Korps der Auslandskorrespondenten verhängt. Die gesamte Berichterstattung über die Unruhen, Polizei- und Truppenbewegungen, Versammlungen, Boykotte, Berichte über Einschüchterungsversuche von seiten reaktionärer Kräfte muß künftig vor der Publikation dem Informationsministerium vorgelegt und von diesem genehmigt werden. Die Einführung der Zensur erfolgt sechs Monate nach Verhängung des Ausnahmezustandes.

Die Regierung begründet die Vielzahl der neuen Vorschriften vor allem mit einem „revolutionären Generalangriff auf Südafrika“. Dieser Angriff spiele sich eben nicht nur in gewaltsamen Attacken auf den Staat und seine Repräsentanten ab. Es wird auch versucht, mit Aufrufen zu Boykott und politischen Streits die Staatssicherheit zu gefährden, heißt es in der offiziellen Begründung.

Liberale weiße und schwarze Oppositionspolitiker halten diese Behauptung nur für einen Vorwand. Ihrer Meinung nach ist die Regierung jetzt entschlossen, jede Opposition zu unterdrücken. Das Verbot, über alle Vorgänge zu berichten, die auch nur entfernt mit Unruhen in Verbindung gebracht werden können, solle insbesondere jene treffen, die keine andere Möglichkeit zur Verbreitung ihrer Ideen haben als die Medien. Die parlamentarische Opposition ist von der Anordnung ausgenommen. Über sie darf berichtet werden.

Nach Meinung politischer Beobachter und westlicher Diplomaten habe auch der zunehmende Druck der Weltöffentlichkeit zur Beseitigung aller Rassenschranken eine wichtige Rolle bei der Zensur-Entscheidung gespielt. In der Regierung hege man über das Ausland ohnehin keinerlei Hoffnung. Daher sei es Botha und seinen Kollegen leichtgefallen, gegen die außerparlamentarische Opposition jetzt in einer Weise vorzugehen, wie sie in Demokratien nicht üblich ist. Informationsminister Stoffel van der Merwe hatte erst am Mittwoch angedeutet, daß man in der Regierung zu Maßnahmen neige, ohne Rücksicht auf das Ausland zu nehmen. „Irgendwann kommt die Zeit, da man sich sagen muß, daß man es der Welt doch nicht rechtmachen kann“, sagte er.

Einige Diplomaten, die nicht genannt werden möchten, sehen auch einen Zusammenhang mit möglichen Parlamentswahlen im März oder April. „Immer wenn die weißen Regierungspolitikern sich ihren Wählern stellen, betonen sie mehr die Stärke als die Bereitschaft zu Kompromissen.“ Gewöhnlich gut informierte Kreise sehen die jüngsten Bestimmungen als präventive Maßnahmen gegen eine zu erwartende Welle von Anschlägen kurz vor Weihnachten. In diesem Zusammenhang ist von Selbstmordkommandos die Rede, die in Libyen ausgebildet und gemischtrassisch seien. Sie warteten in einigen Nachbarländern Südafrikas auf ihren Einsatzbefehl aus der ANC-Zentrale in Lusaka.

Foltermethoden in Gefängnissen der „DDR“

fra. Bonn

Ehemalige Häftlinge der Strafvollzugsanstalten Nauenburg, Cottbus und Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) berichteten vorgestern in einer Sendung des ZDF über die unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen der „DDR“. „Meine Unterarme sind voll von Narben, die haben die Hunde auf mich gehetzt“, sagte einer der in diesem Jahr freigekauften politischen Häftlinge. Im Januar 1983 „hat Obermeister Dick das letzte Mal den Hund auf mich losgelassen“.

Die Offiziere Hertel und Graßme seien in Cottbus darauf spezialisiert gewesen „die Häftlinge die Treppen rauf und runter zu prügeln“. Auch habe ihn Obermeister Jahn „hochgeschlossen“, das heißt in ein Gitter „eingearbeitet“ und mit den Armen so hochgehängt, daß er nur noch mit den Fußspitzen den Boden erreichen konnte. „Wenn man wieder losgemacht wird, fällt man nach acht Stunden einfach herunter, die Schmerzen und die psychische Spannung sind nicht zu beschreiben“. Obermeister Schulze konnte man „dabei beobachten wie er anderen Häftlingen in die Geschlechtsteile getreten oder ihnen die Nieren kaputt geschlagen“ habe.

Chemnitz wurde als durch übermäßige Härte bekannte Musteranstalt geschildert. Hauptmann Rauh habe dort spezielle Richtlinien erarbeitet, die auch russischen, tschechischen und polnischen Delegationen gezeigt würden. Auch in Nauenburg sei es immer wieder zu Übergriffen durch das Personal und die kriminellen Häftlinge gekommen. „Die Bestien in Menschengestalt waren auch noch stolz darauf, wenn sie hörten, daß sie in Salzgitter registriert sind.“

Statt „Viva Sarney“ Proteste gegen hohe Preise

Seit ihrem Wahlsieg betreibt die Regierung eine rigorose Sparpolitik / Gewerkschaften rufen zum Generalstreik auf

W. THOMAS, Rio de Janeiro

Vor vier Wochen konnte die brasilianische Regierung einen großen Sieg bei Kongreß- und Gouverneurswahlen erzielen. Präsident José Sarney erreichte den Höhepunkt seiner Popularität. „Viva Sarney“, riefen seine Anhänger. Inzwischen ist er Zielscheibe wütender Protestaktionen geworden.

„Nieder mit Sarney“, lautet ein neuer Schlachtruf der Opposition, der heute erneut erklingen wird. Zum ersten Mal in der „Neuen Republik“ wurde zum Generalstreik aufgerufen.

Brasilien erlebte wieder einmal ein emotionales Wechselbad. Wirtschaftliche Entscheidungen, wenige Tage nach dem Triumph an den Urnen getroffen, haben das politische Klima abrupt verändert.

Sarney taumelte in die schwerste Krise seiner Amtsperiode, die im März 1985 begann. Damals endete eine 21jährige Militärherrschaft.

Die Entscheidung des liberal-konservativen Politikers zu drastischen Preiserhöhungen (bis zu 100 Prozent) war allgemein erwartet worden. Mit so heftigen Reaktionen rechneten aber nur wenige. Die Zusammenstöße in Brasilia Ende November – die blutigsten in der Geschichte der Hauptstadt – lösten einen Schock aus: Tränengaswolken, brennende Polizeifahrzeuge, geplünderte Banken waren die Folgen der Ausschreitungen. Die Sicherheitskräfte ließen Panzer auffahren, sie setzten Hunde und Schlagstöcke ein. Die angesehene Zeitung „O Estado de Sao Paulo“ berichtete per Schlagzeile über die „Schlacht von Brasilia“. Sie erhob die Regierung zum Sieger.

Der sichtlich irritierte Präsident verteidigte während einer Fernsehrede seine Maßnahmen: „Diese Maßnahmen sind notwendig. Sie konnten nicht aufgeschoben werden.“

BRASILIEN

Trotz der höheren Preise für Automobile, Alkoholika, Zigaretten und Treibstoff sei der Ende Februar verkündete antiinflationäre „Plano Cruzado“ weiterhin gültig. Sarney betonte, daß die Kontrolle über die meisten Preise aufrecht erhalten bleibe.

Letzte Woche sprach Sarney noch einmal eindringlich zur Nation. Er betonte die Erfolge des Cruzado-Plans, die Inflation habe von 500 auf 23 Prozent gesenkt werden können. „Die Hoffnung ist nicht tot“, erklärte er und appellierte an die beiden linksgerichteten Gewerkschaftsorganisationen, den Generalstreik abzusagen.

Die Sarney-Regierung geriet allerdings auch unter wohlwollenden Beobachtern in den Verdacht der Unaufrichtigkeit. Ihr sei der Wahlsieg wichtiger gewesen als die wirtschaftliche Entwicklung. Sie habe längst fällige Korrekturen im Hinblick auf den Urnengang aufgeschoben. Die überhitzte Wirtschaft hätte viel früher gebremst werden müssen.

Plötzlich herrscht in der Führungsnation Lateinamerikas eine Atmosphäre der Ungewißheit und Unsicherheit. Finanzminister Dilson Funaro, Sarneys Wirtschaftsstratege, galt vor kurzem noch als ein starker Mann; inzwischen bot er seinen Rücktritt an. Obgleich der Präsident sein Ersuchen ablehnte, scheint seine Position gefährdet zu sein.

In der regierenden Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB) sind wieder Richtungskämpfe ausgebrochen. Vertreter des linken Flügels kritisieren Sarney.

Das Schuldenproblem (105 Milliarden Dollar) erregt besonders die Gemüter. Linke PMDB-Politiker geißeln dieses „Krebsgeschwür“. Die Forderungen nach einem einseitigen Moratorium wachsen: Der Handelsbilanzüberschuß und die Währungsreserven schmelzen. Allein in den ersten 20 Novembertagen soll die Devisenkasse um eine Milliarde Dollar auf vier bis fünf Milliarden geschrumpft sein. Die ausländischen Privatbanken dagegen wollen bei der nächsten Verhandlungsrunde im Dezember die Regierung unter Druck setzen, mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wieder ins Geschäft zu kommen.

Es gibt viele Anzeichen dafür, daß die Unruhen der letzten Tage der Auftakt einer Demonstrationswelle waren, in die nun auch dieser erste Generalstreik fällt. Scharenweise laufen die von Sarney und seiner Koalition enttäuschten Brasilianer ins oppositionelle Lager über. Rios sozialistischer Gouverneur Leonel Brizola, der bei den Wahlen einen schweren Rückschlag erlitt, weil sein Gouverneurskandidat besiegt wurde, wittert Aufwind. Seine Präsidentschaftsambitionen profitieren von den Problemen der Regierung.

Reißenden Absatz finden Stoßstangenaufkleber mit der Aufschrift: „Ich habe nicht für die PMDB gewählt.“

Entführungen und Morde, Waffenlieferungen und Geldtransfers: Anatomie der jüngsten amerikanischen Affäre

Noch ist der Ausgang der Krise nicht abzusehen, aber eines steht schon fest: Der Handlungsspielraum des amerikanischen Präsidenten ist eingeengt, die politische Energie konzentriert sich in Washington wieder einmal nur auf ein Thema. Das macht die Krise auch für die Europäer zu einem Faktor im politischen Kalkül.

Washington im Bann einer Krise

Von FRITZ WIRTH



Herzliches Wiedersehen: Die Ex-Geisel David Jacobsen (zweiter von l.) mit seiner Familie. Nach seiner Freilassung sickerten erste Berichte über amerikanische Waffenlieferungen an Iran durch. Der Stein kam ins Rollen. FOTO: DPA

Die Krise beginnt beim Namen. Die amerikanischen Medien, sonst behende, jedes Ereignis zu katalogisieren, schreiben und berichten über diese Krise nun schon ausführlich seit fünf Wochen und haben immer noch kein passendes, signalgebendes Stichwort dafür gefunden. Man versuchte „Iran-Gate" und man versuchte „Contra-Bande", doch die Namen wurden nicht zum Begriff. Der Grund: diese Krise ist zu vielschichtig, unübersichtlich und hat zu viele Schauplätze. Vor allem aber hat sie immer noch zu viele Fragezeichen.

Es war bisher ein Drama in zwei Akten. Der Einschnitt zwischen beiden Akten ist zeitlich noch nicht präzise festzulegen. Er ereignete sich vermutlich Mitte Januar dieses Jahres, als der Plan geboren wurde, die Profite aus den Waffenlieferungen an den Iran in Militärhilfe für die von den USA unterstützten „Contras" in Nicaragua umzumünzen, zu einem Zeitpunkt, als der Kongreß jegliche Militärhilfe für die „Contras" untersagte.

Bis dahin war die „Iran-Affaire" nicht viel mehr als der Ausdruck einer zweifelhaften und für viele schockierenden außenpolitischen Fehleinschätzung, mit schweren politischen Folgen für die Glaubwürdigkeit der Reagan-Administration. Die Affaire enthüllte, daß sich die Administration auf einen Waffenhandel mit einer Regierung einließ, die sie selbst als terroristisch und terroristenfreundlich eingestuft hatte. Die geheimen Waffenlieferungen standen im krassen Gegensatz zu der öffentlich geäußerten Anti-Terrorismus-Politik der Reagan-Administration. Die von ihr genannten geopolitischen Erwägungen für diese Initative haben bisher nicht überzeugt. Die Waffenlieferungen an den Iran sind falsche Diplomatie mit falschen Mitteln am falschen Objekt. Dennoch: sie waren bis dahin nur schlechte Politik. Keine Sache für den Staatsanwalt oder einen Sonderankläger.

Das wurden sie erst im zweiten Akt. Die Weiterleitung der Waffenprofite ist illegal. Außenminister Shultz betonte es am Montag dieser Woche wiederholt in seiner Anhörung vor dem Kongreß. Sie brachte damit einen Sonderankläger ins Spiel und damit einen Hauch von Watergate. Die Krise bekam zum ersten Mal kriminelle Aspekte. Sie ist damit nicht mehr mit einem simplen „Tut uns leid, es war alles ein Irrtum" aus der Welt zu schaffen. Das letzte Wort in dieser Sache hat nun der Ankläger.

Die beherrschende Frage bleibt: Was wußte der Präsident über diese illegalen Transaktionen? Seine Antwort war bisher eindeutig: Nichts. Dennoch blieben Zweifel. Hauptargument der Kritiker: Wie können so schwerwiegende politische Initiativen und die Handhabung so großer Summen von unteren und mittleren Chargen im Weißen Haus ohne Wissen ihrer Vorgesetzten über die Bühne gehen? Die Antwort können wahrscheinlich nur die Beteiligten selbst, also Admiral Poindexter und sein Assistent North, geben. Sie haben bisher geschwiegen.

So offen die Krise noch ist, die bisherigen Folgen sind bereits beträchtlich:

1. Präsident Reagan erlitt den steilsten Popularitätssturz seiner Amtszeit. Ergebnis: die Demokraten, die diesen Mann bisher nicht anzugreifen wagten, weil jede Waffe gegen ihn zum Bumerang wurde, befinden sich zum ersten Mal in der Offensive. Sie sind entschlossen, diesen unerwarteten Schwächeanfall des Präsidenten bis zum Ende auszukosten.

2. Zugleich sind schwere Risse in der Regierungspartei offenbar geworden. Die Partei steht nicht mehr voll hinter dem Präsidenten. „Das Verhalten des Establishments der Republikanischen Partei ist bis auf wenige Ausnahmen enthüllend. Der ganze verfluchte Haufen sucht Deckung", schrieb in dieser Woche der Kommunikationsdirektor des Weißen Hauses, Patrick Buchanan. Diese erfolgsverwöhnte Partei hat es verlernt, mit Krisen zu leben. Hier werden im übrigen Dauerschäden zurückbleiben.

3. Die Krise wird sich noch weit bis ins nächste Jahr hinziehen. Die große Frage bleibt: Wird diese Administration jenseits des Krisen-Managements noch die Zeit und die Kraft haben, ihre ehrgeizigen außen- und verteidigungspolitischen Ziele (SDI, Rüstungskontrollvereinbarungen) mit hinreichender Intensität zu verfolgen? Es gibt da starke Zweifel. Die Reagan-Administration, die einem großen Finale in den letzten zwei Jahren ihrer Amtszeit zustrebte, scheint ihren Zenit überschritten zu haben.

4. Einen großen Teil der Schuld daran trägt die Administration selbst. Ihr Krisen-Management war beklagenswert. Ihre ersten Reaktionen waren arrogant und schließlich zu spät. Außerdem enthüllte diese Krise: Die Reagan-Administration ist keine festgefügte Einheit. Es ist eine Regierung der brüchigen Loyalitäten.

Ihre Dynamik der ersten sechs Jahre ist dahin. Ihre Fehleistungen in dieser Krise sind offenbar geworden, die Motive, die sie in diese Krise führten, waren gutgemeint und ehrbar, wie immer das Schlußwort des Sonderanklägers ausfallen mag.

Die Hauptdarsteller der Krise

Als Oberstleutnant Oliver North am Dienstagmorgen vor dem aussenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses erschien, um mitzuteilen, daß er zum Schweigen entschlossen sei, stand der 43jährige kurz vor einem Tränenausbruch. Das paßt schlecht zu dem Cowboy-Bild und dem Image des verwegenen Draufgängers oder gar des Nationalhelden, das bisher von ihm gezeichnet wurde. Er steht im Zentrum dieses Konflikts. North arbeitete hart am Rande der Legalität oder überschritt möglicherweise deren Grenzen. Der Konflikt, in dem er sich als Assistent des Sicherheitsberaters Poindexter befand, scheint ihm erst jetzt offenbar zu werden. North gehört zu jenen Männern, denen zum Handeln das ausreichende Motiv genügt und nicht der Blick ins Gesetzbuch. Er war mit seiner Entlassung das erste Opfer dieser Affaire. Ob er freiwillig ging oder gefeuert wurde, ist bis heute nicht geklärt. Oliver North war buchstäblich der Waffengefährte der amerikanischen Lieferungen an die Islamische Republik am Golf; oft begleitete er sie persönlich. Er ist ein gewiefter Kulissenkämpfer. Seine Schwäche: eine gewisse Geradlinigkeit im Handeln und das Unvermögen, Widerständen auszuweichen.

*

Robert McFarlane ist der Architekt der umstrittenen Iran-Initiative. Er war im Sommer 1985 für Teheran die erste und wichtigste Kontaktperson. Er wurde am 17. Oktober 1983 von Reagan zum Sicherheitsberater ernannt. Obwohl ein Schüler und enger Mitarbeiter von Henry Kissinger, mangelte es ihm an strategischer Weitsicht. Dagegen ist er ein geschickter Unterhändler. Er agierte als wirksamer Vermittler zwischen Verteidigungs- und Außenministerium. Seine Fachgebiete sind Abrüstungsfragen und der Nahe Osten. Er ist noch heute fest davon überzeugt, daß die Grundidee seiner Iran-Initiative, den Dialog mit gemäßigten politischen Kreisen aufzunehmen und diplomatisch ein Standbeim am Golf zu haben, um sowjwetische Initiativen in diesem Gebiet zu stoppen, richtig war. McFarlane trat am 4.Dezember des vorigen Jahres als Sicherheitsberater zurück. Allgemein hieß es , die Spannungen mit dem damaligen und heutigen Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, seien zu groß geworden.

*

„Im Iran führen heute alle Wege über Rafsanjani", behaupten ausländische Diplomaten in Teheran. **Hashemi Rafsanjani** ist nach Khomeini als Sprecher des Parlaments der wichtigste Mann im Staate. Berichte jedoch, nach denen er eine gemäßigte neue Generation von Politikern anführt, sind übertrieben. Rafsanjani scheint ein ergebener Gefolgsmann Khomeinis zu sein. Was ihn unterscheidet: Er ist flexibler und pragmatischer als sein Mentor. Diese Flexibilität veranlaßte ihn, Kontakt zu den USA zu suchen, die für ihn, ebenso wie für Khomeini, immer noch der leibhaftige politische „Satan" sind. Es war eine Art Notwehr. Rafsanjani sah mit Sorge, wie immer jüngere und unerfahrenere Leute in den Golfkrieg geschickt wurden. Ein Mittel, dieses Blutvergießen zu reduzieren, war eine bessere Bewaffnung. Das war sein Motiv zum Kontakt mit Washington. Ob dieser ihm jetzt, da er zusammengebrochen ist, schaden wird, ist zu bezweifeln. Rafsanjani hat mit Sicherheit mit Wissen Khomeinis gehandelt. Ihm werden auch gute Kontakte zu Moskau nachgesagt. Im internen Machtkampf um Khomeinis Erbe spielt er eine Schlüsselrolle.

Der Nationale Sicherheitsrat

Als er 1947 erfunden wurde, genügten zwei Leute. Heute sind es 44. Sie sind nicht die Kellerkinder des Weißen Hauses, dort residierte lange Zeit nur der engste Stab des Sicherheitsberaters, sie arbeiten nebenan im „Old Executive Building".

Ihr Auftrag: den Präsidenten in aussen- und verteidigungspolitischen Fragen zu beraten und Entscheidungshilfen zu geben; zu verfolgen, wie diese Entscheidungen ausgeführt werden; ihn auf außenpolitische Möglichkeiten oder drohende Konflikte hinzuweisen; die Politik des Präsidenten zu koordinieren und ihn auf Begegnungen mit fremden Staatsmännern vorzubereiten. So stand es auf dem Papier. Es änderte sich mit dem Tag, da Henry Kissinger diese Behörde übernahm. Sie begann ein Eigenleben und selbständige politische Initiativen zu entwickeln.

Der Nationale Sicherheitsrat wurde aktiv und er war es unter keinem Präsidenten mehr als unter Ronald Reagan. Ob Grenada, Iran, Nicaragua oder Terroristenbekämpfung – der Nationale Sicherheitsrat wurde zu einer Operationseinheit. Der Reiz dieser Behörde: Sie kann weitgehend außerhalb der Kontrolle des Kongreßes operieren. Es wurde ihr Verhängnis. Eine Dreierkommission unter Senator Tower wird in den nächsten zwei Monaten Reformen empfehlen.

Der Sonder-Ankläger

Er ist nicht eine Geburt des Watergate-Skandals, es gab ihn schon im letzten Jahrhundert. Dennoch: mit Watergate wurde er zu einem Begriff. Er ist zur letzten Instanz in jedem Konflikt geworden, in den Regierungsmitglieder verwickelt sind. Seit Watergate wurde er sechs Mal aktiv. Er hatte unter anderem zu untersuchen, ob der Stabschef Jimmy Carters im Weißen Haus, Hamilton Jordan, Kokain gebraucht hatte. Im Augenblick prüft ein anderer Sonder-Ankläger, ob der ehemalige Reagan-Berater Michael Deaver in seiner Public Relations-Tätigkeit gegen gute Sitten verstoßen hat.

Für die Reagan-Administration ist es vielleicht ein Trost, daß seit Watergate keine der Untersuchungen eines Sonder-Anklägers zu einem Gerichtsverfahren geführt hat. Sein Hauptauftrag besteht darin, in einer Affaire zu prüfen, ob gegen bestehende Gesetze verstoßen wurde. Er verfügt bei seiner Arbeit über beträchtliche Machtmittel. Er kann so viele FBI-Agenten verpflichten, wie er für seine Untersuchung für nötig hält, kann Zeugen nach Belieben vorladen und Straffreiheit gewähren, wenn es in Verhören mit Belasteten hilft, der Wahrheit auf den Grund zu kommen.

Die Arbeit des Sonderanklägers ist geheim, er ist jedoch verpflichtet, dem Kongreß einen Bericht seiner Untersuchung zuzuleiten. Seine Arbeit ist zugleich ein Signal für skeptische Bürger. Sie soll garantieren, daß bei einem Skandal nichts unter den Teppich eines Netzes von Regierungs-Brüderschaften gekehrt wird.



Die Schlüsselfiguren der iranisch-amerikanischen Connection: Rafsanjani, North und McFarlane (von rechts). Ihr Zusammenwirken führte zu einem spektakulären Popularitätssturz von Präsident Ronald Reagan (l.)

Von einer Geiselnahme in Beirut bis zur Iran-Krise in Washington

16. März 1985: Auf seinem Heimweg vom Dienst wird der 39jährige Büro-Chef der Nachrichtenagentur AP, Terry Anderson, in Beirut von drei Kidnappern in einem grünen Mercedes entführt. Der amerikanische Geheimdienst CIA ist überzeugt, daß der Zeitpunkt der Geiselnahme kein Zufall ist, sondern eine Botschaft enthält. Es ist der Jahrestag der Entführung William Buckleys, der genau ein Jahr zuvor in Beirut zur Geisel genommen wurde. Buckley war CIA-Chef in Beirut.

Im CIA-Hauptquartier in Washington und im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) fürchtet man, daß Buckley von seinen Entführern gefoltert wird und wertvolle Informationen preisgeben könnte. Beide Behörden schlagen vor, das Verhältnis zu Teheran zu entspannen, das sie hinter diesen Entführungen vermuten. Im Mai 1985 empfehlen sie in einem Memorandum, zu erwägen, das Waffenembargo gegen Iran zu lockern und einige Alliierte zu ermutigen, wieder Waffenlieferungen an Iran aufzunehmen.

14. Juni 1985. Flug Nummer 847 der TWA wird von Athen nach Beirut entführt. Bei der Freilassung der Geiseln am 3o. Juni spielt der iranische Parlamentspräsident Rafsandschani eine Rolle.

27. Juni 1985: Präsident Reagan unterstreicht öffentlich die amerikanische Politik im Umgang mit Terroristen:„Amerika wird niemals Konzessionen im Umgang mit Terroristen machen. Es würde nur zu weiterem Terror einladen. Wir werden auch nicht andere Regierungen dazu ermutigen. Wir würden uns damit nur auf eine Straße ohne Ende begeben."

3. Juli 1985: Führende „gemäßigte" Kräfte in Iran spielen dem amerikanischen Sicherheitsberater Robert McFarlane die Nachricht zu, daß sie an Kontakten mit den USA interssiert seien. Die „Währung" für solche Kontakte seien Waffen. McFarlane leitet die Information an den Präsidenten und führende Kabinettsmitglieder weiter. Der Präsident sendet über den japanischen Premierminister Nakasone ein Dankschreiben an Rafsandschani für dessen Unterstützung bei der Geiselbefreiung der TWA-Passagiere in Beirut zu und bekundet darin sein Interesse an Kontakten mit Iran.

Juli 1985: McFarlane und David Kimche, politischer Direktor im israelischen Außenministerium, treffen sich in Washington. Sie diskutieren Waffenlieferungen über Israel an Iran.

August 1985: Ronald Reagan, kaum von seiner Krebsoperation genesen, autorisiert indirekte Waffenlieferungen an Iran. Sie sollen den dortigen gemäßigten Kräften signalisieren, daß Washington es ernst meint mit seinen Kontakten.

14. September 1985: Erste amerikanische Waffenlieferungen über Israel an Iran. Am gleichen Tag gibt Präsident Reagan bekannt: Der Geistliche Benjamin Weir ist nach 18 Monaten von seinen Geiselnehmern im Libanon freigelassen worden.

4. Oktober 1985: Islamische Terroristen geben bekannt, daß sie die von ihnen festgehaltene Geisel William Buckley getötet haben. Seine Leiche wurde bis heute nicht gefunden.

10. Oktober 1985: Terroristen hijacken den italienischen Passagierdampfer „Achille Lauro" und ermorden den amerikanischen Staatsbürger Leon Klinghoffer. Drei Tage späger ergeben sie sich den ägyptischen Behörden,die ihnen freies Geleit geben. Ihre Maschine wird wenige Tage später von amerikanischen Flugzeugen abgefangen. Regisseur der Operation: Oberstleutnant North vom Nationalen Sicherheitsrat in Washington. Präsident Reagans Botschaft an alle Terroristen dieser Welt ist klar: „Ihr könnt fliehen, aber ihr könnt Euch nicht verstecken."

November 1985: Eine weitere Lieferung von amerikanischen Waffen und Ersatzteilen geht über Israel an Iran. Die Iraner schicken sie zurück. Begründung: die Ersatzteile seien veraltet. Zugleich hat Sicherheitsberater McFarlane erste Bedenken, daß die Iraner es ernst meinen mit ihren Kontakten. Das ganze Unternehmen bekommt immer mehr den Charakter eines Handels Waffen gegen Geiseln, glaubt er.

Anfang Dezember 1985: McFarlane teilt seine Bedenken dem Präsidenten mit. Im Weißen Haus findet eine Beratung mit allen leitenden Ministern statt. Ronald Reagan teilt mit, daß er nicht mit einem Handel Waffen gegen Geiseln zu tun haben wolle. Außenminister Shultz stimmt zu. Alle Beteiligten an diesem Gespräch haben den Eindruck: der Iran-Flirt ist beendet.



Die Iran-Krise umfaßt die umstrittenen Waffenlieferungen ebenso wie Entführungen, so die des Passagierdampfers „Achille Lauro" im Oktober 1985 wie die einer TWA-Verkehrsmaschine im Juni 1985. Pilot John Testrake sagte damals: Gott ist mit uns.

17. Januar 1986: Über die Weihnachtstage haben die Angehörigen der Geiseln ihren Druck auf das Weiße Haus erhöht, etwas für sie zu tun. Ronald Reagan revidiert seine Meinung vom Dezember und unterschreibt ein Memorandum, das direkte Waffenlieferungen der USA an Iran authorisiert. Was die Meinungsänderung des Präsidenten herbeigeführt hat, ist unbekannt. Insider vermuten, daß es auf Druck und Empfehlung des neuen Sicherheitsberaters Admiral Poindexter geschah, dem Nachfolger des am 6.Dezember zurückgetretenen McFarlane.

Außenminister Shultz wird nach eigenem Bekunden von nun an immer weiter aus dem Informationsprozeß ausgeschlossen. Der CIA richtet für die Abwicklung der direkten Waffenlieferungen ein Geheimkonto in der Schweiz ein. Vermutlich um die gleiche Zeit entwickelt Oberstleutnant North, der für die Waffenlieferungen zuständig ist, den Plan, den Profit aus diesem Geschäft den „Contras" in Nicaragua zukommen zu lassen, obwohl der Plan gegen bestehende Gesetze verstößt.

Februar 1986: Erste direkte amerikanische Waffenlieferung von einem Luftwaffenstützpunkt in Texas über Tel Aviv nach Iran. Anfang Mai folgt eine zweite Sendung.

28. Mai 1986: Der ehemalige Sicherheitsberater McFarlane hat sich für Kontakte mit Iran reaktivieren lassen. Seine Bedenken vom vorhergehenden November sind überwunden. Begründung: in direktem Gespräch mit gemäßigten Politikern in Teheran herauszufinden, ob man ernsthaft mit ihnen politische Dialoge führen kann. McFarlane fliegt mit einer Ladung Waffen an Bord. Er glaubt, daß noch vor seiner Ankunft in Teheran sämtliche amerikanischen Geiseln im Libanon freigelassen werden. Es geschieht jedoch nichts. Erst zwei Monate später,am 26. Juli, wird eine der sechs Geiseln, der Geistliche Lawrence Jenco, in Beirut freigesetzt.

Anfang August 1986: Eine dritte Waffenlieferung geht von den USA direkt nach Iran. Statt Geiseln freizulassen werden jedoch drei weitere Amerikaner in Beirut zur Geisel genmommen,und zwar Frank Reed, Direktor der Internationalen Schule in Beirut (9.September), Joseph Cicippio, Direktor der amerikanischen Universität im Libanon (12. September) und Edward Austin Tracy, ein Schriftsteller von Kinderbüchern (21. Oktober).

30. September 1986: Die Sowjets geben den von ihnen wegen angeblicher Spionage verhafteten Journalisten Daniloff frei. Die Angehörigigen der Geiseln im Libanon erhöhen den Druck auf die Reagan- Administration Zu gleicher Zeit erscheinen im amerikanischen Fernsehen von den Terroristen im Libanon zugespielte Filme mit einem Statement der Geisel David Jacobsen, in dem er feststellt:„Ich bin frustriert und zornig. Warum verhandelt unser Präsident über die Freilassung anderer, warum nicht über unsere"?

2. November 1986: David Jacobsen wird in Beirut freigelassen, eine Woche, nachdem die vierte direkte Waffenlieferung aus den USA in Teheran eingetroffen ist.

3. November 1986: Die libanesische Wochenzeitung „Al Shiraa" enthüllt die anmerikanischen Waffenlieferungen an den Iran. Rafsandschani bestätigt am folgenden Tag in Teheran diesen Bericht und die Reise von McFarlane nach Teheran im Mai dieses Jahres.

12. November 1986: Nach tagelangem Schweigen bestätigt Präsident Reagan zum ersten Mal vor Kongreßabgeordneten die Waffenlieferungen an Iran. Am folgenden Tag rechtfertigt der Präsident in einer Fernsehrede die Lieferungen mit geopolitischen Gründen. Im übrigen seien die Lieferungen so gering gewesen, daß sie nicht einmal ein Frachtflugzeug füllten. Fünf Tage später gibt Reagan bekannt, daß die Waffenlieferungen ab sofort eingestellt würden. Washington schwirrt von Gerüchten über den bevorstehenden Rücktritt von Außenminister Shultz.

22. November 1986: Justizminister Edwin Meese erfährt in einem Gespräch von Oberstleutnant North über dessen Unternehmen, die Profite aus den Waffenlieferungen an Iran an die „Contras" in Nicaragua weiterzuleiten. Meese informiert unverzüglich den Präsidenten, der nach eigenem Bekunden nichts davon ahnte.

25. November 1986: Sicherheitsberater Poindexter, der unmittelbare Vorgesetzte von North, erklärt seinen Rücktritt. North selbst wird vom Präsidenten entlassen. Reagan setzt eine Untersuchungskommission ein, die die Rolle des Nationalen Sicherheitsrates im Entscheidungsprozeß der amerikanischen Politik untersuchen soll. Zugleich wird bekannt, daß North Dokumente zur Iran-Affaire vernichtet haben soll.

30. November 1986: Die Krise um Ronald Reagan erreicht ihren vorläufigen Tiefpunkt. Der Präsident hält sich zu einem Kurzurlaub in Kalifornien auf. In Washington warnt Senator Moynihan:„Ihre Präsidentschaft wackelt,Sir. Washington ist voll der Gerüchte, der Intrigen und des Verrats. Die Lage ist hochgefährlich". Ronald Reagan kehrt nach Washington zurück, nennt Oberstleutnant North einen Nationalhelden und beschuldigt die Medien, die Krise hochgespielt zu haben. Republikanische Senatoren fordern einen personellen „Hausputz" im Weißen Haus. Sie verlangen vor allem den sofortigen Rücktritt von Stabschef Donald Regan.

2. Dezember 1986: Im Weißen Haus wird zum ersten Mal ein Krisen-Management erkennbar. Reagan ernennt den ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister Frank Carlucci zu seinem neuen Sicherheitsberater. Zugleich wird die Einsetzung eines Sonder-Anklägers nach Watergate-Vorbild beschlossen.

6. Dezember 1986: Ronald Reagan gesteht zum ersten Mal öffentlich ein, daß in der Iran-Affaire Fehler gemacht wurden. Er steht jedoch nach wie vor zu seiner Entscheidung, Waffen an Iran zu liefern.

8. Dezember 1986: Außenminister Shultz sagt im Kongreß unter Eid aus, daß sein Wissen über die Transaktionen von Iran-Geldern an die „Contras" gleich Null gewesen sei. Er nennt diese Transaktionen illegal. Seine Position als Außenminister scheint gesichert. Die Forderungen nach einem Rücktritt von Stabschef Regan dagegen bleiben heiß. Ein Ende der Krise ist nicht abzusehen. Die Untersuchung des Sonder-Anklägers kann ein halbes Jahr dauern. Die Untersuchungen dieser Affäre durch den Kongreß beginnen im Januar. Washington steht ein „Iran-Frühling" bevor.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Um die Nachfragemacht

Sehr verehrte Frau Dr. Gieskes,

mit großem Interesse habe ich Ihren Kommentar „Keine gute Aussicht" in der WELT vom 26. November d. J. gelesen. Da ich als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unsere Überlegungen zur Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der nächsten Legislaturperiode mit verantworte, möchte ich einige offenkundige Mißverständnisse ausräumen.

Ihre Befürchtung, daß die von uns geplante „kleine Handelsnovelle" die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt beeinträchtigen könnte, halte ich, mit Verlaub gesagt, für arg theoretisch und gekünstelt. Das Problem der Nachfragemacht und insbesondere das seiner mißbräuchlichen Ausnutzung ist in erster Linie eine wettbewerbliche Besonderheit großer Handelsunternehmen.

Im übrigen haben wir in unserer Begründung deutlich herausgestellt, daß die Verschärfung der Fusionskontrollvorschriften im Hinblick auf Tatbestände der Nachfragemacht ausschließlich für „verbrauchernahe Handels- und Dienstleistungsbereiche" gelten soll. Dies hat nichts mit einem – wie Sie schreiben – „Zurückschrauben des Wettbewerbs im Handel zu tun", aber sehr viel mit der Sicherung eines vielfältigen Angebotes, das erst die Grundlage für funktionierende Wettbewerbsprozesse im Handel schafft. Am Ende des derzeit laufenden Konzentrationsprozesses in dieser Branche würde unserer festen Überzeugung nach auch der Wettbewerb auf der Strecke bleiben, und nicht nur einzelne Wettbewerber. Eine solche Entwicklung ginge in jedem Fall schon auf mittlere Sicht zu Lasten der Verbraucher.

Ihre zweite Befürchtung, daß die Realisierung unserer Vorstellungen den Preiswettbewerb bei den industriellen Lieferanten des Handels


Matthias Wissmann, MdB, CDU

lahmlegen könnte, halte ich ebenfalls für übertrieben. Der Zwang, die Konditionen offenzulegen, soll selbstverständlich nur bei begründetem Verdacht einer unbilligen Behinderung greifen. Die weitere Diskussion unserer Vorstellungen wird zeigen, welche rechtlichen Schranken gegen eine mißbräuchliche Ausnutzung des Begehrens geschaffen werden können, die Konditionen eines Konkurrenten offenlegen zu lassen. Hier sind wir für konstruktive Vorschläge durchaus offen.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Wissmann, MdB, CDU

Für Wettbewerb

„Gehört jede Dudelwelle zur Grundversorgung?"; WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein viertes Programm einführen, um alle anfallenden Gebiete der Information und Unterhaltung abzudecken, gut so; wenn aus dem privaten Bereich neue Sender eingeführt werden, gut so. Ein gesundes Konkurrenzgefüge kann die Qualität der einzelnen Sender nur positiv beeinflussen. Und bei vielen qualitativ guten Sendern haben immerhin 60 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, sich das auszusuchen, was ihnen gefällt und wohin ihre Neigung geht.

Den Printmedien kann der Rundfunk eigentlich keine ernsthafte Konkurrenz sein, da die Printmedien doch eine Begleitung des Rundfunks und Fernsehens darstellen. Nachdem ein Hörer die Nachrichten kurz gehört hat, kann er sich am nächsten Tag eingehend damit aufgrund der Printmedien beschäftigen.

Zum Abschluß sei noch auf die besondere Wichtigkeit der Arbeitsplatzbeschaffung und -erhaltung durch qualitativ hochwertige Medien hingewiesen. Für jeden Sender, der neu eingeführt wird und für jede Zeitung, die neu erstellt wird, werden doch zusätzlich gut ausgebildete Journalisten und Techniker benötigt.

Mit freundlichen Grüßen
Burkhardt Wehnes,
CDA-Westhessen, Eltville

Doch Vorbild

„Die Menschen lernen nicht von der Natur"; WELT vom 5. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

ob bewußte Nachahmung oder ungewollte Entsprechung: die Baugesetze in der Natur und diejenigen, nach denen sich die Architekten beziehungsweise Ingenieure zu richten haben, wenn ihre Bauwerke nicht zusammenstürzen sollen, sind vermutlich die gleichen. Ob Herr Frei Otto solche Analogien anzuerkennen bereit ist oder nicht: er kann sie nicht aus der Welt schaffen. Und hätte er sich mehr dem Studium der Spinnennetze auch in ihrer ästhetischen und nicht nur funktionalen Komponente gewidmet, würde es dem Olympia-Dach gewiß nicht geschadet haben.

Mit freundlichen Grüßen
Emil Wachter,
Karlsruhe 1

Zustand der Weltfinanzen

„Ein Welt-Finanzinfarkt ist hundertmal näher als 1969"; WELT vom 1. Dezember

Das Gespräch mit Henry Kaufman ist eindrucksvoll und zeitgerecht. Auf gute Fragen gab es nüchterne, fundierte Antworten. Der WELT und Horst-Alexander Siebert gebühren Dank und Anerkennung.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Toepfer,
Hamburg 1

*

Das Interview zeigt klar, daß die Weltfinanzen labiler geworden sind, großenteils im Zuge neuartiger Instrumente, die insbesondere das Bild des amerikanischen Finanzmarktes zunehmend prägen. Andererseits hat sich das Problembewußtsein bei Unternehmen und Banken sowie den staatlichen Instanzen geschärft.

Auch aus europäischer Sicht lassen sich für die amerikanische Volkswirtschaft einige ernst zu nehmende Organschäden diagnostizieren, die im Zwillings-Defizit evident werden. Aber im Kaufman-Interview wird meines Erachtens nicht deutlich genug, daß – um im Bilde zu bleiben – das Herz unverändert kräftig schlägt, angetrieben von einer optimistisch-dynamischen Einstellung. Ein wenig mehr von diesem Geist täte auch uns in Westeuropa gut. Ich hoffe, daß die kontinuierlichen Bemühungen der Bundesrepublik und ihrer Nachbarländer, die Staatstätigkeit zurückzudrängen und die Steuerlast herunterzuschrauben, in diese Richtung wirken werden.

Im übrigen empfinde ich die Bestandsaufnahme einer unsicherer und riskanter gewordenen Wirtschafts- und Finanzwelt als eine indirekte Bestätigung unseres auf Solidität gerichteten wirtschaftspolitischen Kurses. Solange die USA viele Probleme vor sich herwälzen, muß Westeuropa umso mehr darauf achten, seine Politik finanzieller Stabilität fortzusetzen, um nicht nur seinen eigenen Wachstumsspielraum zu erweitern, sondern auch für eine bessere Balance zwischen positiven und negativen Kräften in der Weltwirtschaft zu sorgen.

Herbert Wolf,
Chef-Volkswirt
Commerzbank AG, Frankfurt

Intelligenz?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kommentare des Herrn Herbert Kremp sind immer hervorragend. Jedoch müssen bei der Bezeichnung „einem politisch intelligenten Volk" im Kommentar vom 29. November Bedenken angemeldet werden, wenn in der WELT vom 2. Dezember den Grünen – laut Allensbacher Institut – 11,7 Prozent der Wähler zugerechnet werden können. Von besonderer Intelligenz zeugt dies meines Erachtens nicht gerade!

Mit freundlichen Grüßen
Eckhard Rathgeb.
Bruchköbel

Ethik für Wissenschaftler

„Dr. Frankenstein hat im Labor keine Chance"; Geistige WELT vom 29. November

Professor Hubert Markl versichert beruhigend, in der Bundesrepublik brauche man keine „fortschrittsgeilen Laborfrankensteins" (O-Ton des Verfassers) zu fürchten. Das würde durch eine Gewissensprüfung, ob man ein Forschungsziel „für ethisch gerechtfertigt ansehen kann", gewährleistet. Hier ist Skepsis geboten.

Gibt es überhaupt eine Ethik-Meßlatte für Naturwissenschaftler? Professor Meinolf Dierkes, Leiter des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), nämlich meint, was wir gegenwärtig brauchen, ist eine Ethik für die Naturwissenschaft. Eine Forderung, die auch die meisten seiner Kollegen unterstützen. Selbst dann, wenn wir einen Ethik-Kodex für Naturwissenschaftler hätten, stellt sich zwingend die Folgefrage, ob denn derartige Ethik-Schranken genügen. Würden sie im „Bedarfsfall" nicht einfach hinweggefegt? Schließlich liefert die Menschheitsgeschichte genügend traurige Beispiele dafür, daß Machtgruppen immer dann, wenn es ihnen geboten schien, nicht die geringste ethische Rücksicht nahmen.

Bekanntlich lassen sich Forschungsergebnisse sowohl zum Schaden als auch zum Nutzen der Menschheit anwenden. Das gilt auch für die Technik der menschlichen Genmanipulation/-implantation.

Professor Markl, in seiner Funktion als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, muß sich fragen lassen, ob nicht die Genforscher der Universität München mit dem Sittengesetz in eklatantem Widerspruch standen, als sie Teile des menschlichen Erbprogramms (ein Gen) auf eine Tierart, nämlich Mastschweine (!), übertrugen. Ein Forschungsprojekt, primär dazu ausgelegt, die Gewinne der Schweinemäster zu optimieren. Heiligte der Zweck wirklich die Mittel?

Bei der Gentechnik scheint sich zu wiederholen, was wir bereits von anderen „Groß"-Techniken kennen. Zuerst nämlich schafft man die Techniken und erst später wird über die Risiken nachgedacht – wenn überhaupt.

Präsentiert man uns eines Tages vielleicht nicht doch einen genmanipulierten Homo superior beziehungsweise einen Homo inferior? Wer weiß.

„Irret euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten. Denn was der Mensch säet, das wird er ernten." Galater 6, 7.

Dr. Helmut Kollai,
Nürnberg 1

Vergleichbar?

„Solidarność" lebt"; WELT vom 2. Dezember

Die neuen „Staatsgewerkschaften", typisch für den leninistischen Staatsgedanken, sind offenbar in Polen gar nicht mehr solche, wenn ihr Vorsitzender „eifrig Regierungsferne" beteuert. Außerdem sagt der Autor, der neue Vorsitzende hat „zwar" ein Bekenntnis zum Sozialismus abgelegt. Auch hier ist er mit „Solidarność" vergleichbar, die noch auf ihrem Danziger Kongreß kurz vor Verhängung des Kriegsrechts ebenfalls ein Bekenntnis zum Sozialismus ablegte. Alles, was die neuen Gewerkschaften tun, erinnert nicht nur an „Solidarność", sondern an westliche Demokratie.

Wenn die Sowjets in ihren Medien von einem Fehler sprachen, weil Jaruzelski autonome Gewerkschaften ins Leben rief, so kann man jetzt die Sowjets noch viel besser verstehen. Man darf gespannt sein, wie Jaruzelski auf den Wunsch der autonomen Gewerkschaft nach Erneuerung des Vertrages von Danzig (1980) reagieren wird.

J. von Helmrich,
Timmendorfer Strand

Wort des Tages

» Es ist schwer, die zu lieben, die wir nicht schätzen, aber nicht minder schwer, die zu lieben, die wir höher schätzen als uns. «

François de La Rochefoucauld, französischer Moralist (1613–1680)

Konsequenz

„Exgenosse Z. und der Vertrag mit der Partei"; WELT vom 6. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Carl G. Ströhm hat bemerkenswerte Aussagen über den Exgenossen Z. getätigt. Es bleibt auch zu wünschen, daß in der kommunistischen Welt eine ähnliche Entwicklung eintreten wird wie in Preußen unter dem großen Regenten.

Allerdings spukt es immer noch um den berühmten Müller von Sanssouci: „Majestät, es gibt noch ein Kammergericht in Berlin!" Der Müller von Sanssouci ist eine Legende, der Ausspruch unzutreffend. Friedrich der Große hat sich im Fall Arnold mit der Justiz auseinandergesetzt – nach Juristensicht ein bedenkliches Kapitel. Die letzte Konsequenz hat er aber nicht gezogen. Für Friedrich den Großen waren die Juristen „Rechtsverdreher".

Mit freundlichen Grüßen
Willi Ehmke,
Werther

Mängelliste

„Nun auch Gift von Ciba-Geigy"; WELT vom 12. November und „Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Chemie-Konzerne"; WELT vom 21. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Darstellung von Ciba-Geigy, Basel, vermisse ich drei Fakten:

- Schon vor dem Sandoz-Unglück in Schweizerhalle leitete das Werk Basel von Ciba-Geigy täglich ca. 15 Kilogramm des Pflanzengiftes Atrazin in den Rhein.
- Ciba-Geigy Basel leitete nach dem Sandoz-Unglück 400 Kilogramm Atrazin in öffentliche Abwasser und hielt das Gift nicht im Industriespeicherbecken zurück.
- Die Information über diesen Vorfall kam von der chemischen Untersuchungsanstalt Offenburg und nicht von Ciba-Geigy.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. U. M. Möbius,
Berlin 39

Personen

GEBURTSTAG

„Analyse ist die beste Polemik", hatte ihm einmal Franz Werfel gesagt, und er hat es beherzigt: **Jean Rudolf von Salis**, der Schweizer Publizist und Historiker, feiert heute seinen 85. Geburtstag. Sein internationaler Ruf rührt vor allem von den wöchentlichen Radiokommentaren im Weltkrieg her. Sie wurden damals weithin bis nach Nordafrika von Millionen Hörern als besonders kenntnisreiche, objektive Analysen aufgenommen. Doch die journalistische Tätigkeit war und ist für den Aristokraten aus altem Graubündner Geschlecht nur ein kleiner Teil seines facettenreichen Wirkens. Der Schüler des Berliner Historikers Friedrich Meinecke lehrte selbst von 1935 bis 1968 an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich. Seine Universalität rührt nicht zuletzt von den interdisziplinären Anforderungen an einen Geisteswissenschaftler an der ETH her. Als unorthodoxer Historiker wie als engagierter Bürger und Zeuge seiner Zeit hat Jean Rudolf von Salis zur Überwindung enger nationalgeschichtlicher Perspektiven beigetragen. Der Weltchronist bleibt tätig: Soeben wird von ihm unter dem Titel „Innen und Außen" ein neues Buch, Aufzeichnungen aus den Jahren 1984 bis 1986 enthaltend, angekündigt.

EHRUNGEN

Für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der organischen Chemie sind gestern Professor Dr. **Horst Kessler** (46) von der Universität in Frankfurt am Main und Professor Dr. **Manfred T. Reetz** (43) von der Universität Marburg mit dem Otto-Bayer-Preis 1986 geehrt worden. Die mit 60 000 Mark dotierte Auszeichnung überreichte der Vorsitzende des Kuratoriums der Otto-Bayer-Stiftung und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayer AG, Professor Dr. **Herbert Grünewald**.

*

Bernhard Stein (82), von 1967 bis 1980 Bischof von Trier, ist für seine Verdienste um die Versöhnung zwischen den Menschen in den Diözesen Luxemburg und Trier von Großherzog **Jean von Luxemburg** zum Komtur des „Ordens der Eichenlaubkrone" ernannt worden. Der


Bernhard Stein

Botschafter des Großherzogtums in der Bundesrepublik Deutschland, **Adrien Meisch**, überreichte diese höchste luxemburgische Auszeichnung gestern in Trier.

ABSCHIED

Staatsminister **Lutz Stavenhagen** vom Auswärtigen Amt hat gestern den lange Jahre in Bonn tätigen brasilianischen Botschafter **Jorge de Carvalho e Silva** verabschiedet. Der Diplomat geht in Pension. Botschafter Carvalho e Silva war seit 1977 in der Bundesrepublik Deutschland. Zu einem Abschiedsessen kamen unter anderem sein Kollege aus Paraguay, Botschafter Dr. **Victor Manuel Godoy** und der Bundestagsabgeordnete Dr. **Herbert W. Köhler** (CDU). Nachfolger an der brasilianischen Botschaft in Bonn wird **Oscar Soto Lorenzo-Fernandez**. Er ist Jurist und seit 1948 im Auswärtigen Ministerium seines Landes. Von 1966 bis 1967 war er schon einmal an der Botschaft in Bonn, als Gesandter. Anschließend ging der Diplomat bis 1969 als Gesandter nach Tokio. Von 1970 bis 1976 war er Generalkonsul in Rotterdam, dann von 1977 bis 1979 Gesandter in London. Nach Brasilien zurückgekehrt, übernahm Oscar Soto Lorenzo-Fernandez das Amt des Koordinators im Amt für Internationale Angelegenheiten des Finanzministeriums.

VERNISSAGE

Den 150. Jahrestag der Anfänge des Parlamentarismus im Lande würdigt der Schleswig-Holsteinische Landtag mit einer Ausstellung in der Landesvertretung Schleswig-Holsteins in Bonn, die Landtagspräsident **Rudolf Titzck** aus Kiel eröffnete. Warum die schleswigsche Ständeversammlung in Schleswig 1836, die holsteinische in Itzehoe aber schon ein Jahr früher zusammentreten konnte, erklärte der Historiker Professor **Ulrich Lange** von der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Der Bevollmächtigte des nördlichsten Bundeslandes in Bonn, Minister **Henning Schwarz**, als Hausherr und ein großes Publikum applaudierten vor allem dem vorgetragenen Zitat des seinerzeit ersten Präsidenten der Schleswiger Ständeversammlung, Niels Nikolaus Falck: „Wer seine Geschichte nicht kennt, dem entschlüpfen die wichtigsten Gerechtsame gleichsam unter den Händen." Nachzulesen sind alle Fakten, wie es sich gehört für jeden Landesteil in einem Band für sich, die der Präsident des Landtags zum Festjahr herausgegeben hat.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Wien wird Botschafter Dr. **Klaus Zeller**, bisher Chef der deutschen Botschaft in Manila. Zeller wird Nachfolger von Botschafter **Karl-Theodor Paschke**, von dem es heißt, er gehe als zweiter Mann an die deutsche Botschaft in Washington. Zeller, Jahrgang 1935, gebürtiger Hamburger, Jurist, war zunächst nach seinem Studium an der Nationalstiftung für Politische Wissenschaften in Paris tätig. Dem Auswärtigen Dienst gehört er seit 1962 an. Es war am Generalkonsulat in Bombay tätig und an der deutschen Botschaft in Kampala sowie von 1972 bis 1976 an der Botschaft in Paris. 1976 wurde er in das Bundeskanzleramt versetzt.

GESTORBEN

Der frühere Präsident der Päpstlichen Medienkommission, Bischof **Martin O'Connor**, ist in Scranton im US-Bundesstaat Pennsylvania gestorben. Auf Bitten von Papst Pius XII. hatte er im Jahre 1948 die Päpstliche Kommission für Radio, Fernsehen und Film eingerichtet, die später zur Päpstlichen Kommission für die sozialen Kommunikationsmittel wurde. Bis 1971 war O'Connor deren Präsident.



Ingrid Bergmann und Spencer Tracy in Victor Flemings Verfilmung von Stevensons „Dr. Jekyll und Mr. Hyde": **Arzt und Dämon** (ZDF, 23.15 Uhr). Es ist die Geschichte eines Nervenarztes, der durch ein Serum das Gute im Menschen ins Böse verwandeln kann; den freundlichen Dr. Jekyll in sein abstoßendes Doppel Mr. Hyde FOTO: DEFD

Stevensons alchimistisches Reagenzgeblubber wird 100

Mindestens 13 Verfilmungen gibt es von „The Strange Case of Dr. Jekyll and Mr. Hyde", jener Erzählung, die der „Schatzinsel"-Erfinder Robert Louis Stevenson (1850–1894) vor hundert Jahren schrieb – genaugenommen umschrieb. Denn den ersten Entwurf hatte er wohl allzu flink aufs Papier geschleudert, mit dem Resultat, daß seine Frau, stets kritische Vorkosterin, mäkelte: Ihr fehlte die Moral von der Geschicht'. Robert schrieb die Erzählung binnen drei Tagen neu und verkaufte im ersten halben Jahr nach ihrer Veröffentlichung satte 40 000 Exemplare.

Ein Bestseller wurde das gänsehauttreibende Ding dann auch im Kino, dessen Publikum offenbar auch *in diesem Jahrhundert Romantik und* Schauerroman goutiert. Kein Wunder, enthält Stevensons Story doch so gut wie alle Ingredienzen eines Thrillers, inklusive alchimistischem Reagenz-Geblubber und einem Doppelgänger. Dabei hat sich das Lichtspiel im wesentlichen vordergründig konzentriert auf den Notar Utterson, seinen Klienten Dr. med. Jekyll und dessen böses *alter ego* Hyde, und hat sich ziemlich weit entfernt von dem, was Stevenson eigentlich wollte – eine knackige Satire auf bürgerliche Doppelmoral, auf die notorische Leiche im Keller oder das Skelett im Schrank, sieht man mal ab von jenen amerikanischen Verfilmungen, in denen (Hitchcock ante portas) über den für so allerhand herhaltenden Siegmund Freud vorderhand die puritanisch verklemmte Libido gekitzelt werden sollte...

Stevensons Kollege Chesterton sah das noch wieder anders, als er schrieb: „Der springende Punkt der Geschichte ist nicht, daß ein Mensch sich von seinem Gewissen loslösen kann, sondern daß er es nicht kann."

Das ist pure Moralphilosophie, und die ist in der 1912er Fassung von und mit James Cruze ebenso ermittelbar wie 1913 bei King Baggott und natürlich auch in Murnaus berühmten „Januskopf" von 1920, als auf der anderen Atlantikseite auch Sheldon Lewis den Stoff neu kurbelte. Ein Jahr später filmte John Barrymore die Geschichte ab, inszeniert von John Stuart Robertson. 1931 griff der Stanislavskij-Schüler Rouben Mamoulian aus Tiflis nach dem Stoff, gefolgt – 1941 – von Victor Flemings Fassung, ein Beispiel für die Tricktechnik à la Hollywood: Vor den Augen des Zuschauers verwandelt sich das freundliche Gesicht Dr. Jekylls (Spencer Tracy) in die abstoßenden Züge des verrückten Dr. Hyde.

1950 kam Soffici mit Stevenson à la Argentina heraus, 1959 verlegte Jean Renoir das „Testament des Dr. Cordelier" in seine eigene Zeit, in der Jean-Louis Barrault sich herrlich ausspielen konnte, und 1960 experimentierte Terence Fisher mit seiner Umwertung von Gut und Böse, wie es ähnlich 1956 schon Boris Karloff, der Beißer vom Dienst, in „Abbott and Costello meet Dr. Jekyll and Mr. Hyde" getan.

ALEXANDER SCHMITZ

Ein Höhepunkt des phantastischen Zeichentricks

Ohr für Flug und Flucht

Das Jahr 1941, in dem die Zeichentrickfilme „Dumbo" und „Bambi" entstanden, war für Walt Disney ein Schicksalsjahr. Denn vorübergehend sah es so aus, als ob sein Lebenswerk zerbrechen würde: Seine Mitarbeiter streikten. Grund war Disneys Abneigung gegen Gewerkschaften, die im Hollywood der 30er und 40er Jahre immer mehr Mitglieder fanden und Forderungen wie geregelte Arbeitszeit und Mindestlöhne erhoben. Im Mai 1941 bauten sich vor den Disney-Studios 500 Streikposten auf, die den arbeitswilligen Mitarbeitern den Zutritt verwehrten.

Doch trotz dieser Querelen, die in den kommenden Jahren zu einer Umstrukturierung der Studios führten und Disney mehrere Jahre lang daran hinderten, große Zeichentrickprojekte zu verwirklichen, konnte die Geschichte von „Dumbo" dann doch noch in die Kinos gelangen. Der Film wurde, wie auch „Bambi", ein großer Erfolg. Er erzählt die mal rührende, mal komische Geschichte eines kleinen Elefanten, dessen Ohren viel zu groß geraten sind. Selbst seine Mutter Jumbo kann ihn nicht darüber hinwegtrösten, daß die anderen Tiere im Zirkus, in dem sie leben, den Kleinen verspotten. Doch dann erkennt Dumbo, daß seine Ohren ihn zum Fliegen befähigen. So wendet sich das Schicksal doch zum Guten.

Dick Huemer, ein enger Mitarbeiter Disneys, sagt über „Dumbo": „Alle abendfüllenden Zeichentrickfilme Disneys basierten auf einem Buch oder einer bereits etablierten Geschichte. Bei Dumbo war das anders. Die Originalidee (mehr gab es dazu nicht) wurde breitgewalzt und ausgeschmückt. Viele neue Elemente kamen hinzu. Doch dann ließ Disney diese Idee plötzlich fallen."

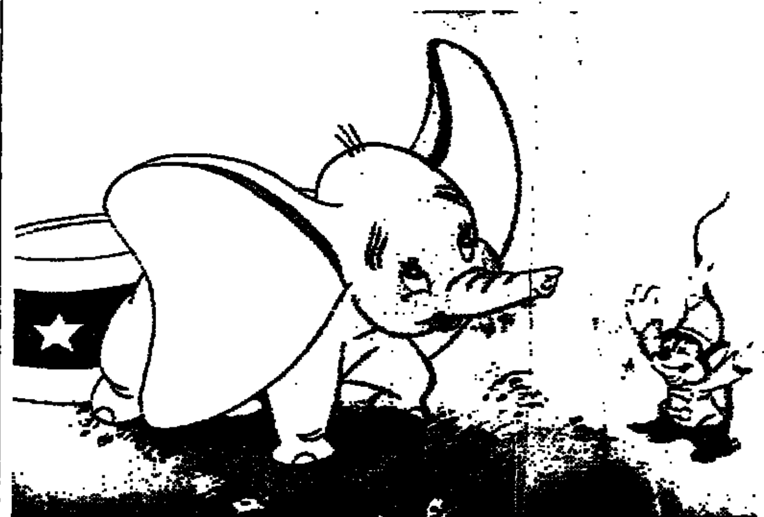
Einige Monate später brachte Huemer die Geschichte erneut auf. Er gab Disney das Drehbuch „häppchenweise" zu lesen – und siehe da, plötzlich zeigte sich der Chef begeistert.

Danach ging alles rasch über die Bühne. Huemer: „Jedermann war durchdrungen von dem Geist und der ‚Einfachheit' der Geschichte. Auch die Produktionskosten waren niedriger als bei jeden vorangegangenen abendfüllenden Zeichentrickfilm."

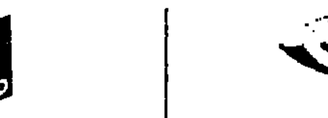
Bei aller „Einfachheit" der Geschichte aber verfügt „Dumbo" über eine Reihe neuartiger Zeichentrickelemente. Da gibt es zum Beispiel die berühmte Parade der lila Elefanten, da singen Krähen ein schaurig schönes Lied. Der Schwerpunkt liegt auf der Phantasie, auf der Vermischung von Traum und Wirklichkeit.

„Ein kleines Märchen mit großen Ideen" nennt Huemer „Dumbo", im Gegensatz zu „Bambi", jenem Film über die Abenteuer eines Rehkitzes. Während hier die Natur möglichst getreu nachempfunden wurde, erinnert „Dumbo" an Disneys romantisch-surrealistischen Film „Fantasia" (1940). „Dumbo" zeigt den Zeichentrickfilm auf dem Höhepunkt seiner künstlerischen und seiner phantastischen Möglichkeiten.

MvS



Walt Disneys **Dumbo** hat einen Freund gefunden, der ihn nicht auslacht, sondern anlacht: Segelfluglehrer Timothy (ARD, 20.15 Uhr) FOTO: TB



10.00 **Tagesschau, Tagesthemen**
10.23 **Der große Preis**
11.45 **Umschau**

14.55 **Lawinenpatrouille**
Lawinenverbauungen um Davos
15.50 **Tagesschau**
16.00 **Der Maulwurf im Traum**
Zeichentrickfilm
16.30 **Pan Tau**
Der lange Sonntag
17.45 **Tagesschau**
17.55 **Regionalprogramme**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Dumbo, der fliegende Elefant**
Amerik. Zeichentrickfilm (1941)
22.00 **Gott und die Welt**
Kirche in Zimbabwe
Porträt des Bischofs Reckter
Von Heinrich Büttgen
22.30 **Tagesthemen**
Bericht aus Bonn
U-Boot-Ausschuß. NATO-Konferenz. Haus der Geschichte. Abgeordnete, die nicht wiederkehren
23.00 **Heut' abend**
Josef Neckermann im Gespräch mit Joachim Fuchsberger
23.45 **Todfeinde**
Amerikanischer Western (1968)
Mit Ruth Springford, Dean Martin, Robert Mitchum
Regie: Henry Hathaway
1.25 **Tagesschau**
1.30 **Nachtgedanken**
Ingeborg Bachmann: Musik



12.10 **Telemotor**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

13.15 **(EG-)Europa diese Woche**
14.00 **Ski-Damen-Abfahrt in Val d'Isere**
15.05 **heute**
15.10 **Maddalena, ein Mädchen mit Pfiff**
Italienischer Spielfilm (1940)
Von und mit Vittorio de Sica
16.30 **Freizeit**
Weihnachtskrippen. Origami. Landschaft für Modelleisenbahn
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.45 **Shaka Zulu**
19.00 **heute**
19.30 **auslandsjournal**
US-Presse hetzt Reagan. 60 Jahre Tenno Hirohito. Tourismus in Senegal. Malaria in Nigeria
20.15 **Der Alte**
„Tatverdacht" – Krimi von Volker Vogeler mit Rolf Schimpf
21.15 **Der Sport-Spiegel**
Dokumentation über Fairplay
21.45 **heute-journal**
22.05 **Aspekte**
Viktorianische Walhall. Massentourismus im Tal der Könige. England: Kinoland des Jahres
22.45 **Die Sport-Reportage**
Eishockey-Bundesliga. Ski-Damen-Abfahrt. Schauturnen
23.15 **Arzt und Dämon**
Amerikanischer Spielfilm (1940)
1.10 **heute**

III.

WEST
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Länder – Menschen – Abenteuer**
Magische Städte: Samarkand
21.15 **Denken in dünner Luft**
Bericht aus Bolivien
21.45 **Der Christbaum stirbt**
Anpflanzung im Sauerland
22.15 **In bester Gesellschaft**
7. Leben nach dem Tode
23.05 **Gaston Peter**
Aus dem Leben eines Elsässers

NORD
19.15 **Das andere Äthiopien (2)**
Überlebenskampf der Nomaden
20.00 **Tagesschau**
20.15 **extra drei**
Hamburger Bürgerschaft ohne Mehrheit. Kranke im niedersächsischen Landtag. Ernüchterter Gemeinderat
20.45 **Augenblicke**
Bericht über die alte und die neue Nikolai-Kirche in Hamburg
21.00 **Lindenstraße**
Die Wellen der Brandung
21.30 **Leute**
Talkshow mit Chi Coltraine, Karlheinz Deschner, Günter Gaus, Jörg Haider, Max Schmittner, Günther Schott-Natscheff. Gastgeber: Elke Heidenreich, Gisela Marx, Wolfgang Menge
23.30 **Mambo**
Rockjournal
0.15 **Nachrichten**

HESSEN
20.00 **Haus – Herd – Garten**
Zum Mit- und Selbermachen
20.45 **Forschung im Rampenlicht**
Binnigs nobles Mikroskop. Gen-Technologie. 14jährige Mütter
21.30 **Drei aktuell, Sport**
22.00 **Leute**
Talkshow (siehe Nord)

SÜDWEST
19.00 **Abendschau/Blick ins Land**
19.30 **Laienhilfe in der Psychiatrie**
20.15 **Noras Namibia**
Eine Frau und ihr Land
21.00 **Aktuell/Neues**
21.15 **Kostprobe / Kulturspiegel**
21.45 **Im Gespräch**
M. Schmiedicke mit H. Mertes
22.30 **Die Leute von Korsbaek (5)**
Serie: Das Geschäft läuft
23.15 **Nachrichten**

BAYERN
19.00 **Unser Land**
19.50 **Philip der Gute**
Rumänischer Fernsehfilm
21.25 **Wallfahrtskirche Mariaberg**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Drehpause**
Satire von Klaus-Peter Schreiner
22.30 **Nix für ungut!**
Kommentar des Pförtners Baierl
22.35 **Sport**
22.50 **Stolzer Bruder Montenegro**
Nationalitäten in Jugoslawien
23.35 **Rundschau/Actualités**

SAT 1

16.00 **Der Kaiser und die Nachtigall**
Japan. Puppentrickfilm (1973)
16.25 **Die Waltons**
17.10 **Daktari**
18.00 **Happy Days**
18.30 **blick**
18.45 **Doctors Hospital**
Liebe ist nur eine Silbe
19.35 **Kartenlotto**
19.45 **Einmal kehr ich wieder**
Deutsch-jugoslawische Filmkomödie (1953). Mit Paul Dahlke, Heinz Drache. Regie: Geza von Bolvary
21.30 **blick**
22.15 **Heute Talkshow**
Kampf der Geschlechter
Mit Michael Graeter, Karin Dor, Konstantin Wecker, Stefan Lemmer, Helga Unruh, Katja Lührs
23.15 **Der Mann mit dem Koffer**
Große Fische
0.05 **blick**
0.15 **Blut im Schnee**
Amerikanischer Spielfilm (1954)



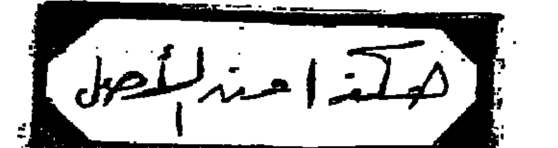
19.00 **Abenteuer Wissenschaft**
Zehn Jahre nach Seveso
19.45 **Physik-Zirkus**
Was das Ei zum Platzen bringt
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Italienischer Opernabend**
Rossini: Barbier von Sevilla. Belagerung von Korinth. Verdi: Luisa Miller. Maskenball. La Traviata
21.40 **Flüchtige Begegnung**
Englischer Spielfilm (1974)
Mit Sophia Loren, Richard Burton



19.00 **heute/Studio**
19.30 **Die Strangeullers (1)**
Was Flügel hat, fliegt
20.40 **Zur Sache**
Pariser Studenten-Unruhen. Südafrikas Zensur. U-Boot-Ausschuß
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Evangelisches Tagebuch**
22.00 **Die Wunder der Erziehung**
Spiel nach den autobiographischen Materialien Paul Schrebers
23.30 **Das Spielzeug der Könige**
Zinnfiguren aus Jahrhunderten



19.30 **Wahl (065 52 / 15 21) zwischen: Viehdoktor von Ochsenhausen**
Deutscher Spielfilm (1970) oder **Liebe auf Abwegen**
Französischer Spielfilm (1948)
20.55 **Popeye, Star des Mississippi**
21.00 **Wahl der Miß Niedersachsen**
21.05 **S. O. S. Bermuda-Dreieck**
Amerikanischer Spielfilm (1977)
22.55 **Nachrichten**
23.05 **Mini-Max, der Fenstergucker**
23.30 **Wetter/Horoskop/Betthupferl**
23.45 **Wall Street Final**



NACHRICHTEN

Langer bleibt Zweiter

Hamburg (GAB) – Nach Abschluß aller wichtigen Golfturniere dieses Jahres konnte Bernhard Langer (Anhausen) seinen zweiten Platz in der offiziellen Computer-Weltrangliste mit 1019 Punkten behaupten. Der 29jährige rangiert klar hinter Greg Norman (Australien) 1216 und nur knapp vor Severiano Ballesteros (Spanien) 1017.

Edberg/Jarryd verloren

London (sid) – Das Tennis-Masters-Turnier der acht weltbesten Doppel des Jahres begann in London mit einer Überraschung. Die schwedischen Titelverteidiger Stefan Edberg und Anders Jarryd unterlagen Hans Gildemeister/Anders Gomez (Chile/Ekuador) 6:7, 3:6, 6:3, 6:7.

26,5 Millionen beantragt

Frankfurt (dpa) – Nach Abschluß der Jahresplanungen der Spitzenverbände für das nächste Jahr wird der Bundesausschuß Leistungssport (BAL) beim Bundesinnenministerium um eine Zuwendung von 26,5 Millionen Mark beantragen. Wie der Deutsche Sport-Bund darüber hinaus mitteilte, müssen die Verbände weitere 6,3 Millionen Mark durch Eigenmittel und Eigenleistungen aufbringen, um ihre Vorhaben auf dem Gebiet des Leistungssports 1987 sicherzustellen. Der Gesamtbetrag von 32,8 Millionen Mark liegt damit um 1,3 Millionen höher als 1986.

Fischer Fünfter

Winterberg (sid) – Auf dem fünften Platz mit 31 Punkten liegt Toni Fischer aus Ohlstadt nach den beiden ersten Rennen im Bob-Weltcup der Piloten. Die Führung nach dem Auftakt mit dem Veltins-Cup in Winterberg besitzt Olympiasieger und Weltmeister Wolfgang Hoppe („DDR") mit 39 Zählern. Auf Rang zwei liegen gemeinsam mit 36 Punkten die beiden Schweizer Piloten Hans Hiltebrand und Ralph Pichler.

Nummer eins: Fußball

Düsseldorf (sid) – Der Sport bewies auch in diesem Jahr seine überragende Bedeutung als TV-Unterhaltungsereignis ersten Ranges. Die Mehrzahl einer Jury von prominenten Medien-Kritikern und -Beobachtern votierte in der neuesten Ausgabe des „Medien-Telegramms" für die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko als Fernsehereignis Nummer eins im Jahr 1986.

Schärfere Kontrollen

London (sid) – Bei den Olympischen Sommerspielen werden zukünftig verschärfte Zulassungsbestimmungen für die startenden Pferde in den Reitsportkonkurrenzen gestellt. Die Pferde müssen bestimmte leistungsmäßige Kriterien erfüllen, bevor sie an den Start gehen. Dies beschloß die Internationale Reiterliche Vereinigung (FEI) auf ihrer Sitzung in London, bei der Prinzessin Anne zur Präsidentin gewählt wurde.

Schweizer mit Bestzeiten

Gröden (sid) – Die Schweizer dominierten eindeutig beim dritten Training für die morgen in Gröden stattfindende Weltcup-Abfahrt der Herren. Mit Peter Müller (2:02,95 Minuten), Conradin Cathomen (2:03,33), Pirmin Zurbriggen (2:03,85) und Daniel Mahrer (2:03,87) lagen gleich vier Eidgenossen an der Spitze. Peter Eigler aus Pfronten und Markus Wasmeier vom Schliersee kamen über fünf Sekunden hinter Müller auf die Plätze 22 und 26.

Wewering verlor Rekord

Düsseldorf (sid) – Heinz Wewering ist seinen Weltrekord der Trabrennfahrer los: Der amtierende US-Champion Mike LaChance fuhr bereits am 30. November auf der Rennbahn Yonkers Raceway seinen 708. Sieg in der laufenden Saison und übertrag damit die Bestmarke des 36 Jahre alten Recklinghäusers. Wewering hatte 1983 707 Rennen gewonnen.

ZAHLEN

BASKETBALL

Europacup der Damen, Landesmeister, Viertelfinale: Sparta Prag – Agon Düsseldorf 62:70. – Bundesliga, Herren: Bamberg – Göttingen 94:75, Langen – Leverkusen 67:84, Ludwigsburg – SSV Hagen 66:75, Gießen – Osnabrück 101:69.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: Düsseldorf – Schwabing 22:17. – Weltmeisterschaft der Frauen in Holland, Hauptrunde, Gruppe 1: Jugoslawien – „DDR" 17:27, Ungarn – CSSR 18:19, Österreich – Holland 17:22; Gruppe 2: Südkorea – China 19:19. – Trostrunde: Frankreich – Polen 17:19.

TENNIS

Doppel-Masters-Turnier in London: Blaue Gruppe: Noah/Forget (Frankreich) – Wilander/Nystroem (Schweden) 2:6, 7:5, 7:5, Donelly/Depalmer (USA) – Casal/Sanchez (Spanien) 3:6, 6:1, 3:6, 7:6, 6:4. Rote Gruppe: Gildemeister/Gomez (Chile/Ekuador) – Edberg/Jarryd (Schweden) 7:6, 6:3, 3:6, 7:6, Fitzgerald/Smid (Australien/CSSR) – Steyn/Visser (Südafrika) 7:6, 6:4, 4:6, 6:2. – Young-Masters-Turnier in Stuttgart, grüne Gruppe: Carlsson (Schweden) – Novacek (CSSR) 6:2, 6:1; rote Gruppe: Tschesnokow – Wysand (beide UdSSR) 6:7, 6:3, 6:3; goldene Gruppe: Carlsson (Schweden) – Cane (Italien) 6:3, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: Ziehung A: 8, 17, 21, 29, 33, 39, Zusatzzahl: 11. – Ziehung B: 3, 11, 15, 22, 26, 28, Zusatzzahl: 30. – Spiel 77: 7 4 0 0 3 6 5. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Einzug ins Viertelfinale des UEFA-Pokals befreit Gladbach von finanziellen Sorgen

- 1:1 und 0:0 – das reichte Borussia Mönchengladbach, um über die Glasgow Rangers ins Viertelfinale des UEFA-Cups einzuziehen. „Kämpferisch war's großartig, spielerisch nicht das Gelbe vom Ei", sagt Trainer Jupp Heynckes, der sich nun den FC Tirol wünscht.
- Das Rückspiel wurde für die Gladbacher zu einem Härtetest. „Die Schotten traten nach allem, was sich bewegte", sagt Uli Borowka. Die Folge: Zwei Platzverweise für Glasgow (Munro und Cooper). – Uerdingen schied nach einem 0:2 in Barcelona aus.

Ein Tor zur rechten Zeit: Wie mit wenig viel erreicht werden kann

U. HOLTHOFF, **Gladbach**

„Was wollt Ihr denn noch?" fragte Stürmer Hansjörg Criens und schenkte den Fragestellern ein unbekümmertes Lachen. „Wir hatten in Glasgow zwei Chancen und haben eine genutzt. Und heute haben wir zu Null gespielt. Das hat gereicht."

In zwei Sätzen brachte Criens die Minimal-Maximal-Leistung seiner Mannschaft auf den Punkt. Mit einem Minimum an Toren hat Borussia Mönchengladbach gegen Glasgow Rangers ein Maximum an Erfolg erreicht. Ohne Sieg, ohne spielerische Höhepunkte, mit der Bilanz eines einzigen Tores, erzielt zum richtigen Zeitpunkt, nämlich auswärts – so rutschte Borussia Mönchengladbach ins Viertelfinale des UEFA-Pokal-Wettbewerbs. Für Hansjörg Criens (25) ist es der bislang größte internationale Erfolg in seinem Berufsleben als Fußballspieler. Dabei spielt Criens schon seit fünf Jahren in Mönchengladbach. Und Mönchengladbach gilt immer noch als die deutsche UEFA-Cup-Mannschaft schlechthin.

Den guten Ruf, der der Mannschaft vorauseilt, hat der Verein durch seine Erfolge in den siebziger Jahren begründet. Europapokal-Spiele mit Borussia Mönchengladbach waren immer Fußball-Feste der Sonderklasse. So ist es zumindest in der Erinnerung der Fans zementiert. Schließlich basiert menschliches Denken vorwiegend auf positiven Wahrnehmungen und Erinnerungen. Positive Erlebnisse werden gespeichert, negative werden verdrängt. Deshalb hat der Fußballklub Borussia Mönchengladbach noch immer ein so positives Europapokal-Image, obwohl seine letzte Viertelfinal-Teilnahme immerhin schon sechs, der letzte UEFA-Cup-Gewinn sogar schon fast acht Jahre zurückliegt.

Doch wer zählt schon die Jahre, wenn auf dem Bökelberg Europapokal angesagt ist? „Titel sind sehr vergänglich", sagt Mönchengladbachs Manager Helmut Grashoff, „wer weiß heute noch, wer vor drei oder vier Jahren deutscher Meister und Europapokal-Sieger war? Das gerät alles schnell in Vergessenheit." Grashoff fordert deshalb nicht Meisterschaften und Titelgewinne von seiner Mannschaft, sondern sagt: „Unser vorrangiges Ziel ist, unser sportliches Image zu fördern."

Das ist hervorragend gelungen. Grashoff und seine Männer malen seit Jahren ein Bild, das den Bökelberg als Spielwiese für Fohlen zeigt, die verkauft werden müssen, sobald sie zu Rennpferden gereift sind und genügend Geld einbringen, um wenigstens das Futter für die neuen Fohlen bezahlen zu können. Der „Fohlenstall" als Sinnbild für die Armen, aber Aufrechten unter all den Geldhaien der Profi-Liga. Bescheiden, aber gut. Das wirkt immer. Borussia Mönchengladbach ist, so haben Meinungsumfragen ergeben, der Sympathieträger Nummer eins unter den Bundesliga-Klubs.

Wenn die Mannschaft auswärts antritt, kommen durchschnittlich 30 000 Besucher in die Stadien. Doch im heimischen Bökelberg ist der Schnitt deutlich niedriger. Nur 20 000 waren es in den acht Heimspielen dieser Saison. Die Gründe dafür: „Zum einen ist das Publikum hier noch sehr verwöhnt durch unsere früheren Erfolge", so Grashoff. Zum anderen haben wir ein sehr unattraktives Stadion. Die Leute finden keinen Parkplatz und sind wegen der fehlenden Überdachung immer dem Wetter ausgesetzt."

Doch die Zeit des Jammerns ist vorbei. Bald soll alles besser werden. Der Erfolg im Europapokal und die damit verbundene Einnahme von rund einer Million Mark macht es möglich. Schon jetzt ist die finanzielle Situation so gut, daß kein Spieler aus wirtschaftlichen Gründen verkauft werden muß. Erstmals könnte der Wunsch von Trainer Jupp Heynckes erfüllt werden: „Ich möchte hier einmal zwei Jahre lang mit denselben Spielern arbeiten können."

Erfolge im Europapokal könnten auch die Modernisierung des städtischen Stadions beschleunigen. „Die Stadt hat angeboten, die Gegengerade zu überdachen", sagt Grashoff. „Doch der Regierungspräsident will den dafür notwendigen Kredit wegen der hohen Gesamtverschuldung der Stadt nicht bewilligen." Jetzt suchen Verein und Stadt nach einer Lösung. Eine Möglichkeit: Die Stadt finanziert den Stadion-Ausbau, der Klub übernimmt die Zinslast für den Kredit. „Das sind rund 350 000 Mark jährlich", sagt Grashoff. Eine Summe, die angesichts des bescheidenen Mönchengladbacher Etats nur durch weitere Erfolge im Europapokal aufzubringen ist.



Geballte Fäuste nach dem Härtest gegen die Glasgow Rangers: Mönchengladbachs Mannschaft feiert. FOTO: LP

Müller führte Tirol zum Sieg

DW. **Bonn**

Die größte Überraschung im Achtelfinale des UEFA-Pokals ist die Leistung des FC Tirol, vormals Wacker Innsbruck. Mit einem 2:0-Erfolg über Spartak Moskau, das Bayer Leverkusen ausgeschaltet hatte, erreichten die Österreicher die nächste Runde. Bester Spieler war der ehemalige deutsche Nationalspieler Hans Müller, der in der 70. Minute das 1:0 vorbereitete und 80 Sekunden später mit einem Treffer für die Entscheidung sorgte (siehe auch „Standpunkt"). Das Achtelfinale auf einen Blick:

Barcelona – Uerdingen	2:0 (2:0)
Gladbach – Glasgow	0:0 (1:1)
Split – **Dundee United**	0:0 (0:2)
Guimaraes – Groningen	3:0 (0:1)
FC Tirol – Spartk Moskau	2:0 (0:1)
Beveren – **AC Turin**	0:1 (1:2)
IFK Göteborg – Gent	4:0 (1:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele, fett gedruckte Klubs haben das Viertelfinle erreicht. Das Spiel Inter Mailand – Dukla Prag wurde am Mittwoch beim Stande von 1:0 (Torschütze Rummenigge) in der 81. Minute wegen Nebels abgebrochen und gestern abend wiederholt.

Die nächste Runde aller drei europäischen Pokalwettbewerbe (4. und 18. März) wird am 24. Januar in Köln ausgelost.

Uerdingen: Die Grenzen deutlich aufgezeigt

dpa, **Barcelona**

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit klafften insgesamt vier Tore und Fußballwelten. Selten wurden einer deutschen Mannschaft die internationalen Grenzen so deutlich aufgezeigt wie Bayer Uerdingen im Duell mit dem FC Barcelona. Nach der neuerlichen 0:2-Niederlage gegen die Spanier dachte Trainer Feldkamp trotz des Ausscheidens an die mögliche Revanche durch einen niederrheinischen Bundesliga-Rivalen: „Hoffentlich trifft Barcelona in der nächsten Runde auf Mönchengladbach. Die Borussen in der jetzigen Verfassung würden den Gegner ausschalten."

Mag diese Prognose auch gewagt sein, so steht doch eines fest: Gladbach gäbe in jedem Fall eine bessere Figur ab als Uerdingen. „In Hin- und Rückspiel haben sich unsere Jungs verhalten wie die Kaninchen, die Angst vor der Schlange haben", zog Feldkamp-Assistent Bernd Lehmann ein treffendes Fazit. „Wir haben lange mitgespielt, aber Mitspielen reicht gegen diesen Gegner nicht", lautete Rudi Bommers Resümee nach dem Spiel vor nur 15 000 Besuchern im gähnend leeren Stadion Nou Camp.

Gegen den spanischen Tabellenführer auszuscheiden ist keine Schande. Doch die Art und Weise gab zu denken. Uerdingens Spiel lebt von Einzelleistungen, von der Begeisterung und vor allem von der Kraft. Eine Handschrift des Trainers, eine systemvolle Taktik ist nicht zu erkennen. Fehlt aber die optimale Fitneß, fehlt nahezu alles. Feldkamp, in der nächsten Saison bei Eintracht Frankfurt unter Vertrag, ist für die meisten Bayer-Spieler keine Autorität mehr – wegen fachlicher Mängel, heißt es.

Der Trainer seinerseits argumentierte in Barcelona mit Fakten, die nicht wegzuleugnen waren. Mit Herget und Klinger fehlten zwei spielgestaltende Akteure, Buttgereit und Wöhrlin waren nach gerade überstandener Grippe „platt, aber nicht zu ersetzen", so Feldkamp, „dazu muß man bedenken, wie viele junge Leute wir im Moment aufbieten". Das doppelte 0:2 schwächt des Trainers Position zunächst nicht: „Gegen Barcelona kann man rausfliegen. In der Bundesliga haben wir immerhin 19:15 Punkte vorzuweisen, im DFB-Pokal sind wir noch vertreten."

Die Spanier taten nicht mehr als nötig. Nur die beiden Einwechselspieler hielten sich nicht an die Devise vornehmer Zurückhaltung. Caldere rannte um einen Stammplatz, Rojo kämpfte nach anderthalb Jahren Verletzungspause um sein Comeback. Er kam in der 70. Minute für den enttäuschenden Lineker, traf sofort ins Schwarze und nach neun Minuten noch einmal.

TENNIS

Westphal: ein Trainer und neue Ziele

sid, **Stuttgart**

Das Talent wurde ihm in die Wiege gelegt, doch er ging damit fahrlässig um. Michael Westphal war lange vor Boris Becker ein fester Bestandteil des deutschen Tennis, doch seit einem Jahr hat der Name an Klang verloren.

Westphal ist ein Typ, der die Sonnenseiten des Lebens nie missen möchte, dafür auch wertvolle Weltranglisten-Punkte verschenkte. „Mein Leben werde ich nie ändern", sagt er heute, da sich ihm wieder einmal eine Chance bietet, positiv auf sich aufmerksam zu machen. In letzter Sekunde rutschte er ins Teilnehmerfeld des Young-Masters-Turniers in Stuttgart. Dort hätte er neue Pluspunkte sammeln können, doch er unterlag dem Italiener Paolo Cane 3:6, 3:6, während Boris Becker (6:3, 6:2 gegen den Sowjetrussen Vysand) und Eric Jelen (6:2, 7:5 gegen den Österreicher Muster) gewannen.

Wer versteht es nicht, daß einer mit 21 Jahren auch die Disco von innen kennen möchte und Freundin Jessica große Bedeutung beimißt. Doch das paßt eben nicht zum Beruf. Jetzt hat Westphal einen Privat-Trainer angeheuert. This Röpke heißt der Neue an Westphals Seite. Ein Hamburger, der lange schon mit seinem Schützling befreundet ist.

Böse Zungen behaupten, Röpke sei exakt der Typ, der Westphal helfen könne – damit dieser nie sein Tief überwindet. Röpke, 33 Jahre, Vater von zwei Töchtern und ehemaliger Bundesliga-Spieler bei Klipper Hamburg, gilt als Mensch, der in seinem Leben das harte Arbeiten kaum kennenlernte. „Wir machen den Test bis April. Dann wird abgerechnet, ob es etwas bringt", sagt Westphal.

Der finanziell unabhängige Röpke sagt, Westphal brauche einen, der ihn antreibt. Gemeinsam wollen sie es nun wissen, wollen ihren schlechten Ruf abschütteln. Nur Leistung zählt. So sagt Michael Westphal trotzig: „Seit einem Monat arbeite ich mit Röpke. Und plötzlich haben sich die Ergebnisse verbessert."

13 Erstrunden-Niederlagen hat er in diesem Jahr hinnehmen müssen. Erfolge hingegen sind an einer Hand abzuzählen. In Hamburg ein Sieg über Andres Gomez, in Wien gegen Tim Mayotte. 1987, sagt Michael Westphal im Brustton der Überzeugung, soll das alles anders werden. Der Tiefgang, abwärts bis auf Ranglistenplatz 149, soll beendet sein. Und Westphal weiß auch, wo er in den letzten Jahren die große Popularität gewann: im Daviscup. Deshalb setzt er sich nicht einen bestimmten Ranglistenplatz zum Ziel, sondern sagt: „1987 will ich wieder in die Daviscup-Mannschaft zurückkehren." Und er fügt hinzu: „Meine schlechten Ergebnisse in diesem Jahr haben auch einen Vorteil: Es kann nur besser werden."

HANDBALL / Frauen-Nationalmannschaft unterlag auch Norwegen

Mit Anstand den Anschluß verloren

dpa, **Amsterdam**

Olympia ade und mit Anstand den Anschluß verloren, das ist die Bilanz, die sich für die Nationalmannschaft der Frauen aus der Bundesrepublik Deutschland schon vor dem Abschluß der Handball-Weltmeisterschaft in den Niederlanden abzeichnet und die Bundestrainer Ekke Hoffmann nach dem 14:19 gegen Norwegen zog: „Norwegen hat unsere Rolle und Platz eins in Westeuropa übernommen." Die Moral und die taktische Linie stimmten zwar wieder, doch der Wille zum Sieg war wie zuvor zu wenig.

Am (Bei-)Spiel von Norwegen wurde deutlich, wie weit sich die Leistungsschere zwischen den beiden Teams und damit zur Weltspitze innerhalb eines Jahres geöffnet hat und was mit einer professionellen Vorbereitung auch im sozialen Umfeld der Spielerinnen zu erreichen ist. Norwegen steht auf dem Sprung in das WM-Finale, die DHB-Auswahl spielt am Samstag in Utrecht nur um Platz sieben bis zehn.

„Die zweite Leistungsreihe ist dichter an den Ostblock herangerückt", meinte Hoffmann. Norwegen setzte ein Beispiel, wie diese Vormachtstellung zu brechen ist. Der Leistungsschub ist das Resultat einer jahrelangen Sichtung und einjährigen Vorbereitung eines Verbandes, in dem knapp 15 000 Frauen und nur 9000 Männer spielen. Beim DHB sind rund 250 000 Männer und 100 000 Frauen in den Vereinen registriert. Training bis zu achtmal in der Woche und eine Liga-Runde mit jeweils drei Spielen in vier Tagen simulierten schon während der nationalen Titelkämpfe die Weltmeisterschaft.

„Die Spielerinnen haben heute ihre Grenzen erlebt", meinte Hoffmann. Immerhin war es der Mannschaft gelungen, den befürchteten psychischen Einbruch nach dem 13:19-Debakel gegen die CSSR zu verhindern. Vor einem Jahr gelang der DHB-Auswahl gegen Norwegen noch ein 22:14, das den Weg zu dem dritten Rang bei der B-WM in Niedersachsen geöffnet hatte. Noch vor dem letzten Hauptrundenspiel (heute in Den Haag gegen China) ist aber klar, daß die Mannschft bei der Olympia-Prüfung für Seoul durchgefallen ist und im direkten Vergleich eher einen Schritt zurück gemacht hat.

Personell hat sich seit 1985 kaum etwas verändert, denn die Bundesliga gibt nicht mehr her, wie Hoffmann zu sagen pflegt. Da niemand den Ausfall der Sindelfinger Rückraumspielerin Sylvia Schmitt kompensieren konnte, war es nur eine Frage der Zeit, wann sich die Rückschläge einstellen würden. „Es gibt kaum eine Mannschaft, die mit ihren Leistungsträgerinnen ständig durchspielen muß", klagte der Coach zu Recht über den personellen Notstand auf der Bank.

Alle Verantwortung lastete in letzter Konsequenz auf Torhüterin Astrid Hühn und Torjägerin Dagmar Stelberg. Jeder suchte die Rückraumschützin und schien froh, mit dem Ball auch die Verantwortung abgegeben zu haben. Das war für die 28jährige zu viel. „Ich fühle mich überfordert." Bisher 37 Tore hindern Dagmar Stelberg nicht daran, ihre Konsequenzen zu ziehen: „Mit Abschluß der WM höre ich international auf."

STAND ● PUNKT / *Eine Wunderkerze für Hans*

Ernst Happel, der grantelnde Muffel, ließ sich in selige Kindertage zurückfallen. Er zündete eine Wunderkerze an: „Als Kind unterm Christbaum habe ich das zum letzten Mal gemacht." Eine österreichische Zeitung entdeckte so etwas wie einen fußballerischen Andreas Hofer unterm Berg Isel in Innsbruck: „Die Helden des FC Tirol hatten einen König." Und dem deutschen Kaiser Franz, für den dieser Klub schon so etwas wie ein Heimatverein ist, weil er ja schließlich in Kitzbühel wohnt, entfuhren zwei Worte: „Einfach super."

Weihnachten und Wiederbelebung der Monarchie an einem Tag, etwas anderes kann wohl in Österreich gar nicht „super" sein. Oh, du Fröhliche. Und das alles hat einer mit seinen Beinen getan. Müller heißt er, ganz prosaisch Müller, Vorname immer noch nicht geklärt.

Denn das Wandern ist auch dieses Müllers Lust. Nicht diese berufliche Walz von Stuttgart über Italien nach Österreich, eher dieser über Jahre erprobte, raumgreifende Wechselschritt zwischen Hansi und Hans. Mal leider zu verspielter Knabe, bei dem die Großonkel deutschen Fußballs Ähnlichkeiten mit den Genialen aller Generationen entdeckten, mal gestandener Profi, der Talent und Arbeit zielstrebig zusammenfügte. Das war und ist Müllers Wanderschaft.

Jetzt erfrischt er sich wieder einmal am neuen Ruhm auf einer seiner besseren, seiner erwachsenen Hans-Etappen. Ihm ganz alleine, so heißt es von Happels Wunderkerze funkenumsprüht, habe es der FC Tirol zu verdanken, daß er Spartak Moskau aus dem UEFA-Cup warf. Was Franz Beckenbauer auch so sieht und in die Zukunft blicken läßt: „Wenn die Länderspiele im nächsten Jahr anstehen, rufe ich ihn an. Vielleicht hole ich ihn zurück."

Der Stuttgarter Müller hat 42mal für Deutschland gespielt, vielleicht 35mal war es der Hansi, der auftrat, höchstens siebenmal der Hans. Wer würde wohl demnächst nach Beckenbauers Anruf kommen? Ein 29 Jahre alter Müller, klar doch. Aber welchen Vornamen trägt er an diesem Tag?

que

SPD will schnelle Antwort im U-Boot-Ausschuß

rmc. Bonn

Der mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei gleichzeitiger Enthaltung der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuß zur U-Boot-Affäre wird sich am nächsten Donnerstag konstituieren. Auf Antrag der Sozialdemokraten soll er die politischen und rechtlichen Umstände klären, unter denen angeblich Konstruktionspläne für U-Boote von deutschen Unternehmen an die Republik Südafrika gegangen sind.

Die SPD dringt auf eine zügige Abwicklung des Untersuchungsverfahrens und glaubt, mit Blick auf den Bundeswahltag 25. Januar 1987 ein vorläufiges Ergebnis vorweisen zu können, das Antworten auf ihre Hauptfrage geben soll, ob mit Billigung der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers ein „Schwarzmarkt-Geschäft" des bundeseigenen Unternehmens Howaldtswerke/Deutsche Werft AG (HDW) mit Südafrika ermöglicht worden sei.

Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, des vierten in der jetzt zuendegehenden Legislaturperiode, soll der SPD-Abgeordnete Willfried Penner werden. Obmann für die SPD ist der Abgeordnete Norbert Gansel. Obmann für die CDU/CSU-Fraktion deren Parlamentarischer Geschäftsführer Friedrich Bohl. Als Vertreter Penners im Vorsitz wird der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, fungieren. Die FDP wird durch den Parlamentarischen Geschäftsführer Klaus Beckmann vertreten. Die Grünen werden von der Abgeordneten Uschi Eid vertreten.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick warf den Sozialdemokraten vor, sie seien am Ergebnis des Untersuchungsausschusses überhaupt nicht interessiert. Ihnen gehe es lediglich darum, den Eindruck zu erwecken, die Regierung habe Dreck am Stecken. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Bohl, erklärte der WELT, der SPD gehe es um ein Wahlkampfmanöver, sie wolle gegen den Kanzler Stimmung machen.

CIA-Chef Casey sorgt für neue Verwirrung

US-Regierung nennt Prinzipien für Anti-Terrorismus-Politik

FRITZ WIRTH, Washington

William Casey, der Geheimdienstchef der Reagan Administration sagte gestern fünfeinhalb Stunden im Kongreß zur Iran-Affäre aus. Er gab in dieser Zeit nach Auskunft des Ausschußvorsitzenden Dante Fascell nicht viel preis, doch das Wenige genügte, die Verwirrung und die Zweifel an der amerikanischen Anti-Terrorismuspolitik zu verstärken. Mit jeder Anhörung leitender Beamter wächst die Unruhe bei den amerikanischen Alliierten über die offenbar werdende frühere Zweigleisigkeit dieser Politik gegen den Terrorismus. Sie fühlen sich, wie beispielsweise einige Golfstaaten, nicht zuletzt von Außenminister Shultz getäuscht, der noch am 1. Oktober gegenüber den Außenministern dieser sechs Staaten in New York seine Enttäuschung darüber ausgedrückt hatte, daß die Sowjets nicht so intensive Bemühungen unternähmen wie die USA, Waffenlieferungen an Iran zu unterbinden.

Das amerikanische Außenministerium hat in den letzten Tagen daher eine intensive Kampagne gestartet, diesen Vertrauensverlust zu überwinden und die Kooperation der Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus neu zu aktivieren.

Zweifel an US-Politik

John Whitehead, der stellvertretende amerikanische Außenminister, nannte gestern die vier Prinzipien, die diese Politik bestimmen sollen: 1. Terroristische Handlungen sind kriminelle Akte, die durch keinen politischen Grund gerechtfertigt werden können. 2. Die USA werden keinerlei Konzessionen an Terroristen machen. 3. Staatlich geförderter Terrorismus ist eine Bedrohung für alle Nationen. *Die USA werden praktische Maßnahmen* vorschlagen, ihn zu stoppen. 4. Die USA suchen internationale Kooperation, um terroristische Staaten wie Iran zu isolieren.

„Die jüngsten Ereignisse mögen Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Anti-Terrorismuspolitik geweckt haben", erklärte Whitehead, er könne jedoch versichern, daß die amerikanische Politik heute eindeutig sei. Whitehead hatte vor wenigen Tagen dem Präsidenten öffentlich widersprochen, als er feststellte, daß Iran nach wie vor in terroristische Aktivitäten verwickelt sei. Die amerikanische Iran-Politik liegt seit dem Bekanntwerden amerikanischer Waffenlieferungen an Teheran wieder voll in den Händen des State Department, das in einer Erklärung Iran für die Weiterführung des Golfkrieges verantwortlich machte, da Iran sich weiterhin weigere, Verhandlungen oder Vermittlungsbemühungen zu seiner Beendigung zuzustimmen.

Angriffe auf Reagan

Das gestrige Verhör mit dem CIA-Direktor William Casey hatte für die Reagan-Administration beunruhigende Aspekte. Es machte deutlich, in welchem Maße einige Kongreßmitglieder entschlossen sind, aus dieser Affäre ein Höchstmaß an politischem Kapital zu schlagen. So ging unmittelbar nach dem geheimen Verhör der New Yorker demokratische Abgeordnete Solarz vor die Mikrofone und Kameras des Fernsehens und erklärte, daß es für ihn, nach allem, was er in dieser Woche in diesem Ausschuß durch Außenminister Shultz, dem ehemaligen Sicherheitsberater McFarlane und CIA-Direktor Casey erfahren *habe, absolut klar sei*, daß Männer wie Admiral Poindexter und sein Assistent North bei der Transaktion der Gelder aus Waffenverkäufen an Iran nach Nicaragua mit der Billigung höherer Stellen im Weißen Haus gehandelt hätten. Es sei wahrscheinlich und nach seiner Meinung sogar „absolut sicher", daß Präsident Reagan selbst eine dieser höheren Stellen gewesen sei. Die Unterstellung hat einen Sturm der Entrüstung unter den republikanischen Mitgliedern dieses Ausschusses ausgelöst. „Wir haben in den letzten Tagen hier das gleiche gehört wie Mr. Solarz und haben nicht die geringste Andeutung für seine Behauptungen vorgefunden." Solarz räumte später ein, daß er keine Beweise für seine Behauptung vorlegen könne.

Deutsche mit Sprengsätzen in Holland gefaßt

gba. Bonn

Die holländische Polizei hat in der Nacht zum Donnerstag am Grenzübergang Wollfhaag im deutsch-belgisch-niederländischen Länderdreieck zwei junge Deutsche festgenommen, die in ihrem Auto zwei zündfertige Sprengsätze transportierten.

Nach Informationen der WELT haben die beiden, ein 25jähriger Mann aus Berlin und ein 19jähriger Aachener, versucht, gegen Mitternacht mit ihrem Renault R 4 mit Berliner Kennzeichen aus den Niederlanden kommend *in die Bundesrepublik* Deutschland einzureisen. Sie wurden jedoch etwa einen Kilometer vor der deutschen Grenze von der holländischen Grenzpolizei-Einheit Mare Chaussee gestellt.

Zwar konnten sie einen Reisepass und einen Personalausweis vorweisen, die nach ersten Ermittlungen nicht gefälscht sind. Allerdings fiel während der Kontrolle eine dunkle *„Apothekertasche" auf, aus der zwei* Drähte herausragten. Holländische Sprengfachleute stellten dann zwei zündfertige Sprengsätze, darunter einen mit Zeitzünder, sicher.

Die beiden Festgenommenen sind bisher nicht in Verbindung mit der Terroristenszene aufgefallen und sie waren auch nicht zur Fahndung ausgeschrieben. Sie werden den sogenannten „militanten Linksextremi*sten" zugerechnet, da sich in ihrem* Auto auch Flugblätter befanden, auf denen die „Union iranischer Studenten in der BRD" gegen angebliche Foltermethoden und Hinrichtungen als „Methode des Kapitals" in deutschen Gefängnissen protestiert.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wertete auf Anfrage diese Festnahme als einen „Erfolg der niederländischen Polizei, der zeigt, welche Bedeutung die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung hat." Diese Zusammenarbeit habe im Rahmen der europäischen Trevi-Konferenz (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence International) beträchtliche Fortschritte gemacht, wie das Londoner Treffen in dieser Woche gezeigt habe (WELT v. 11. 12. 86).

Banken ebnen den Weg für Auflösung der NH

Auch die BGAG macht dem Treuhänder Zugeständnisse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Beträchliche Zugeständnisse der *Gewerkschaftsholding BGAG und* ein Entgegenkommen der Gläubigerbanken haben jetzt für den 64jährigen früheren Bankier Heinz Sippel den Weg freigemacht für eine geordnete Auflösung des überschuldeten Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat. Ausdrücklich hat Sippel, der als Abwicklungstreuhänder fungiert und den Vorsitz in dem von 20 auf zwölf Mitglieder schrumpfenden Aufsichtsrat *der Neuen Heimat übernehmen* wird, in einem Gespräch mit dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten betont, daß keine Sanierung beabsichtigt sei. Eine Abwicklung im Zuge einer „Regionalisierung" schließe allerdings die Sanierung einzelner Regionalgesellschaften nicht aus.

Die Neue Heimat ist in eine als „Neue Heimat Beteiligungs-Verwaltungsgesellschaft" firmierende Auffanggesellschaft eingebracht worden, an der zur einen Hälfte die hundertprozentige BGAG-Tochter UBH beteiligt ist, zur anderen Hälfte mit je einem Drittel der DGB, die BGAG und die Allgemeine Hypothekenbank. Damit bleibt die Auffanggesellschaft voll in gewerkschaftseigenem Besitz. Der Vertrag enthält allerdings eine „Öffnungsklausel", die einen Anteilsverkauf an Interessenten zuläßt, wenn es dem Treuhänder sinnvoll erscheint.

Sippels Rechte

Sippel, der bei der Immobilienverwertung reiche Erfahrung in der Helaba gesammelt hat, wird heute einen dreijährigen Vertrag als Treuhänder unterschreiben, der die Möglichkeit einer Verlängerung und vorherigen Kündigung von beiden Seiten vorsieht. Er hofft, daß bis zum Ablauf seines Vertrages der größte Teil der Problemfälle bereinigt, überschaubar und zu handhaben sein wird. Sippel erwartet allerdings nicht, daß bis dahin alles bereinigt werden kann.

Als vom Vertrauen der NH-Eigner und der Gläubigerbanken getragener Treuhänder hat Sippel, dem das Stimmrecht für alle NH-Anteile übertragen wird, praktisch alle Macht über die NH in der Hand. *Er will sich* jedoch bei allen politisch relevanten und für die Gewerkschaften essentiellen Fragen mit der BGAG absprechen. Er fühle sich weder als Erfüllungsgehilfe der Gewerkschaften noch als verlängerter Arm der Banken.

Schuldner im Obligo

Der in Gesprächen mit den Eigentümern und den Gläubigerbanken gefundenen Kompromiß zur Forführung der NH berücksichtigt nach Sippels Ausführungen, daß in erster Linie der Schuldner für sein eigenes Debakel einzustehen habe; er erfordere andererseits von den Gläubigerbanken einen Beitrag, der so dimensioniert sei, daß die „Leidensgrenze" *nicht überschritten werde.*

Die Banken verpflichten sich, ihre Kreditlinien bis Ende 1988 offenzuhalten, also ein Jahr länger als im Zuge früherer Rettungsbemühungen vorgesehen. Sippel erwartet, daß bis Mittwoch nächster Woche die Zustimmung aller Gläubigerbanken vorliegt. Das Stillhalteabkommen ist allerdings mit einer Klausel versehen, daß jede Bank von der Vereinbarung *zurücktreten kann*, wenn nur ein Institut ausschert. Sippel geht davon aus, daß keine Bank auf diese Weise die Basis für eine geordnete Abwicklung der Neuen Heimat zerstören wird.

Dem Bankier Sippel ist es gelungen, neben den Geschäftsbanken auch die Realkreditinstitute, deren Forderungen prompt bedient werden, zu einer Tilgungsaussetzung zu bewegen. Außerdem sollen alle Gläubiger Mitte 1987 und 1988 in bar einen „Solidarbeitrag" in die NH-Konzernkasse zahlen, der sich nach der Höhe und Art der Forderung bemißt, also für ungesicherte Kredite mehr als für Hypotheken. Faktisch ist das ein teilweiser Zinsverzicht für die beiden kommenden Jahre.

Rebmann erläßt Haftbefehl gegen Tamilen-Führer

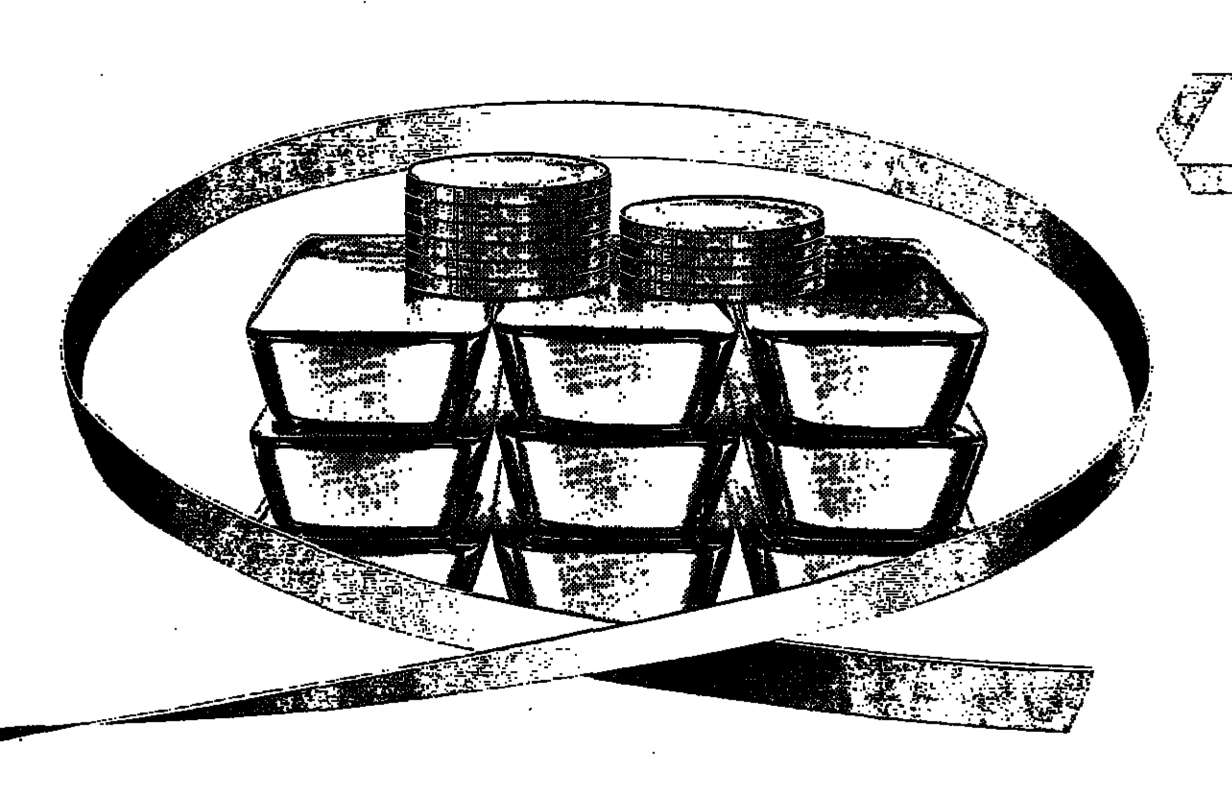
W. K. Karlsruhe

Um 6.00 Uhr früh begann gestern in mehreren Bundesländern die Polizeirazzia „Tiger" gegen organisierte Kriminalität *von Asylanten* beziehungsweise Asylbewerbern aus Sri Lanka. Auf Anordnung der Generalbundesanwaltschaft durchsuchten Kriminalbeamte 22 Wohnungen, in denen Mitglieder der Tamilen-Organisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE). Gegen vier Tamilen wurden Haftbefehle erlassen, drei davon in Baden-Württemberg, einer in Nordrhein-Westfalen.

Seit Februar dieses Jahres ermittelte die Polizei bereits aufgrund anonymer Strafanzeigen gegen „Tiger"-Tamilen, die beschuldigt wurden, in der Bundesrepublik lebende Landsleute zu terrorisieren.

Bei „LTTE" handelt es sich um eine von mehreren Gruppierungen, die in Sri Lanka als Guerrilla-Organisationen für einen unabhängigen Tamilen-Staat auf der Insel kämpfen. Die „LTTE" hat in der Bundesrepublik eine straff organisierte „deutsche Sektion" gegründet. Nach Behördenangaben sammelt diese Sektion bei Tamilen Gelder zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka und für Öffentlichkeitsarbeit auf der Insel und in der Bundesrepublik Deutschland. Sektionsleiter ist der 31jährige Suthakaran, der zugleich auch eine „Militärabteilung" der Organisation in Deutschland führt.

Diese Militärabteilung wird verdächtigt, Tamilen, die sich Forderungen nach Geldspenden, Rauschgiftgeschäften oder Beteiligung an Propgandaaktionen widersetzen, nach Angaben von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann mit Strafaktionen überzogen zu haben: Gruppen von „Tiger"-Mitgliedern überfielen ihre Landsleute mit Holzknüppeln, Eisenstangen und Stromkabeln. Bei den Durchsuchungen und Festnahmen handle es sich nicht um die Abschreckung von Asylbewerbern, sondern im Gegenteil um den Schutz von Ausländern in der Bundesrepublik gegen ihre eigenen Landsleute, erklärte gestern Generalbundesanwalt Kurt Rebmann.



Grüne verweigern Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit

lz. München

Die Grünen im Bayerischen Landtag haben gestern ein Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit verweigert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hiersemann hatte während der Aussprache zur Regierungserklärung ein solches Bekenntnis als Bringschuld der Grünen bezeichnet und erklärt, es gebe für die SPD „keine Gemeinsamkeit mit Leuten, die sich nicht eindeutig von Gewalt distanzieren".

Der Sprecher der Grünen, Bäumer, betonte in seiner Antwort, er gehe davon aus, daß Leute, die einen Strommast umsägen, niemanden verletzten wollen. Dann sagte Bäumer, er könne „nicht verhehlen, daß für mich die Umweltsünder der Chemie größeres Unrecht begehen als diejenigen, die ohne Menschengefährdung beispielsweise einen Strommast umsägen".

Bund erhält Kompetenz für Strahlenschutz

rtr, Bonn

Für Verbote und Empfehlungen zum Schutz gegen Strahlenschäden wird künftig allein die Bundesregierung zuständig sein. Mit der Verabschiedung des Strahlenschutz-Vorsorgegesetzes zog der Bundestag gestern die Konsequenz aus dem nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Bundesrepublik entstandenen Kompetenz-Wirrwar. Das Gesetz, dem der Bundesrat noch zustimmen muß, sieht den Aufbau eines bundesweiten Netzes zur Messung und Bewertung der Radioaktivität vor. Umweltminister Wallmann erklärte, eine einheitliche Zuständigkeit sei dringend geboten. SPD und Grüne, die das Gesetz ablehnten, erklärten, es ermögliche – ohne eine Verbesserung zu erreichen – die willkürliche Festlegung von Grenzwerten durch die Bundesregierung.

Pioniergewinn oder Das Bild vom christlichen Unternehmer

ULRICH REITZ, Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, hat die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Panamerikanischen Universität Mexiko-Stadt genutzt, um sein *„christliches Unternehmerbild"* zu beschreiben. Dieser Versuch des Kardinals – jenseits der üblichen Definitionen – gipfelt in der Feststellung, daß Unternehmer dem Allgemeinwohl verpflichtet seien. Unternehmer-Gewinne werden nicht verdammt. Im Gegenteil, sie gelten sogar als Mittel zu diesem Zweck.

Höffner machte in seiner Ansprache *vor der Universität, an der* Führungskräfte für die mexikanische Wirtschaft ausgebildet werden, eine „Vernachlässigung der Unternehmerfunktion" sowohl in der marxistischen Klassenkampftheorie als auch in der klassischen Nationalökonomie aus. Höffner entwarf ein „Ethos des Unternehmers", um nicht zuletzt damit das Mißtrauen oder die Ablehnung dieses „Berufs" in der öffentlichen Meinung zu überwinden.

Der Kardinal legte ein Bekenntnis zu Rationalisierung und technischem Fortschritt ab, die „im Interesse der Konkurrenzfähigkeit – und damit auch im Interesse der Arbeitnehmer – erforderlich" seien. Zugleich jedoch berief Höffner sich auf den Papst, als er vor den „Gefahren einer unkontrollierten technischen Entwicklung" warnte.

Die *Mechanisierung* der Arbeit dürfe nicht den Menschen verdrängen und ihn jeder persönlichen Befriedigung und des Ansporns zur Kreativität und Verantwortung berauben, ihn um die Beschäftigung bringen oder durch die Verherrlichung der Maschine den Menschen zu deren Sklaven machen. Höffners Schlußfolgerung: „Ein Unternehmer wird deshalb den technischen Fortschritt nicht in stürmischen, krisenhaften Sprüngen, sondern in ausgeglichener Entwicklung sich vollziehen lassen."

Gegen den aus „unternehmerischer Initiative entstehenden Pioniergewinn" hat der Kardinal keine Bedenken, „falls dieser Gewinn in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise angelegt wird". Höffner sieht die Unternehmer unter Berufung auf die Enzyklika Quadragesimo anno zur Tugend und Großzügigkeit verpflichtet. „Der Unternehmergewinn muß durch die *Gesinnung des Dienens* geläutert und veredelt werden".

„Miteinander und Füreinander" in einem Wirtschaftsunternehmen bedeute, daß nicht das Kapital, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Mit Blick auf den Marxismus sagte Höffner: „Eine auf dem Primat des Menschen vor dem Kapital beruhende Arbeitsordnung wird 'schon in ihren Grundlagen' den 'Gegensatz zwischen Kapital *und Arbeit' (Enzyklika* Laborem exercens) überwinden."

Höffner definiert das Unternehmen als einen „Verbund freier Menschen". Entscheidend seien nicht die Mitbestimmungsrechte, sondern „das persönliche Verhältnis zwischen den Leitern des Unternehmens und den Arbeitnehmern". Leitgedanke sei „also nicht im Sinne eines intelligenten Egoismus die Rentabilität, sondern die Menschenwürde". In der praktischen Führung eines Betriebs drücke sich das darin aus, daß Unternehmer „alles tun, den Betrieb rentabel zu halten, damit den Mitarbeitern der Arbeitsplatz gesichert bleibt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden".

Mainz bringt die Chemiepolitik in den Bundesrat

UR. Bonn

Rheinland-Pfalz will über die vom Bundeskabinett hinaus verabschiedeten Maßnahmen zum Schutz vor Unfällen in der chemischen Industrie im Bundesrat „weitere Verbesserungen" durchsetzen. Es gehe darum, so Ministerpräsident Vogel, Erfahrungen aus der Vollzugs- und Überwachungspraxis der Länder zu nutzen und in konkrete Verbesserungen umzusetzen. Dahinter verbirgt sich offenbar die Befürchtung, der Bund werde Kompetenzen an sich ziehen, *die gegenwärtig bei den Ländern* liegen. Rheinland-Pfalz will „allen Versuchen, die chemische Industrie zu verteufeln", entgegentreten. Die Bundesratsinitiative legt deshalb ein besonderes Gewicht auf die Eigenverantwortung dieser Branche für den Umweltschutz.

Im einzelnen fordert Mainz, die Anforderungen für die Errichtung und den Betrieb chemischer Lager zu konkretisieren:

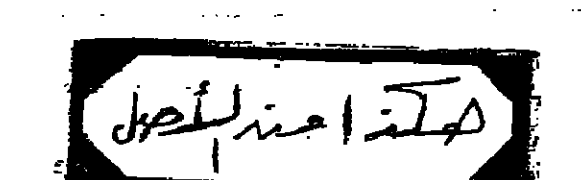
- Die Industrie soll die Überwachungsbehörden besser über die gefährlichen Substanzen informieren.
- Zwischen Industrie, Forschung und staatlichen Stellen sollen die Erfahrungen in Fragen der Sicherheit und des Umweltschutzes intensiver ausgetauscht werden.
- Beim Land sollen „überbetriebliche Beratungsstellen" eingerichtet werden.
- Die Unabhängigkeit der bei der Industrie angesiedelten Umweltbeauftragten soll ausgebaut werden. Vorbild könne hier, so die Staatskanzlei, der Strahlenschutzbeauftragte sein, der nicht weisungsgebunden handle und zum Teil hoheitliche Funktionen wahrnehme.

Wird Schröder an der Saar Polizeichef?

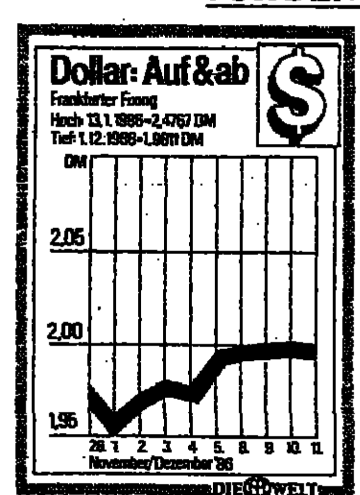
UR. Bonn

Der umstrittene ehemalige Vorsitzende der Polizeigewerkschaft (GdP), Günther Schröder, wird möglicherweise die Führung der saarländischen Polizei übernehmen. Das saarländische Innenministerium wollte unter Hinweis darauf, daß eine Entscheidung erst im Januar falle, eine entsprechende Aussage der CDU-Opposition weder bestätigen noch dementieren. Es räumte aber ein, daß die einem Polizeipräsidenten vergleichbare Stelle eingerichtet werde.

Der CDU-Abgeordnete Ley sprach von einer „Instinktlosigkeit" der Landesregierung und verwies darauf, daß es gerade die saarländische Polizeigewerkschaft gewesen sei, die den Rücktritt von Schröder durchgesetzt habe. Bei der Verhaftung des damaligen BGAG-Chefs Lappas auf dem DGB-Kongreß in Hamburg hatte Schröder ausgerufen: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird."



FÜR DEN ANLEGER



Eib-Anleihe: Mit einem Kupon von 6.125 Prozent ist die 150 Mill. DM-Anleihe ausgestattet, die die Europäische Investitionsbank unter Konsortialführung der Bayrischen Landesbank Girozentrale zu pari auflegt. Endfälligkeit ist 9. Januar 1997.

Jacobs Suchard International: Über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank wird eine Optionsanleihe über 100 Mill. DM aufgelegt. Kupon: 2,75 Prozent. Endfälligkeit ist 7. Januar 1997. Sie kann nach dem 7. Januar 1994 zu 101,50 Prozent vorzeitig getilgt werden, der Rückzahlungskurs ermässigt sich in den Folgejahren um jeweils 0,5 Punkt. Jedes Anleihestück über 2000 DM ist mit zwei Optionsscheinen ausgestattet, die zum Erwerb einer Aktie berechtigen. Optionsschein A kann vom 10. März 1987 bis 15. Dezember 1990 zu einem Kurs von 850 sfr. genutzt werden, Optionsschein B vom 10. März 1987 bis 15. Dezember 1992 zu einem Kurs von 900 sfr.

Börse: 15 Gesellschaften hat die Deutsche Bank in diesem Jahr an die Börse begleitet und damit insgesamt Aktien für rund 3,7 Mrd. DM plaziert.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 280,43 (279,59); Chemie: 167,57 (166,74); Elektro: 361,44 (358,76); Auto: 748,50 (742,20); Maschinenbau: 144,08 (146,44); Versorgung: 169,11 (168,88); Banken: 408,44 (409,17); Warenhäuser: 187,34 (187,12); Bauwirtschaft: 529,78 (537,32); Konsumgüter: 184,55 (186,22); Versicherung: 1367,68 (1357,92); Stahl: 142,44 (142,05).

Kursgewinner:	DM	+ %
PKI	1150,0	6,19
Highveld Steel	2,80	5,66
Norsk Data	52,60	5,20
Nissan	6,90	4,55
Deutsche Texaco	235,00	3,98

Kursverlierer:	DM	– %
MAN St.	209,50	4,69
Arbed	82,00	4,65
Kawasaki Kisen	2,10	4,55
DAT	790,00	4,24
WMF	173,00	3,89

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Gehalten

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	10. 12. 86	9. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	140,00	140,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	70,50	70,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	115,50	117,00	121,50	226,00	84,00

WELTWIRTSCHAFT

Zusammenarbeit: Schweißkomponenten und Baugruppen im Wert von zehn Mill. DM will die Hanomag Baumaschinen GmbH in Ungarn herstellen lassen.

Zusammenschluß: Nationwide Building Society und die Anglia Building Society planen die bisher größte Bausparkassenfusion in Großbritannien. Durch den Zusammenschluß würde die drittgrößte Bausparkasse (Bilanzsumme: 52 Mrd. DM) entstehen.

EG: Das Parlament hat gestern mit 85 Mill. Ecu (rund 175 Mill. DM) seine Marge zur Aufstockung des Haushalts überschritten. Damit ist Streit mit dem Ministerrat vorprogrammiert.

Steigerung: Mit über drei Mrd. Liter bleifreien Benzins sind die deutschen Autofahrer Spitze in Europa, teilte Esso mit.

Agrarmarkt: Mehr Zeit brauchen die Landwirtschaftsminister der EG für gemeinsame Beschlüsse über eine Drosselung der Milch- und Rindfleischproduktion. Nach einer Serie bilateraler Gespräche mit dem britischen Ratspräsidenten Michael Jopling vertagten sie sich auf Sonnabend.

Stabilisierung bei Rohölpreisen?

Rohöl-Nordsee-Brent US-Dollar/barrel
Monatliche Hoch- und Tiefwerte
Logarithmischer Maßstab
Rohöl DM/t
Außenwert der D-Mark*
J A S O N D J F M A M J J A S O
1985 1986
*Veränderungen gegenüber dem US-Dollar in %
COMMERZBANK

Die Situation in Zahlen: Als die Opec zur letzten Jahreswende versuchte, mit größeren Mengen Öl Marktanteile zurückzuerobern, trieb sie die Preise in ungeahnte Tiefen. Jetzt soll die Förderung gedrosselt werden.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Hapag-Lloyd: Für rund 500 Mill. DM wird die Flugflotte modernisiert. Neun Flugzeuge (3 Airbusse vom Typ 310-200 und 6 Boeings vom Typ 737-400) sind in Auftrag gegeben worden.

Wasag-Chemie: Aufsichtsratvorsitzender Arno Seeger hat auf Wunsch des Großaktionärs, der Familie von Bohlen und Halbach, seinen Vorsitz niedergelegt und ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Opel: Im belgischen Antwerpen plant der Autokonzern die Neuorganisation der Sechs-Tage-Woche. Die Produktion, die bisher noch in zwei Werken mit 11 400 Beschäftigten läuft, soll von September 1988 an in einem Werk konzentriert werden.

Maho: Als zehnter bayerischer Börsenanwärter im Jahr 1986 wird der Werkzeugmaschinenhersteller ab 19. Dezember amtlich gehandelt. Zu einem Preis von 325 DM je 50-DM-Aktie werden die Aktien vom 12. bis 15. Dezember angeboten. (S. 13)

Kaiser's Kaffee: Das zur Tengelmann-Gruppe gehörende Filialunternehmen sieht im Lebensmittelhandel noch keine Morgenröte. (S. 13)

NAMEN



Wechsel: Über acht Jahre, seit 16. März 1978, hat Otto Esser (Foto links) als Präsident an der Spitze der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gestanden. Gestern schied er aus diesem Amt und wurde zum Ehrenpräsidenten der Arbeitgeberorganisation gewählt. Zu seinem Nachfolger bestellte die Mitgliederversammlung den promovierten Juristen Klaus Murmann (Foto rechts), der seit 1975 dem Vorstand angehört.

WER SAGT'S DENN?

Der Reichtum der Reichen ist nicht die Ursache der Armut anderer Leute.

Ludwig v. Mises

Mehrwertsteuer wird in nächster Legislaturperiode nicht erhöht

Stoltenberg bezeichnete die SPD als „unfähig", die Bundesrepublik zu regieren

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung will die in der nächsten Legislaturperiode geplante Steuerreform nicht mit einer Mehrwertsteuererhöhung finanzieren. In der von der SPD beantragten Steuerdebatte in der letzten Sitzung des Bundestages bezifferte Finanzminister Stoltenberg das Entlastungsvolumen auf 40 Milliarden Mark oder etwas darüber und schloß eine geringfügige Erhöhung der Verbrauchsteuern, zum Beispiel der Tabaksteuer, nicht aus. Die Nettoentlastung müsse deutlich über 20 Milliarden Mark liegen, also der mit der Steuersenkung 1986/88 beschlossenen Ermäßigung. Die Entscheidungen über die Reform werden 1987 getroffen.

Stoltenberg und die übrigen Redner der Koalition – Solms, Kreile, von Wartenberg, Uldall und Spilker – machten deutlich, daß über Prioritäten der Reform zwischen CDU/CSU und FDP weitgehend Einvernehmen herrscht. Ziel sei die dauerhafte Entlastung der Arbeitnehmer und der Unternehmen. Dazu sollen ein sanft ansteigender linear-progressiver Lohn- und Einkommensteuertarif eingeführt sowie der Grundfreibetrag und die Kinderfreibeträge erhöht werden.

Hinzu kommen eine Mittelstandskomponente zugunsten kleinerer Betriebe, die Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne sowie die Abschaffung der Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer. „Wir prüfen weitere Verbesserungen bei der steuerlichen Behandlung des Betriebsvermögens", fügte Stoltenberg hinzu.

Zu Beginn der Debatte, die in den meisten Beiträgen stark vom Wahlkampf geprägt war, hatte der Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß, Spöri, der Finanzpolitik der Bundesregierung „Abgabenrekorde" und „Steuerlügen" vorgeworfen. So verheimliche die Regierung bewußt, daß sie nach der Wahl vor allem den Spitzensatz der Lohn- und Einkommensteuer senken, die Bürger durch Steuererhöhungen zur Kasse bitten und beim Subventionsabbau in erster Linie Steuersubventionen für Arbeitnehmer abbauen wolle.

Stoltenberg konterte: „Wir sind doch nicht die Lobbyisten des Großkapitals, sondern eine Volkspartei." Der SPD warf er vor, sie habe den engen Zusammenhang von steuerlichen Rahmenbedingungen, privaten Entscheidungen und Arbeitsmarktentwicklung nicht zur Kenntnis genommen. Damit stelle sie sich in Gegensatz zu Entscheidungen und Programmen anderer sozialistischer Parteien von Schweden bis Österreich. Er erinnerte an die von der SPD geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen und erklärte, sie sei „unfähig", die Bundesrepublik zu regieren.

In seinem letzten Redebeitrag warnte der SPD-Abgeordnete Rapp – wie zum Teil auch seine Kollegen Schlatter und Struck und die Grünen Vogel (München) und Auhagen – vor großartigen Versprechen und einem „blind populistischem Steuersenkungsgerede". Die „Diskreditierung, ja Diffamierung des Staates" werde sich rächen. Zu niedrige Steuereinnahmen seien genauso gefährlich wie zu hohe, wenn der Staat dann hoffnungslos „überfordert" werde.

Der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, von Wartenberg, erinnerte die SPD daran, daß in ihrer Regierungszeit die Steuereinnahmen eineinhalbmal so schnell gestiegen seien wie das Bruttosozialprodukt, die Staatsverschuldung sogar dreieinhalbmal so schnell. 1986 seien die niedrigste Steuerquote seit 1972 und die stärkste Preisstabilität seit 1953 erreicht worden.

Die Löhne am Wachstum orientieren

Konjunkturberichte der Banken zeigen für 1987 ein überwiegend positives Bild

HEINZ HECK, Bonn

Die Konjunkturberichte der Banken und Sparkassen zeichnen für 1987 ein überwiegend positives Bild, auch wenn vom Außenhandel im nächsten Jahr eher dämpfende Einflüsse zu erwarten seien. Allgemein wird mit einem hohen Maß an Preisstabilität gerechnet. Die Überschüsse in der deutschen Handels- und Leistungsbilanz dürften 1987 auch nominal zurückgehen, nachdem sie in realer Betrachtung schon in diesem Jahr abgenommen hätten. Der Sparkassen- und Giroverband rechnet für die Handelsbilanz 1986 mit einem „Spitzenergebnis" von etwa 110 Milliarden Mark. Die Leistungsbilanz werde zum Jahresende voraussichtlich einen Überschuß von mehr als 70 Milliarden Mark aufweisen, was sich 1987 „nicht wiederholen" werde.

Für den Bundesverband Deutscher Banken ist die Steuerentlastung die „wichtigste Aufgabe" der kommenden Legislaturperiode. Durch einen spürbaren Abbau der Steuerentlastung für Unternehmen und Arbeitnehmer müßten Leistungs- und Investitionsanreize geschaffen werden, die die Wachstumskräfte stärken, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und die Lösung der Beschäftigungsprobleme voranbringen.

1986 sei die Zentralbankgeldmenge stärker gewachsen, als es auf längere Sicht mit dem Wachstum des Produktionspotentials zu vereinbaren wäre. Für einen inflationären Nachfragestoß gebe es jedoch derzeit keine Anzeichen. Für 1987 rechnet der Verband mit moderatem Wirtschaftswachstum und starkem Druck der Auslandskonkurrenz. Von daher habe die Bundesbank weiterhin Spielraum für „Flexibilität in der geldpolitischen Steuerung". Allerdings brauche die Geldpolitik in besonderem Maße Unterstützung durch die Lohnpolitik. Für ein spannungsfreies Wirtschaftswachstum müßten sich die Lohnabschlüsse 1987 am Produktivitätswachstum orientieren. Der Verteilungsspielraum sei geringer.

Mit einer verstärkten Erholung der Bauwirtschaft rechnet der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken. Die Bauinvestitionen dürften 1987 erstmals seit sieben Jahren wieder einen positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten. Trotz schwächerer Exporte erwartet der Verband für 1987 ein Jahreswachstum von etwa 2,5 Prozent, also etwa wie in diesem Jahr. Der private Verbrauch werde auch 1987 – mit einer geschätzten Realzunahme von etwa 3,5 Prozent – die tragende Wachstumskomponente sein, wobei sich die Zunahme jedoch abschwächen werde. Bei den Ausrüstungsinvestitionen erwartet der Verband einen Anstieg um real etwa sieben Prozent.

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes spricht dagegen von einer saisonalen und konjunkturellen Verschlechterung der Geschäftslage im November. Die Bauproduktion sei zwar zurückgegangen, liege aber noch über dem Vorjahr.

Arbeitszeitverkürzung kann keine Dauerlösung sein

Klaus Murmann hielt seine Antrittsrede als BDA-Chef

tl. Bonn

„Ich appelliere an beide Tarifpartner, die Arbeitszeit an den realen Wünschen der arbeitenden Menschen und an den betrieblichen Möglichkeiten auszurichten." In seiner Antrittsrede setzte sich der einstimmig gewählte Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Klaus Murmann, auf der Mitgliederversammlung der BDA in Bonn mit der Arbeitszeitgestaltung auseinander.

Eine Arbeitszeitgestaltung, die neue Produktivitätsschübe ermöglicht, umfaßt nach Murmanns Verständnis für bestimmte Gruppen auch den Samstag. Der Sonntag allerdings ist für den neuen Arbeitgeberchef „Kulturraum, der im Grundsatz arbeitsfrei sein sollte, der der Familie, der Religion und der notwendigen Eigenbesinnung Raum gibt." Die Lebensarbeitszeitverkürzung bezeichnete Murmann als einen bis 1988 begründbaren arbeitsmarktpolitischen Schritt. Aber eine Dauerlösung sei sie angesichts der demographischen Entwicklung und angesichts der absehbaren Probleme in der Rentenversicherung gewiß nicht.

Murmann richtete an die Gewerkschaften den Wunsch, daß vor den jeweiligen Tarifrunden – zeitlich abgesetzt vom verbalen Kampfgetümmel – der sich aus den gesamtwirtschaftlichen Perspektiven ergebende Verteilungsspielraum gemeinsam ausgemessen wird. Murmann richtete an die Gewerkschaften den Aufruf, den Schutz unserer Rechtsordnung vor Mißdeutungen oder eklatanten Rechtsbrüchen, wie es zum Beispiel Betriebsbesetzungen darstellen würden, zu gewährleisten.

Es bleibt für Murmann „unerfindlich", wenn sich Gewerkschafter als politische Gegenmacht bezeichnen, und woher sie die Legitimation nehmen, im Namen aller Arbeitnehmer zu allen politischen Tagesfragen zu sprechen und gleichzeitig moralische Würdigungen und parteipolitische Stellungnahmen abzugeben, „heute zu den Verhältnissen in Nicaragua und morgen zu Paragraph 218".

Bundeskanzler Kohl lobte den scheidenden Arbeitgeberpräsidenten Otto Esser, der zum Ehrenpräsidenten der BDA gewählt wurde, als einen Verfechter der sozialen Partnerschaft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften. Bundespräsident von Weizsäcker appellierte an die Tarifparteien, zu den ihnen nahestehenden Parteien Distanz zu wahren.

AUF EIN WORT



„Die gewerkschaftlichen Vorstellungen von gemeinwirtschaftlichen Unternehmen als einem dritten Weg zwischen privater Profitwirtschaft und staatlicher Befehlswirtschaft sind an ihrer Praxis gescheitert."

Franz Steinkühler, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt. FOTO: POLY-PRESS

Sollte man Häuser nicht erhalten?

HANNA GIESKES, Bonn

„Man hatte eigentlich damit gerechnet, daß sich hier etwas bewegt." So reagiert Theodor Paul, Präsident des Zentralverbands der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, auf die Aussage von Bundesbauminister Oscar Schneider, er werde das Thema Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau „nie mehr" aufgreifen. Hintergrund: Als er es vor einiger Zeit aufgegriffen hatte, war der Minister unter politischen Beschuß geraten.

Die Hauseigentümer lehnen die Kostenmiete mit ihrer starren Bindung an das einzelne Objekt ab. Sie haben freilich auch erhebliche Einwände gegen die Forderung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft nach einer „Unternehmensmiete", die per Mischkalkulation ermittelt wird. Dies schaffe Wettbewerbsverzerrungen, sagt Paul, weil derjenige, der nur ein einziges mit öffentlichen Mitteln gefördertes Objekt besitze, benachteiligt sei gegenüber Unternehmen mit einer großen Anzahl von Objekten aus verschiedenen Baujahren.

In einem Punkt stimmt Paul mit den Gemeinnützigen allerdings überein: Wenn die Bundesregierung schon am Prinzip der Kostenmiete festhalten wolle, dann sollte sie die Pauschale für die Instandhaltung erhöhen; in der Tat sind manche Sozialwohnungen älteren Datums renovierungsbedürftig, und weil die Mittel dazu fehlen, stehen sie leer. Am liebsten möchte der Hauseigentümer-Präsident jedoch den gesamten Wohnungsmarkt sozusagen in die freie Marktwirtschaft entlassen, wobei es ihn nicht stören würde, wenn dann die Mieten sinken.

Helmut Schlich, Direktor beim Deutschen Mieterbund, findet die Kostenmiete „aus der Sicht der Mieter angenehm". Er räumt allerdings ein, daß die starre Bindung an historische Kosten problematisch sei, „weil die Baupreise ja gestiegen sind". Auf der anderen Seite gestatte dieses System dem Mieter aber eine exakte „Nachkalkulation" seiner Miete, was beispielsweise bei der Unternehmensmiete nicht mehr möglich sei, weil sie dem Unternehmen „gewisse Willkür-Spielräume" eröffne. Außerdem würde eine Abkehr von der Kostenmiete „dem Mieter des Privatmannes ja nichts bringen".

Sie brächte nur denjenigen etwas, die in neueren Sozialwohnungen leben. Hier liegen aufgrund einer verfehlten degressiven Förderung – die unter der Annahme erfolgte, daß die Einkommen ständig mit hoher Rate wachsen – die Mieten vielfach über den Vergleichsmieten im freifinanzierten Wohnungsbau. Mittlerweile stehen etliche dieser Wohnungen leer. Belastet würden indes diejenigen Mieter, die in preiswerten älteren Wohnungen leben.

Stoltenberg und Baker sprechen über Dollarkurs

Japan befürchtet bei weiterer Abwertung Nachteile für Yen

gb. Washington

Der amerikanische Finanzminister James Baker will sich morgen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg treffen, um, wie es in Washington heißt, mit der Bundesrepublik ein Abkommen über währungspolitische Fragen zu erörtern, wie es vor einigen Wochen zwischen den USA Staaten und Japan getroffen wurde. Das Treffen zwischen Stoltenberg und Baker, der sich auch mit den Finanzministern von Goßbritannien und Italien verabredet hat, findet im Anschluß an eine Routinesitzung zwischen Mitgliedern der US-Regierung und Ministern der Europäischen Gemeinschaft statt.

Wie in der US-Hauptstadt zu hören ist, haben japanische Politiker wesentlich zum Zustandekommen des Treffens beigetragen. Nach einem Bericht der „Washington Post" legen die Japaner großen Wert auf eine reibungslose währungspolitische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington, weil sie Sorge haben, eine einseitige weitere Abwertung des Dollar gegenüber der Mark könnte das Verhältnis zwischen Mark und Yen zum Nachteil des Yen verändern.

In Washington ist man der Ansicht, daß Bonn von der Vereinbarung zwischen den USA und Japan profitiere, ohne etwas dazu zu leisten. Auch hält die US-Regierung Maßnahmen der Bundesregierung zur Belebung für angebracht. Die japanischen Vermittler der Gespräche zwischen Stoltenberg und Baker wollen den Eindruck gewonnen haben, daß Stoltenberg für die amerikanischen Argumente jetzt zugänglicher sein könnte.

Seite 12: USA mahnen

Opecs Bescherung

Bm. – Nun sitzen sie schon wieder zusammen, die 13 Ölförderländer, die sich in dieser Interessenvereinigung vor einem Vierteljahrhundert zusammengeschlossen haben. Doch die letzte Sitzung im Oktober endete, wie die Weihnachtssitzung gestern begann: Es gibt zuviel Öl am Weltmarkt. Der gegenwärtige Preis von 14 bis 15 Dollar je Faß hat es schwer, sich zu verteidigen.

Doch auf dem Programm steht wieder einmal: Es muß besser werden. Das heißt, daß der Einnahmeverfall von einst 280 Mrd. Dollar im Jahr auf vielleicht 80 Mrd. Dollar in diesem Jahr gestoppt werden soll. Der irakische Ölminister träumt sogar laut von 28 Dollar.

Das Problem ist ungelöst: Wie kann man Öl nachhaltig knapp machen? Kürzt die Opec die Förderung, springen andere Förderer ein, und der Opec-Anteil an der Versorgung der Welt fällt weiter. Erhöht sie aber ihre Produktion, geht der Preis wieder in den Keller. Welchen Zug die Opec auch tut, sie gerät in die Position des Schach.

Vielleicht gibt es doch einen Ausweg? Wie wäre es mit einer Beendigung des Golfkrieges, der die Kontrahenten vom Zwang befreite, um jeden Preis Öl zu fördern, um Waffen kaufen zu können? Wenn sich dann die anderen auch entschließen könnten, soviel Öl zu fördern, wie der Markt braucht, dann könnte sich ein Gleichgewicht von selbst einstellen.

Natürlich wäre damit die Frage nach der Existenzberechtigung der Opec auf dem Tisch. Aber es gibt viele Gründe, sie in der Tat zu stellen. Ob man sich in Genf einmal dieses Themas annimmt? Das wäre eine schöne Bescherung!

Enttarnung

Von HANNO WIEDENHAUS

Sind Sie schon enttarnt?" Wenn jemand in den nächsten Tagen händereibend mit dieser Frage kommt, dann kann man eigentlich sicher sein, daß es sich dabei um den Vertreter eines renommierten Berufsstandes handelt: den der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. „Ihr" Termin rückt immer näher. Der 31. Dezember 1986 ist nämlich nicht nur das Ende vieler gut honorierter Fragen zum abgelaufenen Steuerjahr oder Datum auf den meisten Arbeitspapieren der Abschlußprüfer. Er ist vielmehr auch der Anfang zu einer neuen Epoche deutscher Bilanzierungspraxis.

Bilanzrichtlinien-Gesetz:

– Der Markt für Bilanzdiagnostiker und -therapeuten wird größer. Per Gesetz wird die Zahl der „Patienten", der AGs und GmbHs und anderer, von 1987 an steigen.

Grund hierfür sind nicht etwa neue Marketing-Strategien; das verbietet der Gesetzgeber dem Berufsstand. Grund ist vielmehr die vierte und siebte EG-Richtlinie, umgesetzt in deutsches Recht.

– Dieses Recht – festgeschrieben in einem neuen, dritten Buch zum Handelsgesetz – wird zur Pflicht. Zur Offenlegungspflicht für viele, die eigentlich lieber im Dunkeln munkeln. Die neuen Größenmerkmale bestimmen, wer seinen Jahresabschluß künftig im Handelsregister und/oder Bundesanzeiger – und damit vor den Augen der Konkurrenz – publizieren muß und wer durch seinen Obulus Einkommen und Zahl der Abschlußprüfer erhöhen wird.

Von 1987 an werden auf rund 5000 mittelgroße Kapitalgesellschaften die Folgen des neuen Bilanzrichtliniengesetzes zukommen. Dies bedeutet Publizitäts- und Prüfungspflicht.

Maßgebend ist dabei die Einteilung in kleine, mittelgroße und große Kapitalgesellschaften. Klein ist, wer zwei der folgenden drei Kriterien erfüllt: Bilanzsumme kleiner als 3,9 Mill. DM, Umsatz kleiner als acht Mill. DM, Zahl der Beschäftigten unter 50. Wer klein ist, muß Bilanz und erläuternden Anhang im Handelsregister veröffentlichen, nicht aber Gewinn- und Verlustrechnung (G + V) und Lagebericht. Wer klein ist, ist nicht prüfungspflichtig.

Für „große" gilt: Bilanzsumme größer als 15,5 Mill. DM , Umsatz größer als 32 Mill. DM, mehr als 250 Beschäftigte. Die großen müssen Bilanz, G + V und Anhang im Bundesanzeiger publizieren, den Lagebericht zum Handelsregister geben.

Die Kriterien für mittelgroße Kapitalgesellschaften liegen zwischen denen für kleine und große. Sie müssen Bilanz, G + V, Anhang und Lagebericht beim Handelsregister einreichen und sind – wie auch die großen – prüfungspflichtig.

Unter diese Prüfungspflicht werden jetzt zusätzlich rund 5000 GmbHs fallen. Zwar ist das für die Betroffenen selten ein billiges, häufig aber ein lohnendes „Vergnügen". Selten billig, weil die Prüfungsgesellschaften Stundensätze bis zu 400 DM verlangen, wodurch die prüfungspflichtigen Unternehmen, die durch das neue Gesetz in die Kategorie „mittelgroß" rutschen – abhängig vom Zustand der Abschlußunterlagen und dem Renommee der Prüfer – mit zusätzlichen Kosten von 6000 DM und (viel) mehr rechnen müssen. Häufig lohnend, weil neben der Prüfung der Unterlagen wichtige Tips und Unternehmens-Analysen abfallen. Und schließlich ist das Testat eines deutschen Wirtschaftsprüfers noch immer eine Art Gütesiegel.

Ob das so bleibt, ist allerdings fraglich. Nach der neuen Durchführungsverordnung zu Artikel 6 des Bilanzrichtlinien-Gesetzes wird es im Vergleich zum Wirtschaftsprüferexamen erheblich vereinfachte Prüfungen zum „vereidigten Buchprüfer" geben. Bei mindestens fünfjähriger Berufszeit wird damit dem Heer der Steuerberater und Rechtsanwälte die Möglichkeit zur Prüfung mittelgroßer Kapitalgesellschaften geboten. Zusätzlich wird es ein vereinfachtes WP-Examen geben.

Bleibt die Frage, wie der Offenlegungs- und Prüfungspflicht zu entgehen ist. Die häufig vorgeschlagene Flucht in die GmbH & Co. KG scheint nicht die richtige Lösung zu sein. Zwar würden sich vermutlich nicht wenige Unternehmen – um die Geheimhaltung ihrer Zahlen zu gewährleisten – trotz erheblicher Kosten (Steuern) für die Umwandlung in eine GmbH & Co. KG entscheiden. Ob aber diese Rechtsform auch künftig bei der Publizitäts- und Prüfungspflicht ausgeklammert bleibt, ist zweifelhaft.

Bei aller Kritik an der „Enttarnung" – der einzig echten Kritik am Bilanzrichtlinien-Gesetz: Der Gesetzgeber hat sich wohl selten soviel Mühe gegeben, Paragraphen und Artikel auch für den interessierten Laien umfassend und verständlich zu gestalten. Das dritte Buch im Handelsgesetz liest sich wie ein Nachschlagewerk. Und außerdem: In weiten Teilen wird – nur wesentlich übersichtlicher – festgeschrieben, was für den ordentlichen Kaufmann ohnehin schon immer galt: die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchhaltung.

1,1 Milliarden höhere Beihilfe für Kokskohle

HH, Bonn

Der Bund zahlt für die Kokskohlenbeihilfe 1986 rund 1,92 Mrd. Mark oder 1,1 Milliarden mehr als im Vorjahr. Das Land Nordrhein-Westfalen steuert 845 Millionen Mark bei. Die „sprunghafte" Zunahme ist vor allem die Folge des Kohlepreisrückgangs am Weltmarkt, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium zu der gestern mit dem deutschen Steinkohlebergbau und der deutschen Stahlindustrie getroffenen Regelung. Dabei wurde die Differenz zwischen dem kostendeckenden Preis für Kokskohle der Ruhrkohle AG von 243,50 DM je Tonne und dem Wettbewerbspreis für Drittlands-Kokskohle von 126,50 mit 117 Mark ermittelt. Die Förderbeihilfe beträgt 105,20 Mark, der Selbstbehalt 11,80 Mark.

Massenentlassungen bei US-Konzern

dpa/VWD, New York

Der US-Technologiekonzern United Technologies Inc., Hartford/Connecticut, wird im Zuge einer Restrukturierung rund 11 000 seiner weltweit 188 000 Mitarbeiter entlassen. Hierdurch werde der Gewinn im 4. Quartal mit 592 Millionen Dollar belastet, teilte das in der Rüstungsindustrie tätige Unternehmen mit. In diesem Quartal erwarte der Konzern einen „substantiellen Verlust"; für das Gesamtjahr werde aber noch ein Gewinn ausgewiesen. Der Personalabbau soll die Kosten in den nächsten 18 Monaten um bis zu 200 Millionen Dollar senken.

USA mahnen Europäer zur Öffnung ihrer Märkte

Auf dem Ministertreffen heute in Brüssel werden Detailfragen ausgeklammert – Höheres EG-Handelsdefizit mit Japan

W. HADLER/AP, Brüssel/Bonn

Vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) hat der amerikanische Handelsbeauftragte Clayton Yeutter gestern in Bonn die Europäer aufgerufen, mit den USA bei der Bekämpfung des Protektionismus eng zusammen zu arbeiten. Die USA könnten nicht allein die steigende Menge der Exporte absorbieren, um Wachstum für die übrige Welt zu garantieren. Auch andere Länder müßten ihre Märkte den Exporten öffnen.

Yeutter machte geltend, daß die Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG erhebliche Verluste für die amerikanischen Ausfuhren mit sich gebracht habe. Die so entstandenen Probleme sollten in den Verhandlungen zwischen den USA und der EG bis zum Jahresende abgeschlossen werden. „Sonst haben die USA keine Wahl, als ihre Rechte zu schützen," erklärte Yeutter zu zunehmenden protektionistischen Strömungen in den USA.

Spitzenvertreter der US-Regierung und der EG kommen heute in Brüssel zu ihrem alljährlichen Ministertreffen zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche sollen die Aussichten der neuen Gatt-Runde sowie die Krise auf den Weltagrarmärkten stehen; über Detailfragen soll trotz der andauernden Handelskonflikte aber nicht verhandelt werden. Der US-Delegation, die von Außenminister George Shultz angeführt wird, gehören die Minister James Baker (Finanzen), Richard Lyng (Agrar), Malcolm Baldrige (Handel) und der Handelsbeauftragte Clayton Yeutter an.

Gestern hat die EG erneut versucht, Japan zu mehr Eile bei der Öffnung seines Marktes anzuhalten. Neue Antworten brachte die an den Konsultationsgesprächen beteiligte hochrangige japanische Delegation – darunter Außenminister Tadashi Kuranari, Industrie- und Handelsminister Hajime Tamura und der Minister für Wissenschaft und Technologie, Yataro Mitsubayashi – jedoch offenbar nicht mit nach Brüssel.

Wie schon bei früheren Gesprächen hat die EG-Kommission ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gegeben, daß den ständigen Ankündigungen Tokios nur allzu langsam konkrete Handelserleichterungen folgten. Trotz gewisser Anstrengungen Japans steige das Handelsdefizit von Jahr zu Jahr weiter (von sieben Mrd. Ecu 1980 auf 17 Mrd. Ecu oder 35,4 Mrd Mark 1985). Nach japanischen Angaben betrugen die Importe Japans aus der EG von Januar bis August dieses Jahres 11,4 Mrd. Dollar, verglichen mit Exporten im Umfang von 20,5 Mrd Dollar.

Die Kommission monierte vor allem, daß Tokio trotz seines strukturellen Überschusses im Warenverkehr nur zögernd auf die Forderung nach einem Abbau der bestehenden Importhemmnisse für Wein und Spirituosen eingehe. Brüssel hat bereits die Einberufung eines Gatt-Schiedsausschusses angekündigt, falls die Japaner die steuerliche Diskriminierung eingeführter Alkoholika nicht bis zum Jahresende aufheben.

Dazu war aus der japanischen Delegation zu hören, daß die Regierung zunächst einmal einen Bericht vorlegen werde. Eine Änderung der geltenden Steuerregelung (Abschaffung der gegenwärtigen Klassifizierung alkoholischer Getränke in drei Gruppen) könne jedoch nur im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform vorgenommen werden. Für die Japaner liegt der Schlüssel zur Korrektur des Handelsungleichgewichts nach wie vor bei den europäischen Unternehmern. Während ganze 2000 europäische Geschäftsleute den japanischen Markt bearbeiteten, seien 33 000 Japaner in Europa tätig.

Der Start zu einer Jahresend-Rallye?

Paris und London nach Saint-Gobain und British Gas – Wall Street vor triple witching

An **Wall Street** behauptete sich der „Dow" in der Berichtswoche deutlich jenseits der 1900-Marke. Am Mittwoch führten einige Spitzenwerte eine Rallye an, die ihn um 16,03 auf 1932,93 Punkte hochtrieb. Umgesetzt wurden 139,92 (128,69) Millionen Aktien. Alles wartet gespannt auf die nächste triple witching hour (19. Dezember), zu der die Aktienindextermine, Indexoptionen und Aktienoptionen auslaufen. Vor der letzten triple witching (19. September) fiel der „Dow" um 130 Punkte.

Nochmals um gut 100 auf 18731,25 (18623,95) Punkte verbessert, präsentierte sich der Nikkei-Index an der **Tokioter Börse** im Donnerstagsvergleich. Nach den hohen Gewinnen von Mittwoch (plus 173,46 Punkte) kam es allerdings gestern zu einer Konsolidierung von knapp 45 Punkten. Die Umsätze der letzten Tage lagen bei gut 600 Millionen Aktien. Auf einen neuen Rekordstand kletterte zuletzt Tokyo Gas.

Nach der Flaute an der **London Stock Exchange** als Reaktion auf den Insiderskandals folgte im Verlauf der Berichtswoche die Hausse. Der Start zur Jahresend-Rallye? Der Financial-Times-Index jedenfalls kletterte von Mittwoch auf Mittwoch um gut 15 auf 1285,5 Punkte. Dabei trat jedoch nach der erfolgreichen Plazierung von British Gas, die Mittwoch knapp behauptet schlossen, eine spürbare Beruhigung ein.

Die **Pariser Börse** hat sich von dem Schock der Studentenunruhen schnell erholt. Der Kurseinbruch von 1,33 Prozent, zu dem es am Montag gekommen war, wurde schon am Dienstag voll ausgeglichen. Im Mittwochsvergleich stieg der Tendenzindex auf 163,40 (162,20) Punkte. Am Donnerstag kam es zu Börsenbeginn zu einem weiteren Kursanstieg von 0,8 Prozent. Positiv beeinflußt wurde die Börse durch verstärkte Käufe institutioneller Anleger aus wegen der Saint-Gobain-Überzeichnung nicht benötigten Mitteln.

London Paris Madrid
New York Tokio
KURS DER WELTBÖRSEN Wien Mailand

Bei anhaltend geringen Umsätzen kam es in der um einen Feiertag (Montag) gekürzten **Mailänder Börsenwoche** erneut zu starken Kurseinbrüchen, die lediglich am Donnerstag durch eine leichte Erholung im Bereich der Industriewerte etwas abgeschwächt wurden. Überwiegend unter Druck standen erneut die Versicherungs- und Bankwerte. Unter den Industriewerten konnten sich gegen Ende vor allem Fiat und Montedison besser behaupten. Der Blue Chips-Index schloß am Mittwoch mit 362,47 (389,58) Punkten.

Es scheint, als ob die **Madrider Börse** kein rechtes Vertrauen zu ihrer eigenen Courage hat. Zum dritten Mal in diesem Jahr erreichte sie am Mittwoch die magische Zahl 200 (Basis Januar = 100), um am Donnerstag wieder auf 198,44 Punkte zurückzusinken. Die ansonsten feste Tendenz basiert auf guten Zukunftsaussichten angesichts der sinkenden Inflationsrate. Elektrowerte aber auch Werte der Metallindustrie zogen an. Banken und die Telefonica mußten bei steigendem Angebot Kursverluste in Kauf nehmen.

In **Wien** ging das Kursniveau bei hohen Umsätzen leicht zurück. Für Veitscher brachte die Börseneinführung in Frankfurt und München verstärkte Nachfrage aus dem Ausland. Der CA-Index verbesserte sich im Mittwochsvergleich von 234,30 auf 235,81 Punkte. Der Kurszettel in Wien wird durch die Einführung von Conti Gummi bereichert.

PERSONALIEN

Günter Weigel, Geschäftsführer (Vertrieb) der Hüller Hille GmbH, Ludwigsburg, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Reinhard E. Doepfer, bisher Geschäftsführer der Außenwirtschaftsabteilung im Gesamtverband der Deutschen Maschinen-Industrie (Gesamtmasche), Stuttgart, ist zum stellvertretenden Hauptgeschäftsführer ernannt worden.

Dr. **Günther Gose** ist mit Wirkung vom 1. Januar 1987 vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Allianz Lebensversicherungs AG, Stuttgart, bestellt worden.

Peter Kreuser, früherer Präsident der Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter und Handelsmakler-Verbände (CDH), feiert am 14. Dezember den 85. Geburtstag.

Reinhold Knoll (46), Leiter des Zentralbereichs Finanzierung und Steuern der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, ist in den Vorstand berufen worden.

Franz-Hermann Vollmar (41), Komplementär und Geschäftsführer der Bedachungs-Fachgroßhandlung J. Karl Vollmar KG, Bonn, wurde zum Vorsitzenden der Fachabteilung „Bedachung" im Verband Westdeutscher Baustoffhändler e. V. gewählt. Er ist Nachfolger von Dr. **Willi Gallhöfer**, der im Juli gestorben war.

Abmahnung vom Kartellamt für ARD und ZDF

DW. Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin hat den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ARD und ZDF in einem Abmahnschreiben die Untersagung ihres „Globalvertrags" mit dem deutschen Sportbund angedroht. Wie der Sprecher der Behörde, Hubertus Schön, dazu mitteilte, sei dieser Vertrag, in dem sich die beiden Fernsehanstalten die Übertragungsrechte an inländischen Sportereignissen – ausgenommen Fußballe, Eishockey und Motorsport – gesichert haben, eine massive Behinderung der privaten Fernsehanstalten.

Im einzelnen sieht der Vertrag vor, daß der Sportbund die Senderechte bis fünf Tage vor dem Ereignis für die Öffentlich-Rechtlichen reserviert; erst danach können sie den Privaten angeboten werden. In dieser kurzen Zeit könnten die Privatsender jedoch kaum disponieren, sagt Schön; außerdem bekommen sie keine Werbung mehr zusammen".

ARD und ZDF bestreiten, daß das Kartellamt hier überhaupt zuständig ist: Ihrer Meinung nach sind Medienverträge Staatsverträge, in denen Behörde nichts zu suchen habe. Für die Berliner Wettbewerbshüter ist der Einkauf von Programmrechten indes eine unternehmerische Handlung, denn schließlich gebe es für diese Programmrechte ja einen Markt; eben jenen, an dem die Privatsender auch einkaufen müssen.

Verbot der Nachtarbeit für Frauen beseitigt

J. Sch. Paris

Die französische Regierung hat nun doch noch eine Gesetzesverordnung über die Lockerung der Arbeitszeitbestimmungen verabschiedet. Allerdings handelt es sich um ein Rahmengesetz, welches den Sozialpartnern großen Durchführungsspielraum läßt.

Die wichtigste Neuerung betrifft die nun erlaubte Nachtarbeit für Frauen, die in Frankreich seit dem neunzehnten Jahrhundert zwischen 22 und fünf Uhr strikt verboten ist. Inzwischen sind aber immer mehr Unternehmen, die vorwiegend Frauen beschäftigen – etwa in der Elektronikindustrie –, dazu übergegangen, nur noch Männer (für Nachtschichten) neu einzustellen. Die Frauen, die deshalb entlassen werden, fühlen sich diskriminiert, denn Nachtarbeit wird in Frankreich besonders gut bezahlt.

In einer weiteren Verordnung wird das Monopol der staatlichen Beschäftigungsagentur ANPE beseitigt mit dem Ziel, dem Arbeitsmarkt eine größere Flexibilität zu geben. Danach dürfen künftig – mit behördlicher Zustimmung – auch private Einrichtungen sowie die Unternehmen selbst von den Vermittlungsrechten der Agentur Gebrauch machen. Es muß sich dabei aber um unentgeltliche Dienstleistungen handeln. Die Verordnungen bedürfen noch der Unterschrift des Staatspräsidenten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Castello-Moden Export-Import GmbH; **Bremervörde:** Nachl. d. Erich Meier, Kaufm. u. Kraftfahrzeugmeister; Herbert Mohrmann GmbH, Alfstadt; **Coesfeld:** Nachl. d. Edith Sophie Friederike Wiesemann geb. Wegkamp, Gronau; **Detmold:** BASO-Möbel GmbH & Co. KG, Barntrup; BASO-Möbel Verwaltungs-GmbH, Barntrup; **Dortmund:** Ges. f. Kleinwohnungsbau u. Siedlung mbH; **Duisburg:** Akustik- u. Holzbau Mihm GmbH, Oberhausen; **Hannover:** H. Cosic, Fassaden- und Bautenschutz GmbH; **Marburg (Lahn):** Nachl. d. Emmi Freundner, Kauffrau, Wetter; **Moers:** Udo Koppenburg KG, Xanten 1; **Olpe:** Ausstellungsleitung Klaus Finger GmbH, Wenden; **Osnabrück:** Nachl. d. Angelika Ghislain; **Osterholz-Scharmbeck:** GFK Kunststoffhandelsges. mbH; **Remscheid:** Hume Metallwaren GmbH, Solingen 11; **Schwarzenbek:** Jürgen Moeller, Wentorf; Frank Reiner Reuter; **Siegburg:** GeWo-Bau Ges. f. Wohnungs- u. Industriebau mbH, Troisdorf; **Singen:** Nachl. d. Rudolf Fischer; **Villingen-Schwenningen:** a) SEWO Wohnungsgesellschaft Seemann GmbH & Co. KG, b) Seemann GmbH; a) Seemann Energietechnik GmbH & Co. KG Industrieforschung, b) Seemann Energietechnik GmbH; a) Kur- u. Sporthotel GmbH & Co. KG Hänslehof, Bad Dürrheim, b) Kur- u. Sporthotel GmbH, Bad Dürrheim; **Weißenburg:** Bähr Stuck GmbH, Nennslingen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hamm: Maschinenfabrik Walter Scheele GmbH & Co. KG, Unna-Massen; Scheele GmbH, Unna-Massen; **Lübeck:** Hannelore Berger; **Nürnberg:** D. Dauphin Wohnbau GmbH; **Schwäbisch Hall:** GROSSAG Ges. mbH; **Wuppertal:** EOB Bauuntern. GmbH & Co.

Vergleich eröffnet: Ludwigshafen: Willersinn + Walter GmbH.

Vergleich beantragt: Freiburg i. Br.: G. f. A. Gesellschaft für Anlagenberatung mbH; **Hechingen:** Ferdinand Kanz & Richard Eisele u. Co. Wirk- und Strickwarenfabrik GmbH, Burladingen-Gauselfingen.

Mein lieber Mann und herzensguter Vater

Werner Steinhoff

* 14. 3. 1929 † 8. 12. 1986

hat uns viel zu früh verlassen.

In Liebe
Gertrud und Ingo Steinhoff

Ollsenerstraße 33, 2116 Hanstedt

Trauerfeier am Montag, dem 15. Dezember 1986, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Hanstedt.

Wir nehmen Abschied von unserem Geschäftsführer, Herrn

Werner Steinhoff

der am 8. Dezember 1986 im Alter von 57 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstarb.

Seit 23 Jahren war er in unserem Unternehmen und seit 16 Jahren in der Geschäftsleitung tätig. Er war uns ein Vorbild an Güte und Verantwortungsbewußtsein. Sein Rat und seine Schaffenskraft werden uns sehr fehlen.

In seinem Sinne werden wir weiterarbeiten.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
BDB BÜRO KG

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 15. Dezember 1986, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof 2116 Hanstedt statt.

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 8. Dezember 1986 Herr

Werner Steinhoff

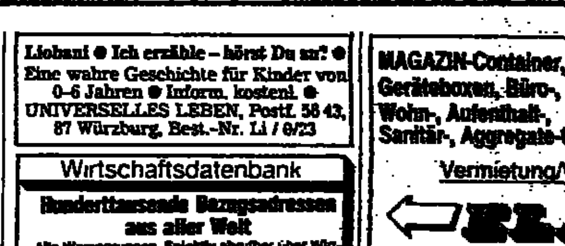
im Alter von 57 Jahren.

Wir verlieren in ihm nicht nur einen treuen Freund, sondern auch eine unternehmerische Persönlichkeit, die seit mehr als 2 Jahrzehnten die Entwicklung unserer Firma BDB BÜRO KG entscheidend geprägt und sie zu der heutigen Bedeutung geführt hat.

Wir trauern um ihn zusammen mit seiner Familie und seinen Freunden und werden ihn nicht vergessen.

Katrin Söhlke geb. Bock
Christiane Janssen geb. Söhlke
Axel Söhlke

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 15. Dezember 1986, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof 2116 Hanstedt statt.





Helm mit gutem Ergebnis

Preisverfall für Chemieprodukte drückt Handelsumsatz

JAN BRECH, Hamburg

Der Dollarsturz, ein extremer Preisverfall von bis zu 60 Prozent bei chemischen Produkten sowie nachhaltige Zahlungsschwierigkeiten in einigen Teilen der Dritten Welt haben das internationale Geschäft der Helm AG, Hamburg, in Jahr 1986 wesentlich beeinflußt. Wie der Vorstandsvorsitzende und Mitaktionär Dieter Schnabel in einem ersten Überblick erklärt, seien durch Mengensteigerungen von 15 Prozent in praktisch allen Produktbereichen größere Umsatzeinbußen aber verhindert worden. Die Helm-Gruppe habe die Position als weltweite Handelsorganisation für Chemie und Pharmarohstoffe ausgebaut.

Auch das Ergebnis bezeichnet Schnabel als gut. Die Helm AG, die seit Jahren zu den ertragsstärksten deutschen Handelshäusern gehört, wird nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden einen mit den Spitzenjahren 1984 und 1985 vergleichbaren Abschluß vorlegen. Für die AG erwartet Schnabel einen Umsatz von 1,8 Mrd. DM, der um etwa 18 Prozent unter dem des Vorjahres liegt. Mit der Sparte Chemie wickelt Helm 53 Prozent dieses Volumens ab, mit Aromaten und Pharma-Rohstoffen jeweils 14 Prozent, mit Düngemitteln zwölf, Pflanzenschutzmitteln vier und Stahl drei Prozent. Im Konzern einschließlich der Helm Düngemittel GmbH (Beteiligung 75 Prozent) dürfte der Umsatz um 20 Prozent auf 2 Mrd. DM zurückgehen und in der weltweiten Gruppe um 27,5 Prozent auf 3,7 Mrd. DM. Die Gesamtorganisation mit 51 Niederlassungen und Büros ist 1986 um eine Tochtergesellschaft in der Türkei sowie Joint-ventures in Taiwan (50 zu 50 Prozent) und USA (80 zu 20 Prozent) erweitert worden.

In diesem Jahr soll nach Angaben von Schnabel eine weitere Niederlassung in Australien dazukommen. Im Stammhaus wird eine Countertrade-Abteilung gegründet, die an den mit Gegengeschäftsverpflichtungen verbundenen Warenströmen der Helm-Standard-Produkte verstärkt teilnehmen soll. Die Entwicklung der Gruppe insgesamt beurteilen Schnabel und seine sieben Vorstandskollegen vorsichtig. Bei anhaltend schwierigen Weltmarktbedingungen werde es schwierig sein, ein vergleichbares Ergebnis zu erreichen. Sofern kein weiterer Dollarverfall eintritt, erwartet Schnabel aber leichte Umsatzsteigerungen. Die Geschäftspolitik bleibe auf dem Weg einer weiteren Konzentration, Spezialisierung und Detailarbeit.

Noch keine Morgenröte bei Lebensmitteln

Filialist Kaiser's bildet Rückstellungen für aufgegebene Läden – Drugstore-Kette ausgebaut

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Eine um weitere 80 (nach 40) Prozent auf nur noch 3 Mill. DM oder ein Promille des Umsatzes gesunkene Gewinnabführung, die der Eigentümer auch noch versteuern muß, ist das ganze Resultat, das der zur Tengelmann-Gruppe gehörende Lebensmittelfilialist Kaiser's Kaffee-Geschäft AG, Viersen, für 1985/86 (30. 6.) präsentiert. Der Glanz dieser einst traditionellen Ertragsperle im Reich des größten Lebensmittelfilialkonzerns Europas ist jedoch nicht nur wegen der allgemeinen Lage in dieser weiterhin von Überkapazitäten und entsprechend hartem Preiswettbewerb geplagten Branche verblaßt.

Fridolin Klocke (64), der dem zur Jahresmitte in Pension gegangenen André Deselaers (interemistisch) als Vorstandssprecher nachfolgte, nennt für die Berichtszeit immerhin eine Verbesserung des (nicht näher definierten) Betriebsergebnisses im Filialbereich um stolze 21 Prozent.

Doch was man da gewann, habe man „als vorsichtige Kaufleute" mit 19 Mill. DM in die Rückstellungen gesteckt, um für Risiken aus „geschlossenen beziehungsweise unterzuvermietenden" Filialen Vorsorge zu treffen. Vorwiegend (wie fast alle in der Branche) auf gemieteten Flächen arbeitend, zollt Kaiser's Kaffee damit einem Wettbewerb Tribut, der gewohnte Standortqualitäten oft schneller in Frage stellt, als es der Laufzeit der Mietverträge entspräche.

Was sich da als Strukturwandel abzeichnet, hat bei Kaiser's Kaffee immer noch, immer deutlicher aber bei Supermärkten in der Größenordnung von 1000 qm Verkaufsfläche, einen Akzent bei der Expansion. Am deutlichsten allerdings bei der nach Discount-Prinzip geführten Drugstore-Kette, die 1985/86 bereits mit 261 (236) Filialen unter insgesamt 714 (691) Läden der Firma vertreten war und mit wiederum über dem Branchendurchschnitt liegenden Plus auf etwa 0,5 Mrd. DM Umsatz kam. Damit sei man nun unter den deutschen Drogeriemärkten die Nummer drei – „und wir wollen weiter nach vorn".

Nur „leichte Belebung ohne echten Aufschwung" verzeichnete nach Vorstandsurteil der deutsche Lebensmitteleinzelhandel in der Berichtszeit mit seiner Umsatzsteigerung von nominal 2,6 (0,9) und real 2,3 (null) Prozent. Nicht besser und auch nicht vom Weihnachtsgeschäft beflügelt sehe bislang das neue Geschäftsjahr aus. Daß man im eigenen Haus bis Ende November gleichwohl 6,4 Prozent Mehrumsatz erzielte, liege abermals vorwiegend an der Flächenexpansion mit derzeit 728 Filialen.

Auf diesem Kurs, begleitet vom „Ausbau unserer Lebensmittelfilialen zu attraktiven Frischmärkten", sollen auch im laufenden Jahr die Sachinvestitionen mindestens in bisheriger Größenordnung und damit weiterhin wohl über dem Netto-Cash-flow fortgesetzt werden. Finanzierungsprobleme bringt das offensichtlich nicht. Schließlich werden bei 298 (297) Mill. DM Gesamtverbindlichkeiten die flüssigen Mittel mit der stolzen Summe von 131 (120) Mill. DM ausgewiesen; der Zinsaufwandsaldo ist mit 1,4 Mill. DM (nach 1,1 Mill. Ertragssaldo) für Handelsunternehmen denn auch weiterhin beneidenswert klein.

Kaiser's Kaffee	1985/86	±%
Umsatz (Mill.DM)[1]	3 215	+ 6,1
dav. Filialumsatz	2 807	+ 5,9
Verkaufsfläche (qm)	313 829	+ 5,9
Beschäftigte [2]	8 817	+ 3,7
Personalaufwand	341	+ 6,0
Sachinvestitionen	49,0	+ 1,7
Netto-Cash-flow[3]	40,8	+ 12,1
Rohertrag	675	+ 6,1
Gewinnabführung	3,0	- 84,8

[1] Mit MWSt.; [2] Umgerechnet auf Vollbeschäftigte zum Bilanzstichtag. [3] Abschreibungen + Zuführ. Pensionsrückstellungen.

Maho-Aktien zu 325 Mark

„Glanzstück" des Werkzeugmaschinenbaus geht an die Börse

adh. Frankfurt

Zum Kurs von 325 DM kommen die Aktien der Maho AG, Pfronten, an die Börse. Die Zeichnungsfrist für die von einem Konsortium unter der Führung der Deutschen Bank angebotenen 12 Mill. DM Grundkapital läuft vom 12. bis 15. Dezember, die erste Notierung an den Börsen in Frankfurt, München und Stuttgart ist für den 19. Dezember vorgesehen. Auf der Basis des für das Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.) erwarteten Gewinns von 25 DM je Aktie (nach DVFA) errechnet sich ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 13. Damit liegt, wie Deutsche-Bank-Vorstandsmitglied Rolf E. Breuer betont, Maho unter dem vergleichbarer Unternehmen in der Maschinenbaubranche.

Für das kommende Jahr kündigt die AG eine Dividende von 8 DM an, die jetzt angebotenen Aktien sind zur Hälfte dividendenberechtigt. 2 Mill. DM der Aktien sind nach Angaben des Unternehmens für Belegschaftsaktien und Geschäftsfreunde reserviert. Die Aktien des Börsenneulings stammen zu 8 Mill. DM aus einer Kapitalerhöhung auf 44 Mill. DM, weitere 4 Mill. DM aus dem Besitz der bisherigen Eigentümerfamilien Babel und Brunhöfer, die auch nach dem Börsengang mit 70 Prozent des Kapitals die Mehrheit halten werden. Werner Babel, Mehrheitsaktionär und Vorstandsvorsitzender der Maho AG, nannte als wesentliche Gründe für den Gang an die Börse die Sicherung der kontinuierlichen Unternehmensentwicklung.

Der Börsengang bringt 52 Mill. DM in die Unternehmenskasse, die vor allem der Finanzierung weiteren Wachstums dienen werden. Rund 26 Mill. DM, die die Familie aus ihrem Aktienbesitz erlöst, dienen wohl vor allem dem „Auskauf" eines früher mitbeteiligten Bruders.

Die rückwirkend zum Juni in eine AG umgegründete Maho, die in der Branche als „Japaner des Allgäus" gilt, gehört zu den „Glanzstücken" im deutschen Werkzeugmaschinenbau und ist auf computergesteuerte Werkzeuge sowie Bausteine für die computerunterstützte Fertigung spezialisiert. In den letzten beiden Geschäftsjahren stieg der Umsatz um knapp 26 und 38 Prozent auf 338,5 Mill. DM im Jahr 1985/86 (AG). 57 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erzielt, davon aber nur sieben Prozent im Dollar-Raum. Für dieses Jahr werden 394 Mill. DM Umsatz und 20 (i. V. 13,9) Mill. DM Nettogewinn (DVFA) erwartet.

Hannover Papier expandiert

Zusätzlicher Standort gesucht – Kapitalerhöhung kommt

dos, Hannover

Die günstige Geschäftsentwicklung im bisherigen Jahresverlauf wird sich bei der Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau AG, Alfeld, auch auf das Ergebnis auswirken. Bei der Erläuterung der vorläufigen Zahlen 1986 sagte Vorstandschef Willy Eyberg, eine Erhöhung der Dividende (1985: 6 DM) sei durchaus denkbar. Trotz rückläufiger Papierpreise werde das Ergebnis 1986 über dem des Vorjahres liegen, weil gleichzeitig die Kosten für Zellstoff und Energie gesunken sind. Eyberg kündigte für 1987 eine Kapitalerhöhung an. Ein entsprechender Vorschlag werde der Hauptversammlung am 24. Juni unterbreitet. Einzelheiten dazu wollte er aber noch nicht mitteilen. Derzeit verfügt das Unternehmen über 40 Mill. DM Grundkapital.

Für 1986 rechnet Hannover Papier mit einer Produktionssteigerung bei Papier um 15,6 Prozent auf 218 400 Tonnen und bei Zellstoff um 4,2 Prozent auf 71 900 Tonnen. Der Umsatz der AG dürfte um 9,8 Prozent auf 468 Mill. DM und im Konzern um 7,5 Prozent auf 561 Mill. DM wachsen. Die Aussichten für 1987 beurteilt Eyberg für die Branche insgesamt weiter optimistisch. In der Folgezeit aber werde sich der Wettbewerb aufgrund wachsender Kapazitäten verschärfen.

Nach Realisierung des Investitionsprogramms 1984/86 (65 Mill. DM) will Hannover Papier in den kommenden drei Jahren 106 Mill. DM investieren. Rund die Hälfte davon entfalle auf Umweltschutzmaßnahmen. Wichtigstes Projekt ist eine Anlage, die der Umstellung der Zellstoffproduktion dient (50 Mill. DM) und Mitte 1988 in Betrieb gehen soll. Damit verbunden sei die Aufstellung eines fünften Kochers, der die Kapazität um 25 Prozent erhöht.

Immer drängender werde das Problem der Standortfrage. Nach den Worten Eybergs hat die Produktionsstätte in Alfeld ihre optimale Größe „fast schon überschritten". Derzeit würden Überlegungen angestellt, anderswo ein neues Werk für die Papierherstellung zu errichten oder aber zu erwerben. Dies alles sei aber noch nicht spruchreif.

Henkel verdoppelt das USA-Geschäft

J. G. Düsseldorf

Als letzten Akt seiner 1986 forcierten Akquisitionspolitik (s. WELT vom 11. 12.) meldet der viertgrößte deutsche Chemiekonzern, die Düsseldorfer Henkel KGaG, „vorbehaltlich Genehmigung durch die zuständigen Behörden" den Kauf der US-Firma Oxy Process Chemicals Inc., Morristown/New Jersey, aus dem Besitz des Occidental-Ölkonzerns. Die auch unter dem Namen „Nopco" bekannte Neuerwerbung produziert auch mit mehreren Auslandsniederlassungen Spezialchemikalien und kommt mit 1100 Mitarbeitern (davon 750 in den USA) auf 160 Mill. Dollar Umsatz. Vor zwei Monaten erwarb Henkel vom Ford-Konzern dessen Parker Chemical Company (70 Mill. Dollar Umsatz). Mit dem jüngsten Kauf hat der Henkel-Konzern (1985er Weltumsatz 9,2 Mrd. DM) binnen Jahresfrist gut 1 Mrd. DM Umsatz durch neue Beteiligungen zugekauft.

Harpen-Mehrheit in neuen Händen

J. G. Düsseldorf

Die 51prozentige Mehrheit am 127,6-Mill.-DM-Aktienkapital des Dortmunder Mischkonzerns Harpener AG, Mitte 1986 für knapp 500 Mill. DM von der Pariser Holding Gaz et Eaux an den Immobilienhändler von Wersebe verkauft, geht zum Jahreswechsel in das Eigentum der schweizerischen Anlagegesellschaft Inspectorate International S. A., Neuchâtel, über. Wersebe konnte seine Kaufpreisschuld nicht vertragsgemäß tilgen und scheiterte mit dem Plan, seine Münchner Immobilienfirma Raulino zwecks Geldbeschaffung teuer an die Harpener AG zu verkaufen. Der neue Käufer Inspectorate gilt als sehr gut rentierendes Unternehmen mit Schwerpunkt im internationalen Dienstleistungsgeschäft. Welchen Kurs er mit der auch an Immobiliensubstanz reichen Harpener AG (20 000 Streubesitzer) steuern will, weiß man in Dortmund noch nicht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Der Sparkassen- und Giroverband wird erst aufgrund weiterer Gespräche entscheiden, ob Verhandlungen über eine Beteiligung der Sparkassenorganisation an der **Volksfürsorge** aufgenommen werden sollen, erklärte der Vorstand gestern in Bonn.

Die Olivetti-Tochter **TA Triumph Adler AG**, Nürnberg, mit ihren 6886 Mitarbeitern, erlebt eine „sehr ernste Geschäftsentwicklung", meint Personalvorstand Rudolf Blank. Neue notwendige Sanierungsbemühungen müßten auch bisher unantastbare Privilegien in Frage stellen.

Etwa den Vorjahresumsatz von 153,5 Mill. DM erwartet die **Gesellschaft für Spinnerei und Weberei AG**, Ettlingen, für 1986. Das Ergebnis werde ebenfalls wie im Vorjahr ausfallen. Für 1985 waren 6 Prozent Dividende und 23 Prozent Bonus auf 8,4 Mill. DM Grundkapital im Familienbesitz bezahlt worden.

Mit einem Umsatz von 4,4 Mrd. DM (plus 9 Prozent) im laufenden Jahr rechnet die **Herrenbekleidungsindustrie**. Nach Verbandsangaben erreichte der Export 1,5 Mrd. DM (plus 19 Prozent).

Bei dem Bauunternehmen **Ed. Züblin AG**, Stuttgart, wird 1986 der Umsatzrückgang im Auslandsbau durch eine höhere Inlandsbauleistung ausgeglichen. Die Konzernleistung soll nach Angaben in einem Zwischenbericht mit 1,2 Mrd. DM etwa die Vorjahreshöhe erreichen. Das Ergebnis werden wieder „angemessen" sein.

Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen sind nach Ansicht des **Bundeskartellamtes** einem mitunter existenzbedrohenden Druck durch die Nachfragemacht der öffentlichen Hände ausgesetzt. Die Kartellbehörde in Berlin beziffert das Volumen der staatlichen Nachfrage auf mindestens 200 Mrd. DM im Jahr.

Zum Ende des Jahres stellt die **Adrema-Maschinenbau GmbH**, Heppenheim, Hersteller von Adressiermaschinen für Briefe, ihre Produktion ein. Zurzeit sind noch 160 Mitarbeiter beschäftigt.

Die **Okertaler Mineral- und Heilbrunnen** Willgerodt & Co, Oker, wird Anfang 1987 von der Apollinaris-Brunnen AG in Bad Neuenahr (51 Prozent) und der Lindener Gilde-Bräu AG in Hannover (45 Prozent) übernommen. Okertaler füllt jährlich 30 Mill. Einheiten ab. Der Ausstoß liegt bei 200 000 Hektolitern.

Die **Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF)**, Friedrichshafen, sucht angesichts des niedrigen Dollarkurses Produktionsstandorte in den USA.

Rund 4 Prozent Prämienzuwachs erwartet der fünftgrößte deutsche Rückversicherer, die **Bayerische Rückversicherung AG**, München. In diesem Jahr wird ebenfalls mit einem Rückgang der versicherungstechnischen Verluste gerechnet, da die „Reserven für das Schlimmste" aus dem US-Haftpflichtgeschäft jetzt ausreichend seien, erklärte Vorstandsvorsitzender Peter Frey.

Bundesanleihen

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87 100,5	100,5G
F 6 dgl. 77	9/87 100,95	100,95
F 6 dgl. 78 II	7/88 101,7G	101,7
F 6½ dgl. 77	5/89 105	102,95
F 8 dgl. 79 I	7/89 106,5	106,5
F 6 dgl. 78 I	2/90 102,35	102,3
F 8 dgl. 80 II	7/90 108	107,9G

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

D 9½ dgl. RS 172	100G	100G
D 9 dgl. RS 186	112G	112G
D 10 dgl. RS 193	100G	100G
F 7½ Krd.Wied.aufb 79	100,8G	100,8
F 8 dgl. 84	110	110
F 10 dgl. 81	116,7	116,7
F 8½ dgl. 82	112,5G	112,5
F 7½ dgl. 83	107	107G
F 8¼ dgl. 83	110,9	110,9G
F 7¼ dgl. 84	104,3	104,3
F 7½ dgl. 84/88	103,4G	103,5G

Renten wieder nachgebend

Das zähflüssige Geschäft auf dem Rentenmarkt läßt den Schluß zu, daß die Großanleger für 1986 ihre Bücher weitgehend geschlossen haben. Positionslösungen waren im öffentlichen Bereich nur zu Kursen möglich, die bis zu 0,30 Prozentpunkte unter denen des Vortages lagen. Von der Zentralbankratssitzung in der kommenden Woche werden keine Anregungen erwartet. Bei den Pfandbriefen ebenfalls nur geringe Umsätze, die Kurse beginnen hier abzubröckeln. Lustlos ebenfalls der Markt für DM-Auslandsanleihen.

F PWA 86/94	108,5	109
F Renown Look 86/91	770G	775
F 5¾ Rhythm W 83/88	1375G	1375G
F dgl. 84/89	570	570
F 3½ RWE 86/96	91,6	91,5
F Ryobi 83	785	800
F Salamander 86/96	142,5	145
F 6¾ Schering 83/90	345	347
F 3 Schw. Bankg 84/89	3155	3155
F 3¼ Schw.Bk.V I 84/89	279	275
F 7½ dgl. II 86/91	161,5	160G
F Schw.Kredit 85/90	1670bG	1670
F Senko 86/91	600	600
F 7¼ Siemens 85/90	488	483,5
F dgl. 86/92	228,3	225,8
M Stumpf 78/88	67,5	68,5
M dgl. 81/91	–	115

F 3½ dgl. 84/94 oO DM	83,25	82,25
F 2½ dgl. 86/96 mO DM	105	105
F 2½ dgl. 86/96 oO DM	79,15G	79G
F 4 Stud Fin 85 mO	130	130,5
F 4 dgl. 85 oO	97,5G	97,5
F 3 Teijin 85/90 mO DM	200G	200G
F 3 dgl. 85/90 oO DM	91,5T	91,5bB
F 5¾ Toray 85/90mODM	125G	125G
F 5¾ dgl. 85/90oO DM	94,75G	94,75G
F 5¾ Tsum.84/90mODM	107	107T
F 3¾ dgl. 84/90oODM	95,7	95,6G
F 4 Veba 83/93 mO DM	1971	1977
F 4 dgl. 83/93 oO DM	88,5bG	88,5bG
F 3 VW 86/96 mO DM	138	137,5
F 3 dgl. 86/96 oO DM	76,25bG	76,5
F 2¾ Wella 86/96 mO DM	101,5	100
F 2¼ dgl. 86/96 oO DM	71	70,5

F 5¾ Mitsubi. M 84/89	455	460
F Mitsui 82 S	265	275
F Mövenpick 86/90	261	266
F 3¾ Nipp. Flour 84/89	5700G	5800
F 3¼ Nipp. Shin. 85/89	5600bG	5800
F Norsk Data	18	18,5
F Optec 86/91	925	950
F 3½ Philips'Gl 84/89	238,5	237
F Pirelli 86/93	171	171
F 8 Preussag 84/91	52	54,5

F 5¾ NippShin85 mO DM	200G	200G
F 3¼ dgl. 85 oO DM	93,5T	93,4G
F 3½ Philips84 mO DM	116,5	116
F 3½ dgl. 84/91 oO DM	95,1	95,1bG
F 5¾ RhythmW 85mODM	140G	140G
F 5¾ dgl. 85 oO DM	100,4G	100,4G
F 4¾ dgl. 84 mO DM	113G	113G
F 4¾ dgl. 84 oO DM	98G	98bG
F 3½ RWE 86 mO	140	141
F 3½ dgl.86 oO	77,7	77,5
F 3¾ SBC Fin 84mO DM	158,5G	159,5G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

7¾ dgl. 83/91	107,1	106,95
8½ dgl. 83/93	110,4	110,5G
7¾ dgl. 84/94	109,75	109,75T
8 dgl. 84/94	108,75G	108,75G
7¾ dgl. 85/97	107	107G
6½ dgl. 85/95	101,25	101,1bG
6¾ dgl. 86/96	99,5	99,55
7¾ Audi Fin. 84/94	105,5G	105,5G
7½ Aumar 73/88	103T	103,5G
7 Australien 72/87	100,25	100G
5¾ dgl. 77/89	100,6	100,85
6 dgl. 78/88	100,5	100,75

7¾ dgl. 84/91	107,5T	107,5
8 dgl. 84/92	108,95T	108,95T
7½ dgl. 84/94	106	106
8 dgl. 85/93	107,9G	107,9
7¼ dgl. 85/95	105,25T	105T
7½ dgl. 85/92	104,9	105
6 dgl. 86/01	93,25	93,25
6½ dgl. 86/96	99,9G	99,9
7½ ISSC 85/93	104,5	104T
7½ dgl. 85/90	104G	104G
7½ dgl. 84/94	105,5G	105G
8½ Irland 80/88	103T	103,25T

5¾ dgl. 78/90	101bB	101bB
8¼ dgl. 80/92	103,9	103,9
8¾ dgl. 82/92	106	105,75
7¾ dgl. 83/89	105,5	105
8 dgl. 83/93	108,4G	108,4
7¾ dgl. 84/94	106,6T	106,35
7 dgl. 85/92	105	105
4,812 dgl. 86/98	99,25G	99,25G
6 dgl. 86/98	97,6	97,75
6¾ Ost.Donauk. 73/88	100,6G	100,6G
8 dgl. 84/94	107,5	107,5

7¾ Ungar Nat. Bk. 85/95	103,75	103,5
7 dgl. 85/93	100,25	100,25
7¼ dgl. 86/96	100,1bB	100,1bB
4,812 Unionbk.Fin.86/96	97,75G	97,75G
7¼ Un.Techn.Corp. 84/91	106G	106G
7¾ Un.Techn.Fin. 82/92	106,75G	107,25T
6 Venezuela 78/88	99,5G	99,56G
6½ dgl. 78/90	99,25	99,75T
9¼ dgl. 80/90	104	104G
11½ dgl. 81/91	112,25	111,1

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

6 TVO-Kraftw. 78/88	100,6G	100,6G
7¾ Union E.Fenosa 85/92	106,25	106,25bG

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kaffeenotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Etwas schwächer war Kupfer. Gut behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	10.12.	9.12.
Dez.	280,00-279,50	279,00
März	278,50-278,25	278,00-277,50
Mai	264,75	265,25-265,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	212,48	214,23
Am. Durum	210,26	212,01

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	93,10	96,00
März	97,50	99,70
Mai	100,00	101,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	81,60	82,00
März	81,90	81,70
Mai	81,20	81,20

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	167,75	163,50
März	159,50	154,25-154,50
Mai	151,25-151,50	145,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	161,50	161,75-162,00
März	170,50-170,25	170,50-170,00
Mai	176,75-177,00	176,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	51,50	91,30
März	85,60-85,80	85,50
Mai	84,80	84,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	10.12.	9.12.
Dez.	138,49-138,75	135,25
März	140,50-140,70	137,75-138,10
Mai	141,50-141,70	138,25

KAKAO New York ($/t)	10.12.	9.12.
Dez.	1814	1800-1806
März	1854-1858	1842-1849
Mai	1887-1890	1880
Umsatz	1231	1561

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,85-5,95	5,75-6,00
März	6,56-6,57	6,50-6,53
Mai	6,75-6,76	6,73
Juli	6,88	6,85-6,88
Sept.	6,93	6,92
Umsatz	8399	23898

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,78	6,16

KAFFEE London (£/t) Robusta	10.12.	9.12.
Jan.	1950-1953	1975-1980
März	1818-1820	1838-1840
Mai	1820-1825	1836-1840
Umsatz	3978	2740

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1393-1394	1387-1390
März	1437-1439	1432-1433
Mai	1464-1465	1460-1461
Umsatz	1886	5062

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	10.12.	9.12.
März	147,40-147,80	146,80-147,00
Mai	151,40-151,60	150,60-150,80
Aug.	154,40-155,60	153,00-154,00
Umsatz	2498	4048

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	11.12.	10.12.
schw.		
Saraw.spez.	1022,50	1022,50
weiß.Saraw.	1400,00	1400,00
weiß.Munt.	1415,00	1415,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	10.12.	9.12.
Jan.	125,40	126,15
März	126,60	127,65-127,80
Mai	127,50-127,55	128,30-128,40
Juli	128,10-128,30	128,80-128,90
Sept.	129,00-129,10	129,50
Umsatz	1500	1200

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	10.12.	9.12.
	27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	22,00	22,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	15,16	14,87
Jan.	15,28-15,26	14,95-14,87
März	15,58-15,57	15,28-15,27
Mai	15,88	15,58-15,56
Juli	16,10-16,08	15,78-15,76
Aug.	16,12-16,10	15,80
Sept.	16,12	15,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,50	13,50
Choise white hog 4 % fr. F.	11,50	11,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,75	12,75
fancy	12,25	12,25
bleichf.	12,00	12,00
yellow max. 10% fr.F	9,50	9,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	56,05-55,95	55,50-55,45
Febr.	52,20-52,30	51,95-51,80
April	46,85-46,95	46,45-46,55

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	72,40-72,30	72,30-72,10
März	70,75-70,85	70,40-70,20
Mai	70,40-70,55	69,90-70,15

HÄUTE Chicago (c/lb)	10.12.	9.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Kühe einh. schwere River Northern	62,00	62,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	493,75-493,5	491,5-492,0
März	498,25-498,0	496,0-496,25
Mai	502,0	500,25-500,0
Juli	504,75-505,0	502,75
Aug.	504,25-504,5	501,5
Sept.	497,0	495,0
Nov.	498,25	496,5-496,25

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	145,6-145,4	145,6-145,5
Jan.	145,4-145,3	145,5-145,6
März	145,4	145,8-145,6
Mai	145,8	146,2-146,3
Juli	146,3	146,8
Aug.	146,5	147,0
Sept.	146,8-146,9	147,2-147,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	10.12.	9.12.
Dez.	211,80	213,50
März	219,10	221,00
Mai	224,70	226,60

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	10.12.	9.12.
	18,75	18,75

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	11.12.	10.12.
jegl. Herk. cif	530,00B	535,00B

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	315,00B	330,00B

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	285,00B	287,50B

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	74,00B	71,75B

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	410,00B	417,50B

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	10.12.	9.12.
Dez.	56,75-56,85	55,80-55,95
März	57,15	56,25-56,30
Mai	57,60	56,50-56,60
Juli	57,90	56,90
Okt.	58,05-58,20	57,10
Dez.	58,30-58,50	57,20-57,50

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	44,25	44,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	11.12.	10.12.
Dez.	578-585	575–
Jan.	590-594	579-582
März	597-598	585-587
Umsatz	2264	2339

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	11.12.	10.12.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	11.12.	10.12.
Dez.	660,00-700,00	660,00-700,00
März	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11.12.	10.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	11.12.	10.12.
Dez.	11917	11940
Jan.	11817	11810

KAUTSCHUK London (p/kg)	10.12.	9.12.
spot	63,75-66,75	63,50-66,50
RSS 1 Jan.	61,75-62,75	61,50-62,50
RSS 2 Jan.	60,50-61,50	60,25-61,25
RSS 3 Jan.	59,50-60,50	59,25-60,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	11.12.	10.12.
Jan	216,50-217,50	216,00-217,00
Febr.	217,00-219,00	216,50-218,50
Nr. 2 Jan.	210,50-211,50	210,00-211,00
Nr. 3 Jan.	206,00-207,00	205,50-206,50
Nr. 4 Jan.	203,00-204,00	202,50-203,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	11.12.	10.12.
BWC	305	305
BWD	305	305
BTC	370	370
BTD	370	370

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11.12.	10.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	229,89-230,05	230,29-230,43
dritt. M	232,90-233,04	232,88-233,03
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	105,62-105,76	105,27-105,55
dritt. M.	93,85-93,99	93,59-93,73
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	720,94-721,81	729,65-730,52
dritt. M.	738,45-739,05	745,51-745,80
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	144,94-147,81	142,76-145,64
Prod.-Pr.	175,21	176,11
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	11.12.	10.12.
	16,51	16,70

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11.12.	10.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	273,08-275,09	272,68-274,70
BLEI in Kabeln	113,25-114,25	113,00-114,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.12.	10.12.
MS 58, 1.VS	255-261	255-261
MS 58, 2.VS	308-313	308-313
MS 63	280-284	280-283

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	11.12.	10.12.
Leg. 225	235-251	235-251
Leg. 226	237-253	237-253
Leg. 231	272-285	272-283
Leg. 233	282-298	282-298

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	11.12.	10.12.
PLATIN (DM/g)	32,80B	32,60B
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	29298	29184
Rückn.-Pr.	24900	24800
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25710	25720
Rückn.-Pr.	25020	25020
verarbeitet	26970B	26980B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25180	25170
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	356,20	354,90
Rückn.-Pr.	344,30	344,00
verarbeitet	370,80B	370,50B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	11.12.	10.12.
10.30	388,75	387,25
15.00	388,40	391,50
Zürich mitt.	388,50-389,00	386,70-387,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	82450	82700
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	375,60	373,35
3 Mon.	383,15	383,05
6 Mon.	393,75	393,60
12 Mon.	416,75	414,50
PLATIN (£/Feinunze) London	11.12.	10.12.
fr. Markt	337,65	337,25
PALLADIUM (£/Feinunze) London	11.12.	10.12.
f. Händl.-Pr.	82,50	82,45

New Yorker Metallbörse

	10.12.	9.12.
GOLD H & H Ankauf	391,50	386,80
SILBER H & H Ankauf	537,00	534,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	471,00-478,00	472,00-477,00
Prod.-Pr.	600,00	600,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	116,50-118,00	116,50-118,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Dez.	389,80	387,10-387,70
Jan.	391,60	388,90
Febr.	392,90-393,20	390,20-390,60
April	396,30-396,70	394,00
Juni	399,70	396,90
Umsatz	25000	26000
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	537,40	531,50-533,00
Jan.	539,70	534,70
März	542,30	537,30
Mai	544,10-546,00	539,50-540,50
Juli	550,00	545,30
Sept.	555,80	550,80
Dez.	561,50	556,40
Umsatz	9000	7000

KUPFER (c/lb)	10.12.	9.12.
Dez.	59,45-59,50	59,65
Jan.	59,40	59,60
März	59,95-60,05	60,05-60,15
Mai	60,55-60,60	60,45-60,70
Juli	60,95	61,05
Sept.	61,10	61,30
Dez.	61,75	61,80
Umsatz	5600	3500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	11.12.	10.12.
mitt. Kasse	801,00-801,50	799,00-800,00
3 Mon.	811,00-812,00	808,50-809,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	368,00-368,50	362,00-364,00
3 Mon.	327,00-327,50	325,00-325,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	933,00-933,50	927,00-927,50
3 Monate	953,00-953,50	946,50-949,00
ab. Kasse	–	926,50-927,00
3 Monate	–	947,50-948,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	904,00-904,50	895,00-898,00
3 Monate	930,00-931,00	924,00-927,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	546,00-547,00	538,00-539,00
3 Monate	540,00-540,50	536,00-537,00
ZINN (£/t)		
mitt.Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	165-175
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	10.12.	9.12.
Jan.	43,45-43,60	42,90-43,00
Febr.	43,90-44,00	43,40-43,55
März	42,60-42,70	41,95-42,10
April	41,35-41,40	40,90-41,00

GASÖL – London ($/t)	10.12.	9.12.
Dez.	–	116,50-116,75
Jan.	123,25-123,50	123,00–
Febr.	126,75-127,00	126,00-126,25
März	125,75-126,25	125,00-125,50
April	122,50-123,50	122,00-122,75
Mai	118,00-120,00	119,00-120,50
Juni	118,50-120,00	118,00–
Juli	118,50-120,00	118,00–

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	10.12.	9.12.
Jan.	41,10-41,20	40,75-40,85
Febr.	41,30-41,40	40,85-41,00
März	41,90-42,00	41,50-41,55
April	42,67	42,25
Mai	42,32	42,85

ROHÖL – New York ($/Barrel)	10.12.	9.12.
Jan.	15,11-15,15	14,97-15,02
Febr.	15,21-15,25	15,07-15,12
März	15,25-15,29	15,07-15,12
April	15,28	15,06-15,10
Mai	15,28	15,09

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	10.12.	9.12.
Arabian Lg.	11,53	11,64
Arabian Hv.	11,26	11,59
Iran Lg.	14,58N	14,50N
Forties	14,40	14,40
North Brent	14,40	14,60
Bonny Light	14,75	14,80N

Kartoffeln

London (£/t)	10.12.	9.12.
Febr.	109,00	108,00
April	159,20	160,00
Mai	177,80	178,50
Nov.	87,50	86,50

New York (c/lb)	10.12.	9.12.
–		–
März	4,55-4,60	4,55
Mai	5,00	4,96
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	10.12.	9.12.
Jan.	171,70-172,30	174,60-174,50
März	166,60	167,00-167,50
Mai	164,60-166,00	164,60-165,00
Juli	164,80	164,20

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports gegen DM weiteten sich am 11. 12. bei nochmals rückläufigen DM-Zinssätzen aus.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,23-0,18	0,63-0,58	1,25-1,15
Pfund/Dollar	0,58-0,56	1,81-1,78	3,62-3,57
Pfund/DM	2,10-0,70	5,20-3,80	9,60-8,20
FF/DM	19-3	43-27	73-57

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.12.: Tagesgeld 4,65-4,75 Prozent, Monatsgeld 4,80-5,00 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 11.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11.12.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	5-5¼	4½-4¾
3 Monate	6-6¼	4¾-5	4½-4¾
6 Monate	5⅞-6⅛	4¾-5	4-4¼
12 Monate	5¾-6⅛	4¾-5	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 11.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,00; Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 11.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	196,00	251,94	35,14
20 ffr. Napoleon	5,8070	147,00	196,08	33,77
20 sfr Vreneli	5,8070	163,00	214,32	36,91
1 Sovereign Neu	7,3220	171,00	223,44	30,52
1 Sovereign Alt	7,3220	175,00	228,00	31,14
100 Kronen Öster.	30,4880	730,00	900,60	29,54
20 Kronen Öster.	6,0980	145,00	188,10	30,85
10 Kronen Öster.	3,0480	81,00	108,30	35,53
4 Dukaten Öster.	13,7700	342,00	424,08	30,80
1 Dukaten Öster.	3,4420	79,00	110,58	32,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	193,00	248,52	32,10
Krügerrand 1 Uz	31,1035	765,00	912,58	29,32
Krügerrand ½ Uz	15,5517	405,00	484,50	31,15
2 Rand Südafrika	7,3220	168,00	220,02	30,05
1 Rand Südafrika	3,6610	76,00	109,44	29,89
50 C.S Mapl.L.1 Uz	31,1035	795,00	946,20	30,42
5 C.S Mapl. 1/10 Uz	3,1103	82,00	104,88	33,72
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	975,00	1259,70	41,86
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	800,00	951,90	30,60
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	995,00	1179,90	37,93
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	99,00	128,82	41,42

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,60, Rendite 5,61.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 11.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,327	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,60	6,10
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,15	6,54
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	148,00	8,51
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,60	5,40
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,92	5,48
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,79	6,55
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,75	6,92
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,58	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,73	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,15	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,83	6,98
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,70	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,26	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,37	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,98	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,20	6,45
WestLB 603	100,00	1.6.01	40,40	7,00
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,15	7,18
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,75	4,88
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,85	5,27
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,30	5,53
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	115,50	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	133,10	8,14
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	134,60	7,57
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,15	8,62
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	79,875	7,28
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	68,25	7,65
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	60,00	10,35
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,50	8,16
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	66,125	8,19
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	62,625	7,82
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	53,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,75	8,71
Sears (AA)	100,00	27.5.94	54,375	8,47
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	53,5	8,67
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	52,75	8,05

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,95 (4,90)	100,1	101,6	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,25 (5,25)	99,30	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,56 (5,53)	97,75	101,2	104,7	108,3	111,7	115,2
5	5,75 (5,72)	96,40	100,7	104,9	109,1	113,3	117,6
6	5,95 (5,95)	94,85	100,5	104,7	109,6	114,5	119,4
7	6,30 (6,28)	92,30	98,35	103,3	108,8	114,3	119,8
8	6,55 (6,53)	90,00	96,05	102,1	108,2	114,3	120,3
9	6,68 (6,67)	88,30	94,85	101,5	108,0	114,6	121,2
10	6,75 (6,72)	86,90	94,00	101,8	108,2	115,2	122,5
15	7,05 (7,00)	80,60	89,60	99,50	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,847 (112,899)
Performance-Rentenindex: 251,095 (251,123)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	10. Dez.	5,819-6,08
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,00
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	8,00
	60 Tage	5,95
	90 Tage	5,90
Certificates of Deposit	1 Monat	5,90
	2 Monate	5,80
	3 Monate	5,78
	6 Monate	5,75
	12 Monate	5,85
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,48
	26 Wochen	5,47
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,04
	30 Jahre	7,51
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	24. Nov.	711,6 Mrd. $ (-0,8 Mrd.$)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	143,60	142,75
März	144,20	143,00

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	10.12.	9.12.
9¾ EEC 90	105,75	106
11½ dgl. 90	112	111,625
10¾ EIB 93	110,875	110,625
11 dgl. 91	114,125	114,125
11½ dgl. 90	115,25	115
11⅝ dgl. 95	122,875	124,125
12 dgl. 95	124,625	124,125
12½ dgl. 90	118,25	117,875
12⅝ dgl. 93	128,125	128,125
15 dgl. 96	170,5	170,5
10¾ Wld Bk 95	114,5	114,75
10⅜ dgl. 88	104,75	104,75
10⅞ dgl. 90	110,875	111,25
10¾ dgl. 93	117	115,375
11 dgl. 92	115,75	115,25
11¼ dgl. 88	108,75	108,75
11⅛ dgl. 90	114,375	114,375
11⅜ dgl. 89	109,25	109,25
11½ dgl. 90	115,5	115
12 dgl. 93	123,375	123,375
12⅛ dgl. 94	126,625	126,5
12⅞ dgl. 94	129	129

Euro-Yen

	10.12.	9.12.
6⅜ Al.Corp 91	102,625	102,375
6⅜ Al.Sign93	102,875	102,375
7⅜ ADB 94	109,875	109,75
7 Austria 95	107,625	107,5
7 BP 92	106,5	106,375
6⅝ Denmark 92	104,875	104,875
7 Denm.Bk. 92	105,875	105,875
7 Dow Chem.94	101,75	101,75
6⅝ EDF 95	106,875	106,75
6½ Eurofima95	103,375	103,25
6⅜ dgl. 92	103,375	103,25
6⅜ dgl. 93	103,375	103,125
7⅜ dgl. 94	106,125	106,125
6⅞ Fennia 92	105,25	105,125
6⅜ FinLExp90	104,375	104,375
6½ GMAC 90	102,625	102,625
7¼ Goodyear95	103,5	103,5
6½ dgl. 94	102,5	102,5
6⅜ ITT 92	103,625	103,625
6⅝ McDonal.92	103	103
6⅝ Montreal95	105,125	105,25
6⅞ NordLB 93	103,125	102,75
6 NIB 91	101,625	101,625
7 dgl. 92	107,125	107,125
5⅜ Norway 91	99,375	99,375
6⅛ Penney 92	103,375	103,25
6⅜ Procter 92	104	104
6⅜ Sallie 92	104,125	104,125

	10.12.	9.12.
6⅞ Sears 91	105	105,125
6⅜ Swed.Ex.91	102,875	102,625
7 TRW 94	102,125	102,375
6⅜ Ut.Tech.92	103,25	103,25
6⅜ W.Disn.96	103,125	103,125
6⅞ World Bk96	104,75	104,875
6⅜ dgl. 90	104	104
6⅜ dgl. 94	105,75	105,875
7 dgl. 94	108,125	108,25

Lux. Franc Bonds

	10.12.	9.12.
7 Amro 93	98,75	98,75
9¾ Asea 89	101	101
6⅜ Asea Dv87	99,75	99,75
10½ BFG Lux90	102,75	102,75
11 BNP 90	100,75	100,75
9 dgl. 93	106,5	106,5
10 Caca 90	105,5	105
10½ dgl. 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	103,5	103,5
8⅞ Conseil 95	104	104,75
12⅛ dgl. 92	101	101
8 Copiel 88	100,5	100
8¾ dgl. 89	100,75	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	100,5	100,5
7½ Den.Mtg 88	100	100
8⅞ EEC 95	105,75	104,75
8⅜ Euratom 87	102	103
10⅜ dgl. 96	109,5	109,5
11 dgl. 93	101,25	101,25
8⅞ Eurof. 89	101,5	101
9 dgl. 95	105	105
10 dgl. 91	104,5	105,75
10 dgl. 94	105,5	105,5
8 EIB 91	108	100
8⅜ dgl. 93	103,5	103,25
9½ dgl. 95	106,5	107
9⅜ dgl. 88	100,25	100,25
9⅜ dgl. 93	102,25	103,75
10⅛ dgl. 94	111	111
11½ dgl. 88	100	100
12⅛ dgl. 90	100,5	100,5
8⅜ Goodyear93	103	103
9⅜ Ind.B.F.95	104	104
9⅜ Hypo Bk.88	101	101
11 Krediet.93	105	105
7⅜ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	100,25	100,5
10 dgl. 90	103,25	103,25
11⅜ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅜ dgl. 87	100	100
8⅞ Met.Chem92	103	103
9 dgl. 95	106	105,5

	10.12.	9.12.
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 99	100	100
8½ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	104	105,25
10⅜ Paribas89	103,5	103,5
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅜ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100,25	100,5
9½ dgl. 92	105,5	105,5
10⅜ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	100	100
9⅜ Volvo 87	100,25	100,25
8 WorldBk. 96	103,25	103,25
9⅛ dgl. 90	103	103
10⅛ dgl. 89	100,5	100,5

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	10.12.	9.12.
8⅛ Cap Cty91	99	99
12⅞ dgl. 92	101	101
8⅜ CCA 91	99,5	99,5
11⅛ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅛ Oesb. P.94	99,5	99,5
8½ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	10.12.	9.12.
7⅛ Aegon 95	94,125	94
9½ ABN 92	–	–
9 ANA 95	105,75	105,625
9⅜ ANZ 92	107,25	107,25
10⅜ Austria95	111,25	111,25
10 BNDA 92	104,125	104,125
8⅛ B.d.Roma95	100,625	100,375
9 M.-Hope 92	105,75	105,625
9 Bk.Hels 96	100,25	100,25
7⅜ BNP 93	95,75	95,475
8⅜ dgl. 95	104,125	104,125
8⅜ Bay Vbk.88	101,25	101,25
8⅜ BFCE 93	102,25	102,375
9⅜ dgl. 92	108,25	108,25
9⅜ dgl. 95	107,375	107,25
9⅛ Bull 92	102,75	102,5
9⅜ CNT 92	108,375	108,5
9⅜ dgl. 95	107,375	107,75
8⅛ Cargill 95	103,5	103,5
10⅜ Caca 89	106,5	106,5
9 Chrysl 92	100	100
9⅛ dgl. 94	100,25	100,25
9 ClubMed 88	103,125	103,125
9 Colgate 91	101,625	101,625
9 Cap City 95	101,5	101,5
9⅛ CCF 95	105,125	105,125
9⅜ CrdNord 91	105,75	105,75

	10.12.	9.12.
6⅜ CrdLyon 92	94,125	94,125
8⅜ CrdNat 95	106,5	106,25
10⅜ dgl. 94	109,625	109,5
8⅜ Crdanst.94	104,75	104,25
9⅜ Creditо 92	105,125	105,125
7⅜ Denmark 96	98,25	98
7⅜ EDF 98	94	94
9 dgl. 97	105,375	105,375
7⅜ EEC 91	99,25	99,25
8⅞ EEC 93	105	104,75
8⅜ ELFAqu. 88	101,375	101,375
9 Ensa Gut 91	101,5	101,5
9⅛ dgl. 95	101,625	101,625
10 Euratom 97	106,75	106,75
7⅜ dgl. 96	97,375	96,875
9⅜ Eurofima93	104	104
7⅜ EIB 91	99,375	99
8⅜ dgl. 90	103,5	103,5
8½ dgl. 95	105,375	104,375
8⅜ dgl. 92	103,625	103,625
9⅛ dgl. 95	110,25	110,125
10½ dgl. 94	111,625	111,5
10⅛ dgl. 90	109,125	109,125
11⅛ dgl. 92	109,75	109,75
9 Eutelsat 93	102,75	102,75
6⅜ EDC 96	91,625	91,625
8⅜ Fiat 90	102,125	102,125
9 10OFinnl 95	101,625	101,5
8⅞ Ford C 93	105,875	104
7½ Gill 95	100,125	100,125
7 Giroz. 95	94,625	94,625
10⅛ dgl. 93	109,625	109,625
10 IADB 93	111,875	112
8⅞ IBM 90	103,75	103,875
6⅞ Iceland 96	–	–
9 Imatran 96	101,75	101,75
9⅜ Italia 89	104,125	104,25
10⅜ dgl. 92	110,125	110,125
9⅜ Kansall 92	–	–
9⅛ Kbffina 92	103,125	103,125
6⅜ KB/Ibl 95	90,5	90,5
10⅛ Magal 95	106,375	106,375
7 Merrill 90	97	97,625
8⅞ Mits Tr.75	102,75	102,625
9 MoelHen 91	104,75	104,5
8⅜ Morgan 90	102,875	102,75
8⅜ Motorola92	103,25	103,25
9 Nema 95	102,75	102,875
8⅛ N S Wal 93	103,75	103,75
9⅛ N Zeal 90	105,375	105,25
9⅜ N.Zeal 92	105,625	105,5
7½ Nissan 96	95	95
9 OkLbk. 89	103,625	103,5
8⅞ Olivetti93	–	–
8⅜ Parbel 89	101,75	107,625
10 Pechin 90	105,75	105,625

	10.12.	9.12.
9⅜ Peugeot 90	104,125	104
8⅜ Philoro 96	101,5	101,375
9 Philips 93	105,375	105,25
9⅜ Piba 92	105,875	105,875
10 Prvbk. 92	105,125	105,25
7⅛ Rabobk. 96	98,125	98
8⅜ Reynolds91	104	104
9 SAS 95	104,625	104,5
9 Sanwa 95	104,75	104,75
8⅜ Secpac 90	102,625	102,375
9 SNCI 95	104	104
8⅜ Sumitomo92	103,875	103,75
9⅛ dgl. 93	106,375	106,375
9 dgl. 95	105,625	105,625
6½ Schweden96	92,25	91,75
9 Unbk.Nor 95	105,125	105,25
8⅜ Vict. 90	104,625	104,5
8⅛ WorlD 94	104	104
9⅛ dgl. 95	104,75	104,625
8⅞ Washgt 98	102,75	102,625
9⅜ Westpac92	105,5	105,375
7⅛ Worldbk 97	99,875	99,75
8½ dgl. 95	104	103,875
8⅜ dgl. 93	104,875	104,625
9⅛ dgl. 92	107,25	107,125
10⅛ dgl. 89	107,375	107,375
10⅜ dgl. 94	108,625	108,625
11 dgl. 93	108,625	108,625
8⅛ Xerox 90	102,625	102,625

ECU-Tageswerte

	10.12.	9.12.
Dollar	1,03142	1,03437
Bfr	43,3352	43,7935
DM	2,08117	2,08115
Hfl	2,35605	2,35367
£	0,725806	0,727149
Dkr	7,86718	7,85915
FF	6,82861	6,82859
Lira	1443,78	1442,94
I-£	0,764585	0,764718
Sfr	1,74187	1,74035
öS	14,6555	14,6456
Peseta	140,438	140,519
Skr	7,10541	7,10349
Nkr	7,80014	7,7784
Kan-$	1,4273	1,42407
Esc	154,907	154,586
Fmr	5,10142	5,10256
Yen	168,87	167,882
Drachme	145,983	145,587

SZR-Wert

	10.12.	9.12.
Dollar	1,19928	1,20187
DM	2,42279	2,41576

Aktien schwankend

Weiterhin nur geringes Ordervolumen

DW. – Auf dem Aktienmarkt kam es zu keiner einheitlichen Tendenz. Das lag am geringen Auftragsvolumen. Um so ausgeprägter waren die Sonderbewegungen. Die Aktivitäten der Großanleger beschränkten sich auf Depotbegradigungen. Dazu gehören auch Gewinnmitnahmen.

Deutlich nachgegeben haben Warenhausaktien, die nach ihrem Anstieg in den letzten Wochen besonders unter Glattstellungen zu leiden haben. Um mehr als 50 DM wurden PKI-Aktien heraufgesetzt. Bei der PKI wird auch in den kommenden Jahren ein überdurchschnittliches Ertragswachstum erwartet. Befestigt hat sich Harpener. Dem neuen Schweizer Großaktionär wird eine finanzielle Potenz nachgesagt, die möglicherweise zum Erwerb weiterer Harpener-Aktien eingesetzt werden könnte. Erholt haben sich VW-Aktien. Die Erklärung des Vorstandes über die sich im vierten Quartal wieder bessernde Ertragslage löste vorsichtige Meinungskäufe aus. MAN-Aktien gerieten erneut unter Druck. Die vom Vorstand aufgezeigten Perspektiven wecken den Eindruck, daß MAN-Aktionäre noch weitere magere Jahre vor sich haben. Großchemieaktien gut gehalten. Schering und Henkel profitierten von Kaufaufträgen aus dem Ausland. Das Interesse für AEG-Aktien bestand fort. In Börsenkreisen überrascht das Volumen der vorliegenden Kauforder.

Nachbörse: gehalten

DW-Akt.Ind.: 280,45 (279,59)
DW-Ums.Ind.: 4251 (3676)
Adv.-decline-Zahl: 89 (90)
38-Tg-Linie: 275,60 (275,22)
200-Tg-Linie: 277,61 (277,59)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

	11.12.	10.12.
H Aach M Betl. 12,5	2180	2200
H Aach. M. Vers. 7	2000	2000
D Aach. Rück. 9	2451	2455
D Aseag *4	406	406G
M Ack-Gögg 8	161	162
H Adca 3	164	167,5
D Adler 12+16	275G	275G
F AEG 0	341	337
D AEG KABEL 9	415G	415
S Aesculap 9	390	390
F AGAB 5	166bB	169,5
D Agrippina *0	3350	3450
D dgl. Vz.	770	770
D Commerzb. 8	314	315
D Cobl. Reste*0 RM	13T	13,3G
D Conc Chem. 4,5	255T	260T
B Conc. Spinne * 0	707G	707bG
D Contigas 8	337	340
D Conti Gummi 5	357,5	366,1
D Dortm. St. 7,75	271G	272
D dgl. Vz. 14,75	390	390G
S Daimler 12+2,5	1257	1251
M Deckel AG 6	228	220
D Dt. Atl. Tel.10	806	800bBrt
D Dt. Babcock St. 3	206,5	210
D dgl. Vz. 3,5	195,5	194
F Dt. Bank 12	830	829,5

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Genußscheine

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Energy Res	14,25	14,375
...zo Expl.	6	6,125
...e Telecom	44	44
...n Alberta A'	6	6,125
...t Group	-	0,33
...od Petrol	1,95	1,8
...evelopment	29,75	29,875
... Inc.	-	17,5
... Oil	5,875	5,875
...e Properties	3,5	3,6
...om	-	20
... of Can	32,625	32,75
...n	86,625	86,5

Schw. Bankges.	3990	3985
Schw. Bankverein	570	568
Schw. Kredit. A. Inh.	3800	3810
Schw. Rückv. Inh.	19000	19000
Schw. Volksb. Inh.	2720	2725
Sika -B-	3850	3800
Gebr. Sulzer Part	595	560
Swissair	1530	1540
dgl. NA	1110	1120
Winterthur Inh.	7475	7400
Winterthur Part	1285	1265
Zur. Vers. Inh.	8600	8600
Index Schw. Bankv.	480,50	481,40

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Nach dem plötzlichen Rückgang um 1 Pfennig vorgestern abend behauptete sich der Dollar am 11. Dezember recht gut. Der Kurs stabilisierte sich zwischen 2,007 und 2,01. Nach der Notiz, die mit 2,0099 zustande kam, sorgte der Anstieg der Einzelhandelsumsätze in den USA um 0,5 Prozent für ein freundliches Klima. Der Kurs zog danach bis auf 2,018 an. Die meisten amtlich notierten Währungen folgten dem Kursrückgang des Dollar bis zur Notiz. Die Ölwährungen von Großbritannien und Norwegen fielen um 0,5 Prozent zurück. Einflüsse der Opec-Konferenz dürften angesichts stabiler Ölpreise kaum maßgebend gewesen sein. US-Dollar in: Amsterdam 2,275, Brüssel 41,82; Paris 6,5935, Mailand 1394,00; Wien 14,142; Zürich 1,6806, Ir. Pfund/DM 2,724; Pfund/Dollar 1,4244, Pfund/DM 2,843.

Devisen und Sorten

11.12.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[1]	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York[1]	5,50	2,0059	2,0139	2,033	1,96	2,06
London[2]	11,0	2,856	2,87	2,82	2,80	2,95
Dublin[2]	12,0	2,717	2,731	2,665	2,63	2,78
Montreal[1]	8,47	1,4538	1,4618	1,4448	1,40	1,50
Amsterd.	4,50	88,555	88,575	88,26	87,60	89,35
Zürich	4,00	119,49	119,69	119,60	118,25	121,00
Brüssel	8,00	4,796	4,816	4,724	4,67	4,85
Paris	9,50	30,415	30,575	30,15	29,60	31,25
Kopenh.	7,00	26,405	26,525	26,18	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,515	26,635	25,90	25,75	27,50
Stockh.	7,50	28,835	28,995	28,67	28,00	29,75
Mailand[3]**	12,0	1,4375	1,4475	1,4225	1,41	1,49
Wien	4,00	14,195	14,233	14,184	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,477	1,487	1,456	1,42	1,54
Lissabon**	14,5	1,336	1,356	1,31	0,95	1,56
Tokio	3,00	1,234	1,237	1,235	1,195	1,255
Helsinki	6,50	40,65	40,85	39,97	39,75	41,75
Belgrad* **	-	-	-	-	0,13	0,55
Budap.* **	-	-	-	-	2,15	3,45
Athen* **	20,5	1,396	1,452	-	0,85	1,60
Ankara* **	-	-	-	-	0,13	0,52
Sydney*	-	1,316	1,355	-	1,26	1,38
Johannbg.*	10,0	0,888	0,922	-	0,64	0,91
Hongkong*	-	25,64	25,92	-	23,80	29,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten ... 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet. Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

Schuß auf Hollein

dg. – Bauen in Berlin – das ist seit einigen Jahren kein besonders ruhmvolles Kapitel. Auch die IBA, die bevorstehende Internationale Bauausstellung, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die alte deutsche Reichshauptstadt heute schwertut mit großen Bauaufgaben. Die IBA selbst legt dafür Zeugnis ab – sie mußte wegen Streitereien, Verzögerungen und ärgerlichen Abstrichen geteilt werden in ein Berichtsjahr 1984 und ein Realisierungsjahr 1987.

Fast jede einigermaßen großzügige Lösung wurde torpediert. Jetzt droht dieses Schicksal auch noch dem in der Fachwelt weitbeachteten Entwurf des Wieners Hans Hollein für das neue Kulturforum an der Philharmonie. Wie man hört, sind die Fraktionen der Koalitionsregierung auch zwei Jahre nach der Senatsentscheidung für Hollein noch nicht „einig", ob sie seine Pläne in Auftrag geben wollen. Der Anschluß an die IBA ist ohnehin längst verpaßt.

Die Gegner wollen partout die alten Pläne Hans Scharouns für die Platzbebauung verwirklichen und bombardieren Holleins Entwurf mit Totschlagvokabeln: „Nazi-Kolonnaden", „Aufmarschplätze" und ähnliche perfide Assoziationen werden ganz gezielt gestreut. In Bonn geht eine Abgeordnete bei der Presse hausieren, um eine Kampagne für Scharoun zu inszenieren (ihr Bruder will als selbsternannter „Erbe" des großen Architekten die alten Pläne realisieren).

Das Szenario sollte die Berliner Abgeordneten hellhörig machen. Mit genau denselben Vokabeln und Drahtziehereien wurde in der Vergangenheit gegen den inzwischen international gefeierten Stirling-Bau der Stuttgarter Staatsgalerie polemisiert, desgleichen gegen die Entwürfe für eine Paulsplatzbebauung in Frankfurt sowie gegen die Staatskanzlei in München. Nur in Frankfurt ließen sich die Politiker (bisher) düpieren. Ihr Beispiel ist nicht der Nachahmung wert.

Berlin: Androgynität in der Bildenden Kunst

Zurück zum Zwitter!

Das Suchen nach der Einheit in schicksalhafter Gespaltenheit hat eine (wie auch immer fragwürdige) erregende, geistige, besser intellektuell-„elektrische" Kraft, die Dynamik aller künstlichen Kraftgeneratoren", hieß es bei Gustav René Hocke zu den „Hermaphroditen". Gerade diese intellektuell-elektrische Kraft vermißt man bei einer Ausstellung an allen Ecken, die eine manische Suche nach allem Androgynen, die Aufzählung aller möglichen Erscheinungsformen jener „Einheit von Männlichem und Weiblichem in einem Wesen", zum Vermittlungs-Prinzip gewählt hat. Hockes Manierismus-Werk fehlt bezeichnenderweise im Literaturverzeichnis dieser Veranstaltung, die Ursula Prinz für den Neuen Berliner Kunstverein in der Akademie der Künste inszeniert hat.

Nicht ganz zufällig haben die Veranstalter die „Aktualität" dieser Ausstellung ausdrücklich betont – dies mit Hinweisen auf Illustrierten-Artikel und Mode-Trends à la „Unisex". Es ist aber gerade die Aktualität, der sich diese Schau vorsätzlich verschließt. Das „Leben" bleibt draußen.

Typischerweise war dem Sachbearbeiter der Renaissance der Name Mick Jagger unbekannt. Auch wenn sich das androgyne Mode-Ideal während der Ausstellungsvorbereitungen schon wieder etwas verflüchtigt hat – die weiten Bereiche der Werbung und die androgynen Jugendidole der Gegenwart hätten unbedingt in eine solche Unternehmung einbezogen werden müssen. Gestalten wie Jagger, Grace Jones, Boy George, David Bowie, Prince und unzählige andere Stars des Pop-Betriebs sind geradezu Gebrauchsartikel im Freizeitbereich geworden und haben die Modebedürfnisse und Lebensgewohnheiten Jugendlicher stimuliert. So bleibt es bei der reinen Kunst-Ausstellung.

Zeus war ja schuld. Weil ihm die „Urmenschen", die „männlich" und „weiblich" zugleich waren, zu mächtig wurden, hat er sie in zwei Hälften zerschnitten. Und seitdem streben die Menschen nun, als hätten sie keine andere Sorge, danach, den anderen Teil ihres verlorenen Selbst zurückzugewinnen.

Wie aber die platonische Überlieferung immer nur eine Grundlage dieser kulturhistorischen Anstrengung sein konnte, so hängt ihr auch der Untertitel „Sehnsucht nach Vollkommenheit", als schwerer Stein am Fuß. Hat doch einst Mirabeau geseufzt: „Eine Frau erscheint uns liebenswert. Wir halten sie für jene Hälfte, mit der wir einst ein Ganzes gebildet haben. Das Herz sagt: Das ist sie. Aber bei der Probe – ach, wie häufig ist sie es nicht." Der Seufzer der Ausstellungsmacherin klingt trivialer: „Es ist manchmal nicht leicht, die verschiedenen Sehweisen des Androgynen voneinander zu unterscheiden und zu verstehen." Wie wahr!

Zunächst gelingen durchaus eindrucksvolle Abteilungen. Die Alchemie, der das Androgyne als Symbol für die unverteilte Urnatur diente, und auch die Renaissance, die den weicheren Formen „weibliche" Ideale andeuten mochte, gehören hier zu den Höhepunkten, auch wenn manches nur grafisch und aus zweiter Hand gezeigt werden kann. Mona Lisa läßt sich stellvertreten. Das Gewimmel geschlechtsloser Engel, Hermaphroditen, sexuell variabler antiker Götter, vermischter Christusgestalten, Mannweiber wie Jeanne d'Arc oder effeminierter Herrscher wird aber schließlich verwirrend.

Beim Surrealismus, bei einer sich in der sexuellen Vereinigung von Mann und Frau erfüllenden Androgynität, ist noch ein verbindlicher, allgemeinerer Bezug erkennbar. Mehr und mehr wird die „Mischform" aber nur noch punktuell aufgespürt, zum Teil freilich in exquisiten Ausstellungsstücken. Aber das Thema gerät aus den Fugen. Die „Sehnsucht nach Vollkommenheit" wird zu einer „Sehnsucht nach Vollständigkeit". Man bleibt in einem Potpourri androgyner und mehr noch androgynlicher Erscheinungen hängen. Es gelingt nicht, die Kunstwerke sich selbst und wechselseitig erklären zu lassen.

Selbst Bilder ohne ausdrückliche Geschlechtsspezifika wie die typischen Jawlensky-Gesichter grüßen hier, ganz sehnsuchtslos, hinüber zu den außereuropäischen Exponaten, den Nil-Göttern, Bodhisattven und „weiblichen" Christusfiguren aus Afrika. Gauguin und Picabia, Khnopff, Bellmer, Gloedens fotografisch antikisierende Knaben-Inszenierungen und die eher komischen Zeichnungen Pierre Klossowskis – ein Gemisch aus Kunst, Kitsch und Klischees, in denen Androgynes oft mehr behauptet und vermutet als belegt werden kann.

Vollends ins Unverbindliche ist die Schau dann im Bereich der aktuellen Kunst abgeglitten; da mischen sich Arbeiten prominenter und befreundeter Künstler recht zufällig, teils auch eigens angefertigte Werke. Wo denn die schicksalhafte Gespaltenheit, die Sehnsucht nach Vollkommenheit in den schwülen Posenspielen von Salomé & Castelli stecken mag, ist den Veranstaltern wohl selbst nicht ganz deutlich. Rebecca Horn, die mit einer aufwendigen „Mal-Maschine" vertreten ist, sei, wird hier betulich attestiert, „wohl sehr klug und liebenswürdig" ans Werk gegangen. Und Dieter Appelt wird erkenntnisreich nachgewiesen: „Der Spiegel gibt unser Bild auf spiegelverkehrte Weise wider (!)".

Wo so über weite Strecken intellektuelle Schärfe gleichermaßen abhanden kommt, wie spielerischer Umgang mit dem Thema allenfalls mühsam versucht wird, verblüfft eine Installation von Jacob Mattner, die beides frappierend erkennen läßt: Zwei gleichförmige Spiegel projizieren einmal eine Kreisfläche, einmal eine Ellipse. Kein Busen, kein Phallus und doch „Androgynität" in nuce. Potz Zeus! (Bis 4. Jan., Hannover: 7. 2. bis 12. 4., Kat. 39,80 Mark)

PETER HANS GÖPFERT



Sehnsucht nach Vollkommenheit? „Der Mann der Straße" (1940) von Paul Delvaux, aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

„Knab! lerne klug seyn" – München präsentiert 400 Kinder- und Bilderbücher aus vier Jahrhunderten

Die Hexe aus dem Widiwondelwald

Draußen an der Elbe vor Münchens Villa Stuck, wo der Jugendstil-Fan höchstens eine verwundete Amazone, einen schlafenden Faun oder eine trunkene Kentaurin vermuten dürfte, hält sich seit Tagen eine hölzernde Hexe versteckt. Sie stammt aus dem „Widiwondelwald" von 1924, einem Bilderbuch aus bunten Dreiecken, und scheucht überlebensgroß die Ausstellungsbesucher in die abenteuerlich-lehrreich unterhaltende Bilderwelt von vierhundertvierzehn Kinderbüchern aus vier Jahrhunderten.

Das geht ja gut an, könnten die von der Veranstalterin Amélie Ziersch im Katalog extra begrüßten jüngeren Leute denken, wenn sie den ersten Satz lesen im ältesten Bilderbuch, dem „Orbis Sensualium Pictus" von 1658 des Comenius: „Knab! lerne klug seyn!" Nichts Geringeres als Selbstbewältigung wird dem Knaben mit vielen kleinen Holzschnittchen beigebracht.

Und bestimmt klug wird er aus knappen Aufklärungs-Texten wie dem über den Menschen: „Die Brust ist vornen, an jeder haben die Weibsbilder zwo Dutten (Brüste) mit Warzen (Zitzen) ... unter dem Nabel der Schmerbauch und die Scham und am Hintern die Arsbacken".

Vor einer anderen Vitrine wird man zum Lateinschüler von 1685. „Mit etlich tausend darzu dienlichen Bildern gezieret", illustriert ein „Teutsch-lateinisches Wörterbüchlein" jeden Begriff, wobei auf winziger Fläche minimalste Unterschiede dargestellt sind, etwa zwischen aus-, ent-, hinüber-, rück- und zusammenführen.

Den Ehrgeiz, Kindern „Die Welt in einer Nuß" vorzuführen, hat noch 1720 Johann Peter Voit. Seine „besondere und ganz leichte Art" besteht in einem Zeitraffer-Stil, der eine ganze Epoche in vier Zeilen erledigt: „Der heil'ge Krieg entschieden, bringt für Carthago Frieden, biß diese Stadt gebrochen und Caesar wurd erstochen".

Nach so viel braver Aufklärung, die sich bis in die putzigen Biedermeier-Büchlein erstreckt, trägt Heinrich Hoffmanns „Struwwelpeter" 1845 die Revolution in die Kinderzimmer. Die Schaukästen schwelgen hier in den Folgen bis zur lateinischen Fassung von 1938: „Olim erat Casparus ..." Ausstellungsführer Hans Ries nennt auch das entscheidend Neue: Es wird nicht nach Kunst geschielt.

Hoffmann selber „mußte den Zeichner täglich überwachen, daß er meine Dilettantengestalten nicht etwa künstlerisch verbesserte und das Ideale hineingerieth..." (Daß die Struwwelpeter-Gesellschaft heute in Meyers Enzyklopädischem Lexikon als „repressiv" geführt wird, verdirbt der Schau keineswegs die gute Laune). 20 Jahre später nutznießen Max und Moritz schon mit gemeingefährlichen Streichen von der fröhlichen Lockerung alter Bilderbuchsitten.



Amüsante Abenteuer fürs Kinderzimmer: „Rübezahl", Bildschmuck von Robert Engels (1907), aus der Münchener Ausstellung „Bilderbuchgedanken – Begleiter der Kindheit" FOTO: KATALOG

Ohne nach Parallelen zur Hochkunst zu schielen, registriert Hans Riehl als erstes Jugendstil-Bilderbuch das rabenschwarze „Hänseken" der Brüder Frank und Armin Wedekind von 1896. Großstadt-Szenen tauchen um 1900 auf, mit je einem Auto, einer Kutsche, einem Reiter und einem Schutzmann zu Pferd, der eine Mutter mit Kind durch diese Fährnisse geleitet.

Bismarck dringt ins Kinderzimmer vor und zieht die Jacke aus, um den Rheintöchtern die Kaiserkrone zu entwinden. „Ja, lach du nur, jauchz' nur, daß keiner vergißt, daß du ein tapferes Kriegskind bist", tönt's 1918 aus einem der gar nicht so vielen Kinder-Ertüchtigungsbücher.

Und dann kommt ein extravaganter Schwung der zwanziger Jahre auf: Lissitzkys „Märchen von den zwei Quadraten", die typographischen Spielereien von Kurt Schwitters, ohne freilich die liebe Blumenkinderwelt etwa der Sibylle von Olfers zu verdrängen. Skurrile Spielfibeln sind des Abc-Schützen Freud, etwa das Märchen mit den vertauschten Vokalen: „As wer aumel aun klaunas Medchan..." Ringelnatz erzählt mit einem gezeichneten Ei in jedem Wort die Geschichte vom „Frackverleiher Heinrich Ostermeier"...

Doch nach 1933 hört die Gemütlichkeit auf. „Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid", heißt das ausnehmend fürchterliche Kinderbuch von 1936, das die Graphikstudentin Elvira Bauer für ihren Gönner, den Gauleiter Streicher, zeichnete und schrieb. Hitler-Märchen beginnen mit: „Es war einmal ein Junge ...", und in nach wie vor idyllischen Illustrationen erscheinen Hakenkreuzfahnen, Pimpf-Uniformen – meistens nur realistisch gemeint und so selbstverständlich gesehen wie der Galgenberg in Landschaften des Mittelalters.

Nicht nur dem Arrangement der Ausstellung nach könnte Antisemitismus im Kinderbuch eine Ausnahme gewesen sein. Wie sich überhaupt die genormte Vorstellung von einer NS-Kinderzimmer-Propaganda auf weniger Belege zu stützen scheint, als bisher angenommen. Ein neues Literaturverzeichnis von 45 einschlägigen Arbeiten verrät vor allem das Interesse für alte Kinderbücher. Die Produktion vor 50 Jahren kommt merkwürdigerweise in der Forschung zu kurz.

Mit einem kasperlhaften „Seid Ihr alle da?" endet im Jahre 1948 die wunderliche Beschwörung vergangener Kinderwelten. Aus Horst Janssens so betiteltem Bilderbuch glotzt die Hexe Wunderkraut, als wär seit Märchengedenken nichts passiert, den Besucher an.

Und wenn der wieder an der Hexe draußen vorbei muß, hat er so unrecht nicht, wenn er meint, die Villa Stuck sei (bis 1. März) höchst anschaulich so gut wie verhext. (Katalog 28 Mark)

ARMIN EICHHOLZ

Die Partei ist stets dabei: Moskauer Theaterreform

„Keine bloßen Scherze"

Nein, eine Revolution fand nicht statt. So theatralisch wie die Filmschaffenden, die im Sommer auf ihrem Kongreß eine richtige Palastrevolte veranstalteten, geben sich die sowjetischen Bühnenschaffenden nicht. Zwei Tage lang diskutierten die 800 Delegierten in Moskau auf ihrer Jahrestagung. Das Ergebnis bleibt überraschend mager. Von der von vielen erwarteten Theaterreform kann nicht gesprochen werden, an sich nicht einmal von einem Reförmchen.

Zwar soll im Januar 1987 ein sogenanntes „Komplex-Experiment" beginnen, das vom Kulturministerium ausgearbeitet wurde, mit dem in auserwählten Theatern – auch in der Provinz – „Neuerungen erprobt werden". Doch um keine falschen Hoffnungen aufkeimen zu lassen, wurde gleich verkündet: Der „Erneuerungsprozeß" im sowjetischen Theaterleben „steht unter der Führung der Partei"; die hockt also weiterhin im Souffleurkasten.

Immerhin gelang es der in Moskau versammelten Mehrheit der Delegierten, den vom Vorstand vorgelegten Satzungsentwurf zunächst einmal zurückzustellen. Auf dem kommenden Kongreß im nächsten Jahr soll erneut ein Statut vorgelegt werden, in dem „alle kritischen Gedanken und Anregungen eingebracht" werden sollen.

Ziel des Experiments, das nun im kommenden Jahr in Kraft tritt – es gilt vorläufig für zwei Jahre –, ist es, „mit ideologisch-künstlerischem Gehalt der Aufführungen die Zahl der Theaterbesucher zu steigern". Häufig spielt man nämlich auch in der UdSSR in halbleeren oder nur viertelvollen Häusern. Dem angekündigten Experiment geht bereits seit zehn Jahren eine Art Vorexperiment voraus, über dessen Ergebnis unlängst Alexander Scharow, Chef der Theaterverwaltung im Kulturministerium, berichtete. Danach müssen sich alle Schauspieler – ausgenommen Helden der sozialistischen Arbeit, Leninpreisträger oder Volksschauspieler – alle fünf Jahre einer Prüfung unterziehen.

Man will so dem „künstlerischen Nachwuchs" eine Chance geben. Sogenannte künstlerische Räte im Verein mit „Repräsentanten der Öffentlichkeit" entscheiden, inwieweit der Prüfling über „schöpferische Fähigkeiten" verfügt. Angeblich habe sich seit diesen Prüfungen im Fünfjahresrhythmus die „produktive Atmosphäre" gebessert. Für die 70 der insgesamt 630 sowjetischen Bühnen aus den acht Sowjetrepubliken, die an der Reform teilnehmen, soll der staatliche Einfluß verringert werden.

Die Schauspieler wählen danach zusammen mit der Theaterleitung und den „künstlerischen Räten" das Stück. Entscheidende Neuerungen sind die materiellen „Reize" für Autoren, Regisseure und Schauspieler. Die Gehälter sind nicht mehr festgesetzt, sondern die Bezüge werden je nach Verdienst des Theaters aufgestockt – bis zu 50 Prozent. Auch dürfen die Bühnen die staatlichen Zuschüsse, die bis Saisonende nicht verwendet werden, behalten und zu einem späteren Zeitpunkt einsetzen.

Ein Delegierter formulierte das so: „Die Meister der Bühne sollten lernen, wie Staatsmänner zu arbeiten, während die Funktionäre des Kulturministeriums inneren Respekt entwickeln sollten." Wie man sich künftig den „Erneuerungsprozeß" im Sowjet-Theater denkt, hat bereits Ideologiechef Jegor Ligatschow formuliert. Er erläuterte vor Theaterleuten und Kulturfunktionären, daß nach Vorstellung der Partei das Theaterleben „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit widerspiegeln" solle. In „Umbruchzeiten" komme es vor allem darauf an, daß das Theater „die Gestalt des Kämpfers für das Neue und gegen das Überlebte" auf die Bühne bringe. Eine Umschreibung der alten Forderung der Kunstdoktrin des sozialistischen Realismus nach „positiven" Helden.

Aktiver müßten sich die Theater, laut Ligatschow, auch der Darstellung der „sowjetischen Lebensweise" widmen und „mehr Angriffsgeist im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie" an den Tag legen. Der Ideologiechef kritisierte die „passive Haltung" der Theater in der sowjetischen Kampagne gegen die Trunksucht. Manche Theater, so Ligatschow, wollten es bei „einigen Scherzen und Redensarten bewenden lassen".

Zum Vorsitzenden der Bühnenschaffenden wurde auf der Moskauer Tagung der populäre Leningrader Schauspieler Kyrill Lawrow (51) gewählt, bekannt besonders durch seine Lenin-Verkörperungen. Generalsekretär wurde Oleg Jefremow (59), Oberspielleiter des Moskauer Künstlertheaters.

Der neue Vorsitzende beschwor die Anwesenden am Schluß der Tagung, der Verband garantiere die volle Verantwortung des Theaters, „gemeinsam mit und neben den Kulturorganen unter Führung der Partei". Das sieht nicht nach anbrechender Morgenröte aus.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Bologna: „La Traviata" unter Riccardo Chailly

Da klirren die Tassen

Seit wann eigentlich ist es selbst in Italien schwer, Verdis „La Traviata" aufzuführen? Früher gehörte das Werk beinahe mühelos dem Weltrepertoire an. Jedes Opernhaus spielte es ausdauernd und geradezu blindlings ohne Schwierigkeiten. Heute beginnen sie schon damit, daß offenbar selbst in Italien kaum eine Sängerin mehr den ersten Akt zutreffend singen kann: leichtstimmig, jubelnd, aus glücklicher Kehle.

Auch die junge, erst 22jährige Fiamma Izzo d'Amico, die sich in Salzburg unter Karajan einen Namen machte, kann es nicht. Sie singt in Bologna unter Riccardo Chailly eher schwerstimmig, mit schrill in die Höhe gewuchteter Stimme. Vielleicht leidet sie am Premierenabend an Nervosität oder Lampenfieber. Wer weiß? Doch ist der Eindruck, den sie macht, zu Beginn eher schmerzlich.

Vom zweiten Akt an macht ihr dann die Aufführung keine Mühe. Doch von tieferem Rollenverständnis kann bei der jungen Sängerin noch keine Rede sein. Wozu aber ist ein „maestro concertatore" eigentlich da, wenn nicht dazu, seine Sänger das Beste zu lehren. Der brave Mann am Pult denkt an sich selbst zuletzt.

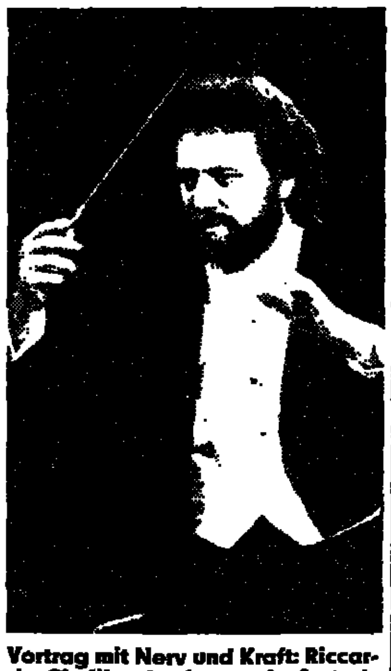
Nicht so Chailly. Er versucht, mit aufgekrempelten Ärmeln das Orchester zu animieren. Er ist unüberhörbar der Star des Abends. Wenn jener Dirigent der beste ist, der in einer rundum vortrefflichen Aufführung am wenigsten in Erscheinung tritt, dann zählt Chailly noch nicht in die höchste Kategorie. Das intimste aller Verdi-Stücke peischt er hoch, daß die Tassen klirren in Violettas Vitrine.

Natürlich hat sein Vortrag Nerv und Kraft, aber auch Lautheit und Brutalität. Das Bologneser Orchester spielt längst nicht so geschmeidig und tonschön, so anpassungsfroh, wie es müßte, um Chaillys Radikalkonzept hochwogender Dramatik erfüllen zu können. Es trumpft auf, es brüllt, es attackiert. Es verwechselt Lautstärke mit Spannung und Intensität. Damit kann Chailly einstweilen noch nicht dienen.

Dabei ist „La Traviata" ein musikdramatisches Wunder, die perfekte Oper schlechthin. Mit den ersten Takten des Vorspiels gleich baut sie sich schimmernd und schwärmerisch auf, bei geschlossenem Vorhang. Jean Marie Simon zieht ihn sofort in die Höhe, überflüssigerweise, denn so viel fällt ihm in seiner Inszenierung nicht ein, daß Eile vonnöten wäre.

Dabei hat Fabio Palamidese ein schönes Einheitsbühnenbild hingebaut, gläsern, durchsichtig, zerbrechlich, von Amouretten überspielt die spiegelnden Wände. Aber nur, wenn die Lebemänner und Kokotten in Floras Salon sich kostümiert verlustieren, beginnt Simons Inszenierung zeitweilig zu sprühen. Das Vergnügen tanzt ausgelassen bei ihm auf dem Tisch.

In Neil Wilson hat die Aufführung einen Tenor zur Verfügung, der sich vom Bariton in die höhere Lage gerade erst hinaufgekämpft zu haben scheint. Er singt mit Geschmack, doch den hellen Glanz des Überschwangs, der frischen Verliebtheit bleibt er der Partie einstweilen noch



Vortrag mit Nerv und Kraft: Riccardo Chailly, der jetzt sein Amt als Chefdirigent der Bologneser Oper angetreten hat FOTO: RÖHNER

schuldig. Paolo Coni als alter Germont hat einen viel zu jungen, frischen Bariton einzusetzen, um in der Väterpartie glaubhaft zu sein. Doch singt er im Verein mit Izzo d'Amico die Höhepunkte der Aufführung herbei, die ihren stärksten Trumpf immer dann ausspielt, wenn der Chor zu singen beginnt. Der ist von Fulvio Angius vortrefflich studiert, besitzt Schlagkraft und musikalisches Verständnis. Auf ihn wird sich Chailly, der als Chefdirigent das Bologneser Teatro Comunale leitet, bei seiner weiteren Aufbauarbeit am stärksten stützen können. Kein Wunder: Chailly zieht den Chor noch zu Weihnachten für eine groß besetzte Aufführung von Rossinis „Kleiner Messe" heran.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Berlin wird Treffpunkt für europäische Künstler

dpa, Berlin

Unter dem Motto „Ort des Neuen" sollen sich 1988 Künstler aus ganz Europa in Berlin treffen, ihre Arbeiten vorstellen und miteinander diskutieren. Dieses Leitmotiv nannte Kultursenator Volker Hassemer (CDU) für das Jahr, in dem Berlin von der EG als „Kulturstadt Europas" benannt wurde. In dem Programm, für das etwa 40 Millionen Mark bereitgestellt werden sollen, ist u. a. eine umfassende Ausstellung über das Lebenswerk von Joseph Beuys vorgesehen. In der Musik wird ein Zyklus großer europäischer Orchester mit dem Hauptwerk von Brahms und Schönberg gestartet. Ein großer Schriftsteller-Kongreß soll Autoren aus Ost und West zusammenführen. Spektakulärstes Beitrag ist ein Dante-Projekt auf dem Großen Wannsee.

Deutscher Auktionsrekord für Chagall-Gemälde

dpa, Köln

Ein Gemälde von Marc Chagall ist im Kölner Kunsthaus Lempertz für 1,4 Millionen Mark unter den Hammer gekommen. Das 1957 entstandene Bild mit dem Titel „Die Liebenden von Vence" war auf 900 000 bis eine Million Mark taxiert worden. Das 73 × 100 Zentimeter große Werk stammt aus der Sammlung des im Januar 1986 in Garmisch-Partenkirchen verstorbenen Saarbrückener Fabrikanten Hans Schröder. Dr. Reiner Schütte vom Kunsthaus Lempertz erklärte nach der Versteigerung, das Ergebnis für das von einem deutschen Privatsammler ersteigerte Chagall-Bild stelle einen neuen deutschen Auktionsrekord dar.

Internationaler Kongreß: Design der Zukunft

DW. Kassel

Von Zukunftsperspektiven handelt ein Kongreß, der heute und morgen in Kassel stattfindet. Auf Einladung des Internationalen Design Zentrums Berlin sprechen und diskutieren Wissenschaftler, Architekten und Journalisten über das Thema „Design der Zukunft – wie stellt es sich in unseren Köpfen dar?". Dabei spielen Fragen des Designs nur am Rande eine Rolle. Die eigentlichen Problemkreise sind Energie, Naturschutz, Information, Stadtentwicklung, Konsumverhalten.

Morgen in der GEISTIGEN WELT

„Nicht der Hirsch, sondern die Kohlekraft frißt den Wald". Wie man unsere Forsten retten und dauerhaft sanieren kann. Von Rolf Zundel.

*

„Wo die Mafia kaum einen Fuß auf den Boden kriegt". In Syrakus – Auf der Suche nach dem alten Groß-Griechenland. Von Hans Dieter Stöver.

*

„Am Ende zählte nur Deutschland". Hellmut Diwald bespricht Wolfgang Venohrs Biographie über den Patrioten und Republikaner Claus Schenk von Stauffenberg.

Romantische Maler auf dem Mittelrhein

E. N. Bonn

„Romantischer Mittelrhein" heißt eine Ausstellung von Ölbildern und Aquarellen ausschließlich englischer Maler des vorigen Jahrhunderts und ausschließlich aus Privatbesitz, die in der Bonner Landesvertretung von Rheinland-Pfalz nur für eine Woche bis zum 17. Dezember zu sehen ist: Die Eigentümer wollen ihre Schätze nicht länger hergeben. Die meisten Bilder hat der Koblenzer Kunsthändler Bernd Hardy in den letzten 20 Jahren in England aufgespürt, wo die Preise zum Beispiel für George Clarkson Stanfield (1828–1878) dramatisch stiegen, so daß in Deutschland die öffentliche Hand nicht mehr mithalten konnte.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein Stück von „taubengleicher Sanftmut und ausgesprochener Arglosigkeit" nannte Dostojewski seine Novelle „Onkelchens Traum", in der ein greiser Fürst mit viel List zur Heirat eines hübschen Mädchens gezwungen werden soll. Als besser schätzte der selbstkritische Dichter den satirischen Roman „Das Gut Stepantschikowo und seine Besucher" ein, den zunächst niemand drucken wollte und den Thomas Mann für einen Geniestreich hielt. Das mehr sentimentale als sozialkritische Werk „Die Erniedrigten und Beleidigten" schrieb Dostojewski nach seiner Rückkehr aus der sibirischen Verbannung, in der er von 1849 bis 1851 lebte. Die drei Frühwerke sind jetzt in einer Dünndruck-Edition gekoppelt worden.no

Fjodor M. Dostojewski: „Onkelchens Traum. Drei Romane". Serie Piper, 1012 Seiten, 24,80 Mark.

Wie ernst meint es Paris mit dem Deutschen?

Engländer geben ein Beispiel: Sprachunterricht für Soldaten

ELISABETH RUGE, Paris

„Warum nicht Deutschunterricht in französischen Kasernen", fragte Opernchef Liebermann, als im deutschen Fernsehen heiß darüber diskutiert wurde, daß trotz aller hehren deutsch-französischen Kulturgipfel das Wichtigste, nämlich das Interesse an der Sprache des anderen Landes, auf beiden Seiten erlahmt sei: „Wenn alle französischen Soldaten, die jährlich in der Bundesrepublik stationiert sind – 35 000 und mehr – konsequent Deutsch lernen und als Multiplikatoren nach Hause zurückgehen, hat sich die Zahl der Deutschsprechenden in Frankreich nach ein paar Jahren automatisch vervielfacht."

Das französische Erziehungsministerium, von diesem Vorschlag aufgeschreckt, beeilte sich, Zahlen vorzulegen. Sie bestätigen freilich die betrübliche Tendenz: Nur 14 Prozent der Schüler wählen bei Eintritt in die Sekundarstufe der öffentlichen Schulen Deutsch als erste Fremdsprache. In Privatschulen gar nur 7,2 Prozent. Demgegenüber wurde Englisch von 83,3 Prozent bzw. 91,5 Prozent gewählt. „Das ist eine Frage des bequemsten Weges", sagt mir eine Germanistin im Erziehungsministerium, „die meisten glauben, mit einem Wortschatz von 800 Vokabeln steht ihnen die Welt offen." Deutsch findet erst nach Spanisch und Italienisch die Gunst der Schüler, vor allem wegen der schwereren Grammatik.

In französischen Germanistenkreisen herrscht Unruhe; die Lehrer fürchten eher einen Abbau als einen Zuwachs an Deutschstunden, nachdem Erziehungsminister Monory seinen Plan vorgelegt hat, die Wochenstunden an den Schulen drastisch zu kürzen.

Bei der Rheinarmee 19 Sprachzentren

„Wäre nicht die Möglichkeit, ein Jahr als Deutschlehrer(in) in die französischen Kasernen zu gehen, eine neue Perspektive und Motivation für den Germanistennachwuchs?" frage ich. „Außerdem: Den französischen Soldaten kann nur recht sein, was den englischen billig ist."

Bei der britischen Rheinarmee wird in 19 Sprachzentren Deutsch gebüffelt. Bis zu 4000 Soldaten und 2000 Zivilisten im Jahr machen von einem speziellen Ausbildungsangebot Gebrauch: 30 Wochenstunden Einführungskurs. Nach weiteren sechs Wochen Kolloquialprüfung. Danach können die Soldaten sich leidlich unterhalten. Doch das Ziel ist höher: Lehrerprüfung. Wertvolles Rüstzeug bei der Rückkehr in die Heimat. Die britischen Streitkräfte lassen sich diesen Ausbildungszuschuß einige Millionen Mark im Jahr kosten.

Im Hause Monory stoße ich auf Skepsis und gespitzte Bleistifte: Für 35 000 Soldaten, wird mir schnell vorgerechnet, müßten bei Kursen à 30 Schüler 1000 Lehrer freigestellt werden, die dann an anderer Stelle fehlen würden. Dazu: Umzugskosten, Auslandsspesen – Fragen des Budgets. Darüber müßte man zusammen mit dem Verteidigungsministerium nachdenken, heißt es in Paris.

„Die Rechnung mit den französischen Rekruten geht so nicht auf", sagt mir ein enger Mitarbeiter von Verteidigungsminister Giraud. „Wir gehen davon aus, daß hauptsächlich Offiziere Neigung und Interesse zum Deutschlernen mitbringen, an die 5000 Mann vielleicht. Wir sind gerade aufgefordert worden, Vorschläge zu machen."

Deutsche Lehrer in französischen Kasernen?

„Es fehlt an ausreichender Motivation", sagt mir eine französische Schulinspektorin für Deutschunterricht, die im ganzen Land herumkommt. „Wer nicht vom Elternhaus oder engagierten Lehrern bewußt an die Sprache Goethes herangeführt wird, findet zum Beispiel im ‚Schaufenster der Bundesrepublik' – den Goethe-Instituten – ein Bild, das wenig Anreiz bietet: Themen wie Umweltverschmutzung, Fischsterben, Pessimismus und Zukunftsangst – daneben Wallraff, Böll und Grass; das ist nicht mehr die Vorstellung, die Franzosen von der einstigen Kulturgröße Deutschlands haben. Viele hält das vom Deutschlernen ab."

Informationskampagnen wären nötig, meint die französische Inspektorin. Und erfolgversprechend, wie die Initiative des Pariser und Düsseldorfer Kultusministeriums „Austausch von Grundschullehrern" gezeigt hat: Beide Seiten sprechen vom „vollen Erfolg": Die Kinder sind begeistert, sie wollen bei der Sprache bleiben, und die Lehrer wollen ihre Verträge verlängern. Und damit wären wir wieder bei den Soldaten.

Um das Organisationsproblem zu erleichtern, wären ja vielleicht auch deutsche Lehrer bzw. Lehrerinnen in französischen Kasernen denkbar. Lokalkräfte sind bekanntlich „kostendämpfende" Faktoren. Außerdem könnten sie dazu beitragen, die französischen Soldaten aus ihrer vielerorts beklagten Isolation herauszubringen. Und schließlich: Schicksalsgemeinschaften im engsten Sinne des Wortes sind so selten gar nicht: Allein in Berlin führten seit 1945 an die 10 000 französische Soldaten deutsche Mädchen zum Traualtar.





Die 1987er Kollektion der Lufthansa: Designer Jürgen Weiss setzt auf die klassisch-sportliche Linie ohne kurzlebige Details. Beim Service in den 30er Jahren trugen die Flugbegleiterinnen noch Schlips und ein weißes Jackett. Das charmante Lächeln überlebte alle Modelaunen. FOTOS: LH

Mit neuem Chic in den harten Wettbewerb

HEINZ-R. SCHEIKA, Frankfurt

Modepremiere in der Halle. Nicht Pariser Haute Couture tanzt über den Laufsteg, sondern Stewardessen und Piloten, die in der riesigen Werfthalle 6 der Lufthansa-Basis in Frankfurt ihre neue Berufsbekleidung vorführen. Der Flugreisende erwartet schließlich Modebewußtsein von Bodenpersonal und Flugzeug-Crew.

Nur noch zwei Airlines können es sich leisten, ihren Auftrag lediglich darin zu sehen, von A nach B zu fliegen: Die sowjetische Aeroflot und Chinas CAAC. Bei allen anderen Fluggesellschaften werden im Kampf um Taxe – so heißen Passagiere im Fachjargon – die Sitze immer breiter, die gereichten Speisen exquisiter und die Stewardessen immer hübscher. Auch die Deutsche Lufthansa orientiert sich an den Wünschen ihrer Fluggäste: Nachdem sie Anfang November auf den Europaflügen eine neue Business Class mit zahlreichen Produktverbesserungen und erhöhtem Service einführte, wird im kommenden Jahr noch mehr für die Optik getan und das Servicepersonal am Boden und in der Luft in neue Kleider gesteckt. Den Schnitt für die 15 000 „dienstbekleidungspflichtigen" Mitarbeiter des Kranich-Konzerns besorgte der Münchner Modedesigner Prof. Jürgen Weiss. Er wählte für die neue Dienstbekleidung einheitliche Stoffe in Dunkelblau für Bord- und Bodenpersonal, für Sektionsleiter Schiefergrau. Die männlichen Besatzungsmitglieder erhalten doppelreihige, das Bodenpersonal einreihige Sakkos. Bei den weiblichen Mitarbeitern unterscheiden sich Bord- und Bodenpersonal durch das Blusenmuster: Am Boden trägt man längsgestreift, in die Luft geht man mit diagonalgestreiften Blusen. Für die neue Kollektion wurden 150 000 Meter Stoff verarbeitet und eine Million Knöpfe angenäht.

Schnieke wie immer präsentiert sich die neue Linie. Modische Extravaganzen hatte auch niemand erwartet. Die hübschen Stewardessen von LH zeigen in ihrer neuen Dienstbekleidung Anklänge an die Mode Mitte der fünfziger Jahre, als die Lufthansa ihre ersten Flugbegleiter in den Himmel schickte.

Die Frage nach dem Konzept der neuen Mode beantwortet Herbert Wendlik, Direktor der Außenorganisation bei der Lufthansa, so: „Unsere Mitarbeiter präsentieren sich in klassisch-sportlicher Linie und zurückhaltender Eleganz. Auf kurzlebige, modische Details und aufdringliche Farben wurde verzichtet, so daß sich die Lufthansa mit einem Stil der Klarheit und Sachlichkeit unverkennbar abgrenzt."

Zitat aus dem Infoprospekt der Lufthansa an ihr Personal: „Daß Sie sich in Ihrer neuen Dienstbekleidung wohl fühlen können, ist durch zahlreiche Tests und Trageversuche sichergestellt. Tun Sie es. Und zeigen Sie unseren Kunden Ihre positive Einstellung zu Ihrem neuen Äußeren."

Erster Flugbegleiter-Kurs 1955: die Damen mit taillierter Jacke und schmalem Rock

Katze ist als Haustier beliebter als der Hund

dpa, Düsseldorf

Der Hund mag zwar immer noch der beste Freund des Menschen sein, als Weihnachtsgeschenk ist er offensichtlich nicht mehr im Trend. Der geht in den letzten Jahren eindeutig zur Hauskatze, denn die ist pflegeleicht, steuerfrei, bellt nicht, und das Katzenklo ersetzt den lästigen Gassigang. So sieht es Reinhard Hahn, Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen Zoofachhändler. Der Siegeszug der Katze drückt sich auch in Zahlen aus: Bei mittlerweile 3,8 Millionen Miezen dürfte manchem der 3,5 Millionen Hunde das Fell zu Berge stehen. So mancher „Weihnachtshund" steht nach den Feiertagen wieder auf der Straße. Wolfgang Apel, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes: „Jährlich werden in Deutschland 180 000 Hunde und fast doppelt so viele Katzen ausgesetzt."

Unfälle im Haus

AP, München

Die Zahl der tödlichen Unfälle im häuslichen Bereich ist im vergangenen Jahr um zwei Prozent auf 6222 gesunken. 81 Prozent der Betroffenen waren über 65 Jahre alt. 2,4 Prozent der Verunglückten waren Säuglinge, die das erste Lebensjahr noch nicht erreicht hatten.

Mutter unter Mordanklage

dpa, Fulda

Die Staatsanwaltschaft in Fulda hat gestern die Anklageschrift gegen Monika Weimar dem Gericht zugeleitet. Sie ist der Ansicht, daß die 28jährige ihre beiden Töchter getötet hat, weil sie ihrer Beziehung zu einem US-Soldaten im Wege standen. Der Prozeß wird vermutlich im ersten Halbjahr 1987 beginnen.

Brand im Altenheim

dpa, Zweiflingen

Drei Menschen sind gestern bei einem Brand in einem Alten- und Pflegeheim im baden-württembergischen Zweiflingen ums Leben gekommen. Eine 75jährige Frau erlitt schwere Brandverletzungen. Sie alle befanden sich im Dachgeschoß, das völlig ausbrannte. Ein Pflegelehrling hatte das Feuer entdeckt.

Tornados verunglückt

dpa, London

Zwei Tornado-Kampfflugzeuge der britischen Luftwaffe sind am Mittwoch abend bei einem Übungsflug in der Nähe der mittelenglischen Ortschaft Thorney zusammengestoßen. Die beiden Piloten des einen Flugzeugs konnten sich mit ihren Fallschirmen retten. Das andere Flugzeug konnte den Luftwaffenstützpunkt Marham erreichen.

Tod im Stadtrat

AP, Mount Pleasant

Während einer Stadtratssitzung hat in Mount Pleasant (Iowa) ein offenbar wegen eines verstopften Abflußrohrs aufgebrachter 69jähriger Mann den Bürgermeister erschossen und zwei Mitglieder des Gemeindeparlaments schwer verletzt. In früheren Sitzungen hatte er sich über das verstopfte Rohr beklagt und von der Gemeinde Schadenersatz gefordert.

Schulfreund erschossen

dpa, Euskirchen

Mit einer Dienstpistole des Bundesgrenzschutzes, in der sich versehentlich noch eine Kugel befand, hat gestern ein 16jähriger Hauptschüler in Euskirchen einen gleichaltrigen Klassenkameraden so schwer verletzt, daß er kurze Zeit später starb. Das Unglück geschah bei einer Informationsveranstaltung des Bundesgrenzschutzes im Klassenzimmer einer Schulabgangsklasse. Ein Schüler nahm die Dienstpistole und zielte aus etwa vier Meter Entfernung auf einen Klassenkameraden.

Hohensyburg: Millionspiel

dpa, Dortmund

Die vor eineinhalb Jahren eröffnete Spielbank Hohensyburg bei Dortmund rechnet für 1986 mit einem Bruttospielergebnis von 100 Millionen Mark. Etwa eine Million Besucher haben die Spielsäle besucht. Die Stadt Dortmund wird voraussichtlich 15 Millionen, das Land und die Stiftung für Wohlfahrtspflege werden 65 Millionen Mark erhalten.

Schmu beim Marathon

SAD, New York

Mindestens 24 Teilnehmer des New Yorker Marathonlaufs vom vergangenen Monat sollen geschummelt haben. Sie wurden disqualifiziert, weil sie verdächtigt werden, einen Teil der Strecke durch eine Fahrt mit der U-Bahn abgekürzt zu haben.

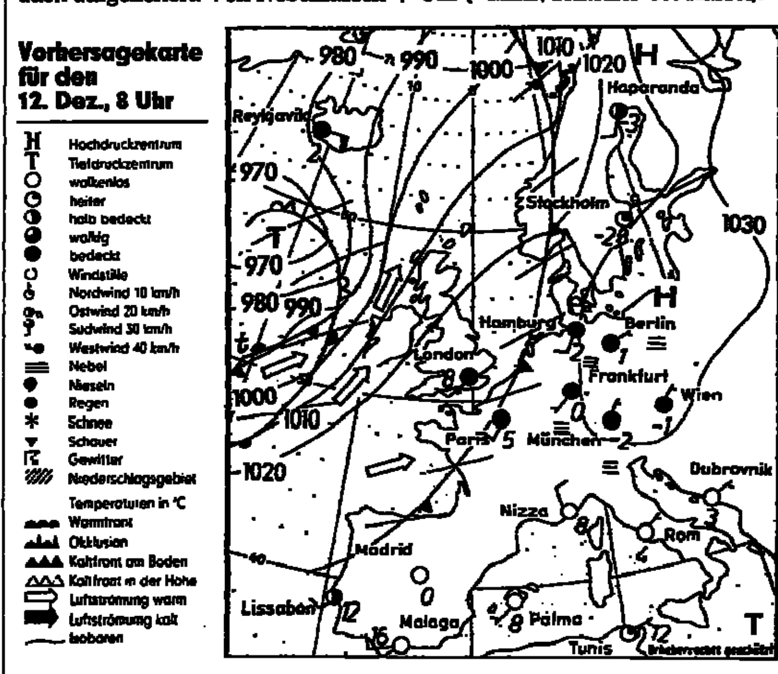
WETTER: Überwiegend freundlich

Lage: Das mitteleuropäische Hoch schwächt sich ab, bleibt aber für den größten Teil Deutschlands wetterbestimmend. Die Fronten atlantischer Tiefausläufer schwächen sich bei ihrer Ostverlagerung ab.

Vorhersage für Freitag: Im Norden Durchzug stärkerer Wolkenfelder, aber weitgehend niederschlagsfrei. In der Mitte und im Süden Deutschlands verbreitet Nebel. Gebietsweise auch aufgeheitert. Von Nebelnässen abgesehen niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 2 bis 6, Tiefstwerte in der Nacht plus 1 bis minus 3 Grad. Schwacher, nur im Küstengebiet zeitweise auffrischender Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Noch keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang am Samstag: 8.19 Uhr*, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 14.15 Uhr, Untergang: 5.33 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Donnerstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	5	bw
Bielefeld	3	bw
Braunlage	3	he
Bremen	2	Sp
Dortmund	5	he
Dresden	3	bd
Düsseldorf	5	bw
Erfurt	-2	Ne
Essen	4	he
Feldberg/S.	0	he
Flensburg	3	bw
Frankfurt/M.	4	bw
Freiburg	3	Ne
Garmisch	3	bw
Greifswald	0	Ne
Hamburg	5	bw
Hannover	1	Ne
Kahler Asten	-1	iW
Kassel	-1	Ne
Kempten	5	bw
Kiel	3	Ne
Koblenz	5	bw
Köln-Bonn	3	bw
Konstanz	8	he
Leipzig	3	he
List/Sylt	4	Ne
Lübeck	6	bw
Mannheim	1	Ne
München	0	bd
Münster	3	bw
Norderney	2	bd
Nürnberg	4	bw
Oberstdorf	4	bw
Passau	0	bw
Saarbrücken	4	he
Stuttgart	4	bd
Trier	2	Ne
Zugspitze	-3	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	14	R
Amsterdam	5	bw
Athen	9	bw
Barcelona	12	he
Belgrad	-2	bd
Bordeaux	3	bw
Bozen	-4	wl
Brüssel	7	he
Budapest	-2	Sr
Bukarest	-1	he
Casablanca	13	he
Dublin	7	he
Dubrovnik	10	he
Edinburgh	8	bw
Faro	14	he
Florenz	4	wl
Genf	7	bw
Helsinki	0	bd
Hongkong	19	wl
Innsbruck	6	he
Istanbul	7	bd
Kairo	20	he
Klagenfurt	-4	bd
Konstanza	-2	bd
Kopenhagen	5	bw
Korfu	14	bw
Las Palmas	21	he
Leningrad	1	bd
Lissabon	7	he
Locarno	6	wl
London	8	R
Los Angeles	13	wl
Luxemburg	3	he
Madrid	3	bw
Mailand	3	Ne
Malaga	13	he
Mallorca	16	he
Moskau	0	bd
Neapel	14	wl
New York	3	bw
Nizza	14	wl
Oslo	-3	Ne
Ostende	6	he
Palermo	16	he
Paris	6	bw
Peking	7	bw
Prag	3	he
Rhodos	16	he
Rom	11	he
Salzburg	2	bw
Singapur	–	–
Split	11	he
Stockholm	0	he
Straßburg	-1	Ne
Tel Aviv	19	he
Tokio	17	he
Tunis	16	he
Valencia	12	he
Varna	1	bd
Venedig	5	wl
Warschau	2	Sp
Wien	0	Sr
Zürich	6	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

WINTERSPORT-BERICHT

Während der Skisaison veröffentlicht die WELT den Wintersportbericht des ADAC und des Deutschen Skiverbandes (DSV). Wir nennen Schneehöhen und Pistenbeschaffenheiten in den wichtigsten Skigebieten Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Frankreichs und Italiens. Die Schneelage im gesamten Alpenraum ist noch immer ungünstig; trotzdem ist Skibetrieb in den aufgeführten Gebieten möglich. Gute bis zufriedenstellende Bedingungen findet man derzeit nur auf Gletschern und auf Pisten, die mit Kunstschnee präpariert werden. Die meisten Lifte sind noch nicht in Betrieb.

Deutschland

ZUGSPITZE: 40 cm.

Österreich

KÄRNTEN: Bad Kleinkirchheim: bis 30 cm; Karnische Skiregion/Sonnenalpe Naßfeld: 50 cm; Katschberg: 30 cm.

NIEDERÖSTERREICH: Göstling/Hochkar: 30 cm.

SALZBURG: Badgastein/Bad Hofgastein: 10 bis 25 cm; Obertauern: 30 bis 60 cm; Kitzsteinhorn: 40 cm; Krimml/Hochkrimml: 15 cm; Wagrain: 10 bis 25 cm.

STEIERMARK: Bad Mitterndorf/Tauplitzalm: bis 40 cm.

TIROL: Hintertuxer Gletscher: 80 cm; Ischgl: 5 bis 40 cm; Kaunertaler Gletscher: 100 cm; Obergurgl/Hochgurgl: 10 bis 20 cm; Pitztaler Gletscher: 60 cm; Rettenbachferner/Tiefenbachferner: 85 cm; St. Anton/St. Christoph/Arlberg: 10 bis 50 cm; Stubaier Gletscher: 75 cm.

VORARLBERG: Lech: 20 cm.

Schweiz

Davos: 10 bis 25 cm; Grindelwald/Wengen: 10 bis 20 cm; Laax-Flims/Vorabgletscher: 30 bis 40 cm; Saas Fee/Felskinn-Mittenallalin: 10 bis 50 cm; Verbier/Les Attelas: 20 bis 40 cm; Zermatt/Theodulgletscher: bis 50 cm.

Italien

AOSTATAL: Breuil-Cervinia: 10 bis 50 cm; Courmayeur: 10 bis 30 cm; TRENTINO: Madonna di Campiglio/Spinale: 5 bis 20 cm; San Martino di Castrozza/Rollepass: 15 cm.

VELTLIN: Bormio 2000: 30 bis 40 cm; Livigno 5 bis 20 cm.

Ein „Goldenes Schlitzohr" für den Intendanten

gh. Köln

„Ich wüßte nicht, wann es mir jemals gelungen wäre, jemanden übers Ohr zu hauen", meinte durchaus ernsthaft der neue Preisträger des Internationalen Clubs der Schlitzohren, Friedrich Nowottny (Foto), Intendant des Westdeutschen Rundfunks. Am Mittwoch abend wurde er in Köln-Holweide mit dem „Goldenen Schlitzohr" geehrt.

Den mit dem Preis verbundenen Scheck überreichte ihm der Präsident der Vereinigung, Josef Corsten. 11 666,75 Mark hatten die 600 Mitglieder dieses 1979 von Mülheimer Kaufleuten gegründeten Clubs gespendet, der weltweit bedürftigen Kindern mit verschiedenen Projekten helfen will. Der Preisträger muß die Summe im Sinne der Zielsetzung der Vereinigung verwenden. Und so gab Nowottny denn bekannt, daß er das Geld an die Kinderkrebsstation der Universität Gießen weiterleiten wird.

Preiswürdig ist nach Auffassung des Clubs „eine Person des öffentlichen Lebens, die sich im positiven, cleveren Sinne als Schlitzohr ausgezeichnet hat". Um es mit dem Motto der Schlitzohren zu verdeutlichen: „Jeder Weg zum rechten Zwecke ist auch recht auf jeder Strecke" (Goethe). Franz Josef Strauß, Ehrenpreisträger von 1985, war denn auch mit seinem Nachfolger zufrieden. „Ich kann Ihnen bestätigen, daß Sie dieses Jahr wieder eine gute Wahl getroffen haben", hatte er dem Club geschrieben.

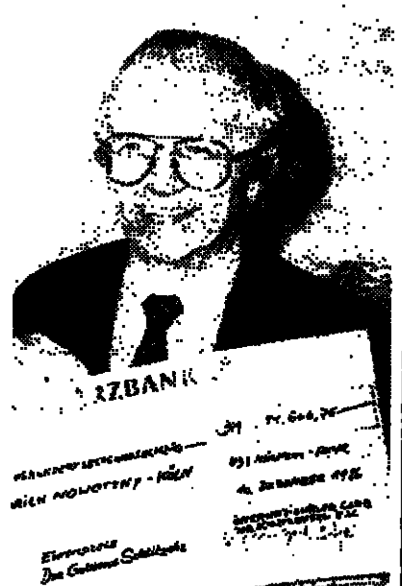


FOTO: AP

Entschädigung in Millionenhöhe für Geburtshilfefehler

AP, Chicago

Einem Ehepaar aus dem Nordwesten der Vereinigten Staaten ist in einem gerichtlichen Vergleich für einen Gehirnschaden, den ihr Sohn bei der Geburt erlitt, eine Entschädigungssumme von umgerechnet rund 65 Millionen Mark zugesprochen worden. Die Summe soll in Monatsraten über die ganze Lebenszeit des Kindes gezahlt werden.

In der 1981 von den Eltern eingereichten Klage hatte es geheißen, daß es der Geburtshelfer versäumt habe, den Herzschlag des noch ungeborenen Kindes hinreichend zu beobachten. Außerdem wäre ein Kaiserschnitt angebracht gewesen.

Das heute sechsjährige Kind des Paares leidet an einer Gehirnlähmung, was die geistigen Fähigkeiten des Jungen und den Gebrauch des rechten Armes und Beines beeinträchtigt. Der Anwalt der Beklagten wies jedoch darauf hin, daß die Zustimmung zu dem Vergleich kein Eingeständnis einer Fahrlässigkeit seitens des Geburtshelfers oder der Klinik darstelle.

Nicht der Mann, die Frau ist der Jäger

Ein amerikanischer Wissenschaftler nimmt die Rituale des Kennenlernens unter die Lupe

SAD, New York

Die Vorstellung, daß in der Regel der Mann die Frau umwirbt, ist falsch. In Wirklichkeit übernimmt fast immer die Frau die Initiative. Das macht sie allerdings sehr geschickt, so daß der Mann es kaum merkt. Diese These vertritt der amerikanische Biologe und Genetiker Tim Perper. Er schilderte die Ergebnisse seiner Forschungen auf der Jahrestagung der Amerikanischen Anthropologischen Gesellschaft in Philadelphia.

Nach Perpers Beobachtungen besteht der Vorgang des Sichkennenlernens aus fünf Schritten: Beobachten, Sprechen, Näherrücken, Berühren und „Synchronisieren". Fast immer ist es die Frau, die beschließt, einen bestimmten Mann näher kennenzulernen. Nachdem sie ihn eine Weile beobachtet hat, führt sie eine Situation herbei, in der sie von ihm bemerkt wird. Ohne daß er dessen gewahr wird, gibt sie ihm durch subtile Signale zu verstehen, daß sie ansprechbar ist. Wenn er nicht reagiert, spricht sie ihn an. „In drei von vier Fällen ist es die Frau, die den ersten Schritt tut", sagt Perper. Als nächstes kommt die erste Unterhaltung der beiden. Laut Perper kommt es der Frau dabei nicht so sehr darauf an, ob der Mann gut aussieht, Humor hat oder reich ist. Für sie ist vor allem wichtig, wie er auf sie reagiert.

Wenn beide sich gut verstehen und Gefallen aneinander finden, rücken sie sich physisch näher. „Nach einiger Zeit kommt es dann zur ersten Berührung. Sehr oft ist es die Frau, die als erste den Arm oder die Schulter des Mannes berührt. Dadurch wird eine Atmosphäre der Wärme geschaffen. Vom Mann wird erwartet, daß er sie nach einer kleinen Weile ebenfalls berührt." Dann kommt laut Perper die „Synchronisation", die anscheinend von beiden unbewußt vollzogen wird: „Wenn sie sich an einem Tisch gegenübersitzen, heben sie beide gleichzeitig das Glas. Lehnt der eine sich auf den rechten Ellbogen, so lehnt der andere sich auf den linken. Es ist wie im Spiegel."

Jetzt kommt der Moment, wo die Frau will, daß der Mann die Initiative übernimmt. Perper nennt diesen Vorgang „Transferierung der Initiative". Wenn die Frau sich an den Mann lehnt, erwartet sie, daß er den Arm um sie legt. Legt sie den Kopf auf seine Schulter, erwartet sie, geküßt zu werden. „Es ist eine Art Arbeitsteilung", sagt Perper. „Wenn der Mann nicht das tut, was die Frau von ihm erwartet, wendet sie sich von ihm ab. Wird er andererseits zu stürmisch, kann er sie ganz verlieren. Der Frau geht es in erster Linie nicht um Sex. Sie will jetzt begehrt werden und die Nähe des Mannes spüren."

ZU GUTER LETZT

Hessens Finanzminister Hans Krollmann (SPD) erhielt gestern ein ungewöhnliches Präsent: Der Bund der Steuerzahler schickte ihm ein Faß ohne Boden. Damit sollte an die Folgekosten erinnert werden, die dem Steuerzahler aus dem Ankauf der Neuen Heimat Südwest durch Hessen erwachsen. Krollmann hatte für die mit zwei Milliarden Mark verschuldete Gesellschaft 260 Millionen Mark an die Gewerkschaftsholding BGAG bezahlt.

Magazin für die Freizeit

REISE WELT

mit Auto · Hobby · Sport · Spiel

Freitag, 12. Dezember 1986 · Nr. 289 · DIE WELT





„Souvenirs, Souvenirs, kauft Ihr Leute, kauft sie ein, denn sie sollen wie das Salz in der Lebenssuppe sein . . ." sang Bill Ramsey in den 60er Jahren. Der Begriff für Andenken, Erinnerungsstücke ist jedoch einige Jahrzehnte älter. Er soll aus der Zeit des Ersten Weltkrieges stammen, wo französische Gassenjungen sich von alliierten Soldaten Geschenke erbettelten. Heute sind Souvenirs Begleiterscheinungen des Massentourismus: Aschenbecher, T-Shirts und Wandteller – derselbe Kitsch in aller Welt, Gruß aus Heidelberg oder Hongkong, egal. Doch das Interesse an deutlichen Andenken mit Namen oder Wappen sinkt. Funktionellere Souvenirs sind gefragt. Damit wird nicht nur die Wende vom Kitsch zum Kunsthandwerk vollzogen, denn Geschmack bleibt letztlich subjektiv. Es gibt auch andere, brauchbare Souvenirs wie französischen Wein oder englische Seifen, die durch ihren Geschmack aber ihren Duft zuhause noch einmal Ferienstimmung aufkommen lassen.



FOTO: ADRIA PRESS

Souvenirs – bunte Anhaltspunkte der Erinnerung

Sie befinden sich in der mittleren Kommodenschublade und mehren sich wieder, seitdem der griechische Pflegesohn aus dem Hause ist. Er verstand es nämlich, seinen Diskobesuchen den Glanz der Weltläufigkeit zu verleihen, indem er seinen neuen „Flammen" mit Zündhölzchen zum Beispiel aus dem Mandarin-Hotel in Hongkong oder dem Sheraton in Kairo Feuer gab.

Streichholzbriefchen aus aller Welt – mildeste Form der kostenlosen Mitbringsel. Souvenirs, die Erinnerungen heraufbeschwören: an ein chinesisches Abendessen in einem kleinen, mit erlesenen asiatischen Antiquitäten ausgestatteten Salon, an duftende Dim-Sum, Haifischflossen-Suppe und Seegurken. . .

Andere sammeln Muscheln, bunte Steine oder nehmen ein Reagenzgläschen Wüstensand oder Korallenstrand mit nach Hause – um den Preis, sich einmal zu bücken, branden Wellen der Erinnerung. Später einmal wieder an jenen Augenblick zu denken, ist schließlich der Grund, warum man auf Reisen Andenken sammelt. Oder?

In einer indischen Basarstraße schwärmen zwei Dutzend Touristen einer Studienreisegruppe aus. Die farbensprühende Welt, die fremden Laute und Gerüche berauschen. Kaufwütig stürzen sich die Urlauber auf die Stände, kaum etwas, das keinen Liebhaber findet. Vom holzgeschnitzten Hochzeitselefanten bis zum teuren Kaschmirschal, so fein, daß er durch einen Ring gezogen werden kann, vom Talmischmuck und dem Pappmaché-Gott Ganescha bis zum feinsten Teppich. Merke: Kitsch darf nicht mehr als 20 Mark kosten, für Kunst hängt man auch schon mal zwei bis vier Nullen an.

Souvenirs sortieren sich also unter anderem nach dem Preis. Bei einer Befragung zum Thema Souvenirkauf erhielt das Psychologische Institut I der Kölner Universität von einem 33jährigen Augsburger die lakonische Antwort: „Alles, was nix kostet." Die meisten allerdings schwanken, befragt nach der Zahl ihrer Mitbringsel, zwischen „Ganz viele" und „Ich bringe ein gutes Stück mit, auch wenn es teuer ist."

Professor Eno Beuchelt, Köln, ermittelte, daß 85 Prozent der Urlauber Souvenirs kaufen. Es ergab sich auch, daß illegal Erworbenes besonderen ideellen Wert besitzt: „Rund 30 Prozent der Befragten gaben an, den rechten Andenkenwert besäßen vor allem solche Dinge, die man entwendet habe – ein interessanter Hinweis darauf, daß besonders das Moment der Gefahr einem etwas fest ans Herz wachsen läßt." Daß solche Souvenirs sich nicht auf Aschenbecher und Handtücher mit Aufdruck beschränken, davon wissen Hoteliers in aller Welt ein Lied zu singen.

So ging ein Veranstalter für Bergsteigertouren dazu über, im Vorwort des Katalogs den Tourismus-Kritiker Dr. Christian Adler Moral predigen zu lassen: „Überflüssig zu sagen, daß das ‚Organisieren' von Andenken kein Kavaliersdelikt ist. Hierzulande regt man sich auf, wenn die Maßkrüge vom Oktoberfest als Souvenir ‚mitgenommen' werden. Halten Sie sich doch an die Erzeugnisse des einheimischen Kunsthandwerks – vom Teppich bis zur Keramik gibt es meist genügend zu kaufen."

Kitsch oder Kunst

Doch schon tut sich der nächste Problemkreis auf. Denn nicht immer und überall ist das „einheimische Kunsthandwerk" auch wirklich ein landestypisches Original. Und es ist keineswegs ein Phänomen unserer aktuellen weltwirtschaftlichen Verflechtungen, wenn Tonganesen für Amerikaner Plastiken von hawaiianischen Göttern schnitzen oder indonesische Batiken auf Sri Lanka vielen Menschen die tägliche Reismahlzeit verschaffen.

Schon im 19. Jahrhundert wurde Nephrit aus Neuseeland nach Idar-Oberstein gesandt, wo man daraus Tikis – kleine grüne Götterfiguren – fertigte und sie wieder nach Neuseeland verschiffte, von wo sie dann als Maori-Souvenirs in alle Welt gingen. Vor 100 Jahren schon mußten Reisende, die original südamerikanische Macheten oder finnische Pukkos erstanden, damit rechnen, echte Solinger Wertarbeit in den Händen zu halten. Was Wunder, daß fleißige Hände in Hongkong sich mit Plastikkugeln revanchieren, in denen es auf den Kölner Dom schneit, und bei Fachmessen hierzulande koreanische, indische oder philippinische Firmen bayerische Trachtenpuppen, holländische Holzschuhe oder rheinische Weinhumpen offerieren. Die Souvenirindustrie umspannt den ganzen Globus. Die deutsche Andenken-Industrie weist allerdings darauf hin, daß „reine Souvenirs" mit Ortsansicht, Namenszug oder Wappenprägung einheimische Erzeugnisse sind, da die hohen Abnahmequoten von ausländischen Produzenten unrentabel wären. Überdies hat der Bundesverband der Reiseandenken-Branche vor Jahren schon ein Etikett entworfen, das den deutschen Ursprung von Souvenirs bestätigt. Aushänge in vier Sprachen – darunter japanisch – informieren Andenkenkäufer über die Echtheit der Artikel.

Walter Gall, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Reiseandenken-Branche in Wiesbaden, geht davon aus, daß Touristen in Deutschland drei bis vier Prozent ihres Urlaubsetats für Andenken ausgeben – in dem Zusammenhang hat sich das Ausbleiben kauflustiger Amerikaner in diesem Jahr bemerkbar gemacht. Die neue Kölner Untersuchung über das Verhalten deutscher Urlauber kommt zu einem erheblich höheren Wert; danach werden zehn bis zwölf Prozent der Gesamtreisekosten für den Kauf von Andenken ausgegeben.

Ob die Urlauber dafür billige Handelsware oder hochwertige Handwerkskunst mit nach Hause nehmen – etwa Silberwaren aus Mexiko, handgewebte Stoffe aus Guatemala oder Lackarbeiten aus Japan, das ist letztlich wohl Geschmackssache.

Traditionen wiederbeleben

Aber daß bei steigender Nachfrage künstlerisches Handwerk in Massenproduktion zu entarten droht, sehen nicht nur strenge Tourismuskritiker. Daß andererseits durch die Herstellung von Andenken für reiselustige Fremdlinge nicht nur Devisen erwirtschaftet, sondern auch heimische Traditionen wiederbelebt und respektiert werden, ist ebenfalls beweisbar. Clara B. Wilpert demonstrierte mit einer Ausstellung zum Thema „Souvenirs aus der Südsee" im Hamburgischen Museum für Völkerkunde, daß beispielsweise Schnitzkunst auf Papua-Neuguinea, nach alten Motiven gearbeitet, zeitgenössische Handwerker alte Künste lehren kann. Diese Ausstellung zeigte auch, daß der Grundstock zu vielen Museen in der Sammelwut früherer Entdeckungsreisender liegt – sie stellte unter anderem Originalstücke der Sammlung von James Cook aus.

Das Mitbringen von Andenken ist also uralte Tradition. Der Kölner Wissenschaftler Beuchelt nennt als ältestes bekanntes Souvenir einen 1,50 Meter großen Krauskopf, den 2300 v. Chr. der ägyptische Prinz Harkuf seinem Pharao aus dem Sudan mitbrachte. „Paß auf", schrieb der Herrscher am Nil, „daß er Dir nicht ins Wasser fällt, und kontrollier ihn zehnmal in der Nacht". Der Pygmäe soll den Herrscherhof mit Müh' und Not, aber wohlbehalten erreicht haben.

Reisende Römerinnen brachten Nilwasser für den Isiskult mit nach Hause, Miniaturmodelle des Artemistempels in Ephesus waren so verbreitet wie heute die vom Eiffelturm, der Koloß von Rhodos als Wachskerze war so beliebt wie bei späteren christlichen Pilgern Zweige aus dem Garten Gethsemane.

Hier nun würden heute Naturschützer einhaken und – wenn auch Ölbäume noch nicht unter das Washingtoner Artenschutzabkommen fallen – darauf hinweisen, daß nicht jedermann Pflanzen- und Tierprodukte unüberlegt einsammeln sollte. Viele der in exotischen Ländern hergestellten Souvenirs stammen von bedrohten Arten – seltene Orchideen und Kakteen, Schmuck aus Elfenbein, Gürtel aus Schlangenhaut, Mandolinen aus Schildkrötenpanzern, Ketten aus Korallen, ganz zu schweigen von Leopardenfellen –, und ihre Einfuhr ist streng verboten.

Seemann Kuttel Daddeldu schlug das umweltschützende Gewissen noch nicht. Er kaufte für seine Braut eine Schlangenhaut, ein Rentiergeweih, zwei Fächerpalmen und Eskimoschuhe ein. Allerdings ließ Joachim Ringelnatz, geistiger Vater dieses kauzigen, kömverseuchten Seemanns, ihn erst nach der Landung daheim in Hamburg alle diese Kuriositäten einkaufen. Was einmal an die bereits zitierte traditionell weltweite Verflechtung des Souvenirgeschäfts gemahnt, zum andern auf ein nicht unwichtiges Kaufmotiv deutet: nicht Andenken – sondern Angabe, übersteigertes Prestige-Bedürfnis. Den Nachbarn beispielsweise mit dem Satz „Das haben wir aus Tibet mitgebracht" stolz demonstrieren, daß man sich sogar eine Reise auf das Dach der Welt leisten kann.

Erinnerungshilfe, Prestigesucht, atativistisches Besitzstreben oder auch praktische Einkaufsüberlegungen, Mitbringsel für Daheimgebliebene – die Psychologen kamen bei der Motivforschung zu verschiedenen Ergebnissen. Das wichtigste aber scheint das Festhalten von Erinnerungen zu sein. Eno Beuchelt: „Reagieren wir auf die vorbeieilenden Landschafts-, Städte- und Menschenbilder mit einem Haltegriff, dem Souvenir?" Er vermutet: „Das, was schön war, soll sich materialisieren und damit Dauer bekommen." Das Souvenir als Ersatz für das Tagebuch, als Anhaltspunkt für Erinnerungen, von denen frühere Generationen ein Leben lang zehren konnten und für die wir, auf der Jagd nach einem „erfüllten Leben", uns kaum die Muße nehmen.

Rauschende Muscheln

Unsere Großeltern brachten von der Sommerfrische an der See gewundene, rosafarbene Muscheln mit, die wir Kinder ans Ohr hielten und meinten, das Meeresrauschen zu hören. Wenn Souvenirs „An-denken", Angelhaken für unsere Erinnerungen an außergewöhnliche Erlebnisse sind, dann sollten sie nicht in Regalen verstauben, in Schubladen versteckt sein. Mit dem goldglänzenden Zündholzbriefchen vom „Mandarin"-Hotel also eine Kerze anzünden und zurück nach Hongkong denken. Den Lavendelblütenhonig, der uns an die Provence erinnern sollte, und die Flasche Portwein aus den dunklen Kellern am Ufer des Douro, Souvenir aus Portugal, gibt's nämlich schon jetzt nicht mehr. Sie schmeckten zu gut.

BIRGIT CREMERS

NACHRICHTEN

Weihnachten auf Achse

Jeder achte Bundesbürger will über Weihnachten verreisen. Fast die Hälfte (41 Prozent) dieser Reiselustigen besucht Verwandte. 18 Prozent der Reisewilligen werden über die Weihnachtstage die Ski anschnallen.

Taiwan-Tourismus

Von Januar bis Oktober 1986 verzeichnete das Fremdenverkehrsamt von Taiwan, im Vergleich zum Vorjahr, eine Zuwachsrate an ausländischen Besuchern von 9,2 Prozent. Unter den 1 320 264 angekommenen Gästen wurde eine Steigerung an Deutschen von 14,8 Prozent registriert.

Alaska-Rondy

Das Anchorage Fur Rendevous (auch „Rondy" genannt), eine der bekanntesten winterlichen Festivals in den USA, findet im kommenden Jahr vom 13. bis 22. Februar statt. Neben einer riesigen Pelzauktion werden Karnevalsfeste, Umzüge, Schlittenhunderennen und Kostümbälle durchgeführt.

Krippen in Bonn

Was fromme Schnitzer aus der Umgebung von Tirschenreuth und Pfößberg früher an langen Winterabenden gefertigt haben, ist jetzt in Bonn in einer Krippenausstellung zu sehen. Bis zum 21. Dezember, am 29. und 30. Dezember und wieder vom 5. bis 8. Januar ist täglich von 9 bis 16 Uhr die „Volkstümliche Krippenkunst aus der Oberpfalz" in der Bayerischen Landesvertretung (Schlegelstraße 1) zu besichtigen.

Israel-Reise

Für eine Reise durch das „Heilige Land" muß man normalerweise schon etwas tiefer in die Tasche greifen. Eine besonders preiswertes Angebot gibt es ab Januar 1987: Mit einer achttägigen Israel-Rundreise für nur 1296 Mark (inklusive Flug und Halbpension) eröffnet Olympic-Airways zusammen mit einem Kölner Veranstalter die neue Reisesaison. Mehr Informationen über dieses Angebot bei Knipper-Kimmel-Reisen, 5000 Köln, Telefon: 0221/236411.

Mautrückvergütung

Gute Nachricht für motorisierte Österreich-Urlauber: Touristen, die ihre Ferien in der Alpenrepublik verbringen, können in absehbarer Zeit damit rechnen, daß sie ihre Mautgebühren rückvergütet bekommen. Dies sieht ein Plan des österreichischen Bauministeriums vor. Durchreisende Urlauber hingegen sollen nicht in den Genuß dieser Rückzahlung kommen.

Langsame Öffnung

Wie verschiedene Fremdenverkehrsmanager der „DDR" auf dem 26. Jahreskongreß des Österreichischen Reisebüroverbandes in Ost-Berlin durchblicken ließen, ist eine langsame Öffnung des Fremdenverkehrs nicht mehr auszuschließen. Zwar seien (aus bekannten Gründen) die Hauptzielländer für „DDR"-Urlauber noch immer die benachbarten sozialistischen Staaten, eine Liberalisierung erscheine dennoch „nicht unwahrscheinlich".

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

OBERBAYERN/ALLGÄU

JAHN-REISEN

Mehr Inseln im Programm

B. C. Düsseldorf

„Letztendlich ging das Reisejahr '86 gut aus." Obwohl nach den Ereignissen im Frühjahr einige Kreuzfahrten umgeroutet wurden, bezeichnet Jahn-Reisen-Geschäftsführer Michael Stobbe das Ergebnis als „sehr zufriedenstellend". Der Umsatz stieg um 14,1 Prozent auf 298,2 Millionen Mark, die Teilnehmerzahl sogar um 18,9 Prozent auf 179 044. Die höchsten Zuwachsraten erzielten die Türkei, Spanien, Griechenland, Marokko und die Malediven.

Jahn-Reisen geht mit günstigen Angeboten für Fernreisen und viele andere Zielgebiete in die neue Saison. In Spanien werden die Preise von Andalusien über die Balearen bis zu den Kanaren meist deutlich billiger. Erstmals präsentiert der Veranstalter sein aufgestocktes Spanien-Programm in einem separaten 106 Seiten starken Katalog. Mit besonders günstigen Einführungspreisen bilden neue Hotels der Prinsotel-Gruppe ein besonders reizvolles Angebot: Diese Jahn-Vertragshäuser räumen bis zu 70 Prozent Kinderermäßigung in der Nebensaison und bis zu 40 Prozent Rabatt für kleine Gäste in der Hochsaison ein.

Griechenland, das wieder als Spezialprogramm aufgelegt wurde, ist zwar aufgrund der nun in Hellas eingeführten Mehrwertsteuer teilweise teurer geworden, hat aber einige neue Eilande für Inselhüpfer parat. Rhodos kann nun mit der Badeinsel Symi und der Fischerinsel Karpathos kombiniert werden, Skiathos mit Skopelos und Alonissos, die Weininsel Samos mit der berühmten Klosterinsel Patmos und Ikeria – oder schließlich Korfu mit Paxei, dem verschlafenen Fischer-Eiland. Der West-Peloponnes steht zur Abrundung der Festland-Palette erstmals mit Direktflügen nach Aratos auf dem Programm.

Mit Preisen wie 1985 wartet die Türkei auf. Dort ist die Anatolienrundfahrt exklusiv mit einer Syrienreise zu verbinden – zwei Wochen ab Antalya nach Perge Aspendos, Urfa und zum Nemrot Dag, nach Aleppo, Hamah, Homs, Palmyra, Damaskus und Latakia kosten 2352 Mark. Tunesien, das ebenfalls mit Preisermäßigungen bis zehn Prozent aufwartet, offeriert erlebnisfreudigen Urlaubern Rundreisen zu Berberdörfern und kulturellen Stätten; zwei Wochen Cluburlaub mit Flug und Halbpension kosten rund 1200 Mark.

FESTTAGSANGEBOTE

Zirkus Roncalli in Neuss oder Kaiserball in Wien

Weltenbummler gesucht: Das Reisebüro Luca-Reisen (Tel. 02 21/21 06 26) hat durch Stornierung noch einige Plätze frei. Wer vom 18. Dezember bis 4. Januar die Welt exklusiv erleben will, kann dabei sogar noch 4000 Mark sparen. Geflogen wird mit Condor in einer Boeing 727, die statt mit 176 nur mit 76 Plätzen ausgerüstet wurde. Alle Gäste erhalten ihren festen First-Class-Platz. Die Route: Katmandu, Singapur, Manila, Penang und Bangkok. Luxushotels, exquisite Küche und ein exklusives Veranstaltungsprogramm machen diese Traumreise zu einer bleibenden Erinnerung. Der Clou ist der Preis: Statt 13 480 Mark kostet die Luxus-Flugreise nur 9480 Mark. Voraussetzungen sind ein gültiger Paß und das Visum für Nepal, das im Kosulat kurzfristig erhältlich ist.

*

Wer nicht so weit reisen möchte, kann den Zirkus Roncalli besuchen. Das Rheinpark Plaza Neuss lädt hierzu bei einer großen Silvesterveranstaltung in den Ballsaal Jupiter ein. Nach dem traditionellen Zirkusprogramm mit Tigern, Löwen, Leoparden und den weltberühmten Artisten und Clowns spielt die Roncalli-Big Band zum Tanz auf. Der Preis mit Übernachtung im Doppelzimmer beträgt 240 Mark. Wer nicht mit dem eigenen Wagen anreisen will, wird mit dem Plaza-Limousinen-Service vom Bahnhof oder Flughafen Köln/Bonn abgeholt. (Auskunft: Rheinpark Plaza, Rheinallee 1, 4040 Neuss 1, Tel. 0 21 01/15 30).

*

Das Hotel Gravenbruch Kempinski Frankfurt (6078 Neu-Isenburg 2, Tel. 0 61 02/50 50) stellt in den Mittelpunkt seines traditionellen Silvester-Angebots eine klassische „Soirée im Ballsaal", mit Champagner-Empfang, Tanz und bunter Show und einem Sechs-Gang-Diner. Der Preis pro Person beträgt 245 Mark. Das Arrangement mit einer Übernachtung und Neujahrs-Brunch kostet zwischen 330 und 360 Mark.

*

Besinnlicher geht es an Weihnachten auf Bauernhöfen im romantischen Taubertal mit seinen Schlössern, alten Kirchen und Museen zu. Die Bauern in Weikersheim, Röttingen und Niederstetten bieten ab Heiligabend das Quartier für eine vierköpfige Familie zum Preis von 308 Mark an. Wer Lust hat, kann einen kostenlosen Kurs in Bauernmalerei mitmachen. Außerdem hat der Naturfreund Gelegenheit, ausgedehnte Spaziergänge zu den Kunstschätzen des Taubertals zu unternehmen, wie zum Beispiel zum Marienaltar in der Herrgottskirche zu Creglingen oder ins Fingerhutmuseum nach Rothenburg. Unter dem Stichwort „Weihnachten auf Bauernhöfen", Postfach 20, 6993 Creglingen, Tel. 0 79 33/6 31, wird weitere Information erteilt.

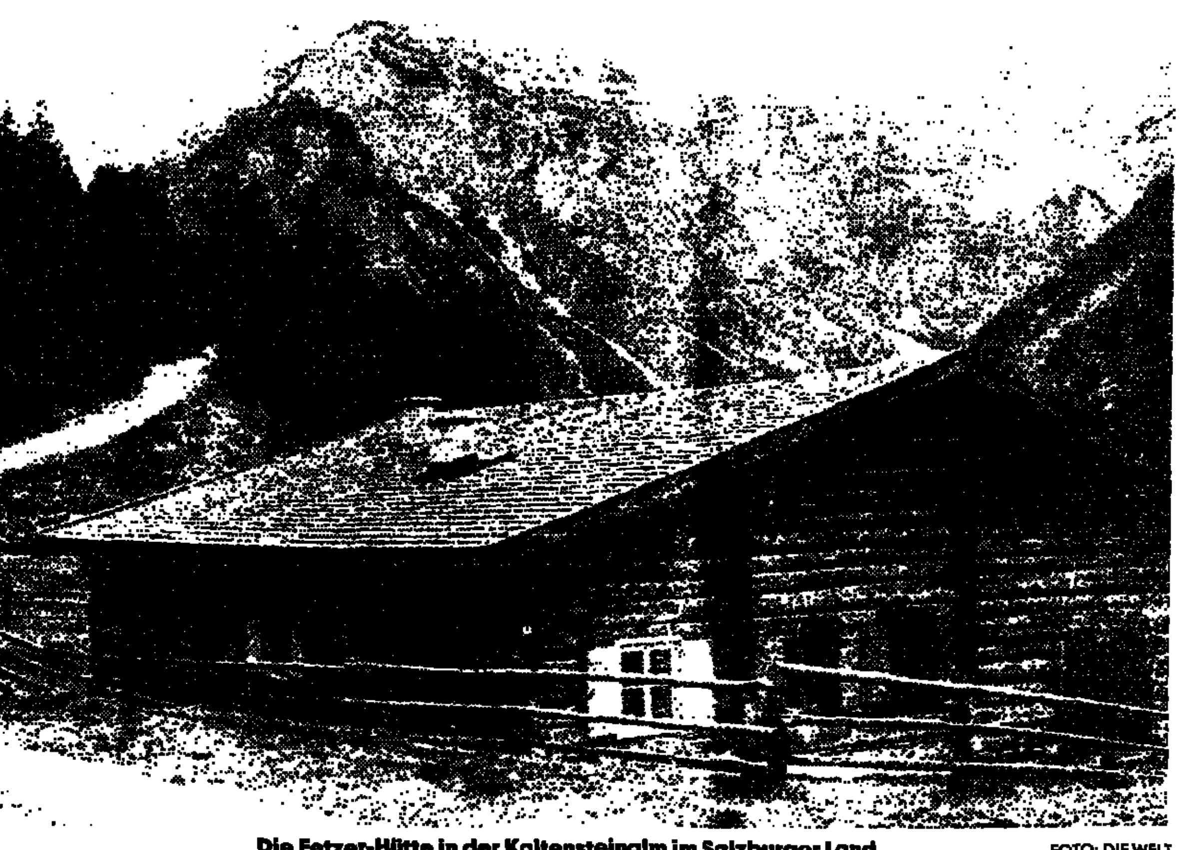
*

„Mit dem Drachen ins neue Jahr fliegen" lautet das Motto für die Festtage in Travemünde. Das besondere Angebot nach chinesischem Vorbild: unter fachlicher Anleitung Drachen basteln und sie nach durchtanzter Nacht am Neujahrstag im frischen Wind steigen lassen. Wer das Jahresende zu einem Kurzurlaub nutzen will, findet in der Stadt an der Ostsee eine reiche Erlebnispalette: Weihnachtsoratorium in der St. Lorenzkirche, Trompetenkonzert von der Plattform des 450 Jahre alten Leuchtturms, Buddenbrook-Abend mit Geschichten von Thomas Mann, internationales Schachturnier und fünf Silvesterbälle. Für die Festtage bietet die Kurverwaltung Travemünde (Tel. 0 45 02/8 04 31) Ferienwohnungen für zwei Personen ab 50 Mark und für vier Personen ab 70 Mark pro Nacht an.

*

Ausgesprochen festlich wird der Wiener Kaiserball, der strahlende Beginn des neuen Jahres in der Hofburg. Hier haben schon die Habsburger ihre rauschenden Feste gefeiert. Als Mitternachtseinlage geleiten Tänzer und Sänger der Wiener Staatsoper mit Operettenmelodien ins neue Jahr. Das Amtliche Bayerische Reisebüro (Im Hauptbahnhof, 8000 München 2, Tel. 089/5 90 42 14) lädt vom 30. Dezember bis 2. Januar in die Metropole an der Donau ein. Im Preis von 1140 Mark pro Person sind die Fahrt in einem Reisebus ab München, Begrüßungscocktail im Vier-Sterne-Hotel inklusive drei Übernachtungen mit Frühstück, Stadtrundfahrt und dem Kaiserball mit Galadiner enthalten. Als Garderobe wird für die Damen ein langes Abendkleid, für die Herren Frack oder Smoking empfohlen.

JOSEF-THOMAS GÖLLER



Die Fetzer-Hütte in der Kaltensteinalm im Salzburger Land FOTO: DIE WELT

Hüttenzauber in den Bergen

Skiurlaub auf einer Hütte – das heißt tiefverschneite Berge, dicke Eiszapfen vor den Fenstern, abends geselliger Spaß mit netten Leuten und am nächsten Morgen als erster auf der Piste. Aber auch im Frühling, Sommer und Herbst setzt sich die Idee vom Hüttenurlaub immer mehr durch.

Die schönsten Hütten stehen in Österreich und in der Schweiz. Hier gibt es sogar eine „Honeymoon-Hütte" für Flitterwöchner: Ehepaare, die innnerhalb drei Monaten vor Reiseantritt geheiratet haben, erhalten diese Bleibe zum halben Preis.

Auch sonst ist diese Urlaubsform in einer der urgemütlichen Hütten ohne allzuviel Komfort, aber mit viel Wärme recht preiswert. Schon ab 50 Mark pro Person und Woche kann man sich auf einer Selbstversorgerhütte wohl fühlen. Ab 198 Mark pro Person und Woche wird man von der Hüttenwirtin mit einem ausgiebigen Frühstück und einem zünftigen Abendessen mit drei Gängen „bekocht". Es sind inzwischen gar nicht mehr so wenige, die sich den Hüttenzauber in den Bergen gönnen. Rund 25 000 Deutsche mögen es „urig", und es werden immer mehr, die nach einsamen Almhütten Ausschau halten.

Es geht nicht um die Bergsteigerhütten des Deutschen Alpenvereins, sondern um ausrangierte Sennhütten, alte Jagdhütten und ähnliche Einfachstquartiere, in denen man mit seiner Familie wohnen kann. Das Wasser wird aus dem Bach oder von der Pumpe geholt, als Beleuchtung dient eine Petroleumfunzel, und gekocht wird am rußigen, offenen Herdfeuer. Der Weg zum nächsten Geschäft kann bis zu vier Stunden betragen.

Trend zum Einfachurlaub

Rolf Wittmeier vom „Hütten- und Freizeit-Service" in Offenburg vermittelt solche Unterkünfte: „Es gibt einen Riesentrend zum Einfachurlaub. So viele Hütten, wie die Leute wollen, können wir gar nicht anbieten. Ich schätze, daß es im deutschsprachigen Alpenraum höchstens 1500 gibt. Was davon frei ist, haben wir im Computer."

So preiswert die Hütten sind, die Leute, die darin wohnen wollen, sind alles andere als arm. Wittmeier: „Ärzte, Professoren, Lehrer und Manager sind unsere besten Kunden. Das Leben in der ursprünglichen, freien Natur scheint ihnen am meisten Spaß zu machen."

Inzwischen haben auch viele Fremdenverkehrsgemeinden gemerkt, daß es oben auf der Alm eine Marktlücke gibt. Im Lieser- und Malta-Tal in Österreich ist man zielbewußt darangegangen, aufgelassene Sennhütten für Touristen herzurichten.

Wittmeier will aber auf jeden Fall vermeiden, daß etwa wegen der Vermietungsmöglichkeit noch mehr Almen verlassen werden. Er verfolgt eher das Ziel, durch den zusätzlichen Verdienst die eine oder andere Alm, die sich nicht mehr rentierte, doch noch am Leben zu erhalten. Hütten sind im Winter, wenn die Skifahrer kommen, besonders knapp. „Im Sommer aber", so meint Wittmeier, „bestehen noch gute Chancen".

JOCHEN MEYERS

*

Auskunft: Hütten- und Freizeit-Service, Postfach 16 66, 7600 Offenburg, Tel. 07 81/2 26 33 und 2 26 88. Der Katalog kostet eine Schutzgebühr von drei Mark. Die Hütten sind auch in rund 1600 Reisebüros zu buchen.

BILLIGFLÜGE

Restposten für Schnellstarter

tdt, Frankfurt

Urlaubsrenner dieses Winters sind Billigflüge für Schnellentschlossene. Jörg Bachmann von der Münchner Restplatzbörse (089/28 83 29) schwärmt von „einem Plus von 25 Prozent" gegenüber dem letzten Jahr. Und Ernst-Ulrich Pürschel von Last Minute Tours in Hamburg (040/5 08 11 40) spricht sogar von einer „Steigerung von mehr als 100 Prozent". Die Angebote bekommen die Spezialisten meist „zwei bis zehn Tage vorher rein" (Pürschel), wobei es sich oftmals um sogenannte Roulette-Reisen handelt: Der Urlauber kennt nur den Aufenthaltsort, nicht aber die Unterbringung.

Doch auch die klassischen Reisebüros schlafen nicht: Immer mehr Agenturen weichen vom traditionellen Ferienhandel ab und verkaufen nebenher Restangebote. Aufgeschreckt durch die expandierende Konkurrenz von Last Minutes Service in Düsseldorf (02 11/4 21 64 31), Eco Tours in Frankfurt (069/29 21 14) oder Reisebüro Hartmann in Düsseldorf (02 11/3 98 30) – um weitere wichtige Anbieter zu nennen –, bedienen sie sich aus dem Kontingent der Großveranstalter, die ihre Tickets nicht mehr an den Mann bringen. So verkaufte beispielsweise ein Frankfurter Reisebüro einwöchige Mallorca-Flüge – inklusive Übernachtung und Frühstück – ab München für 390 Mark.

Preiswert ist allerdings nicht immer auch billig: Die Last-Minute-Spezialisten kalkulieren ihre Schnäppchen oft Pi mal Daumen oder verkaufen – wirklich in letzter Minute – ihre Arangements oder Flüge zum Einkaufspreis, um nicht auf ihnen sitzen zu bleiben. Wie unterschiedlich die Tarife der Billiganbieter in der Bundesrepublik allerdings sein können, zeigt ein Beispiel aus den Vorweihnachtstagen. Ab München kann in diesem Dezember für 429 Mark nach Athen geflogen werden, ab Hamburg erst für 618 Mark: Die etwas mehr geflogenen Kilometer stehen dabei in keiner Relation zur Preisdifferenz von 189 Mark.

Für Schnellentschlossene, die wenig Geld, aber etwas Zeit haben und die Überraschung lieben, lohnt sich der Gang zu den Preisbrechern der Tourismusbranche. Allerdings – auch das Reisebüro um die Ecke hat oftmals seine handverlesenen Sonderangebote.

GRIPS + CHIPS – Russisches Roulett für Kenner

Roulett – da dreht sich eine Kugel, und alles ist gespannt auf den Moment, wenn sie stehenbleibt, denn unabhängig davon, wie sie stehenbleibt, wird jemand ärmer und ein anderer reicher. Oder aber: *Jemand* ist mausetot. In diesem Spezialfall handelt es sich um Russisches Roulett. Hier dreht sich die Trommel eines Revolvers. Der Spieler schiebt in eine der sechs Kammern eine Patrone, versetzt die Trommel in Drehung, legt die Mündung an die Schläfe und drückt ab.

Dieser Zeitvertreib wurde im alten Rußland erfunden, um den Zarenoffizieren in den Garnisonen Sibiriens oder Turkestans den Frust zu vertreiben. Lassen wir das Makabere einmal außen vor und betrachten ganz nüchtern die Chancen dieses Spiels mit dem Tod. Da die Trommel in jeder der sechs möglichen Positionen gleich anhalten kann, steht es 5:6 fürs Überleben. Mathematischer ausgedrückt heißt das: Die Wahrscheinlichkeit, die Patrone zu erwischen, ist 1/6 gleich 0.167 oder nicht ganz 17 Prozent. Man könnte nun glauben, mit dieser Zahl wäre das Russische Roulett abgetan und für Denksportler nicht weiter interessant. Doch es gibt noch eine Steigerung des Risikos, die sogenannte „klassische Form".

Ein interessanter Fall dieser Art soll sich in der Neujahrsnacht 1907 nahe der chinesischen Grenze abgespielt haben. Ein Major, ein Hauptmann, ein Leutnant und ein Fähnrich beschlossen, das Neue Jahr mit einer Runde Roulett einzuläuten, die sich zu einem denkwürdigen „Super-Roulett" entwickelte.

Jeder Teilnehmer suchte die anderen zu übertrumpfen: Es begann damit, daß der Leutnant nicht eine, sondern zwei Patronen in die Trommel seines Revolvers schob – und damit natürlich das Risiko kräftig erhöhte. *Darauf steckte der Hauptmann* zwar nur ein Geschoß in seine Trommel, schwor aber, er werde zweimal abdrücken – und das bedeutete: Wenn es beim ersten Mal noch gutgehen sollte, konnte die Kugel immer noch in der nächsten Bohrung stecken, zu der sich ja die Trommel von selbst weiterdrehte.

Jetzt präsentierte der Fähnrich seine eigene Variante, mit der er sowohl den Leutnant als auch den Hauptmann in den Schatten zu stellen gedachte. Er wollte die Sache zwar auf die herkömmliche Art, aber gleich zweimal nacheinander machen: Eine Kugel in die Trommel, Trommel rotieren, ansetzen, abdrücken – und falls sich dabei noch *nichts* tat, das Ganze von vorn.

Daraufhin lud der Major zwei Revolver mit je einer Patrone, drehte beide Trommeln, stand auf, ließ den Zaren *hochleben*, setzte die Waffen links und rechts an seine Schläfen und drückte beide gleichzeitig ab.

Nun waren die anderen dran, und ein jeder tat genau das, was er angekündigt hatte. Das grausige Spiel endete jedoch glimpflich. Wie durch ein Wunder fiel kein Schuß. Die Teilnehmer des makabren Wettbewerbs sollen trotzdem am nächsten Tag mit den Nerven ziemlich fertig gewesen sein. Von dem Major wird sogar behauptet, er sei bald darauf über die Grenze gegangen und habe fortan in einem chinesischen Kloster gelebt.

Wie dem auch sei – hier soll von Interesse sein: Welcher von den vieren ging eigentlich das größte Risiko ein? Alle haben sie die Bedingungen des „Normal-Rouletts" erheblich überboten – aber die Modalitäten waren so verschieden, daß auch das Risiko – das mathematische, in Prozenten ausgedrückte Risiko – ungleich groß gewesen sein dürfte.

Können Sie dazu nähere Angaben machen? Gelingt es Ihnen, die an sich recht einfachen Wahrscheinlichkeitsgesetze auf dieses „Super-Roulett" anzuwenden?

PS. Natürlich wollen Sie dann aber auch wissen, ob Ihr Ergebnis richtig ist. Daher unser Rat: Schauen Sie nächste Woche wieder herein in *„Grips + Chips", da bringen wir die* Lösung. ROBERT BRENNER

© Dr. Robert Brenner

Letzte Woche in Grips + Chips

Und nun, Kameraden, aufs Pferd – „Regel 1" liefert mehrere richtige Lösungen, weil einige *Male* „gleichwertige Sprünge des Pferdes möglich sind. Hier ist eine dieser Lösungen:

1	22	9	32	3	24
10	29	2	23	16	31
21	8	33	30	25	4
28	11	26	17	34	15
7	20	13	36	5	18
12	27	6	19	14	35

Der große Kaprekar & Co. – (Lösung der vorletzten Woche). Eine einfache Überlegung läuft so: Beginnt *man mit einer beliebigen Zahl, so hat* diese eine der Endziffern, 0, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 oder 9. Was geschieht nun mit ihr?

Endziffer 0: Diese wird gestrichen, eine neue Endziffer entsteht.

Endziffer 1: Die Endziffer ändert sich durch Verdopplung zu 2, dann zu 4.

Endziffer 2: Durch Verdopplung wird die Endziffer zu 4.

Endziffer 3: Durch Verdopplungen wird die Endziffer nacheinander zu 6, 2, 4.

Endziffer 4: Diese wird gestrichen, eine neue Endziffer entsteht.

Endziffer 5: wird durch Verdopplung zu 0.

Endziffer 6: wird durch Verdopplung *zu 2,* dann zu 4.

Endziffer 7: wird durch Verdopplung zu 4.

Endziffer 8: wird durch Verdopplungen zu 6, dann 2, dann 4.

Endziffer 9: wird durch Verdopplungen zu 8, dann 6, dann 2, dann 4.

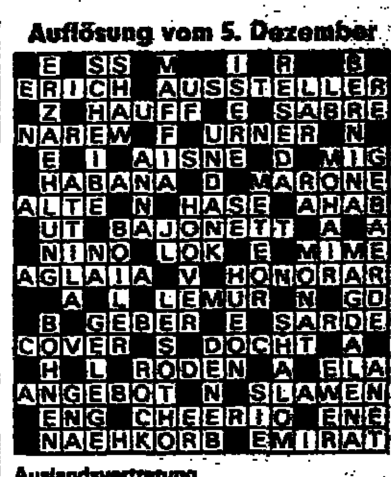
Obwohl sich also die Endziffer ständig ändert, wird sie immer wieder entweder zu 4 oder zu 0, worauf die Zahl ihre letzte Stelle verliert, also um rund den Faktor 10 verkleinert wird. Nur im einzigen Fall der Endziffer 9 tritt vor dieser Verkleinerung eine *Versechzehnfachung auf, sonst* höchstens eine Verachtfachung – das bedeutet: Die Zahl wird in einem ständigen Ab und Auf immer kleiner. Da der Prozeß aber nicht mit der Zahl 0 enden kann, muß er bei 4 landen.

Kreuzworträtsel

Gewürz – Buschmesser – Kübel – Körperteil – franz.: zwei – Behälter – Nachahmer – scharf umgebogene Stelle – Weltkugel – german. Kriegsgott – Vorherrschaft – Vogel der ägypt. Sage – griechischer Sagenheld – unser Erdteil – Halbinsel Ägyptens – Dreifingerfaultier – Handwerksbetrieb – schüchtern – Begleiter des Dionysos – Gesamtheit der Gebärden – dünne Oberschicht – afrik. Steppentier – Gebieter – Ausdrucksform – Schmiermittel – Schreibgerät – höherer türkischer Titel – Abscheu – Slum in Südamerika – Frauenname – Stadt am Ebro – männl. Keimdrüse – Torheit – Aussatz – weibl. Vorname – kirchenrechtliche Norm – Topfgriff – Fortsetzungsfolge – metalldurchwirkter Stoff – Kniegeige – westafrik. Staat – Feuerwerkskörper – brutaler Mörder – smart, gewitzt – Zugsicherungseinrichtung – Auto-Kennz. Berg. Gladbach – Hauptmasse des Körpers – Teil des Baumes – Erlaß des türkischen Sultans – Wacholderbranntwein – Schwermetall – Stadt in der Toskana – früh. Druckmaß (Abk.) – ergeben – Auto-Kennz. Oldenburg – gefälschte Banknote – engl.: Mann, Mensch – bejahrt – Skitorlauf – Abk.: Auswärtiges Amt – ein Elternteil – argent. Grassteppen – frz.: eine – Rhône-Zufluß in Frankreich – niederträchtig – Höhenlage, Stufe

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17

Auflösung vom 5. Dezember



Auslandsvertretung

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika

Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Die Überraschung bei der Schacholympiade in Dubai war die Niederlage der Weltmeister-Mannschaft UdSSR im Wettkampf gegen die USA, der am 1. Brett entschieden wurde, an dem der amerikanische GM Seirawan den WM Kasparow besiegte. Seirawan bewies seine Hochform kurz vor der Schacholympiade an der US-Meisterschaft, die er mit 10 ½ aus 15 ohne Niederlage gewann. Es folgten Alburt und Benjamin 9 ½, Christiansen und Kavalek 8 ½ – auf dem 14. Platz landete der mehrmalige US-Champion Browne. Es folgt die beste Partie des Siegers:

Wolga-Gambit.

Seirawan–Gurevich

1.d4 Sf6 2.c4 c5 3.d5 b5!? 4.Sf3 (Eine Ablehnung dieses Gambits, das in den USA oft mit dem Namen des aus Ungarn stammenden GM Benkö verbunden wird, die ich in meinen Veröffentlichungen seit Jahren empfehle. Weiß will – ohne dem Gegner mit 4.cb a6 5.ba La6: Linien am Damenflügel zu öffnen – im Zentrum Oberhand gewinnen.) **b4!?** (Wird von einigen Theoretikern empfohlen, ist jedoch m. E. eine unlogische Fortsetzung: Am besten scheint g6 5.Dc2 Lg7 6.e4 d6 zu sein!) **5.a3 a5 6.Sbd2 g6 7.e4 d6 8.ab4: cb4: 9.c5!** (Und nun ist es plötzlich Weiß, der ein Gambit spielt – um sein Zentrum womöglich schnell beweglich zu machen:) **dc5: 10.Lb5+ Ld7 11.Lc4 e6** (Lg7 wäre schlecht wegen 12.e5, aber Lg4 kam in Betracht!) **12.0-0 ed5: 13.ed5: Lh6 14.Te1+ Kf8 15.Se5 Kg7?** (Diese „künstliche Rochade" sieht natürlich aus, wird jedoch glänzend widerlegt. Schwarz sollte Le8! spielen, wonach 16.Df3 mit einer chancenreichen Druckstellung folgen würde.) **16.Sf7:! Kf7: 17.d6+ Kf8 18.Te7** (Droht in erster Linie 19.Tf7+ Ke8 20.De2+) **Le8 19.Se4! Lc1:** (Erzwungen, da Lg7 an 20.Sf6: Lf6: 21.Lh6+ scheitert.) **20.Sf6:** (Am genauesten, aber auch 20.Dc1: oder 20.Df3 Lb2: 21.Df4! hätte gereicht!) **Lb2: 21.Sh7:+! Th7: 22.Df3+ Tf7 23.Tf7:+** aufgegeben. Dazu eine Miniatur aus der vorletzten US-Meisterschaft:

Browne–Wolff:

1.d4 Sf6 2.c4 c5 3.d5 b5 4.Sf3 bc4:? 5.Sc3 g6 6.e4 d6 7.e5!? de5: 8.Se5: Lg7 9.Lc4: 0-0 10.0-0 Lb7? (Hier ist Sfd7! viel besser – der Vorstoß 7.e5 ist vielleicht vorzeitig!) **11.Te1 Se8** (Jetzt wird Sfd7? mit 12.Sf7:! Tf7: 13.d6 widerlegt!) **12.Lf4 Sd6 13.Lb3 Sf5** (Etwas besser wäre Dc7, aber nach 14.Tc1 ist Weiß im Vorteil!) **14.Sf7:!! Tf7: 15.d6 e6** (ed 16.Lf7:+ Kf7: 17.Db3+ oder Sd6: 16.Ld6: Dd6: 17.Lf7:+ Kf7: 18.Db3+ u. g.) **16.Le6: Lc6** (Oder Df8 17.Se4! Le4: 18.Te4: Sa6 19.Dd5 Td8 20.d7 drohend 21.Lf7:+ Df7: 22.Te8+) **17.Se4! Sd4** (Ld4? 18.Lf7:+ Kf7: 19.Sg5+ Kg8 20.Db3+) **18.Lf7:+ Kf7: 19.Sc5: Kg8 20.Tc1 Ld5 21.Sb3 Lb3: 22.ab3: Sd7** (*Natürlich nicht* Sbc6 23.Tc6:! Sc6: 24.Dd5+) **23.Te7 Lf6 24.Le3! Sf5 25.Dd5+** aufgegeben (Kh8 26.Td7:!). Vor einem Jahr war Browne noch in guter Form.

Lösung vom 5. Dezember

(Ke2, Tc1, Lb8, Bb5; Kd4, Dh6, Be4, h5): **1.La7+ Ke5 2.Tc5+ Kf4 3.Tg5!!** – mit Mattdrohung auf e3 – **K oder Dg5: 4.Le3+** und Weiß gewinnt.

Lein–Davies (New York 1986)

Weiß am Zug gewann

(Kb1, Dh5, Te7, Lb3, Se4, Ba3, b2, c3, g4, h2; Kh7, Df4, Td8, Lg7, Sd5, Ba7, b7, g5, h6)

BRIDGE

Problem Nr. 25/86

Nord: ♠ 10 4 ♡ 10 ♢ D 7 5 4 ♣ A K B 7 6 5

West: ♠ 5 3 2 ♡ D 9 7 6 5 ♢ B 10 8 3 ♣ D

Ost: ♠ D 9 7 6 ♡ B 7 3 ♢ 9 6 ♣ 10 8 3 2

Süd: ♠ A K B 8 ♡ A K 8 2 ♢ A K 2 ♣ 9 4

Süd spielt „7 Sans-Atout". West greift mit dem Karo-Buben an. Wie erfüllt Süd? Hätte ein anderer Angriff den Großschlemm geschlagen?

Lösung Nr. 24/86

A) Wests Chance ist, auf Abwurf*zwang zu spielen. Dies klappt nur,* falls ein Gegner mindestens vier Treffs und mindestens drei Piks hält. West spielt noch einmal Trumpf, zieht Treff-As und -König, geht mit dem letzten Atout zum Tisch und schnappt Treff.

Es folgen Karo-König und die letzten beiden Atouts. Der Tisch wirft dreimal Pik. Steht die letzte Treff-*Karte bei den längeren Piks,* funktioniert der Squeeze und West gewinnt. Entscheidend war, die dritte Treff-Karte zu schnappen, um „die Drohkarte zu isolieren" (neudeutsch: to isolate the menace).

B) Nur scheinbar muß West zwischen einem 3-3-Stand der Treffs und einem erfolgreichen Karo-Schnitt raten. Da Karo *nicht* ausgespielt wurde, kann West beide Chancen testen: Er zieht die gegnerischen Trümpfe (der Tisch wirft Cœur ab), spielt Treff-As, übernimmt dann Treff-Dame mit dem König und schnappt Treff.

Steht die Farbe nicht 3-3, bleibt noch der Karo-Impaß als letzte Hoffnung. U. A.

TOURISTIK

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

INLAND

AUSLAND

AUSFLUGS-TIP



Anreise: Von Düsseldorf über die A 44 bis Abfahrt Aldenhoven. Dann auf der B 56 bis Gillrath. Anreise per Bahn: Stündlich (auch an Wochenenden) besteht Anschluß nach Geilenkirchen aus Aachen, Mönchengladbach, Neuss oder Düsseldorf.
Auskunft: Interessengemeinschaft Historischer Schienenverkehr e. V., Postfach 6 03, 5100 Aachen, Tel. 02 41/8 23 69.

Nikolaus in Gillrath

Wie in jedem Jahr wird bei der Selfkantbahn in Gillrath, der letzten schmalspurigen Kleinbahn in Nordrhein-Westfalen, die Adventszeit festlich begangen. 1900 als Kreisbahn eröffnet, verband sie mit einer Streckenlänge von 38 Kilometern die Stadt Alsdorf im Aachener Kohlenrevier mit dem Grenzort Tüddern. Nach dem Zweiten Weltkrieg erging es ihr wie den meisten Kleinbahnen in der Bundesrepublik: Personenverkehr und Fracht wanderten auf die Straße ab, die Personalkosten überstiegen die Einnahmen, und nach und nach wurde die Strecke stillgelegt.

Sicherlich wäre heute kein Schmalspurgleis im Kreis Heinsberg mehr vorhanden, hätte nicht die Interessengemeinschaft Historischer Schienenverkehr das Wagnis auf sich genommen, die Stecke zu betreiben. Inzwischen sind die Dampfzüge bei Besuchern sehr beliebt. Im 15. Jahr des Bestehens verkehren 24 Züge an neun Tagen im Dezember, die rund 5000 Fahrgäste befördern. Neben ihren normalen Fahrten an Sonn- und Feiertagen gibt es eine Reihe von Sonderveranstaltungen, wie beispielsweise die Nikolausfahrten.

Kurz nach der Abfahrt am Bahnhof Geilenkirchen-Gillrath (an der B 56) hält der Dampfzug mit seinen Holzklasse-Wagen auf freier Strekke, um dort noch zwei besondere Fahrgäste aufzunehmen: den Nikolaus und seinen schwarzen Begleiter, den Knecht Ruprecht. Beide kommen stilecht in einer Pferdekutsche angereist.

Sogleich geht es weiter, und während der Zug unter mächtiger Dampfentwicklung dem Endbahnhof Schierwaldenrath entgegenstrebt, geht Nikolaus von Wagen zu Wagen und beschert die Kinder. In Schierwaldenrath können die Ausflügler an einer kleinen Feier in der Bahnhofsgaststätte teilnehmen. Nach zwei Stunden erreicht der Zug den Ausgangsbahnhof.

In diesem Jahr verkehren die historischen Dampfzüge in der Adventszeit an Samstagen und Sonntagen um 13.15, 15.15 und 17.15 Uhr (mit Ausnahme des 20. Dezember, wo um 14 und 16 Uhr gestartet wird). Karten zum Preis von acht Mark für Erwachsenen und 5,50 Mark für Kinder (mit Bescherung) gibt es im Vorverkauf bei den Verkehrsvereinen Aachen, Mönchengladbach und bei der Kreisbahn Geilenkirchen. Restkarten können am Bahnhof Gillrath vor Abfahrt der Züge erworben werden.

JOSEF-THOMAS GÖLLER



Ein Spaß nicht nur für Kinder – der Nikolaus besucht die historische Dampfeisenbahn in Geilenkirchen-Gillrath. FOTO: DIE WELT

Deutsch-Stunde

Was ist ein Animateur? Im allgemeinen versteht man darunter jemanden, dessen berufliche Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß die Freizeit einer Reisegesellschaft unterhaltsam und abwechslungsreich verläuft. Aus dem Lateinischen stammend, heißt das Wort „Anima" der Lufthauch, der Atem oder, philosophisch gesehen, die Seele. C. G. Jung bezeichnet mit Anima außerdem das Seelenbild der Frau im Unterbewußten des Mannes. Natürlich hat der Begriff auch etwas mit animalisch zu tun, das heißt: die aktive Lebensäußerung betreffend, auf Sinnesreize reagierend, triebhaft und urwüchsig-kreatürlich. Die Animierdame gehört ebenso in diese Kategorie.

In Hindelang hat vor kurzem ein Wettbewerb stattgefunden, um das Fremdwort „Animateur" durch einen deutschen Begriff zu ersetzen. Hat man etwa befürchtet, daß der „Animation" ein negativer, unpersönlich wirkender Beigeschmack anhaften könnte? Im Bereich des Films wird damit zum Beispiel das technische Verfahren bezeichnet, das unbelebten Objekten im Trickfilm Bewegung verleiht.

Wie grotesk Germanisierungsversuche wirken, haben uns die Versuche der jüngsten Vergangenheit oder der Verein zur Pflege der deutschen Sprache schon zur Genüge gezeigt: Da wird aus dem Ingenieur ein „Werkbold" und aus der Pistole ein „Meuchelpuffer". Nun wählte eine Jury unter Schöpfungen wie Almhirsel, Ermunterer, Libero und Trübsinnverblaser, in Anlehnung an den vertrauten Gastwirt den Begriff „Gasthirt". Eine Hirte also (oder besser ein Schäfer?), der die Gäste (be-)hütet, sich um sie sorgt, Verantwortung übernimmt, sie vielleicht auch zur „Tränke" führt – womit wir wieder in der Nähe der Animierdame wären. Sind die Urlauber in Hindelang nun endgültig zur Herde degeneriert?

JoTo



Die Peterskirche ist in jeder Jahreszeit Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt FOTOS: FERDI HARTUNG/ANTHONY

Impressionen aus dem winterlichen Rom

Vor zweihundert Jahren, präzise am 29. Oktober 1786, betrat der deutsche Reisende Müller durch die Porta del Popolo römischen Boden. Nicht jeder, der heute den Spuren Goethes – denn er verbirgt sich hinter dem Pseudonym – folgt, hat wie er fünfzehn Monate Zeit für die „Hauptstadt der Welt". Wer wie der Dichterfürst die Herbst- und Wintermonate zur Rom-Erkundung wählt, sollte sich entsprechend wappnen: Der Dezember gibt sich feuchtkalt.

Eine Goethe-Hommage ist seit 1973 das kleine Museum in der Via del Corso 20 – hier wohnte der Dichter 1786/1788. Marmorn sieht er im Borghese-Park auf das geliebte Rom. Die Faszination dieser Stadt erschließt sich auch dem Reisenden Anno 1986, wenngleich der am Rande des totalen Zusammenbruchs vorbeijonglierende Verkehr und die von ihm provozierte Luftverschmutzung das Vergnügen am Stadtbummel mindern. Immer lauter wird deshalb der Ruf nach der Schließung des „centro storico".

Zu erster Erkundung empfiehlt sich die Besteigung eines der sieben Hügel: Schönste Übersicht gewährt der Gianicolo; der weiße Leuchtturm markiert den optimalen Aussichtspunkt – keine Angst, wenn es um Mezzogiorno knallt: Nach dem Kanonenschuß Punkt 12 stellt Rom seine Uhren. Die Stunden zwischen 14 und 16 Uhr bieten beste Aussicht auf einen Sitzplatz in der Tram No. 30, die zwischen der Piazza Risorgimento und der Piazza San Giovanni in Dio oder vice versa eine Vielzahl an wichtigen Monumenten streift; für einen mehrtägigen Romaufenthalt lohnt sich eine Touristenkarte zum Preis von 10 000 Lire bei den Verkaufsstellen der ATAC.

Der Panoramablick über die Stadt am Tiber kann vom Pincio, dem Gianicolo gegenüber, komplettiert werden: entweder von der schönsten Terrasse Roms aus, dem Dali-Restaurant des noblen Hotels Haßler-Medici, oder von der Casina Valadier. Ein Essen dort bei Kerzenschein ist ein Erlebnis, das allerdings seinen Preis verlangt – den Blick auf das Lichtermeer des nächtlichen Rom gibt es gratis. Die Casina Valadier ließ Napoleon als Residenz für seinen Sohn, „le roi de Rome", errichten. Zwei Hinweise für den, der sich in Rom auf die Spuren des Korsen heften will: Das Museo Napoleonico (Via Zarardelli 1) verwahrt Zimelien an die Europas Geschicke jahrzehntelang bestimmende Familie. Im Palazzo Bonaparte, Ecke Corso und Piazza Venezia, residierte und starb 1836 „Madame Mère". Das die Piazza Venezia beherrschende Nationaldenkmal geriet kürzlich ins Kreuzfeuer der Kritik: An Attacken und Aufrufen zum Abbruch ist das Vittoriano gewöhnt – 1970 etwa forderte Bruno Zevi seine Sprengung. Das Plädoyer der Verteidigung hielt ihm Paolo Portoghesi, Protagonist der postmodernen Architektur. Der marmorne Kitschkoloß soll, quasi als achter Hügel Roms, in Zukunft als Kulisse für Kunstausstellungen dienen.

Die benachbarten Kapitolinischen Museen – seit 1471 zugängliche, erste öffentliche Kunstsammlung der Welt – und die des Vatikans nehmen im touristischen Pflichtprogramm eine wichtige Rolle ein. Weitgehend unbekannt ist das Museo delle Anime del Purgatorio, das, mehr als Ausdauer, starke Nerven fordert: Die Sakristei der neugotischen, an einen überdimensionierten Zuckerguß erinnernden Kirche Sacro Cuore del Suffragio (Lungotevere Prati 12) vereint Grüße aus dem Jenseits, die Verstorbene der Nachwelt als Warnung und Mahnung dauerhaft hinterließen: das schmerzverzerrte Gesicht einer „Seele im Fegefeuer", von feuriger Hand und feurigen Fingern eingebrannte Menetekel, sei es auf der Schürze einer Mitschwester, wie die Nonne Clara Schoelers, 1637 verschieden, 60 Jahre nach ihrem Pesttod im Münsterland verfuhr, oder auf einem Hemd, mit dem eine belgische Mutter Jahrzehnte nach ihrem frühen Ende den Sohn zur Aufgabe seines Lotterlebens veranlaßte. Eine faszinierende Sammlung aus dem Grenzbereich zwischen Religion und Magie, Psychologie und Parapsychologie, mit der die gläubige Nachwelt zu Messen zugunsten des Seelenheils der derart um Hilfe Flehenden angeregt wurde. Zum Leidwesen der frommen Padres von der Erzbruderschaft gilt wider besseres Wissen den Amerikanern ihre Sammlung als „the devil's museum".

Ein Schaufensterbummel mag danach willkommene Ablenkung sein: Von der Via Sistina steigt man über die ausgetretenen Stufen der Spanischen Treppe hinunter in die Via Condotti: Die Juweliere Bulgari und Eleuteri, die Geschäfte Gucci, Fendi, Ferragamo und das des Modezaren Valentino sind nur einige der Tempel des Konsums, die in Via Condotti und ihren Seitenstraßen reizen.

Für Trastevere, das populäre Viertel „jenseits des Tibers", sollte ein Vormittag eingeplant werden. Die großartigen Goldgrundmosaiken von Santa Maria in Trastevere lohnen den Besuch wie auch ein im Abseits blühendes Juwel der Renaissancekunst: die Villa Farnesina in der Via Lungaretta. Ihr Bauherr war Anfang des 16. Jahrhunderts der immens reiche, sinnen- und genußfreudige Bankier Agostino Chigri.



Blumengeschmücktes Gefährt für Touristen

Hier und im verschwundenen Gartenpavillon am Tiberufer bewirtete er Prälaten, Päpste und Potentaten und verblüffte seine noblen Gäste mit einer eindrucksvollen Geste: Das Eßgeschirr und -besteck aus Silber und Gold wurde nach dem Mahl in den Tiber geworfen. Nicht jeder wußte, daß dort gespannte Netze es zu einem Spülgang auffingen – angesichts der heutigen Verschmutzung des Flusses kaum zur Nachahmung empfohlen.

Anziehungspunkt in der Adventszeit ist ab 15. Dezember der Weihnachtsmarkt auf der Piazza Navona. Einige der Stände bieten noch jene sehr begehrten Krippen und Krippenfiguren aus handbemaltem Ton an, für die ständig Nachschub aus Neapel herangeschafft wird. Inspiration für den eigenen Krippenaufbau mag das Krippenmuseum (Via Tor dei Conti 31/A) gewähren, das in der Zeit vor Weihnachten täglich von 14 bis 20 Uhr geöffnet sein sollte, oder aber die „presepi" in den Kirchen Roms. Nicht fehlen dürfen im „presepe" die flöten- und dudelsackspielenden Hirten aus der Campagna und den Abruzzen, die zum römischen Bild des Jahresausklanges gehören wie die Röster der Maroni, deren Duft betört und die vor dem Verzehr als Handwärmer dienen. Mit einem großen Fest endet am 6. Januar der Markt. Die „befana", eine die Heiligen Drei Könige nach ihrem Fortzug an den Rhein ersetzende gute Fee, beschert Kinder und Erwachsene. Und die Römer hoffen, sie möge auch 1987, wie seit Menschengedenken erstmals 1985, Frau Holle Konkurrenz machen und den Schnee bringen, der Rom in ein märchenhaftes Winterspektakel verzauberte.

Am Ende einer Reise steht oft die Frage nach Mitbringseln. Wer Klaustrophobie nicht kennt, sollte sich vom Sonntagmorgenfieber, das die Römer packt, anstecken lassen und sich auf dem Flohmarkt der Porta Portese unter sie mischen – noch können mit etwas Glück wahre Trouvaillen gemacht werden.

Ist es wirklich noch erforderlich, den Obolus in den Trevibrunnen zu werfen, der eine Rückkehr garantiert? Hat man an Rom Geschmack gefunden, könnte ein Abschiedsbesuch bei „Tazza d'Oro" oder „Eustacchio" in Pantheonnähe erfolgen. Der Kaffee der ersten wie der Cappuccino der letztgenannten Bar sind so ausgezeichnet, das man diesen Geschmack gerne als Erinnerung und Wunsch nach Rückkehr nach Hause mitnimmt.

GÜNTER SCHWABE

KATALOGE

FTS-Frantour (Rüsterstrasse 11, 6000 Frankfurt 1) – „Städtereisen für Frankreich-Liebhaber". Der neue Katalog enthält überwiegend Angebote in die französische Metropole. Beispielsweise kosten zwei Übernachtungen in einem Vier-Sterne-Hotel inklusive Zugfahrt ab Frankfurt 476 Mark pro Person, bei gleichen Leistungen bezahlt man in einem Zwei-Sterne-Hotel 279 Mark. Außerdem gibt es einen bunten Veranstaltungskalender, der von einem Besuch im Moulin Rouge über eine Fahrt durch das nächtliche Paris bis hin zu Ausflügen nach Versailles reicht. Trips mit dem Hochgeschwindigkeitszug TGV ab Paris nach Dijon und Lyon oder Fahrten ab Deutschland ins nahe Elsaß runden das Frankreich-Programm ab.

Transair (Karlstraße 9, 4000 Düsseldorf) – Im Katalog „Sommer 87" purzeln die Preise je nach Reiseziel und Hotels bis zu zwölf Prozent. Dabei sind besonders die Fernstrecken nach Kenia, auf die Malediven und nach Sri Lanka hervorzuheben: So kosteten im Hotel Nyali Beach in Mombasa/Kenia im letzten Sommer zwei Wochen mit Halbpension 2949 Mark – in diesem Jahr nur noch 2599 Mark. Eine Woche auf der beliebten Ferieninsel Mallorca ist schon ab 499 Mark zu buchen. Transair bietet weiterhin an vielen Orten hohe Kinderermäßigungen (bis zu 70 Prozent) und Sparmöglichkeiten wie drei Wochen reisen und zwei Wochen zahlen oder Vollpension zum Preis der Halbpension.

Fast Reisen (Alstertor 21, 2000 Hamburg 1) hat in seinem „Nordland-Katalog" viele individuelle Rundreisen durch Nordeuropa mit dem Schiff, per Bahn oder Bus oder mit dem eigenen Wagen zusammengestellt. Sogenannte „Entdecker-Reisen" führen in die selten besuchten Landschaften Grönlands und Islands. Eine zehntägige Fahrt nach Spitzbergen kostet mit Linienflug ab/bis Hamburg und Unterbringung in Doppelzimmern 5438 Mark. Eine achttägige Bus-Rundreise auf der britischen Kanalinsel Jersey ist bei sieben Übernachtungen im Doppelzimmer mit Halbpension, inklusive Ausflügen und Besichtigungen, schon für 1285 Mark zu haben.

Hetzel Reisen (Postfach 31 13 55, 7000 Stuttgart 31): „Rundreisen, Kurzreisen, Städtereisen 1987". Eine abwechslungsreiche Urlaubssaison, die keineswegs nur auf die Sommermonate beschränkt ist, versprechen zahlreiche Angebote: Fahrradtouren auf Mallorca, landestypisches Kochen in Italien, Wandern auf den Kanarischen Inseln, Spanisch lernen in Sevilla, Fluß-Kreuzfahrten auf der Donau und vieles mehr. Die Osterwoche in Rom kostet mit Hin- und Rückflug ab Stuttgart, Übernachtung in Mittelklassehotels, Führungen, Busfahrten und deutschsprachiger Reiseleitung 973 Mark.

Transocean Tours (Bredenstraße 11, 2800 Bremen 1) bietet in seinem Katalog „Kreuzfahrten '87" auf 164 Seiten eine große Auswahl an See- und Flußreisen. Das teuerste Angebot liegt bei 108 361 Mark für eine Luxuskabine bei Einzelbelegung auf der 70tägigen Jungfernreise der „Astor". Die „Michail Sholokhov" unternimmt Fernostkreuzfahrten ab und bis Singapur. Das günstigste Angebot ist eine einwöchige Südnorwegen-Kreuzfahrt mit der „Estonia" ab 890 Mark.

Minitrek (Bergstraße 153, 6900 Heidelberg 1) präsentiert in seinem Sonderprogramm „Mit Minitrek nach Südamerika" Studienexpeditionen nach Ecuador, Argentinien, Bolivien und Guatemala. Die Ecuador-Amazonas-Studienexpedition vom 4. bis 24. April 1987 kann mit Flug ab/bis Frankfurt für 5580 Mark gebucht werden. Die Verlängerungsmöglichkeit zu den Galapagosinseln kostet zusätzlich 2400 Mark. Eine Studien-Erlebnisreise vom 3. bis 26. April führt von Argentinien bis nach Feuerland und kostet mit Flug ab Frankfurt 7190 Mark.